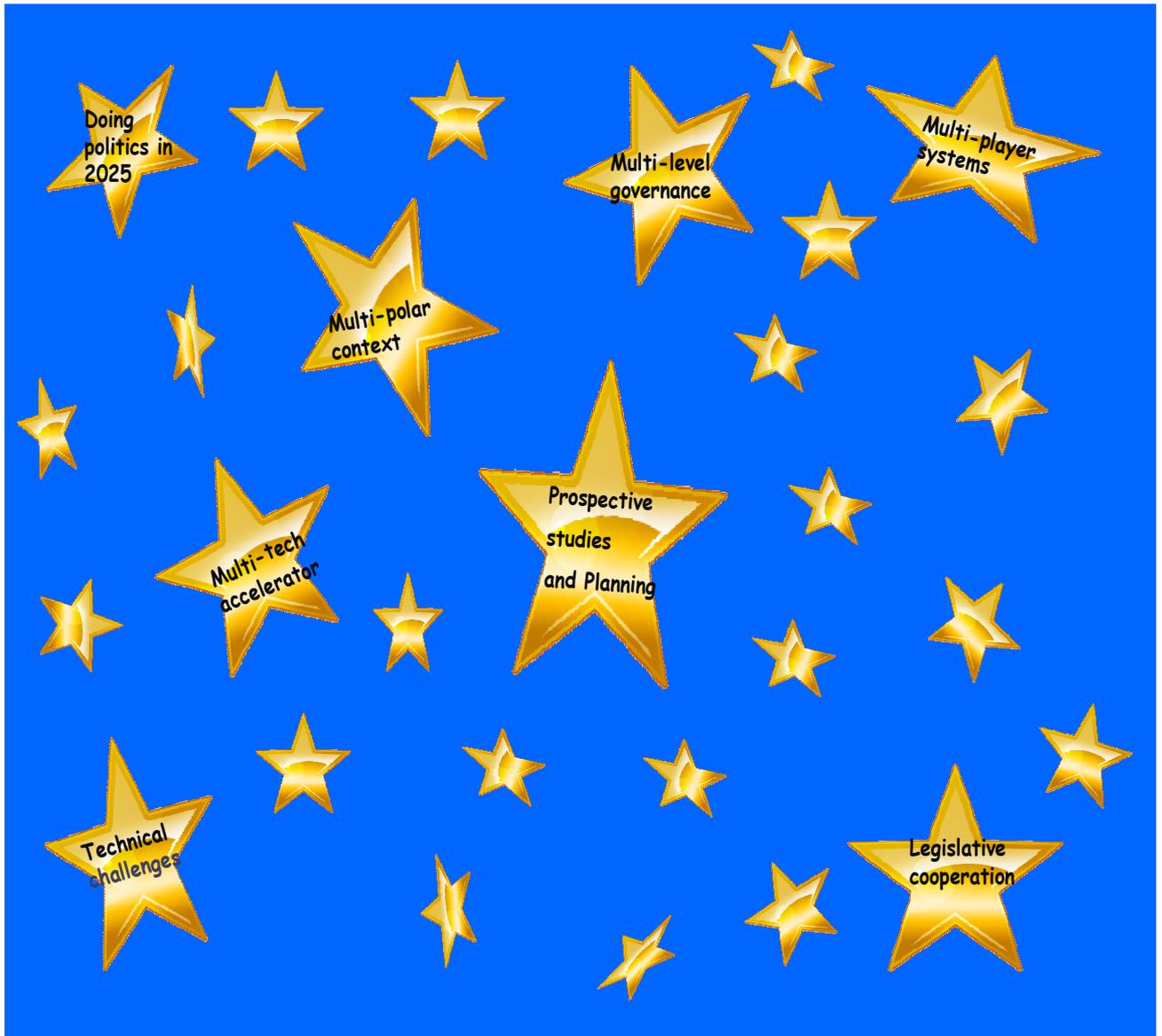




DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT 2025



VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT



DER GENERALSEKRETÄR

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT 2025 VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

BERICHT

ÜBER DEN BERICHT

Ausgangspunkt

Der vorliegende Bericht geht auf eine Initiative des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments zurück. Ziel ist es, langfristigen Fragen nach und nach mehr Aufmerksamkeit zu widmen und den einzelnen Interessenträgern im EP die Möglichkeit zu geben, ihre eigene Vision der wichtigsten langfristigen Tendenzen zu entwickeln, die sich voraussichtlich auf ihre Aufgaben und Arbeitsprozesse auswirken werden. Mit dem ersten Teil (Teil 1) des Berichts sollte eine interne Diskussion angestoßen werden; zudem werden Fragen aufgeworfen und Optionen geprüft (Teil 2), wie die Arbeitsweise der Institutionen in einer Zeit immer größerer Unsicherheit in einem kontinuierlichen, kollektiven Prozess an das sich rasch wandelnde Umfeld angepasst werden kann.

Methode

Der erste Teil des Berichts beruht auf einer Analyse der Megatrends, die in der wissenschaftlichen Literatur beschrieben sind. Die angewandte Methode umfasste die Sammlung der zentralen Elemente der Theorien in verschiedenen Fachbereichen (internationale Beziehungen, Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften, Technologie) zu einigen wesentlichen langfristigen Megatrends, die im Kontext des EP als maßgeblich ermittelt wurden. Diese kurze Liste von Megatrends ist natürlich nicht erschöpfend. Die ausgewählten wissenschaftlichen Arbeiten zählen zu den am meisten gelesenen und zitierten. Diese Quellen werden durch aktuelle empirische Untersuchungen bzw. Gutachten von Think-Tanks, Forschungseinrichtungen, Sachverständigengruppen und der Presse ergänzt, die die in der Theorie begründeten Hypothesen stützen.

Erkenntnisse

Die neue Multipolarität der globalisierten Welt, das Regieren auf mehreren Ebenen, die vielen Akteure, die bei der Gesetzgebung interagieren, all dies wird voraussichtlich direkt und indirekt einen neuen Kontext für das EP schaffen. Die größere Komplexität kann mit dem Risiko der Fragmentierung der (Economic) Governance, der Regulierung und des Rechts einhergehen. Fragmentierung kann wiederum zu einem Verlust an Kohärenz, systematischen Überschneidungen und andauernden Konflikten zwischen Rechtssystemen sowie zu einer Lähmung der Institutionen und dann zu Demokratiefrustration führen, da es immer weniger verständlich wird, wer Regelungen verändert und für Erfolge und Misserfolge verantwortlich zu machen ist. Um einen aktiven Beitrag zur Vermeidung des Risikos politischer und ordnungspolitischer Fragmentierung zu leisten, muss sich das EP auf die künftige Komplexität vorbereiten.

Dieses Dokument wurde dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, den Mitgliedern des Präsidiums des Europäischen Parlaments, den Quästoren des Europäischen Parlaments und den Generaldirektoren des Europäischen Parlaments bei dem Away-Day in La Hulpe, Belgien, am 26. und 27. Januar 2012 vorgelegt.

HERAUSGEBER:

Klaus Welle
Der Generalsekretär
Europäisches Parlament
B-1047 Brüssel
E-Mail: klaus.welle@europarl.europa.eu

ZUSTÄNDIGER VERWALTUNGSRAT:

Franck Debié
Team Leader EP2025
Kabinett des Generalsekretärs
Europäisches Parlament
B-1047 Brüssel
E-Mail: franck.debie@europarl.europa.eu

SPRACHFASSUNGEN:

Original: EN
Übersetzungen: FR, DE (FdR.: 892532)

BERICHT ERSTELLT VON:

Team für Strategische Planung (2011)
Kabinett des Generalsekretärs

Redaktionsschluss: Januar 2012
Brüssel, © Europäisches Parlament, 2012

HAFTUNGSSAUSCHLUSS

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

INHALT

| | |
|---|-----------|
| ABKÜRZUNGEN | 5 |
| ZUSAMMENFASSUNG | |
| Deutsch | 7 |
| Englisch | 11 |
| Französisch | 15 |
| | |
| TEIL 1 – BERICHT | 19 |
| | |
| EINLEITUNG – Vier Konzepte, die einer unsicheren Welt eine Struktur geben | 21 |
| • Multipolarer Kontext | 22 |
| • Regieren auf mehreren Ebenen | 25 |
| • Entscheidungsfindung mit vielen Akteuren | 28 |
| • Beschleunigung des Wandels durch vielfältige Technologien und Verschwinden der räumlichen und zeitlichen Grenzen | 29 |
| | |
| KAPITEL 1 – Multipolarer Kontext | 33 |
| 1. Die Realitäten der Multipolarität | 34 |
| 2. Die Zukunft der normativen EU-Diplomatie und der weichen Macht | 40 |
| 3. Das relative Schwinden der außenpolitischen Ressourcen der EU | 42 |
| 4. Sicherheitsinteressen und Einflusskanäle der EU im Wandel | 43 |
| | |
| KAPITEL 2 – Regieren auf mehreren Ebenen | 47 |
| 1. Das Entstehen und die Auswirkungen des Regierens auf mehreren Ebenen | 47 |
| 2. Ist die Dezentralisierung nachhaltig? | 53 |
| 3. Das Entstehen des Lokalismus | 56 |
| 4. Künftige Effektivität und Rechenschaftspflicht der supranationalen und multilateralen Entscheidungsebenen | 57 |
| | |
| KAPITEL 3 – Politik in einem Umfeld mit zahlreichen Akteuren | 61 |
| 1. Generationenwechsel und Unzufriedenheit mit der Politik | 62 |
| 2. Individuelles politisches Unternehmertum | 64 |
| 3. Lobby-Arbeit und Koalitionsbildung auf europäischer Ebene | 67 |
| 4. Reform der parlamentarischen Institutionen angesichts der zunehmenden Ablehnung der Parlamente | 70 |

| | |
|--|------------|
| KAPITEL 4 – Legislative Zusammenarbeit im digitalen Zeitalter | 73 |
| 1. Die Frage der Rechtsgrundlage in einer globalisierten Welt | 74 |
| 2. Die Frage nach dem Rechtsmodell | 74 |
| 3. Mangelnde Transparenz des EU-Rechts | 75 |
| 4. Von der e-Demokratie bis hin zu Wikis: Direkte Demokratie als Impulsgeber für die Rechtsetzung? | 77 |
| 5. Die Internetrevolution und ihre Auswirkungen auf die Rechtssysteme | 80 |
| KAPITEL 5 – Das Altern der europäischen Bevölkerung und die damit verbundene Probleme | 83 |
| 1. Weltwirtschaftswachstum, Stagnation in Europa und alternde Bevölkerung | 84 |
| 2. Risikofaktoren bei Sterbefallüberschuss | 86 |
| 3. Verringerung der Zahl der heimischen Arbeitskräfte und Zuwanderung | 87 |
| 4. Sozioökonomische Auswirkungen des Alterns der Bevölkerung | 92 |
| 5. Neue Muster in der Arbeitswelt: unvorstellbare Herausforderungen | 95 |
| KAPITEL 6 – Die Technologie als Beschleuniger des Wandels lässt räumliche und zeitliche Grenzen schwinden | 101 |
| 1. Die wichtigsten Entwicklungstrends in der digitalen Welt | 102 |
| 2. Die Herausforderungen und Risiken der Digitalisierung | 108 |
| SCHLUSSFOLGERUNG | 117 |
| TEIL 2 – FRAGEN | 121 |
| 1. Multipolarer Kontext | 122 |
| 2. Regieren auf mehreren Ebenen | 124 |
| 3. Politikgestaltung mit einer Vielfalt von Akteuren | 126 |
| 4. Die Technologie als Beschleuniger des Wandels | 128 |
| LITERATURVERZEICHNIS | 131 |
| ANHANG 1: VERFÜGBARE QUELLEN | 135 |
| ANHANG 2: PRESSEARTIKEL | 139 |

ABKÜRZUNGEN

| | |
|--------------|---|
| ADI | Ausländische Direktinvestitionen |
| CEPS | Zentrum für Europäische Politische Studien |
| EP | Europäisches Parlament |
| ESVP | Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik |
| ESPAS | Europäisches System für strategische und politische Analysen |
| EU | Europäische Union |
| EUISS | Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien |
| EUV | Vertrag über die Europäische Union |
| FAO | Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation |
| G2 | China und die USA |
| G20 | Gruppe der zwanzig Finanzminister und Zentralbankgouverneure der wichtigsten Industrie- und Entwicklungsländer |
| G8 | Die Gruppe der Acht ist ein Forum der Regierungen von sechs wichtigen Volkswirtschaften: Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten, Kanada und Russland. Außerdem ist die EU in der G8 vertreten, kann aber weder als Gastgeber noch als Vorsitz fungieren. |
| GASP | Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik |
| GCC | Golf-Kooperationsrat |
| IFI | Internationale Finanzinstitutionen |
| IWF | Internationaler Währungsfonds |
| KMU | kleine und mittlere Unternehmen |
| MdEP | Mitglied des Europäischen Parlaments |
| NATO | Nordatlantikpakt-Organisation |
| NRO | Nichtregierungsorganisation |
| OECD | Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| UNDP | Entwicklungsprogramm der UN |
| UNHCR | Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen |
| UNU | Universität der Vereinten Nationen |
| US | Vereinigte Staaten |
| USA | Vereinigte Staaten von Amerika |
| Wi-Fi | Wireless Fidelity |
| WTO | Welthandelsorganisation |

KURZFASSUNG

Das Europäische Parlament 2025 – Vorbereitung auf die Komplexität

Vier untrennbar mit einer neuartigen Globalisierung verknüpfte Konzepte, die bei heutigen wissenschaftlichen Arbeiten häufig vorgebracht werden, ermöglichen eine Annäherung an das, was 2025 die gesteigerte Komplexität der Welt ausmachen wird:

- die politische Multipolarität dieser globalisierten Welt,
- die Verallgemeinerung des Regierens auf mehreren Ebenen,
- die breite Fächerung des Spiels von Akteuren, die zur Ausarbeitung und Umsetzung der öffentlichen Politik beitragen,
- die Technologie als Beschleuniger des Wandels.

DER NEUE MULTIPOLARE KONTEXT

Mit dem Ende des Kalten Krieges 1989 wurde das vorherrschende bipolare Weltbild aufgehoben und die Entwicklung zu einem multipolaren System ermöglicht. Die Europäische Union verstand es, dieses günstige Umfeld zu nutzen, indem sie ihre Märkte ausweitete, versuchte, ihre gemeinsamen Werte zu verbreiten, und dazu beitrug, gemeinsame Standards für die Ära der Globalisierung entstehen zu lassen. Die Multipolarisierung wird sich in den kommenden Jahren aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums der Schwellenländer, ihrer zunehmenden Bedeutung auf den Weltmärkten und ihres Anteils an den Auslandsinvestitionen fortsetzen. Die neue multipolare Gliederung der Welt wird auch vom Rückgang des amerikanischen Einflusses und der westlichen Muster zeugen. Ein neues Gleichgewicht könnte die Form eines bipolaren G-2-Systems zwischen den USA und China annehmen. Welche Rolle würden die Europäer dabei spielen? Eine weitere Möglichkeit wäre ein System organisierter Zusammenarbeit zwischen regionalen Mächten, vergleichbar mit der G-20. Werden die Europäer mit einer Stimme sprechen können? Eine dritte Möglichkeit ist die Ausbreitung mittelgroßer Mächte, die in einem sowohl auf Handels- als auch auf geostrategischer Ebene wenig geregelten internationalen System ihr eigenes Spiel spielen. Die Europäische Union muss in ihrer Nachbarschaft mit diesen neuen mittelgroßen Mächten wie etwa der Türkei, Iran oder den Staaten des Golf-Kooperationsrats rechnen. Wie werden die Europäer dabei über die Förderung der Werte hinaus ihre Interessen und ihre Sicherheit wahren können? Wie werden sie sich als kohärente Wirtschaftsmacht, als stabiler politischer Akteur, der in der Lage ist, zu entscheiden und zu handeln, um sich den Herausforderungen seiner Sicherheit zu stellen und aktiv an einem effektiven Multilateralismus mitzuwirken, zu erkennen geben? Wie soll man in diesem anspruchsvolleren Umfeld die Zersplitterung der Union und die Schwächung ihrer Handlungsfähigkeit vermeiden und gleichzeitig den Reichtum und die Attraktivität ihres demokratischen Modells erhalten?

REGIEREN AUF MEHREREN EBENEN

Keine andere internationale Organisation schließt so viele öffentliche und private Akteure auf verschiedenen Regierungsebenen ein wie die Europäische Union. Die in den letzten Jahrzehnten entstandenen eng verflochtenen Mehrebenenstrukturen haben zu einem komplexen Ineinandergreifen der politischen Entscheidungsebenen geführt. Durch die Dezentralisierung wurde die Macht der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ausgeweitet. Gleichzeitig wurden von den Staaten Zuständigkeiten im Verlauf der europäischen Verträge an die supranationale Entscheidungsebene abgegeben, die die Europäische Union darstellt. Darüber hinaus entsteht gerade eine weltweite Regierungsebene zu Fragen des Klimas oder zur Organisation der Finanzmärkte. Die engen Bindungen zwischen den einzelnen Ebenen tragen zu einer erheblichen Veränderung der politischen Praktiken bei und bringen je nach der lokalen Nachfrage, aber auch der gemeinsamen Interessen auf kontinentaler oder weltweiter Ebene, neue Kontroll- und Feedbacksysteme hervor. Die politische Stabilität wird dadurch auf nationaler Ebene erhöht, da es den Regierungen schwerer fällt, in Alleingänge abzugleiten, und die Demokratiedefizite werden durch eine stärkere Beteiligung und eine bessere Anpassung der Entscheidungen an die regionale Ebene begrenzt. Aufgrund enger Verknüpfungen zwischen den einzelnen Ebenen ist es für nichtstaatliche Organisationen oder bestimmte politische Interessengruppen möglich geworden, die verschiedenen Entscheidungsebenen zu durchdringen und dadurch gleichzeitig echte transnationale Gruppierungen oder Parteien entstehen zu lassen, die eine neue Kontinuität zwischen den politischen Entscheidungen auf subnationaler, nationaler und supranationaler Ebene gewährleisten. Diese anspruchsvollere Demokratie geht mit neuen Erfordernissen einher: Eindeutigkeit der Verantwortungsebenen, Transparenz, Fähigkeit der einzelnen Ebenen, die eigene Zweckmäßigkeit und Effektivität zu begründen. Sie schreitet weltweit voran. Sicherlich werden in den meisten Ländern die gewöhnlichen politischen Entscheidungen noch auf nationaler Ebene getroffen, in dem Rahmen also, der oft das beste Gleichgewicht zwischen demokratischer Legitimität, Effektivität und Sicherheit herstellt. Allerdings wendet sich der Trend hin zu mehr Dezentralisierung, föderalistischen Strukturen und dem Vordringen des Subsidiaritätsprinzips. Parallel dazu wollen die Völker fast überall einen größeren Einfluss auf die in den multilateralen Gremien getroffenen Entscheidungen ausüben. Bestimmte Herausforderungen wie der Themenbereich Umweltschutz, Energiepolitik und finanzielle Instabilität können nur auf kontinentaler oder weltpolitischer Ebene in Angriff genommen werden. Das bedeutet für die Europäer, viel zahlreichere und heterogenere Partner zu berücksichtigen als nur die nationalen politischen Eliten der Staaten, mit denen sie zusammenarbeiten.

EIN VERSTÄRKTES SPIEL DER AKTEURE

Politische Entscheidungen werden nicht mehr nur von den politischen Eliten des Nationalstaats alleine getroffen, sondern von weitaus mehr Akteuren und Institutionen beeinflusst. Vor dem Hintergrund der Globalisierung haben nun auch die Unternehmen eine Aufgabe. Die heterogenen Akteure, die zur Ausarbeitung und zur Umsetzung einer Politik beitragen, interagieren schon lange, bevor die offiziellen politischen und legislativen Prozesse beginnen. Dies setzen sie fort, nachdem

die Entscheidungen getroffen sind. Untereinander bilden sie mächtige politische Netze, die heutzutage immer internationaler, offener und komplexer werden. Die Verknüpfung zwischen Staatsorganen auf verschiedenen Regierungsebenen, miteinander konkurrierenden Interessengruppen, nichtstaatlichen Organisationen, internationalen Netzen und von einem bestimmten Vorgang betroffenen Einzelakteuren ermöglicht es oft, ausgewogenere, leichter anwendbare, weniger anfechtbare und weniger Schlichtungen zwischen den Rechtsordnungen erfordernde Entscheidungen zu erzielen. Allerdings muss man die geeigneten Orte finden, wo diese heterogenen Akteure sich treffen, sich verbünden, ihre Visionen einander gegenüberstellen, sie weiterentwickeln, Kompromisse schließen können. Ferner gilt es, die politischen Mittler, die für diese Arbeit verantwortlich sind, mit Kommunikationsmitteln, Sachverstand und Beziehungsfähigkeiten auszustatten, um aus ihnen anerkannte, geachtete und nützliche Akteure zu machen. Dies ist umso entscheidender, als die zunehmende Mediatisierung der politischen Entscheidungen tendenziell die sofortige Reaktionsbereitschaft sowie die Exekutive zulasten der Legislative begünstigt. Die breite Fächerung des Spiels der Akteure beeinflusst zwangsläufig die Art und Weise, wie die legislativen Organe die Gesetze ausarbeiten. Die zugrunde liegenden Rechtsmodelle – das kontinentale und das angelsächsische –, auf denen die europäischen Rechtsvorschriften beruhen, werden sich höchstwahrscheinlich weiterentwickeln, damit Letztere auf den verschiedenen Regierungsebenen wirksam werden. Der Rechtsetzungsprozess selbst wird notwendigerweise gleichzeitig kooperativer und schneller werden, um der Vielfalt der Akteure und der Dringlichkeit bestimmter Situationen Rechnung zu tragen. In einer solchen Bewegung muss die Europäische Union aus der Vereinfachung der Hierarchie ihrer Vorschriften und der Mechanismen zu ihrer Annahme einen Vorteil ziehen. Dies wird sich als umso unentbehrlicher erweisen, als die demografische Alterung und der relative Konjunkturrückgang in Europa eine ganze Menge neuer menschlicher und gesellschaftlicher Problematiken, die bewältigt werden müssen, und ebenso viele offene Felder der Gesetzgebung hervorbringen werden.

DIE TECHNOLOGIE ALS BESCHLEUNIGER DES WANDELS

Die technischen Fortschritte im Bereich der Datenverarbeitung und des Datenaustauschs lassen die räumlich-zeitlichen Grenzen immer mehr schwinden und beschleunigen die Globalisierung. Eine immer breiter gefächerte Masse an Informationen ist mit Mitteln und Diensten, die die Mobilität begünstigen, überall auf der Welt verfügbar und zugänglich. Der virtuelle Austausch ermöglicht es, Menschen auf in Echtzeit funktionierenden, möglicherweise kurzlebigen und nicht unbedingt institutionalisierten Grundlagen in Verbindung zu bringen. Aber die Institutionen können auch ihre Praktiken neu konzipieren, indem sie die digitalen Hilfsmittel wie den elektronischen Rechtsverkehr oder die elektronische Demokratie einbeziehen. Allerdings sind große Herausforderungen und Risiken wie etwa die Computerkriminalität oder digitale Klüfte zu bewältigen. Die Entscheidungen, die im Bereich technologischer Optionen fallen müssen, werden erhebliche Konsequenzen für die Unternehmen wie für die Institutionen nach sich ziehen, wohingegen die Kräfte der Forschung und Innovation in Richtung Asien tendieren, was für Europa potenziell eine bis dahin nie dagewesene Abhängigkeit schaffen wird.

EXECUTIVE SUMMARY

The European Parliament in 2025 – preparing for complexity

The following four concepts, which are inextricably linked with the new face of globalisation, are frequently put forward in contemporary academic work in order to give an idea of the increased complexity of the world in 2025:

- the political multi-polarity of the globalised world,
- the preponderance of multi-level governance,
- the increase in the number of actors contributing to the drafting and implementation of public policies,
- technology as a factor in the speed of change.

THE NEW MULTI-POLAR CONTEXT

Following the end of the Cold War in 1989, the bipolar world view has been replaced with a multi-polar system. The European Union has benefited from this favourable context by gaining new markets, seeking to spread its common values and contributing to the emergence of new common rules for the globalised era. Multi-polarisation will continue in the coming years owing to the rapid economic growth of emerging economies, their increasing role on global markets and the share in foreign investments. The new multi-polar structure of the world will also bear the mark of the waning influence of America and Western models. A new balance could take the shape of a bipolar G2 system consisting of the United States and China. What role would the Europeans have in that system? Another possibility would be a system of organised cooperation among continental powers, like the G20. Will Europeans be able to speak with a single voice? A third possibility is a proliferation of medium-sized powers, following their own agenda, in an international system with little commercial and geo-strategic regulation. The European Union's neighbourhood will include several of these new medium-sized powers, such as Turkey, Iran and the countries in the Gulf Cooperation Council. How will Europeans protect their interests and security as well as promoting their values? How will they gain recognition as a coherent economic power and a stable political actor capable of decisions and actions allowing them to face security challenges and actively take part in effective multilateralism? In this more demanding context, how can we avoid the fragmentation of the Union and the dilution of its capacity to act whilst protecting the wealth and attractiveness of its democratic model?

MULTI-LEVEL GOVERNANCE

No other international organisation involves as many public and private actors and different levels of governance as the European Union. The closely linked multi-level structures which have come into being in the past few years have led to the complex interweaving of political decision-making levels.

Decentralisation has increased the powers of local and regional authorities. At the same time, in successive European treaties, the Member States have transferred competences to the supra-national level of the European Union. A global level of governance is also emerging in relation to climate issues and the organisation of financial markets. The close links between the various levels are contributing to a major change in political practice and are creating new systems of checks and balances, reflecting not only local demands but also common interests at continental or planetary level. At national level, politics are more stable, since it is harder for governments to embark on lone adventures, and democratic deficits are kept in check by wider participation and more regional involvement in decisions. In view of the close links between the different levels, NGOs and individual political interest groups can interact with the various decision-making levels and thus create groups or transnational political parties of a new kind which ensure a new form of continuity between infra-national, national and supra-national political decisions. This more sophisticated democracy brings new requirements: levels of responsibility must be clear, transparency must be ensured and the different levels must be capable of proving their relevance and efficiency. This system is progressing across the world. In most countries, it is true, normal political decisions are still taken at national level – a framework which often provides the best balance between democratic legitimacy, efficiency and legal certainty. However, the trend is towards greater decentralisation, federal structures and an emphasis on the principle of subsidiarity. At the same time, almost everywhere, people want to have greater influence over decisions taken in multi-lateral fora. Some challenges, such as those connected with environmental protection, energy policy and financial instability can only be addressed at continental or global level. For Europeans, this means taking into account a greater number of more heterogeneous partners, and not just the national political elites of the countries they cooperate with.

MULTI-ACTORS POLICY MAKING

Political decisions are no longer taken solely by the political elites of nation states, but are influenced by a large number of actors and institutions. In the context of globalisation, businesses now also have a role to play. The many different actors that contribute to the development and implementation of policies interact well before formal political and legislative processes start. They continue to do so once decisions have been taken. They create powerful political networks that now tend to become international, more open and more complex. The relationships between powers at different levels of governance, competing interest groups, NGOs, international networks and individuals concerned by a particular cause often allow for more balanced decisions which are easier to apply and less likely to be contested or become subject to judicial review. However, the right fora need to be found for these heterogeneous actors to meet, build coalitions, exchange and adapt views and reach compromises. The political middlemen who are responsible for this work need means of communication, expertise and relational abilities in order to become recognised, respected and useful actors. This is all the more important since the increased media coverage of political decisions tends to encourage immediate reactions and favour the executive branch over the legislative branch. The increase in the number of actors in the game necessarily influences the way the legislative institutions draft laws. The two legal systems – civil and common law – which influence European legislation will probably evolve in order to allow such legislation to operate at different levels of governance.

The legislative procedure itself will need to be both more cooperative and faster in order to take into account the large number of actors and the urgent nature of certain situations. The European Union will have to learn to benefit from this change by simplifying its hierarchy of legal instruments and legislative mechanisms. These steps will be all the more essential as Europe's ageing population and relative economic decline will give rise to a completely new set of human and social problems to be solved, all of them fields for legislative action.

TECHNOLOGY AS A MULTIPLIER IN THE SPEED OF CHANGE

Technological progress in the field of data processing and exchange tends to break down barriers in space and time and accelerate globalisation. An ever larger amount of information is available and accessible from anywhere in the world, with tools and services encouraging mobility. Virtual exchanges allow people to be connected instantly, often in a very ephemeral way and outside any institutional framework. Institutions can also review their practices by integrating IT tools such as e-justice and e-democracy. However, major challenges and risks remain to be addressed, such as cyber-crime and the digital divide. The technological choices which will need to be made will have greater consequences for companies and institutions, while the upper hand in terms of research and innovation passes to Asia, which could create a previously unknown dependency for Europe.

RÉSUMÉ

Le Parlement européen en 2025 - Se préparer à la complexité

Indissociables d'une mondialisation qui prend un nouveau visage, quatre concepts, fréquemment mis en avant dans les travaux académiques contemporains permettent d'approcher ce qui va faire la complexité accrue du monde en 2025:

- la multipolarité politique de ce monde globalisé,
- la généralisation d'une gouvernance à niveaux multiples,
- la démultiplication du jeu d'acteurs contribuant à l'élaboration et à la mise en œuvre des politiques publiques,
- la technologie comme multiplicateur de vitesse du changement.

LE NOUVEAU CONTEXTE MULTIPOLAIRE

Après la fin de la Guerre froide, en 1989, la vision bipolaire du monde s'est effacée pour laisser place à un système multipolaire. L'Union européenne a su profiter de ce contexte favorable en élargissant ses marchés, en tentant de propager ses valeurs communes, en contribuant à faire émerger des normes communes pour l'ère de la mondialisation. La multipolarisation va se poursuivre dans les années qui viennent du fait de la croissance économique rapide des pays émergents, de leur rôle croissant au sein des marchés mondiaux et de leur part dans les investissements à l'étranger. La nouvelle structuration multipolaire du monde portera aussi la marque du recul de l'influence américaine et des modèles occidentaux. Un nouvel équilibre pourrait prendre la forme d'un système bipolaire G-2 entre les États-Unis et la Chine. Quel rôle y auraient les Européens? Une autre possibilité serait un système de coopération organisée entre puissances continentales, comparable au G-20. Les Européens pourront-ils parler d'une seule voix? Une troisième possibilité est la prolifération de puissances moyennes, jouant leur propre jeu, dans un système international peu régulé tant au plan commercial qu'au plan géostratégique. L'Union européenne devra compter dans son voisinage avec ces nouvelles puissances moyennes, comme la Turquie, l'Iran ou les pays du Conseil de coopération du Golfe. Comment les Européens pourront-ils y assurer leurs intérêts et leur sécurité, au-delà de la promotion des valeurs? Comment se feront-ils reconnaître en tant que puissance économique cohérente, en tant qu'acteur politique stable, capable de décider et d'agir pour relever les défis de sa sécurité et de participer activement à un multilatéralisme efficace? Dans ce contexte plus exigeant, comment éviter la fragmentation de l'Union et la dilution de sa capacité d'action, tout en préservant la richesse et l'attractivité de son modèle démocratique?

UNE GOUVERNANCE À NIVEAUX MULTIPLES

Aucune autre organisation internationale ne comprend autant d'acteurs publics et privés à différents niveaux de gouvernance que l'Union européenne. Les structures à plusieurs niveaux, étroitement liés entre eux, qui ont vu le jour ces dernières années ont conduit à une complexe imbrication des

niveaux de décision politique. La décentralisation a étendu le pouvoir des autorités locales et régionales. En même temps, des compétences ont été cédées par les États, au fil des traités européens, à l'échelon de décision supranational que représente l'Union européenne. Par ailleurs, un niveau mondial de gouvernance est en train d'émerger sur les questions de climat ou sur l'organisation des marchés financiers. Les liens étroits entre les différents niveaux contribuent à un changement important des pratiques politiques et engendrent de nouveaux systèmes de contrôle et de rétroaction, en fonction des demandes locales mais aussi des intérêts communs à l'échelle d'un continent ou de la planète. La stabilité politique s'en trouve augmentée à l'échelon national – les gouvernements ayant plus de mal à dériver vers des aventures singulières – et les déficits démocratiques sont limités par une plus grande participation et une meilleure appropriation des décisions à l'échelon régional. En raison des liens étroits entre les différents niveaux, il est devenu possible pour des ONG ou des groupes d'intérêts politiques particuliers de pénétrer les différents niveaux de prise de décision et, ainsi, de faire naître des groupements ou partis transnationaux originaux, qui assurent une continuité nouvelle entre les décisions politiques à l'échelon infranational, national et supranational. Cette démocratie plus sophistiquée s'accompagne de nouvelles exigences: clarté des niveaux de responsabilité, transparence, capacité des différents niveaux à justifier de leur pertinence et de leur efficacité. Elle progresse dans le monde. Certes, dans la plupart des pays, les décisions politiques ordinaires sont encore prises à l'échelon national, cadre qui établit souvent le meilleur équilibre entre légitimité démocratique, efficacité et sécurité des normes. Cependant, la tendance est à une plus grande décentralisation, aux structures fédérales et à la mise en avant du principe de subsidiarité. Parallèlement, presque partout, les peuples souhaitent exercer une plus grande influence sur les décisions prises dans les enceintes multilatérales. Certains défis, comme ceux liés à la protection de l'environnement, à la politique énergétique et à l'instabilité financière, ne peuvent être relevés qu'à l'échelon continental ou mondial. Cela implique pour les Européens de prendre en compte des partenaires bien plus nombreux et hétérogènes que les élites politiques nationales des pays avec lesquelles ils coopèrent.

UN JEU D'ACTEURS DÉMULTIPLIÉ

Les décisions politiques ne sont plus prises uniquement par les élites politiques des États-nations, mais sont influencées par un plus grand nombre d'acteurs et d'institutions. Dans le contexte de la mondialisation, les entreprises aussi jouent désormais leur rôle. Les acteurs hétérogènes qui contribuent à l'élaboration et à l'application d'une politique interagissent bien avant que ne commencent les processus politiques et législatifs formels. Ils continuent à le faire une fois les décisions prises. Ils forment entre eux des réseaux politiques puissants qui tendent aujourd'hui à s'internationaliser et à devenir plus ouverts et plus complexes. L'interconnexion entre pouvoirs à différents niveaux de gouvernance, groupes d'intérêt en concurrence les uns avec les autres, ONG, réseaux internationaux et acteurs individuels intéressés à une cause particulière permet souvent d'obtenir des décisions plus équilibrées, plus faciles à appliquer, moins sujettes à la contestation et à l'arbitrage entre les juridictions. Encore faut-il trouver des lieux propices où ces acteurs hétérogènes puissent se retrouver, se coaliser, confronter leurs visions, les faire évoluer, atteindre des compromis. Encore faut-il également doter les intermédiaires politiques qui sont responsables de ce travail de moyens de communication, d'expertise et de capacités relationnelles afin d'en faire des acteurs

reconnus, respectés et utiles. Cela est d'autant plus crucial que la médiatisation croissante des décisions politiques tend à privilégier la réactivité immédiate et le pouvoir exécutif au détriment du pouvoir législatif. La démultiplication du jeu d'acteurs ne peut qu'influencer la manière selon laquelle les institutions législatives élaborent les lois. Les modèles juridiques – continental et anglo-saxon – de référence qui inspirent la législation européenne vont très probablement évoluer pour permettre que celle-ci soit opérante dans les différentes strates de gouvernance. Le processus législatif lui-même sera nécessairement à la fois plus coopératif et plus rapide pour prendre en compte la multiplicité des acteurs et l'urgence de certaines situations. Dans un tel mouvement, l'Union européenne devra tirer avantage d'une simplification de la hiérarchie de ses normes et des mécanismes de leur adoption. Cette démarche s'avérera d'autant plus indispensable que le vieillissement démographique et le déclin économique relatif en Europe feront naître tout un nouvel ensemble de problématiques humaines et sociales à résoudre et autant de champs législatifs ouverts.

LA TECHNOLOGIE COMME MULTIPLICATEUR DE VITESSE DU CHANGEMENT

Les progrès techniques dans le domaine du traitement et des échanges de données tendent à abolir les frontières spatio-temporelles et accélèrent la mondialisation. Une masse sans cesse démultipliée d'informations sont disponibles et accessibles partout dans le monde, à partir de moyens et de services privilégiant la mobilité. Les échanges virtuels permettent de mettre en relation des personnes sur des bases instantanées, éventuellement éphémères et non nécessairement institutionnalisées. Mais les institutions peuvent aussi reconcevoir leurs pratiques en intégrant les outils numériques, telles que l'e-justice ou l'e-démocratie. Cependant, de grands défis et de grands risques seront à traiter, tels que la cybercriminalité ou la fracture numérique. Les décisions qui devront intervenir en matière de choix technologiques auront des conséquences accrues pour les entreprises comme les institutions, tandis que les forces de recherche et d'innovation basculent du côté de l'Asie, ce qui créera potentiellement pour l'Europe une dépendance jusque là inédite.

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT 2025

VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

TEIL 1

BERICHT

EINLEITUNG

MULTIPOLARER KONTEXT, REGIEREN AUF MEHREREN EBENEN, EIN SYSTEM MIT VIELEN AKTEUREN, BESCHLEUNIGUNG DES WANDELS DURCH VIELFÄLTIGE TECHNOLOGIEN

VIER KONZEPTE, DIE EINER UNSICHEREN WELT EINE STRUKTUR VERLEIHEN

Immer mehr Studien und Forschungsarbeiten konzentrieren sich auf künftige globale **Trends**, während Entscheidungsträger **Lösungen** für neue komplexe grenzüberschreitende **Herausforderungen**¹ suchen. Dieses Forschungskorpus legt nahe, dass ein Klima der Unsicherheit und in manchen Fällen **Angst** vor dem Unbekannten für viele gesellschaftliche Gruppen Anlass zu immer größerer Sorge ist.

Manche sind der Ansicht, dass Nationalstaaten und nationale Eliten die besten Voraussetzungen erfüllen, um auf die sich verändernden Umstände zu reagieren, und zwar über eine **Renationalisierung der Politik** mit einer Rückkehr zu den klassischen Formen der Machtpolitik², die auf einer lockeren Abstimmung zwischen den Nationen mit einer dominierenden Stellung einer G2 („Chimerika“) beruht. Die meisten Analysten betrachten ein solches Szenario jedoch als höchst unwahrscheinlich³ und prognostizieren stattdessen mit der zunehmenden Multipolarität der Welt⁴ größere Komplexität in der Staatsführung und bei anderen Prozessen.

Die Entscheidungsträger stehen zahlreichen grenzüberschreitenden Problemen gegenüber – vom Klimawandel über Nahrungsmittelknappheit und Energieversorgungssicherheit bis zur finanziellen Instabilität und dem demografischen Wandel⁵ – und laufen Gefahr, davon überwältigt zu werden, während sie gleichzeitig das Vertrauen und die Unterstützung der Öffentlichkeit verlieren. Wissenschaft und Technik können zwar einige Antworten bieten, doch weder die Marktkräfte noch einzelne Nationen scheinen in der Lage zu sein, interne – geschweige denn internationale – Herausforderungen zu meistern.

Traditionelle Rivalen werden zu **neuen Partnern** werden müssen. Bestehende und künftige Institutionen sollten versuchen, einen frischen analytischen Rahmen zu entwickeln, um in einer innovativen Machtstruktur Lösungen auszumachen, Synergien freizusetzen und die Unterstützung der Bürger zu gewinnen.

¹ Siehe das vom Sekretariat des Teams EP 2025 erstellte Register – Anhang 1.

² Siehe beispielsweise Zbigniew Brzezinski, *America and the World*, New-York, Basic Books, 2008; ähnliche Konzepte werden in *The Geostrategic Triad: Living with China, Europe and Russia*, Washington, CSIS, 2000, entwickelt. Nach dem populären Buch des Futurologen George Friedman, *The Next 100 Years. A Forecast for the 21st Century*, London, Anchor Press, 2009, ist die Machtpolitik zwischen Nationalstaaten (gemeinsam mit der Technologie) auch der wesentliche Antriebsfaktor für den Wandel.

³ Adam Segal, "The G-2 Mirage", *Foreign Affairs* 88.3. (Mai/Juni), Mai/Juni 2009.

⁴ Der AsEB zufolge sollen bis 2050 3 Milliarden Menschen in Asien Einkommen auf europäischem Niveau beziehen, *Bloomberg News*, 4. Mai 2011.

⁵ World population to pass 7 billion on October 31: UN, *Reuters Wire Service*, 3. Mai 2011.

MULTIPOLARER KONTEXT

Die multipolare Welt **tritt an die Stelle** der unipolaren Welt, von der viele fürchteten, dass sie nach dem Ende des Kalten Krieges entstehen könnte. Zwei **wesentliche Faktoren** haben zum Entstehen einer multipolaren Welt beigetragen:

- rasches Wachstum in Schwellenländern und deren zunehmende Bedeutung auf dem Weltmarkt und für ausländische Direktinvestitionen (ADI) (siehe Buchstabe a);
 - relativer Rückgang des allgemeinen amerikanischen Einflusses⁶ (siehe Buchstabe b).
- a) Das langfristige Wachstumspotenzial des Westens ist durch die Verluste im Laufe der letzten Krise unter Umständen erheblich geschwächt, während die **Volkswirtschaften der Schwellenländer** zunehmend international wettbewerbsfähige Finanzmärkte **entwickeln**.⁷ Diese Krise hat dem **Vertrauen** in die westlichen Volkswirtschaften, in denen sich Spekulationsblasen gebildet haben, dauerhaft Schaden zugefügt. Die nationalen Regelungsbehörden standen ihr ohnmächtig gegenüber und die Frage der wertgeminderten Vermögensgegenstände („Toxic Assets“) ist zum Teil noch immer ungelöst. Die Finanzkrise betraf vor allem den Westen und hat die Schaffung eines neuen globalen wirtschaftlichen Gleichgewichts beschleunigt – wobei sich die politische und industrielle Macht nach Osten **verlagert** hat.

Der interne Verbrauch, die Industrieproduktion und die Investitionskapazitäten zur Deckung der lokalen Nachfrage und zur Finanzierung technologischer Innovationen werden in den meisten Schwellenländern voraussichtlich zunehmen.⁸ Diese Länder könnten versuchen, ein neues Kräfteverhältnis für die geltenden multilateralen Vereinbarungen zur Regelung der Weltwirtschaft festzulegen, einschließlich Reformen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Viele von ihnen sagen, dass sie einen **New Deal** in der Welthandelsorganisation (WTO) und eine aktivere Rolle in den Organisationen zur Festlegung internationaler Normen wollen.⁹

Wenn die internationale Gemeinschaft nicht in der Lage ist, das erwartete neue Gleichgewicht in multilateralen Einrichtungen zu schaffen, und den Schwellenländern keine besseren globalen Handelsvoraussetzungen bietet, werden viel mehr direkte bilaterale Handels- und Energieversorgungsabkommen geschlossen werden.¹⁰ Dies würde wiederum zu größerem Wettbewerb um Rohmaterialien, Land und Öl- und Gasreserven führen.

⁶ Joseph Nye, *The Future of Power*, Cambridge (Mass.), Harvard University Press, 2011.

Joseph Stiglitz, *Freefall*, New York, Norton, 2010.

Steven Weber und Bruce Jentleson, *The End of Arrogance*, Cambridge (Mass.), Harvard University Press, 2010.

⁷ Eric Chaney, Chefvolkswirt bei AXA, "How the crisis could change the global economy", in F Debié (ed.), *The Basis for Recovery*, Konferenzbericht der Sommeruniversität der EVP-Fraktion, 2009.

Susan Lund, Charles Roxburgh, *Global Capital Markets: Entering a New Era*, London, McKinsey Global Institute, 2009.

⁸ OECD, *Globalization and Emerging Economies*, Paris, OECD, 2009.

⁹ Siehe *The New Global Puzzle*, What world for the EU in 2025, Paris, EUISS, 2006.

¹⁰ George Magnus, *Uprising: Will Emerging Markets Shape or Shake the World Economy*, London, Wiley, 2010.

- b) **Geopolitische Modelle** und Beziehungen erfahren eine **bedeutende Verlagerung**, nachdem die Schwellenländer die Weltbühne betreten haben, und es bestehen erhebliche Zweifel hinsichtlich der systemischen Rolle der USA. Der politische Einfluss der USA in Asien ist durch den „friedlichen Aufstieg“ Chinas bedroht.¹¹ Russland schafft ein neues Gleichgewicht im Hinblick auf den Zugang des Westens zum früheren Einflussbereich der Sowjetunion in Zentralasien und im Kaukasus. Das Gewicht Chinas in Afrika und Lateinamerika nimmt zu, während die postkolonialen Netze Europas immer schwächer werden. Der Nahe Osten erfährt eine immer stärkere Präsenz **regionaler Mächte** wie des Iran und der Türkei.

Die Schwellenländer werden die internationale Gemeinschaft wahrscheinlich drängen, den UN-Sicherheitsrat und andere Organisationen der Vereinten Nationen zu **reformieren**. Ein Aspekt solcher Reformen könnte eine **stärkere** Einbeziehung der Schwellenländer in friedenserhaltende und friedenschaffende Maßnahmen sein. Sie könnten auch eine wichtigere Rolle bei der Leitung und Kofinanzierung internationaler Einrichtungen wie UNDP, UNHCR und FAO übernehmen. Zudem wird die Süd-Süd-Kooperation als wichtiger **Faktor** der internationalen Hilfe für die ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder zunehmen.¹² Doch das Auftauchen neuer Geber und die wachsende Rolle der Süd-Süd-Kooperation wird es sicher schwieriger machen, Entwicklungshilfe einzusetzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte zu fördern.

Doch das **neue Kräfteverhältnis** in dieser veränderten multipolaren Welt ist nach wie vor **unklar**.¹³

Eine Schlüsselfrage ist, ob es einen **friedlichen Übergang** von der Hegemonie der USA zu jener Chinas geben wird, der zu einem bipolaren G2-Szenario führt. Der relative Rückgang der Macht – sowohl der „soft power“ als auch der „hard power“ – der USA und die Unfähigkeit Europas, an deren Stelle zu treten oder deren Macht zu stärken, könnten zu einer Fragmentierung und einem Sicherheitsvakuum in bestimmten Regionen führen.¹⁴

Als Alternative dazu könnte eine ausgewogenere Struktur – vergleichbar mit der G20 – entstehen, mit größerer Autonomie der regionalen Mächte, die in einem lockeren globalen „Konzert der Nationen“ interagieren. Eine dritte Möglichkeit wäre ein viel anarchischeres Szenario, in dem lokale Akteure rechtmäßige Vorschriften oder Schiedsrichter ablehnen, wodurch Konflikte zwischen früheren Partnern entstehen.¹⁵

¹¹ Yong Deng, *China's Struggle for Statute*, Cambridge, Cambridge University Press, 2008.

¹² John Ikenberry, "The liberal international Order and its Discontents", *Millenium* 38:3, 2010, S. 509-521.

¹³ *The New Global Puzzle*, What world for the EU in 2025, Paris, EUISS, 2006.

¹⁴ *Global Governance 2025: At a critical juncture*, Paris, EUISS, 2010.

¹⁵ Jean-Marc Coicaud, Charles Kupchan, *Powers in Transition*, New York, UNU, 2001.

Unklar ist, wie die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten in einer multipolaren Welt agieren werden. „Die internationale Identität der europäischen Zentralmächte wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien wird von der Entwicklung der Europäischen Union als globaler Akteur abhängen; vermutlich werden sie aber auch versucht sein, allein eine globale Rolle zu spielen.“¹⁶

Viele glauben, dass ein stärker integriertes und besser organisiertes multipolares System die EU-Staaten allmählich dazu drängen wird, sich besser zu organisieren und verschiedene außenpolitische Agenden gemeinsam abzuwickeln.¹⁷ Sowohl die Wirtschaft als auch die Zivilgesellschaft werden die EU-Mitgliedstaaten und die Organe der Union voraussichtlich drängen, **gemeinsame grundlegende europäische Interessen** in einer globalisierten Weltwirtschaft zu verteidigen. Dieser Trend könnte Teil einer allgemeinen Bewegung sein, in deren Rahmen effektive Verwaltungsebenen besser definiert werden.¹⁸

Top Ten der Hauptakteure der Weltwirtschaft mit bzw. ohne EU: Ein quadripolares System¹⁹ oder ein mikropolares System unter dem Einfluss Chinas und der USA

| | Bevölkerung 2030 (Mrd.) | BIP 2030 (Mrd. Dollar KKP 1970) | | Bevölkerung 2030 (Mrd.) | BIP 2030 (Mrd. Dollar KKP 1970) |
|---------------|-------------------------|---------------------------------|--------------------|-------------------------|---------------------------------|
| China | 1,4 | 23 000 | China | 1,4 | 23 000 |
| USA | 0,36 | 17 000 | USA | 0,36 | 17 000 |
| EU | 0,52 | 14 000 | Indien | 1,4 | 10 000 |
| Indien | 1,4 (?) | 10 000 | Japan | 0,12 | 3 500 |
| Japan | 0,12 | 3 500 | Deutschland | 0,08 | 2 000 |
| Russland | 0,13 | 2 000 | Frankreich | 0,06 | 2 000 |
| Indonesien | 0,28 | 2 000 | VK | 0,06 | 2 000 |
| Brasilien | 0,22 | 1 900 | Russland | 0,12 | 2 000 |
| Korea | 0,05 | 1 500 | Indonesien | 0,28 | 2 000 |
| Mexiko | 0,13 | 1 500 | Brasilien | 0,22 | 2 000 |

James Elles (ed.), *Europe and the world 2025*, Bruxelles, Report by the European Ideas Network, 2006.

¹⁶ Zwischenbericht des ESPAS, *Citizens' agenda in a interconnected World*, Paris: EUISS, 2011, S.13.

¹⁷ Michael Emerson (ed.), *Upgrading the EU's role as a Global Actor*, Brüssel, CEPS, 3. März 2011.

Siehe auch Michael Doyle, John Ikenberry, *New Thinking in International Theory*, Boulder, Westview, 2002.

¹⁸ Daniel Hamilton, *Europe 2020*, Baltimore, Johns Hopkins UP, 2010.

Fraser Cameron, *The Future of Europe*, London, Routledge, 2004.

Alberto Alesina, Francesco Giavazzi, *The Future of Europe*, Cambridge (Mass), MIT Press, 2006.

¹⁹ Auf der Grundlage von Angus Maddison, *Shares of the Rich and the Rest in the World Economy: Income divergence between Nations, 1820-2030*, Warwick: Warwick UP, 2007, zitiert im Zwischenbericht des ESPAS, *Citizen's Agenda in an Interconnected World*, Paris: EUISS, 2011. Die Schätzungen berücksichtigen nicht die Auswirkungen der Finanzkrise auf die europäische und US-amerikanische Wirtschaft.

REGIEREN AUF MEHREREN EBENEN

Seit mehreren Jahrzehnten erleben wir eine Art Expansion mit Auswirkungen auf die Regierungsebenen in einer Reihe von europäischen Ländern: Stärkung **dezentralisierter** Strukturen in Bundesstaaten (beispielsweise mehr fiskalpolitische Befugnisse in den deutschen Ländern), **Dekonzentration** in ehemaligen Einheitsstaaten (insbesondere Belgien, VK und Spanien), **Dezentralisierung** auf die regionale Ebene (wie in Frankreich) – siehe Kasten 1 in Kapitel 2.

Gleichzeitig wurde die **supranationale Regierungsebene** durch verschiedene Maßnahmen – wie die europäischen Verträge, die Schaffung der G8/G20 und von Organisationen wie WTO und IWF – immer mehr **gestärkt**.

Die Kombination dieser beiden Trends führte zur Entstehung eines neuen Systems, das viele Gelehrte als **Regieren auf mehreren Ebenen** bezeichnen, wobei es zu **komplexen Interaktionen** zwischen den einzelnen Ebenen kommt.²⁰

Die wichtigsten **Triebkräfte** für die Entwicklung des Regierens auf mehreren Ebenen²¹ waren

- der zunehmende Bedarf an **vertraglichen Vereinbarungen** zur Regelung der immer stärkeren **gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit** auf europäischer und nun auch auf internationaler Ebene;
- die Notwendigkeit, Arbitrage und ordnungspolitisches **Dumping** zwischen verschiedenen Rechtsprechungen im selben Markt zu **verhindern**;
- die Notwendigkeit, **knappere Ressourcen** zu **bündeln und gemeinsam** zu **nutzen**;
- der Bedarf an stärkerer **demokratischer Kontrolle** und **Rechenschaftspflicht** öffentlicher Behörden, um das empfundene Demokratiedefizit zu verringern;
- die **Konvergenz** der Anliegen der Bürger verschiedener Nationen in globalen oder europäischen Fragen infolge der Informationsrevolution;²²
- das Entstehen einer **multiplen politischen Identität** der Bürger.

Die Entstehung des Regierens auf mehreren Ebenen hat zu bedeutenden **Änderungen** in der **politischen Landschaft** beigetragen. **Politikzentrierte Gruppen** (die auf den Erfahrungen mancher internationaler NRO aufbauen und noch darüber hinausgehen) sind auf verschiedenen staatlichen Ebenen aktiv. Es entstehen **grenzüberschreitende** Parteien oder **Gruppierungen** von Parteien. Neue Kontrollen und Gegengewichte werden geschaffen. Für **nationale politische Eliten** wird es **schwieriger, populistische Politik** zu betreiben und in die Details der Verwaltung

²⁰ Ian Bache, Matthew Flinders, *Multilevel governance*, Oxford University Press, 2004; Hubert Heinelt, *Governing Modern Societies*, London, Routledge, 2010; Michael Goldsmith, Edward Page, *Changing government relations in Europe*, London, Routledge, 2010.

²¹ Liesbet Hooghe, Gary Marks, *Multilevel Governance and European Integration*, Oxford, Rowman & Littlefield, 2001.

²² Hubert Heinelt, *op. cit.* Edgar Morin nimmt in *Terre Patrie*, Seuil, 1993, einen philosophischen Standpunkt ein, wo er das Entstehen einer „grenzüberschreitenden ökologischen Allianz“ beschreibt, die als „Erdpatriotismus“ bezeichnet werden könnte. Diese neue Ideologie entsteht in einem spezifischen intellektuellen Kontext globalisierter Konzepte, des Engagements der Bürger und der einfachen Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die neuen IKT, die globalen

von **Regionen oder Städten** direkt **einzugreifen**. So wird die politische **Stabilität** auf nationaler Ebene **gestärkt** und das **Demokratiedefizit** auf regionaler Ebene **verringert**.²³ Die Konvergenz auf „**bewährte Praktiken**“ wird voraussichtlich die **gegenseitige Vereinbarkeit** und die **Nachhaltigkeit** der auf den verschiedenen Ebenen beschlossenen und durchgeführten Maßnahmen verbessern.

Die Kräfte hinter dem Erfolg des Regierens auf mehreren Ebenen in Europa und Nordamerika sind in einer globalisierenden Wirtschaft noch immer am Werk. Auf der ganzen Welt ist die **parallele Entstehung** folgender Systeme zu beobachten:

- eine **neu strukturierte nationale Regierungsebene** (mit mehr Regulierungsbehörden und -agenturen, einem intelligenteren öffentlichen Haushalt);²⁴
- **regionale Regierungsebenen**, die so strukturiert sind, dass sie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ihrer Region auf dem Weltmarkt fördern;
- **lokale Regierungsführung**, insbesondere in großen Weltstädten;
- **supranationale Regierungsebenen** auf kontinentaler Ebene mit verstärkter Entscheidungsbefugnis in den Bereichen Handel, Normung, monetäre Zusammenarbeit;
- **globale Regierungsebene** für globale Fragen wie Klima, Welthandel und Finanzen sowie Sicherheit.

In den meisten Ländern wird die Regierung auf nationaler Ebene voraussichtlich der grundlegende Rahmen für die allgemeine Politik bleiben, da sie in der Regel ein Gleichgewicht zwischen **Legitimität** (das Empfinden einer gemeinsamen Identität, das Gegenseitigkeit und Solidarität bewirkt) und **Effizienz** (auf der Grundlage rascher Entscheidungen, klarer Kontrolle, eines guten Feedback und erforderlichenfalls von Anpassungen und politischem Wandel) schafft. Die spezialisierte professionelle Durchführung von Maßnahmen erfolgt voraussichtlich weiterhin auf der nationalen und regionalen Ebene.²⁵

Dennoch haben die Zunahme des Föderalismus auf der ganzen Welt und der Erfolg des Lokalismus als Ideologie²⁶ Fragen hinsichtlich der **Effizienz des Zentralstaates** aufgeworfen. Es besteht eine anhaltende Forderung nach einer stärker dezentralisierten Entscheidungsfindung mit größerer Bürgernähe und einer weniger hierarchischen „Pyramidenbürokratie“. Die Entwicklung hin zum Föderalismus – und sogar jetzt zu neuen, kleineren nationalen Einheiten – wird wohl ein wichtiger Aspekt des politischen und institutionellen Wandels sowohl in den Industriestaaten als auch in den Schwellenländern bleiben.²⁷

Medien und die globale Wissenschaft sind weitgehend für diese Entwicklung verantwortlich. Diese Sicht der Dinge steht auch im Zwischenbericht des ESPAS, *Citizen's Agenda in an Interconnected World*, Paris: EUISS, 2011, im Mittelpunkt.

²³ R. Katz, "Models of Democracy. Elite Attitudes and Democratic Deficit", in *European Union Politics*, 2001, Bd. 2, S.53-80.

²⁴ Florian Weygand, *Der Wandel nationalstaatlichen Regierens im Kontext der Globalisierung*, Berlin, Grin Verlag, 2009.

²⁵ Robert Putnam, *Democracies in Flux*, Oxford University Press, 2002.

²⁶ Dieser Ideologie zufolge funktionieren lokale Märkte, lokale Entscheidungen, lokale Politik, lokale Lösungen und deren lokale Umsetzung besser. Siehe Tim O'Riordan, *Globalism, Localism and Identity*, London, Eartscan, 2001.

Unabhängig von der jeweils betroffenen Regierungsebene geht es im Wesentlichen nach wie vor darum, ein **Gleichgewicht** zwischen **Legitimität** und **Effizienz** zu finden, um Effektivität zu erreichen.²⁸

Bei der Verfolgung gemeinsamer grundlegender Interessen – **Sicherheit** und **Wohlstand** – in einer globalisierten und veränderten Welt müssen die kontinentale und globale Ebene des supranationalen Regierens nicht nur den Anschein erwecken, **effizient zu funktionieren**, sondern auch tatsächlich über größere **demokratische Legitimität** verfügen.

Anstelle einer größeren Bürgernähe der Entscheidungsfindung im Sinne ihrer größeren Legitimität und Effizienz scheint die neue Herausforderung heute zu sein, das angemessene Forum finden zu können, das mit größter Wahrscheinlichkeit (auf der Grundlage der geeigneten Größenordnung und angemessener Mittel) effiziente Entscheidungen in spezifischen Fragen ermöglicht, und in der Folge für eine verstärkte demokratische Kontrolle zu sorgen.²⁹

So versuchen die unterschiedlichen Ebenen der supranationalen Entscheidungsfindung, **Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismen** zur regelmäßigen Information der Bürger mit aufzunehmen. Transparenz ist wesentlich, wenn größere Rechenschaftspflicht mit **Akzeptanz** durch die Bevölkerung und einer stärkeren **Einbeziehung** der Bürger einhergehen soll. In Zeiten der **Unsicherheit** und **Knappheit** wird eine wertebasierte Regierungsführung gefordert sein – wobei Kosten-Nutzen-Analysen eingesetzt werden, um das Legislativverfahren vom Entwurf einer Rechtsvorschrift über ihre Annahme bis zu ihrer Umsetzung und Durchführung zu evaluieren.

Angesichts der knappen Mittel des öffentlichen Sektors in Schwellenländern und industrialisierten Wohlfahrtsstaaten werden die Wähler stärkere, effizientere „Subsidiaritätskontrollen“ der einzelnen Regierungsebenen und Institutionen befürworten. Welche Ebene erfüllt die besten Voraussetzungen, um zu einem erschwinglichen Preis und in einem annehmbaren zeitlichen Rahmen Ergebnisse zu erzielen? Wie können Größeneinsparungen und externe Effekte am besten genutzt werden?³⁰

Konkurrierende Vertretungsgremien – wie politische Parteien – sind auf subnationaler und supranationaler Ebene wichtig im Hinblick auf die Ausarbeitung klar umrissener **alternativer Optionen**.³¹ Sie können tätig werden, nachdem NRO ihre **wesentliche** Rolle erfüllt und dem lokalen und supranationalen Bedarf in einem Kontext schwacher supranationaler Demokratie gerecht geworden sind.³²

²⁷ Liesbet Hooghe, Gary Marks, Arjan Schakel, *The Rise of regional Authority. A Comparative Study of 42 Democracies*, London, Routledge, 2010.

²⁸ Robert Dahl, *On Democracy*, New-Haven, Yale University Press, 1989. Für eine aktuelle Umsetzung siehe Robert Putnam, *Age of Obama*, Manchester UP, 2010.

²⁹ Jean-Marc Coicaud, *National interest and international solidarity*, New York, United Nations University, 2006.

³⁰ Joseph Stiglitz, *Making Globalization Work*, London, Penguin, 2006.

³¹ Simon Hix, *The Political parties of the European Union*, London, Palgrave/Macmillan, 1997.

³² Solche rationale Erwartungen und deren Demonstration sind zu finden in Simon Hix, *What is wrong with European Union*, Cambridge, Polity, 2008.

ENTSCHEIDUNGSFINDUNG MIT VIELEN AKTEUREN

Heutzutage ist es nicht mehr so wahrscheinlich, dass einzelne Institutionen allein Ergebnisse erzielen können. Die Zeiten haben sich verändert, seit erstmals napoleonische Nationalstaaten geschaffen wurden, die einen Rechtsrahmen für die Gesellschaft (Zivilgesetzbuch), wirtschaftliche und soziale Anreize, Bildungseinrichtungen, Forschung und Kultur bereitstellten – untermauert durch Verteidigung und Sicherheit zur Förderung des internationalen Einflusses. Die Fähigkeit des Wohlfahrtsstaates, das gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben unter einem nationalen Schirm zu organisieren, ist mit gewaltigen Herausforderungen konfrontiert.³³ Der Wandel hat zu einer größeren **globalen Komplexität** geführt.

Effektive Koalitionen **heterogener Akteure** können in einer globalisierten Welt eher Ergebnisse sichern.³⁴ Friedensprozesse und rascher wirtschaftlicher Übergang sind positive Beispiele für die Bildung solcher effektiver Koalitionen zwischen lokalen Interessensgruppen, internationalen Netzwerken, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft³⁵. Daher können internationale Übereinkommen³⁶ und Verträge³⁷ nicht mehr nur als zeitweilige Ad-hoc-Kompromisse zwischen Staaten gesehen werden. Sie sollten von viel mehr Interessenträgern als Instrumente betrachtet werden, um allgemeinere gemeinsame Interessen in einer annehmbaren, pragmatischen und nachhaltigen Art und Weise zu schützen.³⁸ Die Hierarchie der Rechtsnormen selbst muss eher mit der Bedeutung der auf dem Spiel stehenden Interessen (Umfang, Zeitrahmen, Zahl der Beteiligten) konsistent sein als mit der früheren traditionellen Unterscheidung zwischen nationalem Recht auf der Grundlage der Volkssouveränität und internationalen Übereinkommen, die das Ergebnis internationaler Verhandlungen sind.³⁹

Noch grundlegender als diese Erosion der traditionellen Unterscheidung zwischen intergouvernemental und supranational war die Entstehung politischer Netzwerke, die die öffentliche Ordnung auf kontinentaler oder globaler Ebene gestalten können. In diesen politischen Netzwerken⁴⁰ kam es zu einer weiteren Erosion der Grenzen zwischen Regierung und privaten Akteuren. Diese Komplexität – die in Washington ebenso zu finden ist wie in Brüssel – ist nicht ohne Weiteres zu verstehen: „Die Überwindung des Gegensatzes intergouvernemental/ supranational ... ist ein Schock, der ebenso groß ist wie jener, den die vorkopernikanische Gedankenschule bei der Konfrontation mit der Feststellung erlitt, dass ihr Sonnensystem nicht um die Erde kreist ... Beide Faktoren interagieren mit einem dritten ... Da die Verwebung der nationalen und europäischen Regierungsebene nicht alle Koordinierungsprobleme der EU lösen kann, ... war das Ergebnis die Dekonzentration vieler Bereiche der Politikentwicklung und -kontrolle und ihre Übertragung an „politische Netzwerke“, die insofern subsystemisch sind, als sie unter den formalen Vorschriften des politischen

³³ Jacques Attali, *Tous ruinés dans dix ans*, Paris, Odile Jacob, 2010.

³⁴ Georges Corm, *Le nouveau Gouvernement du monde*, Paris, La Découverte, 2010. Eine etwas positivere Einschätzung ist zu finden in A.M. Slaughter, *A New World Order: Government Networks and Disaggregated State*, Princeton: PUP; 2004.

³⁵ Joseph Nye, *The Future of Power*, Harvard UP, 2011.

³⁶ Gulf states plan to complete customs union by 2015, *Reuters Wire Service*, 7. Mai 2011.

³⁷ Southeast Asian countries promise integration at ASEAN Summit, *Wall Street Journal*, 7. Mai 2011.

³⁸ Jean Marc Coicaud, *Powers in Transition*, New York, UNU, 2001.

³⁹ Jean-Marc Coicaud, *National interest and international solidarity*, UNU, 2006.

⁴⁰ John Peterson and E. Bomberg, *Decision-making in the European Union*, London, Basingstoke, Macmillan, 1999.

*Systems der EU arbeiten und politische Maßnahmen entwickeln und die ermächtigten Institutionen sowohl untereinander als auch in ihren Beziehungen zu den leichter zu identifizierenden Adressaten der Politik koordinieren.*⁴¹

Es ist wichtig, festzustellen, an welchen Orten solche **Koalitionen** gebildet werden können – sie umfassen grenzüberschreitende politische Familien, Glaubensgemeinschaften, internationale Gewerkschaften, philanthropische Organisationen⁴² und in zunehmendem Maße soziale Netze im Internet. Die neuen Technologien verändern bereits den Umfang, die Geschwindigkeit, die Größe und den Prozess der Koalitionsbildung.

BESCHLEUNIGUNG DES WANDELS DURCH VIELFÄLTIGE TECHNOLOGIEN UND VERSCHWINDEN DER RÄUMLICHEN UND ZEITLICHEN GRENZEN

Vier Begriffe⁴³ beschreiben die Trends in diesem Bereich:

- **Verkörperte Virtualität** und **Cloud Computing** sind kennzeichnend für die rasche Zunahme moderner Kommunikationstechnologien wie Internet und soziale Netzwerke. Die unterstützenden digitalen Geräte wie 4G-Mobiltelefone und Tablets weisen auch noch andere durchschlagende Innovationen auf, die sowohl den Zugang zu Wissen und Information als auch die Organisation von Aktionen und Interessen verändert haben.

Die technologische Entwicklung wirkt sich in zweierlei Hinsicht aus: Indem sie die Ansammlung von Informationen und die Interaktion zwischen diesen von allen Zwängen in Bezug auf den physischen Ort befreit, wirkt sie wie ein Katalysator für verschiedene Komponenten, vermischt verschiedene Quellen und überschreitet Grenzen, die in der Vergangenheit außer jeder Reichweite waren. Technologie beschleunigt die Entscheidungsprozesse und verbreitet unmittelbar deren Ergebnisse. Dieser zweifache Effekt lässt die Welt in unserer Wahrnehmung schrumpfen, da wir rascher auf Ereignisse reagieren, komplexe Sachverhalte durchschauen und immer größere Datenmengen verarbeiten. Die digitale Revolution ermöglicht die gemeinsame Nutzung von Daten zwischen Geräten, Prozessen, Orten und Beteiligten.

Technologie wird den Inhalt und die Art und Weise des Agierens der meisten Institutionen – auch in der Politik – und Menschen verändern und stellt für die gewohnte Sicherheit und die herkömmliche ethische Akzeptanz einer Herausforderung dar.

- **Teleaktivierung** ist die nächste vorhersehbare Revolution. Ein Aktivator (Person oder Objekt), der von anderen verbundenen Einheiten durch Telelokalisierung ausgemacht wird, kann geplante Reaktionen und Informationsfeedbacks **automatisch auslösen**.

⁴¹ Christopher Lord, New Governance and Post-Parliamentarism, *Polis Working Papers* n°5, 2004, S. 4.

⁴² Robert Putnam, *Age of Obama*, Manchester UP, 2010.

⁴³ inter alia *OECD 21st Century technologies. Promises and Perils of a Dynamic Future*. Paris, OECD, 2011, und Interviews mit Professor Zyga Turk, Universität Ljubljana, ESPAS (14. März 2011) und Mark Weiser, Verfahrenstechniker bei Xerox, 1988.

Die Logistik, die Medien und andere Dienstleistungen könnten dadurch verändert werden – ebenso wie die Haustechnik, das Gesundheitswesen, die Bildung und die Sicherheit. Die Interaktion zwischen Menschen und Objekten sollte rascher und intelligenter erfolgen. Doch die Datensicherheit, die Prozesskontrolle und die persönlichen Rechte werfen schwerwiegende Fragen auf, die noch zu klären sind.

- Die vielfältige technologische Innovation wird zu **Zwangsarbitration** führen. Klare Entscheidungen in Bezug auf die Technologie werden ausreichende Investitionen und ein gutes Verständnis der sich rasch wandelnden Plattformen erfordern. Der ständige Wandel wird einige Fälle kostspieligen Versagens mit sich bringen, wenn sich eine Technologie als ungeeignet oder rasch überholt erweist.
- **Konvergierende Technologien** (Nano-Bio-Info) könnten in Bereichen wie dem Gesundheitswesen, der Industrie oder der Landwirtschaft zu den wichtigsten Antriebskräften der Innovation werden. Das Information Mapping für **genetische** Informationen wird bei der Definition der Identität und dem Entwurf maßgeschneiderter Lösungen eine zentrale Rolle spielen. Dies könnte mit ethischen, rechtlichen und legislativen Herausforderungen verbunden sein, da die Grenzen zwischen **Akzeptanz** in der Öffentlichkeit und wissenschaftlicher **Machbarkeit** Ideologien und religiöse Ansichten auf den Prüfstand stellen. Die Institutionen werden sich besser vorbereiten müssen, um den Bedarf an wissenschaftlichen Informationen von Ideologien zu trennen.
- Die Interaktion von technologischem Wandel und Globalisierung lässt zeitliche und räumliche Beschränkungen **schwinden**, da frühere **Grenzen** aufgehoben werden. Der Zugang zu Information, Bildung, Kultur, Sozialleistungen, Medizin und Reisen wurde digitalisiert. Steuerung und Kontrolle können aus der Entfernung über Zeitzonen hinweg erfolgen. Diese dramatische Neustrukturierung von Zeit und Raum – vorangetrieben durch das Internet – findet Niederschlag in neuen Hochgeschwindigkeitssystemen für die Produktion, den Handel und den Verbrauch.⁴⁴
- Die Menschen leben zwar **lokal**, sind jedoch in der Lage, – zumindest virtuell – sich **global** zusammenzuschließen. Dieser Umbruch in Raum und Zeit führt zu einer unmittelbaren Interaktion zwischen Gruppen, deren Normen, Werte und Bestrebungen unterschiedlich sein können. Diese enge Kohabitation stellt die Gesellschaft gemeinsam mit der **ausgeprägten Vielfalt** vor wesentliche Fragen und Herausforderungen. Der Arabische Frühling macht deutlich, wie Werte und Anschauungen in Gesellschaften wie Jemen, Bahrain oder Äthiopien offen in Frage gestellt werden. Heißt das, dass die von der EU und anderen Akteuren geförderten Werte in dieser Region endlich Fuß fassen? Die Förderung direkter Verbindungen zur Zivilgesellschaft und den Menschen und das Verständnis der grundlegenden Dynamik des Wandels scheinen immer mehr das zentrale Element der Pflege diplomatischer, wirtschaftlicher und politischer Verbindungen zu sein. Entwicklungsmodelle und die angeblich lineare Entwicklung der Geschichte oder der Gesellschaft sind ins **Wanken** gekommen.

- Die „neuen Demokratien“⁴⁴, die im Zuge der Aufstände im Nahen Osten und in Nordafrika praktisch über Nacht entstanden sind, werden vermutlich ihre eigene einzigartige Entwicklung durchmachen. Dies wird ein besseres Verständnis der internationalen Partner erfordern. Es wird auch nötig sein, angemessene Feedback-Mechanismen zu schaffen, da die Menschen dort zuvor festgelegte **Vorschriften** und die **Rechte** des Einzelnen in der Gesellschaft wie etwa die **Meinungsfreiheit** – offen oder versteckt – **in Frage stellen**.⁴⁶ Sie könnten auch neue und unerwartete Forderungen an ihre ausländischen Partner stellen. Die Verringerung der räumlichen und zeitlichen Dimension – ein neues verkleinertes Raum-Zeit-Kontinuum – führt **sehr rasch** zur Neudefinition von Fragen der Integration, der Völkerverständigung und der Kooperation.

- Angesichts dieser gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen **Umbrüche** könnten die Menschen zur Auffassung gelangen, dass die traditionellen **Strukturen** nicht mehr in der Lage sind, geeignete Antworten zu finden. Die Erhaltung und **Förderung** eines offenen, kontinuierlichen Prozesses der **Koalitionsbildung** könnte in Zukunft zu einer grundlegenden Aufgabe der Parlamente werden. Ein besseres Verständnis des globalen Wandels sollte das EP in die Lage versetzen, **angemessene Antworten** zu finden, um seine potenzielle **Schlüsselrolle** zu stärken.

⁴⁴ *The incredible shrinking world?* Technology and the production of space, Scott Kirsch, 1995.

⁴⁵ Dies hat nach der Französischen Revolution ein Jahrhundert gedauert und ist im ehemaligen Ostblock zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer noch immer nicht abgeschlossen.

⁴⁶ Ein bedingtes Verbot wurde im April in Frankreich verkündet.

VOBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

– KAPITEL 1

MULTIPOLARER KONTEXT

Der allmähliche Übergang zu einer multipolaren Welt ist ein politisches Phänomen infolge des **Zusammenbruchs** der **bipolaren** Struktur der internationalen Beziehungen während des Kalten Kriegs, als die meisten Staaten nach 1945 lediglich über eine **eingeschränkte Souveränität** verfügten.⁴⁷ Das Ende des bipolaren Systems Anfang der 1990-er Jahre ging für viele Staaten mit einer Rückkehr zu einem **Status** der Souveränität einher. Neue Märkte öffneten sich, wobei dieser Prozess jedoch weder einheitlich noch linear verlief. Die Europäische Union hat vom Zusammenbruch des bipolaren Systems **profitiert**, in dessen Folge souveräne Staaten in Mittel- und Osteuropa der Union **beitraten**. Die EU erhielt überdies Zugang zu **neuen Märkten** in Russland, Asien und Afrika.

Dies mag ein Grund dafür sein, warum das Entstehen einer multipolaren Welt von der EU positiv gesehen wurde, und zwar als eine **Gelegenheit** nicht nur für den **Export** von **Gütern**, sondern auch von **Normen, Werten** und des eigenen **Einflusses**.⁴⁸ Die Nachbarschaftspolitik und die europäische Entwicklungspolitik spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, diese normativen Zielvorstellungen der europäischen Diplomatie zu vermitteln.

Diese Gegebenheiten werden sich durch schnelle Entwicklungen möglicherweise ändern. Die Union ist darum bemüht, neue Verbindungen zwischen ihren herkömmlichen normativen Zielvorstellungen und zwei Bereichen neuer Prioritäten in Zusammenhang mit den Millenniums-Entwicklungszielen und dem Kyoto-Protokoll herzustellen.⁴⁹ In vielen Ländern, die in der Vergangenheit auf der Anfangsstufe der Entwicklung standen, entstehen derzeit entwickelte, kapitalistische, vielfältige (wohlhabende) Volkswirtschaften mit einer industriellen Basis. Die Forderungen dieser Länder kreisen eher um einen besseren Marktzugang und Mobilität, denn um Soforthilfe und technische Unterstützung.⁵⁰ Die Union steht nun mit anderen potenziellen Gebern mit immer größerer Leistungsfähigkeit im Wettbewerb. Diese verfolgen andere Ziele und wählen andere Herangehensweisen. Wie soll man sich mit ihnen verständigen? Die in der Union vorhandenen Ressourcen für Entwicklungshilfe könnten in den kommenden Jahrzehnten zudem abnehmen, da für finanzielle Rettungsmaßnahmen in der EU mehr Geld aufgewendet werden muss, als man erwartet hatte.

⁴⁷ Nachdem die Souveränität Deutschlands und Japans eingeschränkt wurde, stellten Frankreich und Großbritannien (sowie Israel) in der Suez-Krise fest, dass ihrem Handlungsspielraum auf weltpolitischer Bühne ebenfalls Grenzen gesetzt waren, nicht nur wegen ihres eigenen beschränkten Leistungsvermögens, sondern auch aufgrund der Vereinbarungen zwischen den beiden Supermächten jener Zeit. Lediglich Indien vermochte es, das Konzept der Blockfreiheit etwas mit Leben zu füllen und eine regional begrenzte Autonomie für sich in Anspruch zu nehmen. siehe unter anderem Paul Kennedy, *The Rise and Fall of Great Powers* (Aufstieg und Fall der großen Mächte). New-York, Vintage Books, 1987.

⁴⁸ siehe den Ansatz in Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union.

⁴⁹ Grünbuch: EU-Entwicklungspolitik in nachhaltiger Entwicklung. Eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung, Brüssel: Europäische Kommission, 2010.

⁵⁰ Jean-Michel Severino, Olivier Ray, *Le Temps de l'Afrique*, Paris, Odile Jacob, 2010. Siehe auch Jean-Michel Severino, *Development beyond 2015*, London, Project Syndicate, 2008.

Den geopolitischen Zwängen des multipolaren Kontextes wurde bislang weniger Aufmerksamkeit geschenkt als der Verwirklichung der normativen Ziele. Sie könnten jedoch zu einer **Neugestaltung** der EU-Außenpolitik in den kommenden Jahrzehnten führen.⁵¹

1. DIE REALITÄTEN DER MULTIPOLARITÄT

BEGRENZTE SOUVERÄNITÄT UND SCHWACHE STAATEN

Im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik weist die neue multipolare Welt **Ähnlichkeiten** mit dem bipolaren System auf, was voraussichtlich auch in den kommenden Jahrzehnten so sein wird. Die meisten Staaten sind nicht in der Lage, alleine zu handeln, wenn es darum geht, Truppen außerhalb ihrer Grenzen einzusetzen. Eine weitere Schwächung könnten **ungelöste** Grenzstreitigkeiten, Minderheitenprobleme und strittige **Legitimitätsfragen** für sie bedeuten. Es könnte sogar dazu kommen, dass sie durch Milizen, bewaffnete Banden und Terrororganisationen **Sicherheitsprobleme** auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet bekommen.⁵²

Angesichts der **Schwäche** vieler Staaten in der bipolaren Welt ist das durch das Auseinanderfallen des Verbündetennetzes der Sowjetunion entstandene **Sicherheitsvakuum** zum Teil durch den **NATO-Beitritt** von Ländern oder durch neue **Verteidigungsabkommen** mit den USA bzw. bei einer begrenzten Zahl von Ländern mit Russland oder China neu gefüllt worden. Zumindest die baltischen Staaten als neue Mitgliedstaaten der NATO und der EU sahen dies als einen notwendigen Schritt zur Sicherung der gerade erst wiedergewonnenen nationalen Souveränität an.

Die vordringliche Erfahrung vieler Staaten in der multipolaren Welt wird auch **weiterhin** ihre eigne Schwäche sein. Sie werden auch in Zukunft **Schwierigkeiten** damit haben, ihre territoriale Integrität zu **wahren** und vollwertig als souveräne Akteure im multipolaren System **mitzuwirken**. Viele der schwächeren Akteure des multipolaren Systems werden für die EU in den kommenden Jahren eher eine Herausforderung darstellen als nützliche Verbündete.

Es ist davon auszugehen, dass die internationale Gemeinschaft weiterhin dem Risiko einer ständigen Überbeanspruchung infolge der **Schwäche** vieler Staaten ausgesetzt sein wird, und die Weltöffentlichkeit gleichzeitig **Hilfsmaßnahmen** und Einsätze in Krisensituationen ungeachtet **begrenzter** vorhandener **Mittel fordern** wird. Die EU wird auch weiterhin unter anderem als eine Quelle finanzieller und militärischer Ressourcen zur Bewältigung von Krisen in schwachen, instabilen oder gescheiterter Staaten angesehen werden.⁵³

⁵¹ Zwei unterschiedliche Ausblicke auf diese Zwänge bieten Saul B. Cohen, *Geopolitics of the World System*, Lanham, Rowman & Littlefield, 2003 und G. Dussouy, *Quelle géopolitique au XXIe siècle ?*, Brüssel, Complexe, 2001.

⁵² Mary Kaldor, *New and Old Wars : Organized Violence in a Global Era*, London, Polity Press, 1999. Siehe zum Beispiel: *Global Burden of Arm Violence*, Genf : Sekretariat der Genfer Abkommen, 2008.

⁵³ Stefan Fröhlich, *Die Europäische Union als globaler Akteur*. Berlin, Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

WETTBEWERB DER MITTELMÄCHTE

Die fehlenden **Ressourcen** der internationalen Gemeinschaft, um jede Krise eines jeden schwachen Staates zu bewältigen, hat zu der stillschweigenden **Duldung** einiger schwelender Konflikte sowie zu der **Weiterleitung von Aufgaben** der Friedenssicherung an regionale Mittelmächte geführt. Dies brachte eine **Aufwertung** der Mittelmächte im internationalen System mit sich.

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind neue Staaten hinzugekommen, die in der Lage sind, sich in **begrenztem** Rahmen am **machtpolitischen** Spiel zu beteiligen, wodurch eine Mikro-Polarität entstanden ist, die zunehmend **schwerer** von Washington, Moskau, Peking, New York oder Brüssel aus zu steuern ist.⁵⁴

In den vergangenen 20 Jahren galten die zwei Hauptakteure des früheren bipolaren Systems – die **Vereinigten Staaten** (mit oder ohne NATO-Verbündete) und **Russland** – zusammen mit etwa 25 bis 30 „Mittelmächten“⁵⁵ - als **Staaten im Sinne von Carl von Clausewitz**. Sie können die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung außenpolitischer **Ziele** – unmittelbar oder über Stellvertreter – befürworten und durften dies in den meisten Fällen auch tun. Diesen **Mittelmächten** ist jedoch zuwenig **Aufmerksamkeit** geschenkt worden. Wenn Versuche, eine neue Hegemonie oder große regionale Dominanz auf der Grundlage ausschließender Einflussphären (wie bei der Monroe-Doktrin) auszuüben, nicht unternommen werden oder scheitern, fühlen sich diese Mittelmächte in zunehmendem **Maße** bestätigt. Sie **weiten** ihre Verbindungen **aus** und halten nach neuen politischen **Schaltstellen** oder **Bündnissen** Ausschau. Ihre Zahl wird möglicherweise wachsen⁵⁶ und die globale Komplexität dadurch vergrößern.

⁵⁴ siehe die übereinstimmenden Analysen von *Mapping the Global Future*, Washington, NIC, 2004.

Nicole Gnesotto, Giovanni Grevi (dir), *The New Global Puzzle*, Paris, EUISS, 2006.

James Elles (dir), *The EU and the World in 2025*, Brüssel, EVP-Fraktion, EIN, 2007.

Global trends 2025, Washington, NIC, 2008.

Global governance at a critical juncture, Washington, Paris, 2010.

James Elles (dir), *The EU and the World in 2025*, Brüssel, EVP-Fraktion, EIN, 2007.

⁵⁵ darunter Frankreich, Vereinigtes Königreich, Israel, Syrien, Türkei, Armenien (mit russischer Unterstützung), Saudi-Arabien, Iran, Pakistan, Indien, Indonesien, Nigeria, Marokko, Äthiopien, Uganda, Demokratische Republik Kongo, Burundi, Ruanda, Südafrika, Venezuela, (Kuba).

⁵⁶ *ESPAS Working Hypothesis Paper*, Paris, EUISS, April 2011.

| Land | BIP 2030 Mrd. US\$ (Kaufkraft- parität von 1990) | Einwohner- zahl 2030 | Fähigkeit eigenständi- ger militärischer Einfluss- nahme | Regionales oder globales Führungsinstru- ment | Geopolitische Herausforderun- gen für den Status als Mittelmacht |
|-----------------------------------|---|---------------------------------|---|--|--|
| JAPAN | 3 500 | 120 Mio | nein | keine regionale Führungsmacht | Überalterung |
| DEUTSCHLAND | 2400 | 80 Mio | ja | EU | Überalterung, innerer Zusammenhalt |
| FRANKREICH | 2200 | 65 Mio | ja | EU mit Deutschland? Vereinte Nationen? | globale Wettbewerbsfähig- keit innerer Zusammenhalt Terrorismus |
| VEREINIGTES KÖNIGREICH | 2200 | 65 Mio | ja | Commonwealth NATO mit den USA und der Türkei Vereinte Nationen | globale Wettbewerbsfähig- keit innerer Zusammenhalt Terrorismus |
| RUSSLAND | 2000 | 135 Mio | ja | GUS Vereinte Nationen | demografischer Zerfall innerer Zusammenhalt Bürgerkrieg zu wenig Einwohner im hohen Norden und Teilen Sibiriens zur Behauptung der Souveränität |
| INDONESIEN | 2000 | 285 Mio | ja | ASEAN | innerer Zusammenhalt Fundamentalismus Bürgerkrieg |
| BRASILIEN | 1900 | 220 Mio | ja | MERCOSUR UNASUR | Armut |

| | | | | | |
|-------------------|------|---------|----------|--|--|
| (ITALIEN) | 1650 | 55 Mio | begrenzt | keine regionale Führungsmacht | Überalterung innerer Zusammenhalt Terrorismus |
| (SÜDKOREA) | 1500 | 50 Mio | begrenzt | keine regionale Führungsmacht | Krieg mit Nordkorea |
| MEXIKO | 1450 | 135 Mio | begrenzt | NAFTA Association of American States | Armut organisierte Kriminalität |
| (KANADA) | 1400 | 40 Mio | begrenzt | keine regionale Führungsmacht | innerer Zusammenhalt zu wenig Einwohner im hohen Norden zur Behauptung der Souveränität |
| TÜRKEI | 1100 | 85 Mio | ja | regionale Zusammenarbeit im Mittleren Osten und Zentralasien EU? NATO mit den USA und dem Vereinigten Königreich | Terrorismus innerer Zusammenhalt regionale Konflikte |
| THAILAND | 1000 | | nein | keine regionale Führungsmacht | Terrorismus innerer Zusammenhalt |
| IRAN | 1000 | 85 Mio | begrenzt | Regionalnetze im Mittleren Osten | Verbreitung von Atomwaffen Krieg, Sanktionen |
| NIGERIA | ? | 230 Mio | ja | ECOWAS | Armut Bürgerkrieg |
| PAKISTAN | ? | 235 Mio | ja | keine regionale Führungsmacht | Armut islamistischer Faschismus |
| ÄGYPTEN | ? | 110 Mio | ja | Arabische Liga | Armut Bürgerkrieg islamistischer Faschismus |

(gestützt auf Angus Maddison, *Shares of the Rich and the Rest in the World Economy: income divergence between Nations, 1820-2030*, Warwick: Warwick UP, 2007, zitiert von EUISS im vorläufigen ESPAS-Bericht, S. 31)

Künftig wird die EU möglicherweise mit der **Notwendigkeit** konfrontiert sein, mehr als bisher mit diesen Mittelmächten in der regionalen Machtpolitik zusammenzuarbeiten. Diese Mächte wiederum werden sich möglicherweise nur dann auf eine Zusammenarbeit mit der EU **einlassen**, wenn Europa ihre Ziele unterstützt. Die EU könnte dann Gefahr laufen, in Streitigkeiten und Konflikte hineingezogen zu werden, für die sie keine Verantwortung trägt.

MULTIPOLARITÄT UND WIRTSCHAFTLICHER MULTILATERALISMUS

Das Entstehen eines multipolaren Systems hängt auch mit **Machtverschiebungen** in der **Weltwirtschaft** zusammen. Diese **Entwicklungen** im internationalen System **begünstigen** in der Regel Länder mit Steigerungen bei der Produktion, dem Verbrauch, ausländischen Direktinvestitionen und **wachsenden** wirtschaftlichen Interessen im Ausland. Der Wohlstand undemokratischer Staaten und ihr wachsender Einfluss auf internationale Angelegenheiten wird in zunehmenden Maße eine **Herausforderung** für das westliche **Modernitätsmodell**⁵⁷ darstellen, selbst wenn sich demokratische **Vorstellungen** (Sicherheit des Einzelnen, Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsfreiheit) unter den unterschiedlichen Weltkulturen **durchsetzen** sollten, von denen man noch vor kurzem annahm, dass es zu einem Kampf zwischen ihnen in der multipolaren Welt kommen würde.

Die Schwellenländer leisten einen wichtigeren Beitrag zum **weltweiten Wachstum** und dem **exportgestützten** Wachstum vieler Länder in Europa als noch vor einigen Jahrzehnten. Daher muss man auf ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse stärker eingehen, damit die Volkswirtschaften ihren größtmöglichen **Beitrag** zum **Wohlstand** auf der ganzen Welt leisten können und sie sich gleichzeitig öffnen. In der EU muss man mehr **Informationen** über die Erwartungen der Schwellenländer verbreiten, damit eine **fundierte** europäische Debatte geführt wird und Wissenslücken geschlossen werden.

Die Wirtschaftsbeziehungen der EU mit den Schwellenländern haben sich in beide Richtungen **rasch** entwickelt, wohingegen die **Instrumente** der wirtschaftlichen **Einflussnahme** der EU auf die Entscheidungsträger und Meinungsführer dieser Staaten gerade erst entwickelt werden. Solche Investitionen in die Stärkung des eigenen Einflusses werden voraussichtlich in stabileren Regimen **erfolgsversprechender** sein, da rechtsstaatliche Verhältnisse, verlässliche Normen und ein freies öffentliches Leben dort mehr **Berechenbarkeit** bieten.

Die EU wird deutlich machen müssen, welchen **Bonus** sie bereit ist, Staaten in ihren außenpolitischen Beziehungen zu gewähren, die demokratische Standards sowie das Modell einer offenen Gesellschaft **eingeführt** und **bewahrt** haben. Die Option, undemokratische Regime von der europäischen Diplomatie auszuschließen, steht indes nicht zur Verfügung. Selbst Sanktionen gegen diese Staaten sollten eventuell noch einmal überdacht werden. Wie wirksam sind EU-Sanktionen, wenn andere Mächte gleichzeitig weniger Forderungen erheben?

⁵⁷ Mark Leonard, *Mapping the Global Future*, London, Centre for European Studies, 2007.

Eine der Lehren der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise war das Vermögen der multipolaren Welt, eine Rückkehr zum Protektionismus trotz innenpolitischen Drucks zu verhindern, unter anderem durch einen teilweise durch die G20 geschaffenen losen Dialog zwischen den gegensätzlichen Polen der wirtschaftlichen Wohlstandsskala. Auch wenn die Konjunkturpakete nur sehr sehr lose aufeinander angestimmt wurden, so haben sich doch alle G20-Staaten auf dieselben **Grundsätze** und den gleichen **Zeitplan** für ihre Maßnahmen verständigt: Konjunkturaneize und Unterstützung des Finanzsektors mit einer anschließenden verzögerten Haushaltskonsolidierung (nach 2011). Zwar gab es Fortschritte in Richtung gemeinsamer Standards (Basel III) und bewährter Verfahrensweisen (im Rahmen des Finanzstabilitätsrats), aber auf eine wirksame überstaatliche Institution zur Steuerung des internationalen Finanzwesens mit der Befugnis, Finanzmärkte auf gemeinsame Regeln zu verpflichten, konnte man sich bislang nicht einigen.

Ungeachtet der erwähnten rechtzeitigen Fortschritte sind die meisten Strukturfragen der Doha-Runde noch ungelöst, wie zum Beispiel Handelshemmnisse im Agrar- und Dienstleistungssektor und der Schutz geistigen Eigentums. Trotz **Einigkeit** zwischen den USA und der EU in sehr vielen Fragen haben die Forderungen von Schwellenländern eine endgültige Vereinbarung bislang **vereitelt**. Ein Scheitern der Doha-Entwicklungsrunde könnte zu einer schwindenden Bedeutung der Welthandelsorganisation (WTO) als die für die Regelung des Welthandels zuständige Organisation führen.

Inzwischen **tendieren** die USA und viele andere Staaten eher zu einem multilateralen Handelssystem, das von einem einzigen Streitbeilegungsmechanismus durchgesetzt wird, an Stelle von **bilateralen** Handelsabkommen unterschiedlichster Art, bei denen es viele **Ausnahmen** gibt und die durch **politische** Abmachungen geregelt werden. Der EU wird möglicherweise nichts anderes übrig bleiben, als diesen Weg ebenfalls zu verfolgen, um nicht außen vor gelassen zu werden.

Nach wie vor **betrachten** die BRIC-Staaten und andere Schwellenländer die **bestehenden** Abkommen und Institutionen zur **Regelung** der Weltwirtschaft (insbesondere die Institutionen von Bretton Woods, wie den IWF und die Weltbank, ebenso wie den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen) als **unausgewogen**. Ihr Potenzial in einem multipolaren System wird vielleicht in den kommenden Jahrzehnten infolge der paradoxen Entwicklung folgender paralleler Phänomene **erschöpft** sein:

- ein stärker zielgerichteter und selektiver Multilateralismus, mit dem **bestimmte** begrenzte **Ziele** und **Vorgaben** im Einklang mit den Interessen und Forderungen aus der Öffentlichkeit der Schwellenländer erreicht werden können;
- wachsende Schwierigkeiten für groß angelegte ständige institutionelle multilaterale Prozesse auf der Grundlage mehr oder weniger verbindlicher Abkommen (Kyoto-Protokoll, Doha-Entwicklungsagenda, Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen usw.). Hat die EU die Effizienz „schwacher“ institutioneller Vorkehrungen (G2, G8, G20) und die Strategien, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass ihre Ziele ohne die herkömmlichen und von vielen als erstarrt wahrgenommenen institutionellen Vorkehrungen erreicht werden, ausreichend analysiert?

- eine wachsende **Bedeutung bilateraler** Verbindungen und **differenzierter** Ansätze. Ist die EU jedoch bereit zu der neuen Art einer realistischen „Ostpolitik“, die man für solch eine differenzierte Herangehensweise benötigt?

2. DIE ZUKUNFT DER NORMATIVEN EU-DIPLOMATIE UND DER WEICHEN MACHT

Im Zuge der Anpassung an eine neue, nicht länger bipolare Weltordnung sind seit dem Vertrag von Maastricht und dem Ende des Kalten Krieges folgende Elemente die **Eckpfeiler** der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und des Europäischen Raumentwicklungskonzepts:

- eine positive Einschätzung der Multipolarität als ein Ende des Kalten Krieges und seines **Erbes** sowie als **Herausforderung**, die zu einer schnelleren europäischen Integration führen wird;
- die Durchsetzung (liberaler) **normativer** Ziele;
- der Wunsch nach einer Kanalisierung des gemeinsamen europäischen **Einflusses** mittels der Zivilgesellschaft, der Medien und multilateraler politischer Foren sowie durch Prozesse und Institutionen (wie zum Beispiel den Prozess des Kyoto-Protokolls). Die EU hat beschlossen, den größtmöglichen **Nutzen** aus der Politikgestaltung in der multipolaren Welt zu **ziehen**, die sich auf mehreren Ebenen abspielt und an der mehrere Akteure beteiligt sind;
- **Hinwendung** zu einer Politik der „**einen Stimme**“;
- Investitionen, die eigens für die **Beilegung** von Konflikten, Friedenskonsolidierung und internationale Hilfe gedacht sind.

Diese Grundsätze haben in ihrem **Zusammenwirken** dazu geführt, dass die EU in der Welt als einzigartige „weiche und (ungefährliche) Macht“ definiert und angesehen wird.

Bei der **Gestaltung** dieser sehr speziellen Form von Außenpolitik ist das Europäische Parlament hauptsächlich mit der politischen Aufsicht betraut. Abgesehen davon hat das EP eine klare Kontrollaufgabe, was die gemeinsame Handelspolitik angeht. Es bereitet außerdem die Rechtsgrundlage für Instrumente der auswärtigen Beziehungen und kann durch seine Funktion als Haushaltskontrollinstanz zusätzlich seinen Einfluss vergrößern. Der operationelle Wert einer besonderen Parlamentsdiplomatie wird anerkannt, insbesondere im Hinblick auf den Ausbau der Kontakte mit der Zivilgesellschaft und künftiger politischer Kräfte aus ihren Reihen.

DIE FESTLEGUNG NORMATIVER ZIELE ALS ERSTER SCHRITT

Die herkömmlichen Ziele der EU-Diplomatie (Artikel 21 EUV) sind (liberal) **normativ** formuliert und nicht im Sinne realistischer geopolitischer Kriterien festgelegt: „*Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden, Entwicklung, Einbeziehung, Solidarität, globale Ordnungspolitik...*“ Diese Ziele werden beibehalten, später aber vielleicht **umformuliert**, um sie spezifischer zu machen.

DAS SETZEN AUF EIN WELTBÜRGERTUM UND MULTILATERALE PROZESSE

Die Verfechter eines liberalen Institutionalismus sowie eines Weltbürgertums und Funktionalismus **prognostizieren** das **gleichzeitige** Anwachsen der Bedeutung von Zivilgesellschaften, nichtstaatlichen Organisationen, internationalen Medien und internationalen Organisationen als der wahren Triebkräfte der Weltpolitik. Sie treten für eine **geeintere** Vertretung der Europäer (durch die Union) in **internationalen** Foren ein, wo zentrale Fragen wie Sicherheit, Handel, globales Finanzwesen und die Erderwärmung erörtert werden.

DIE POLITIK DER „EINEN STIMME“

Die letzten verbliebenen Mittelmächte in Westeuropa – Deutschland, Großbritannien und Frankreich – werden auch künftig nahezu ständig dafür kritisiert werden, diesen **Prozess** zu verzögern. Je häufiger die EU in globalen Foren ein vollwertiges Mitglied wird, was in manchen Fällen zu Lasten einzelner Mitgliedstaaten gehen mag, desto besser. Das EP befürwortet zumeist diese postnationale Vision einer Außenpolitik.⁵⁸

EINE KOMPLEXE MATRIX AUSSENPOLITISCHER ZIELE

Diese Modell wird auch weiterhin für eine komplexe Matrix der außenpolitischen Agenda der EU mit den folgenden **Kernfragen** sorgen:

- Welches neue politische **Forum** soll die EU unterstützen, in dem sie sich engagiert, um neu auftretende Fragen zu behandeln?
- Was muss die EU **tun**, um zu einem gemeinsamen Standpunkt zu gelangen und mit einer Stimme zu sprechen?
- Wie wird die EU die Ergebnisse internationaler Gipfel, weltweiter Abkommen und gemeinsamer Entschlüsse, die rein politischer Natur sind, in EU-Rechtsnormen **umsetzen**?

⁵⁸ Maria Muniz De Urquiza, *Die EU als weltweiter Akteur in multinationalen Organisationen*, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, PE460.817v01-00, 2011.

Benötigt Europa eine stärker **strategisch** geprägte Doktrin für das multipolare Jahrzehnt? In den meisten Veröffentlichungen der jüngsten Zeit ist zu lesen, dass solche eine große Strategie, sollte man sie benötigen, trotz zahlreicher Anstrengungen, so auch im Rahmen der vom Rat eingesetzten Reflexionsgruppe⁵⁹, vermutlich noch fehlt. Hinzu kommt, dass die Stellung der EU als ausschließlich **weiche Macht**, die eine Art **normativen** Einfluss mittels der Wirtschaftshilfe in Nachbarstaaten und in Situationen nach einem Konflikt ausübt, langfristig möglicherweise nicht aufrechterhalten werden kann; dies ist durch den **Wandel** bedingt, der sich bei Ressourcen und Interessen sowie im globalen Wettbewerb vollzieht.⁶⁰

3. DAS RELATIVE SCHWINDEN DER AUSSENPOLITISCHEN RESSOURCEN DER EU

Europa hat begonnen, seine zentrale Stellung beim Handel mit Industriegütern, zusammen mit dem Westen im Allgemeinen, allmählich **einzubüßen**. Europa und die USA werden voraussichtlich ihr **Monopol** auf Hochtechnologie, Innovation und industrielles Know-how, von dem sie über zwei Jahrhunderte lang profitiert haben, verlieren. Die **Berechtigung** der USA und Europas, allgemeine technische Normen festzulegen und sie als bewährte Praxis zu verbreiten, wird künftig **angefochten** werden. Andere Formen der wirtschaftlichen und sozialen Organisation, der Verwaltung, des Bankwesens und andere Ansätze bei der Gesundheitsversorgung, Information und Kultur könnten an die Stelle der bisherigen treten. Die Zeiten, als die Gestaltung der **Globalisierung**⁶¹ den transatlantischen Märkten überlassen wurde, könnten bald vorbei sein.

Viele Länder werden in Zukunft weniger abhängig von Europa und den USA sein, was den **Handel** mit Hochtechnologiegütern, Dienstleistungen und Industriegütern anbelangt, und auch weniger auf sie als große **Märkte** mit kaufkräftigen **Verbrauchern** angewiesen sein. Der Handel zwischen den Ländern des Südens wird aller Voraussicht nach die **treibende** Kraft beim künftigen Wachstum im Welthandel sein. Die Möglichkeit, europäische und amerikanische Lieferanten und Kunden gegen andere **auszutauschen**, wird wohl dazu führen, dass die EU und die USA nicht mehr über so viel politischen Einfluss verfügen werden, als in der Zeit, als sie noch eine zentrale Stellung im Welthandel einnahmen.

Das Vermögen Europas, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung von Drittstaaten zu leisten, wird abnehmen, was auf **knappe** Ressourcen, den mit Hilfsleistungen verbundenen **komplizierten** Bedingungen und dem **verstärkten Auftreten** von Schwellenländern wie China, Brasilien und den Ländern des Golf-Kooperationsrates in der internationalen **Hilfe** zurückzuführen ist. Gleichzeitig wird das Interesse an einem **Zugang** zum europäischen Markt **abnehmen**, da andere Märkte

⁵⁹ Bericht Gualtieri, EP, März 2011 (PE 458.483v03-00), §9. S. 5;

James Rogers, *A new Geography of European Power*, Brüssel, Egmont, Januar 2011

⁶⁰ Robert Kagan, *The Return of History and the End of Dreams*, London, Atlantic Books, 2008

ein höheres Wachstum, eine stärkere Nachfrage und weniger gefestigte Marktanteile vorweisen können. Paradoxerweise ist das **Interesse** von Exporteuren in Drittstaaten an den Märkten der EU weniger auf die ihnen innewohnenden Herausforderungen (anspruchsvolle Kunden, starker Wettbewerb) als auf deren Größe, Einheit und relative **Offenheit** im Vergleich zu den USA, Japan und den meisten Schwellenländern zurückzuführen.

EU-Direktinvestitionen in die Nachbarstaaten machen dort zwar immer noch den größten Teil aus, sind aber nicht mehr die einzigen Investitionen. Die Staaten des Golfkooperationsrats, die USA und in zunehmenden Maße auch China **investieren** in den **privaten** Sektor der südlichen Nachbarländer der EU und der Sahelregion. Türkische, chinesische, japanische und US-Investitionen nehmen auch im Gebiet des Schwarzen und des Kaspischen Meeres (einschließlich des Iran) sowie in Zentralasien zu. Dem **Privatsektor** stehen damit mehr **Alternativen** zur Verfügung als bisher – er kann nun auf **außereuropäische** Partnerschaften zurückgreifen, um sich zu modernisieren und zu entwickeln sowie seine Position auf dem Weltmarkt zu stärken.

Die **militärische Kapazität** der Europäer, in Krisensituationen zu intervenieren, wird sich infolge knapper Haushaltsmittel und **fehlendem** öffentlichem Rückhalt wohl kaum verbessern. Dies wird sich auch in Zukunft merklich auf das Krisenmanagement auswirken. Hubert Védrine hat in dieser Hinsicht bemerkt, „Die Europäer und die *EU mögen zwar bei der Bewältigung der meisten auftretenden und künftigen Krisensituationen eine positive Rolle spielen, aber sie können keine davon alleine bewältigen*“. Dies trifft auch immer mehr auf die **NATO** zu, die immer häufiger auf politische Unterstützung von außen angewiesen ist.

4. SICHERHEITSINTERESSEN UND EINFLUSSKANÄLE DER EU IM WANDEL

Der Wunsch nach einem „Europe-puissance“, das mit **lauterer** Stimme in der Weltpolitik auftritt und eine Art **exklusive Einflussphäre** in seiner nächsten Nachbarschaft für sich beansprucht, wird möglicherweise von einer Hinwendung zu **dringlichen** langfristigen „Sicherheitsinteressen“⁶² abgelöst werden. Es handelt sich dabei um

- die Sicherheit der **Energieversorgung** Europas und die Gewährleistung niedriger **Preise** von fossilen Brennstoffen. Diese Grundbedürfnisse dürften infolge des Atomunfalls in Japan und der anschließenden Entscheidung der meisten EU-Mitgliedstaaten, ihre **Atomindustrie** zurückzufahren, noch deutlicher zutage treten. Die Energielieferanten der EU sollten langfristig eingebunden werden – dies gilt nicht nur für die Staaten des Golfkooperationsrats und Russland, sondern auch für Nigeria, Aserbaidschan, den Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Indonesien.

⁶¹ Daniel Hamilton, Joseph Quinlan, Deep Integration: How transatlantic markets are leading Globalization; ..., 2005

- die Sicherheit der **Seehandelswege**, die für europäische Ein- und Ausfahrten von grundlegender Bedeutung sind, insbesondere im Roten Meer, im Persischen Golf und dem nördlichen Teil des Indischen Ozeans bis zur Meerenge von Malakka.
- die Kontrolle der **illegalen** Einwanderung infolge von politischer **Instabilität**, Nahrungsmittelknappheit und **Umweltkatastrophen** in einer Subregion, die sich viel **weiter** erstreckt als auf die europäischen Nachbarländer, sondern auch auf Afrika südlich der Sahara, Zentralasien und den gesamten Mittleren Osten.
- der Bedarf an **unabhängigen nachrichtendienstlichen** Quellen in den Ursprungsregionen des Terrorismus und der organisierten Kriminalität – der Sahelregion, dem Maghreb, dem Horn von Afrika, dem Kaukasus, dem Mittleren Osten, Afghanistan und Pakistan.

Wenn man diese sich abzeichnenden „**Sicherheitsinteressen**“ auf eine Landkarte überträgt, wird ein Großraum der europäischen Sicherheitsinteressen deutlich.⁶² Diese können möglicherweise mit anderen nationalen Interessen im Großraum **kollidieren**:

- Globale nationale Akteure wie die USA und China haben **Interessen** in Bezug auf Bodenschätze und Energieressourcen, Marktzugang und politischen Einfluss. Sie verfügen über Instrumente, um mit Europa zu **konkurrieren**, und können unter anderem **militärische** Unterstützung, **nachrichtendienstliche** Informationen, unmittelbare **(Haushalts)hilfe**, **Freihandelsabkommen** und **Vetos** im UN-Sicherheitsrat sowie **Einfluss** auf internationale Finanzinstitutionen, regionale **Bündnispartner** und private Investoren anbieten. Die Vereinigten Staaten haben dabei klar die Nase vorn, aber China baut seinen Einfluss aus und verknüpft es mit weniger normativen **Bedingungen**. Es ist nach wie vor nicht von der Hand zu weisen, dass der frühere **Schauplatz** von Stellvertreterkriegen in der westlichen Hemisphäre während des Kalten Krieges – der Mittlere Osten, Ostafrika und Zentralasien – erneut der Ort sein könnte, wo die Interessen der USA und Chinas aufeinanderstoßen könnten.
- Einige wenige Länder in Europas Peripherie üben sich weiterhin in Spielen der **regionalen** Machtpolitik und greifen dabei auf **althergebrachte** Instrumente (**Stellvertreterkriege**, **Besetzung**, **Handelspräferenzen**, wirtschaftliche **Erpressung**, **ungleiche** Verträge und die Einmischung in die **Innenpolitik**) zurück. Dabei handelt es sich um Russland, die Türkei, Israel, Syrien und den Iran. Im Großraum kommen Nigeria, der Sudan, Saudi-Arabien und Pakistan hinzu. Diese Staaten treten **gegen** globale Akteure auf und **interagieren** gleichzeitig mit ihnen.

⁶² David Heel and Anthony McGrew (ed.), *Governing Globalization, Power, Authority and Global Governance*, Cambridge, Polity Press, 2002

⁶³ James Rogers, *cit.*

- Lokale **Kräfte** spielen in bestimmten Gegenden eine bedeutende Rolle bei der Infragestellung des Status quo. Es handelt sich dabei in der Regel um sehr **schwierige** Partner für die EU, die als Bewahrerin der herrschenden Zustände betrachtet wird. Zu ihnen gehören die Hamas in Palästina, die Hisbollah im Libanon, die Taliban in Pakistan und Afghanistan, Al-Qaida im Maghreb und der Sahelregion sowie Sahrauis, Tuaregs, sudanesischen Milizen, islamische Gerichte in Somalia, oppositionelle Stämme im Jemen, Schiiten in Bahrain und Bewohner der Region Kaschmir.

Zwar mangelt es der EU nicht an einem **Konsens** (die meisten gemeinsamen Maßnahmen und Strategien in der Region werden vorab vom Rat genehmigt), aber damit sie als vollwertiger außen- und sicherheitspolitischer Akteur im Großraum wahrgenommen wird, **benötigt** sie:

- einen **eigenständigen Nachrichtendienst** und angemessene **Lageeinschätzungen**;
- **militärische Kapazitäten** (trennbar aber nicht getrennt) von der NATO, für den Fall, dass sich die Organisation enthält;⁶⁴
- militärische **Kommando-** und **Kontrollstrukturen**;
- **integrierte** außenpolitische **Instrumente** in Form von Handel, Hilfsleistungen, Investitionen und Ausbildung;
- **finanzielle** Kapazitäten.

Je ernster die EU den Aufbau solcher **Kapazitäten** vorantreibt, desto weniger muss sie sich um indirekte Einflusskanäle kümmern. Der Aufbau dieser Kapazitäten dürfte frühestens 2025 abgeschlossen sein.

Daher wird die EU sehr wahrscheinlich weiterhin teilweise auf Verbündete oder geopolitische Partner angewiesen sein, um seinen Einfluss im Großraum geltend zu machen und seine Interessen dort durchzusetzen. Die Zahl möglicher **Partner** ist begrenzt:

- An erster Stelle scheinen die USA in Frage zu kommen, aber **Amerika** hat erfahren müssen, dass seine Rolle und seine Legitimität im Großraum trotz sehr gewichtiger politischer Argumente und des gemeinsamen Bündnisses in **Frage gestellt** wurden.
- **Russland**, dessen Einflussbereich kleiner geworden ist, betrachtet die EU offenbar als geopolitischen **Konkurrenten**. Nichtsdestotrotz verfügt das Land über wesentliche Vorteile, darunter seine Fähigkeit als Lieferant von **Energie**, **Geheimdienstinformationen** und **militärischen** Ressourcen. Unklar ist jedoch, inwieweit und unter welchen Bedingungen Russland bereit ist, mit der EU zu kooperieren, und ob diese Zusammenarbeit akzeptabel wäre.

⁶⁴ Französische und britische Stützpunkte in der Region könnten sich als Vorteil erweisen.

- Des Weiteren bieten sich **regionale Mittelmächte** wie **Nigeria, Marokko, Israel**, die **Türkei** und die Staaten des **Golfkooperationsrats** an, wobei sich für die EU bei ihnen die gleichen Fragen wie bei Russland stellen. Wäre eine Kooperation mit ihnen stabil, ausgewogen und würde sie die Integrität der EU **nicht beeinträchtigen**? Sind die Bedingungen für eine solche Kooperation **akzeptabel**?
- **Iran, Pakistan** und **Ägypten** sind trotz ihres **Potenzials** viel zu instabil oder zu weit von den europäischen Interessen entfernt, um zum gegenwärtigen Zeitpunkt als geopolitischer Partner Europas in Frage zu kommen. Im Laufe der Zeit könnte sich das Bild aufgrund innenpolitischer **Entwicklungen** jedoch grundlegend ändern.

Die Wahl der Bündnispartner und Einflusskanäle könnte einen Keil zwischen die EU-Mitgliedstaaten treiben. Es wird einer gemeinsamen **Bewertung**, spezifischer **Strukturen** für einen Dialog mit Bündnispartnern und einer **Zusammenarbeit** zwischen europäischen und lokalen politischen Kräften bedürfen, um das **Band** untereinander zu stärken, damit die **gemeinsamen** Interessen und der gemeinsame Einfluss vermehrt werden.

VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

– KAPITEL 2

REGIEREN AUF MEHREREN EBENEN

In den letzten drei Jahrzehnten war eine umfassende **Dezentralisierung** von der gesamtstaatlichen Ebene hin zur regionalen und kommunalen Ebene zu beobachten. Viele zentralistisch organisierte Staaten haben föderale Strukturen entwickelt und dabei in erheblichem Maße **Haushalts- und Regelungsbefugnisse** auf die lokale Ebene **übertragen**. Diese **Entflechtung** wurde auch in einigen **Mitgliedstaaten der EU** wie Spanien und Großbritannien⁶⁵ durchgeführt. Gleichzeitig wurden in zahlreichen Politikbereichen **Zuständigkeiten** an die **supranationale** Entscheidungsebene der Europäischen Union abgegeben. Wissenschaftler haben diesen doppelten Vorgang als **Regieren auf mehreren** Ebenen beschrieben.⁶⁶ Das Aufkommen des Regierens auf mehreren Ebenen stellt für einige Wissenschaftler einen **Wendepunkt** in der **politischen Entwicklung in Europa** dar, die für zwei Jahrhunderte von der **Zentralisierung** auf gesamtstaatlicher Ebene geprägt war.

Die **Komplexität** des Regierens auf mehreren Ebenen wurde noch dadurch verstärkt, dass nach dem Ende des Kalten Krieges der **Versuch** unternommen wurde, in den Bereichen **internationale Sicherheits-, Handels-, Finanz- und Klimaschutzpolitik** eine **globale Ebene** des **Regierens** einzurichten. Außerdem wurde sie durch **weitere Dezentralisierungsmaßnahmen** gefördert, die kleineren lokalen Einheiten wie Städten, Unterregionen und autonomen Gebieten zugute kamen.

Das Regieren auf mehreren Ebenen hat sich in der ganzen Welt verbreitet, wobei die lokalen, subnationalen, nationalen, supranationalen und globalen Ebenen in einem komplexen Zusammenspiel gemeinsam zu politischen Veränderungen beigetragen.

1. DAS ENTSTEHEN UND DIE AUSWIRKUNGEN DES REGIERENS AUF MEHREREN EBENEN (LOKAL, REGIONAL, NATIONAL, SUPRANATIONAL, GLOBAL)

Neben der institutionellen Dezentralisierung entwickelt sich das **supranationale Regieren** auf kontinentaler und globaler Ebene, bei dem **Souveränitätsrechte** in mehr oder weniger begrenztem Maße **übertragen wurden**. Obgleich multilaterale Institutionen oder Foren wie die G8 und die G20 nur politische **Vereinbarungen** trafen und keine verbindlichen **Vorschriften** festlegten,

⁶⁵ Michael Keating Nicola McEwen, *Devolution and public policy*, London, Routledge, 2006.

⁶⁶ Liesbet Hooghe, Gary Marks, *Multi-level governance and European integration*, Oxford, Rowman and Littlefield, 2001.

verfügten sie am Ende dennoch über **Entscheidungsbefugnisse**, weil sie über den mit ihren **Koordinierungstätigkeiten** verbundenen **Einfluss** wirksame Vollmachten in die Hand bekamen.

Die sich daraus ergebende Komplexität hatte ein institutionelles **Sammelsurium** zur Folge, bei dem ein **Zusammenwirken** auf verschiedenen **Ebenen** erforderlich ist, damit politische Ziele verwirklicht werden können. Dadurch müssen bei der Politikgestaltung **Ansätze** verfolgt werden, die auf verschiedenen Ebenen zu Tragen kommen, bei denen für die Beschlüsse auf der Ebene, die den Bedürfnissen der Bürger am besten entspricht, die **Rahmenbedingungen** festgelegt und **Synergien** entwickelt werden und bei denen das **Subsidiaritätsprinzip** angewandt wird.⁶⁷ Dieses **Sammelsurium** kann je nach Politikbereich verschiedene Formen annehmen, d. h. es setzt sich aus verschiedenen Akteuren, Vorschriften, Verfahren, Feedback-Mechanismen und Kontrollsystemen zusammen.

Bei **Sicherheitsfragen** beispielsweise wurde eine **effektive** Zusammenarbeit zwischen den **nationalen, supranationalen** (NATO, EU) und **multilateralen** (VN, regionale Sicherheitsorganisationen) Ebenen organisiert, um u. a. den Frieden auf dem Balkan zu sichern oder den Terrorismus zu bekämpfen. Da die **Kosten** für den Unterhalt, die Ausrüstung und den Einsatz von **Streitkräften** und die **Entwicklung** immer komplexerer **Waffensysteme steigen**, wird sich der **Trend** hin zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten voraussichtlich verstärken. Die regionale, nationale und internationale Zusammenarbeit nimmt sogar in Bereichen zu, die man gemeinhin auf lokaler Ebene verorten würde, wie z. B. die Polizeitätigkeit, wobei dies insbesondere mit der **Bekämpfung** der Hightech-Cyber-Kriminalität und des Menschen- und Drogenhandels in Zusammenhang steht.

Bei der Lösung von **Währungskrisen** war eine effektive Zusammenarbeit zwischen den nationalen, supranationalen (EU) und multilateralen (IWF) Ebenen notwendig, so auch bereits 1994 während der mexikanischen Krise. Im Bereich der **wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit** ist die Zusammenarbeit zwischen lokalen, regionalen, nationalen und supranationalen Ebenen wie auch die Einrichtung von öffentlich-privaten Partnerschaften zur gängigen **Praxis** in der EU geworden, bei der die subnationale Ebene häufig eine Schlüsselrolle spielt.

Dieses System des **Regierens** auf mehreren Ebenen mit **mehr demokratischer Kontrolle** auf unteren als auf oberen Ebenen⁶⁸ wird höchstwahrscheinlich **weiterbestehen**, obgleich es möglicherweise erheblich verändert und anpasst wird, weil es in den Schwellenländern zunehmend Verbreitung findet und sich entfalten wird, um demokratischer und kosteneffizienter zu werden.

Aus institutioneller Sicht ist das **Regieren auf mehreren Ebenen immer noch** ein **Konzept**, das mehr oder weniger entwickelt ist und nur von einem Teil der Bürger verstanden wird.

⁶⁷ P. Thurner, M. Binder, European Union transgovernmental networks: the emergence of a new political space beyond the nation state, *European Journal of Political Research*, 48, 2009, S. 80-106.

⁶⁸ Hubert Heinert, *Governing modern societies*, Londres, Routledge, 2010

Die **Reife** und der Entwicklungsstand **des Modells** des Regierens auf mehreren Ebenen **unterscheiden** sich zwischen den Kontinenten und Staaten.

Die **Europäische Union** könnte **sehr gut als Modell** für das Regieren auf mehreren Ebenen **dienen**, weil es hier **am weitesten ausgestaltet** ist.⁶⁹ Bürger, die in Europa in föderalistischen Staaten oder stark dezentralisierten Staaten leben, sind in der Lage, die **fünf verschiedenen Ebenen** des Regierens (lokal, subnational, national, supranational und global) **eindeutig voneinander zu unterscheiden**. Sie sind auch dazu übergegangen, sich neue Formen der **demokratischen Beteiligung** und Kontrolle auf diesen Ebenen anzueignen.⁷⁰ Allerdings werden diese Ebenen von Bürgern in **stärker zentralisierten Staaten**, die im Osten und Süden an die EU angrenzen, nur **undeutlich wahrgenommen**. Auch US-Amerikaner können höhere Ebenen des Regierens, die über der Bundesebene liegen, nicht eindeutig erkennen. Sie kennen zwar die von ihrem Land unterzeichneten Verträge und sind in der Regel vom Nutzen der multilateralen Zusammenarbeit überzeugt, doch lehnen sie im Allgemeinen jegliche Verpflichtungen gegenüber einer supranationalen Instanz ab.⁷¹

Aus **funktionalistischer Sicht** könnte das **Regieren auf mehreren Ebenen** mit dem **dualen Prozess** der Dezentralisierung auf subnationaler Ebene und der Verflechtung auf supranationaler Ebene **durchaus** zu einem **gemeinsamen Modell** in weiten Teilen der Welt **werden**, weil die in der Europäischen Union wirkenden Antriebskräfte auch in anderen Regionen maßgeblich sind.

a) Das Regieren auf mehreren Ebenen wird als **Mittel** betrachtet, mit dem **wirtschaftliche Konflikte** zwischen immer mehr voneinander abhängigen Volkswirtschaften **verringert werden**, denn **gemeinsame Regelungen** sind besser als Handelskriege und direkte Auseinandersetzungen zwischen führenden nationalen Unternehmen, die von ihren jeweiligen Staaten unterstützt werden. Ebenso sind gemeinsame **Währungsübereinkommen** besser als unkoordinierte Entwertungen aus Wettbewerbsgründen. Und auch die gegenseitige **Anerkennung von Normen** ist besser als nicht-tarifäre Hindernisse. „Die EG kann als ein erfolgreiches intergouvernementales System betrachtet werden, das konzipiert wurde, um die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen durch eine Politik zu steuern, die auf dem Verhandlungsweg koordiniert wird.“⁷²

Da sich die **Märkte** für Waren und landwirtschaftliche Erzeugnisse **immer mehr über ganze Kontinente erstrecken**, ist es für Wirtschaftsgeografen keine Überraschung, föderalistische oder supranationale **Regierungsstrukturen** vorzufinden, deren Zuständigkeitsgebiet dem **Umfang** kontinentaler Märkte **entspricht**: So im Fall der Brasilianischen Föderation ergänzt durch

⁶⁹ Ian Bache, Matthew Flinders, *Multi-level Governance*, Oxford, Oxford University Press, 2004.

⁷⁰ Ian Blache, *Europeanisation and multilevel governance*, Oxford, Rowman & Little, 2008.

⁷¹ Shepard Forman, Stewart Patrick and Joanne Myers, *Multilateralism and US foreign policy*, Washington, Carnegie Council, 2002.

⁷² Liesbet Hooghe, Gary Marks, *Multi-level governance and European integration*, Oxford, Rowman and Littlefield, 2001.

den MERCOSUR, der Vereinigten Staaten ergänzt durch das NAFTA-Gebiet, der Indischen Union, der Republik China, der Russischen Föderation ergänzt durch die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Europäischen Union usw.

Diese Strukturen haben, ob föderalistisch oder supranational, im Großen und Ganzen die **gleiche Funktion**: Sie sollen die kontinentalen Märkte **regulieren**, damit **bei gegensätzlichen Interessen** stets **stabile Kompromisse** gefunden werden.⁷³ Außerdem fördern sie durch allgemeingültige Normen, Infrastrukturmaßnahmen und Währungsregelungen die wirtschaftliche Entwicklung auf dem jeweiligen Kontinent.

Da die **Finanzmärkte** und die **Energiemärkte** teilweise weltweit gewachsen sind, scheint es **zweckmäßig** zu sein, auf globaler Ebene eine neue funktionale Ebene des Regierens einzurichten. Die internationalen Finanzinstitutionen und Mechanismen wie der Pariser und der Londoner Club oder die Baseler Vereinbarungen dienten vor der Gründung der G20 als Vorläufer für dieses Vorhaben.

b) Mit dem Regieren auf mehrere Ebenen kann **dagegen vorgegangen** werden, dass **private Akteure unterschiedliche Preise an unterschiedlichen Marktplätzen ausnutzen**, indem ordnungs-, sozial- und fiskalpolitische Maßnahmen in dem politischen Gemeinwesen auf dem Gebiet eines kontinentalen Marktes ergriffen werden. Durch gemeinsam vereinbarte Vorschriften, die für den gesamten Markt gelten, werden solche Risiken verringert, ohne dass dadurch die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten, Regionen oder Städten beeinträchtigt wird.

c) Das Regieren auf mehreren Ebenen wird als ein Instrument betrachtet, mit dem **nationale Regierungen gestärkt werden** und die **Regierungsführung stabilisiert wird**: „Aus intergouvernementaler Sicht ist die besondere institutionelle Struktur der EG für nationale Regierungen nur insofern akzeptabel, als sie ihre Kontrolle über die Innenpolitik nicht schwächt, sondern stärkt und ihnen ermöglicht, Ziele zu verwirklichen, die sonst nicht erreichbar wären.“⁷⁴ Wenn **alle Akteure gemeinsam Druck ausüben**, verringert sich das **Risiko von Demagogie** und nationalen Sonderwegen, nimmt die rechtliche und regulatorische Unsicherheit ab und **wird nationalen Vorschriften eine höhere Legitimität verliehen**, weil sie weiter gefassten gemeinsamen Interessen dienen. Dadurch erhalten kleinere Staaten, schwächere Volkswirtschaften **und** weniger entwickelte Regionen **zusätzliche Ressourcen**.

Der Prozess des Regierens auf mehreren Ebenen entfaltet eine Eigendynamik in Bezug auf seine eigene Entwicklung und seine Differenziertheit, weil immer mehr supranationale Ressourcen subnationalen Einheiten (Regionen, Städte) zugewiesen werden.⁷⁵ Obgleich auf der ganzen Welt der Versuch des Ausnutzens unterschiedlicher Preise an unterschiedlichen Marktplätzen zu beobachten

⁷³ Dies ist zum Beispiel das Zukunftsszenario für die EU, das Neil Nugent in seiner Studie *The Government and Politics of the European Union*, Duke University Press, 2006, aufzeigt.

⁷⁴ Liesbet Hooghe, Gary Marks, *Multi-level governance and European integration*, Oxford, Rowman and Littlefield, 2001.

⁷⁵ Siehe die Erörterung der Kohäsionspolitik bei Ian Bache, *Europeanisation and the multilevel governance*, Oxford, Rowman and Little, 2008.

ist, sind nur **wenige Gemeinwesen auf den Kontinenten in der Lage, eine umfassende Neuverteilung** zwischen ihren Regionen und subnationalen Einheiten **zu organisieren**.

d) Das Regieren auf mehreren Ebenen war auch ein Versuch, **neuen demokratischen Bedürfnissen zu entsprechen**, die seit den späten 1960er Jahren mit der **Kritik am Demokratiedefizit der (zentralisierten) nationalen Ebene** des Regierens entstanden sind, die nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde (als wirtschaftlicher Wiederaufbau, Wohlstand und Verteidigungsbereitschaft im Mittelpunkt standen).

- Damals war es erforderlich, die **Entscheidungen** den davon betroffenen Bürgern **näherzubringen**, was zu Dezentralisierung, zum institutionalisierten sozialen Dialog und zur lokalen Ausrichtung der Politik führte,
- und die **supranationalen Ebenen des Regierens unter demokratische Kontrolle zu stellen**, was häufig anhand von multilateralen Vereinbarungen zwischen Staaten geschah.

Dagegen ließe sich jetzt einwenden, dass das **Regieren auf mehreren Ebenen** mit **seinen neuen Ebenen der Vertretung** (regionale, europäisch) im Vergleich zu den vorangegangenen Zeiten zu einer **zu weitgehenden Demokratisierung führte**.

Die politischen Parteien haben sich an die institutionellen Änderungen **angepasst**. Sie haben die entsprechenden Strukturen zu **dezentralisiert** und sich den lokalen Gemeinschaften angenähert. Daher werden die Ausübung eines **regionalen** Amtes und der Gewinn von **lokalen** Wahlen nicht mehr als zweitbeste Option betrachtet, wie es in vielen zentralisierten Staaten in der Vergangenheit der Fall war.

Das **Regieren auf mehreren Ebenen** hat auch **das Entstehen neuer Akteure bewirkt**, die auf **infra- und supranationaler Ebene** tätig sind, wie z. B. nichtstaatliche Organisationen und neue Medien (von lokalen Radiosendern bis zu gesamteuropäischen Fernsehsendern oder Tageszeitungen). Für die **nationalen politischen Eliten** ist es **schwieriger geworden**, die neuen Ebenen der Vertretung, die neue Autonomie der regionalen Parteiorganisationen, die neuen Medien und die für bestimmte Zwecke gegründeten nichtstaatlichen Organisationen **zu kontrollieren, weil sie hauptsächlich lokal verwurzelt sind oder** aus verschiedenen **internationalen** Quellen **finanziert** werden.

In der **EU** wurde der **Zugang der Bürger** zu supranationalen Ebenen durch das **Petitionsrecht**, die **Bürgerinitiativen**, den direktem Zugang zur **Justiz** und den Europäischen **Ombudsmann** verbessert.

Die Phasen der Dezentralisierung in Westeuropa⁷⁶

| Deutschland | Frankreich | Italien | Spanien | Großbritannien |
|---|---|--|---|--|
| <p>1949 Verfassung konstituiert Bundesstaat: Zurzeit 16 Bundesländer und 3 Stadtstaaten; Autonomie der lokalen Gemeinschaften</p> <p>1965 Raumordnung wird föderalistisch</p> | <p>1982-1984 Gesetze zur administrativen und politischen Dezentralisierung, Zuständigkeitsübertragungen, Einrichtung regionaler öffentlicher Dienste: 22 Regionen werden zu politischen und rechtlichen Einheiten</p> | <p>1977 administrative Dezentralisierung mit 15 „normalen“ Regionen</p> <p>1990 größere Autonomie der Regionen und lokalen Behörden</p> | <p>1978 Verfassung begründet 17 „comunidades autonomas“ und „ciudades autonomas“ (Ceuta, Melilla)</p> | <p>Gesetze zu den Gebietskörperschaften in England, Wales und Schottland: lokale Vertretungen bekommen neue Zuständigkeiten</p> |
| <p>2002 neue Zuständigkeitsübertragungen an die lokale Ebene des Regierens</p> | <p>2003 -2004 Verfassungsvorschriften und Gesetz über die regionale</p> | <p>2003 Durchführungsgesetze für die vollständige Umsetzung der Dezentralisierung: begrenzte Steuerdezentralisierung</p> | <p>1996-99 Gesetzes- und Verfassungsreform in Bezug auf eine erweiterte Autonomie mit Steuerautonomie, nahezu Dezentralisierung; erweiterter Autonomiestatus für Katalonien, Gallizien und das Baskenland</p> | <p>1997-98 Dezentralisierung und Einrichtung von Parlamenten in Schottland und Wales und einer halbautonomen Versammlung in Nord-Irland</p> |
| <p>2003 Steuerreform, um den Fiskalföderalismus und die Investitionskapazitäten auf lokaler Ebene zu stärken</p> | <p>auf Experimente</p> <p>2009 Gesetze zu den Gebietskörperschaften.</p> | <p>2011 Referendum über die regionale Autonomie als Wegbereiter für einen Bundesstaat: erhöhte Steuerautonomie und Subsidiaritätsprinzip</p> | | <p>2000-2003 Gesetze über regionale Gebietskörperschaften in England und Wales: Übertragung von Zuständigkeiten an regionale Entwicklungsagenturen, die von „regionalen Kammern“ kontrolliert werden</p> |

⁷⁶ Alain Delcamp, John Loughlin, *La décentralisation dans les Etats de l'Union européenne*, La Documentation française, Paris

Die derzeitigen und künftigen **Entwicklungen** laufen offenkundig auf eine **erneute Anpassung des Regierens auf mehreren Ebenen** hinaus:

- In der Öffentlichkeit wird von allen Seiten darauf gedrängt, dass das Regieren auf mehreren Ebenen demokratischer, kosteneffizienter und transparenter werden soll. In diesem Zusammenhang wurden **Probleme** wie Überschneidungen und Doppelarbeit, **Spannungen** zwischen den weitergereichten offenen Fragen und den übertragenen Befugnissen und das Fehlen von Transparenz und Rechenschaftspflichten **festgestellt** und erörtert. Die Nachhaltigkeit der Dezentralisierung (und Privatisierung) ist eine der Fragen, die auf dem **Prüfstand** stehen, weil einige der damit verbundenen Antriebskräfte anscheinend nachlassen. Ein weiteres Thema ist die Frage, wie effizient die supranationalen Institutionen in einem multi-/mikropolaren Kontext sind und ob sie **positive** Veränderungen herbeiführen und einen **zusätzlichen Nutzen** für die Bürger schaffen **können**.
- Es wird gefordert, die **Vorteile der Dezentralisierung**/Entflechtung, die in vielen Staaten ein immer noch nicht abgeschlossener Vorgang ist, **erneut zu überprüfen**. Die entsprechende **Kritik** wird zum einen von denen geäußert, die für eine **Rückkehr** zu einer **stärker zentralisierten** Politik plädieren, und zum anderen von denjenigen, die **radikalere** Formen der **Entflechtung** zugunsten der kleinen lokalen Ebenen verlangen.
- Es gibt Versuche, die **globale Ebene** des Regierens in den Bereichen **Finanzen, Handel, Klimaschutz und Sicherheit** zu **stärken**, damit sie effektiver wird. Diese Entwicklung stellt eine **Herausforderung** für die **demokratische Kontrolle** dar.

2. IST DIE DEZENTRALISIERUNG NACHHALTIG?

Die institutionelle Dezentralisierung wurde von erheblichen Zuständigkeitsübertragungen begleitet, bei denen Sachvermögen, Haushaltsmittel, Dienstleistungen und Beschlussfassungskompetenzen von nationalen öffentlichen Institutionen an **verschiedene Akteure abgegeben** wurden, wie z. B. lokale Privatunternehmen, gemeinnützige Organisationen, nichtstaatliche Organisationen und privat-öffentliche **Partnerschaften** zusammensetzen. Die Steuerung der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren wurde immer wichtiger. Diese Veränderungen haben dazu beigetragen, dass genau festgelegte **Regelungen**, Aufsichtsbehörden und eine stärker strukturierte lokale **Demokratie** dringend erforderlich sind, damit Transparenz und gute **Regierungsführung** sichergestellt werden.⁷⁷

2002.

⁷⁷ Siehe die Vorhersage bei David Osborne, Ted Gaebler, *Reinventing government*, Reading, Addison-Wesley, 1992.

Mit der **politischen Dezentralisierung** soll in erster Linie ermöglicht werden, dass sich die Bürger stärker an der Entscheidungsfindung **beteiligen**, die sie direkt **betrifft**. Durch eine stärkere Beteiligung sind die Bürger höchstwahrscheinlich besser **informiert** und interessieren sich mehr für Politik. Die politischen Entscheidungsträger können den unterschiedlichen Interessen der lokalen Gemeinschaften leichter Rechnung tragen, weil sie die Umstände aus **näherer Sicht** kennen als nationale politische Instanzen. Dennoch ist in zahlreichen westlichen Staaten die **sinkende Beteiligung an** regionalen und subregionalen **Wahlen** ein großes Problem. Bei einer niedrigen Beteiligung können die besser organisierten Interessengruppen die Wahl **gewinnen** und dann die Gemeinschaft vertreten.

Die administrative Dezentralisierung in Form von **Aufgliederung, Delegation** oder **Entflechtung** wird vor allem vom Bestreben vorangetrieben, den Entscheidungsfindungsprozess zu beschleunigen, die Bereitstellung und Leistungsfähigkeit von Dienstleistungen zu **verbessern** und die Rechenschaftspflicht zu stärken. Von einigen Seiten wird angeführt, dass rasche Entscheidungen und bessere **Lösungen** für lokale Probleme dadurch zustande kommen, dass **Technologien** und Sachverständigengruppen für den digitalen Bereich effizienter eingesetzt werden und die nationalen Verwaltung entflochten wird, wobei mehr Personal in die Dienststellen mit unmittelbarem Kontakt zu den Bürgern abzuordnen ist. Allerdings wird nicht mehr davon ausgegangen, dass mehr Effizienz vornehmlich durch die Regionalisierung der Verwaltungsstruktur erreicht werden kann.

Die meisten Bürger halten es für angemessener, vertragsgebundenen **privaten Unternehmen** oder **Umsetzungsagenturen** Aufgaben zu übertragen, anstatt nationale Behörden durch regionale zu ersetzen. Bei der Übertragung von Aufgaben entstehen Strukturen, die wirksamer **reagieren** können und weniger bürokratisch sind. Mit dieser „**lateralen**“ **administrativen Dezentralisierung** wurde die politische Dezentralisierung bzw. Entflechtung ergänzt. In vielen Fällen sind die lokalen und regionalen Behörden, die im Rahmen der politischen Dezentralisierung mit neuen Ressourcen und Haushaltsmitteln ausgestattet wurden, dazu übergegangen, Unteraufträge an private Unternehmen zu vergeben. Es ist durchaus möglich, dass die laterale Dezentralisierung eine erneute **informelle Zentralisierung** zur Folge hat, weil die Führungskräfte in den Umsetzungsagenturen, den Agenturen für regionale Entwicklung oder den größeren Unternehmen, die öffentliche Dienstleistungen erbringen, **den nationalen politischen Eliten näherstehen** als der regionalen und lokalen Führungsschicht. Auf jeden Fall wirft die „laterale“ administrative Dezentralisierung die **Frage** nach der **demokratischen Kontrolle** von Tätigkeiten auf, die von spezialisierten Agenturen oder privaten Unternehmen durchgeführt werden, die vertraglich an nationale, regionale und teilweise supranationale Behörden gebunden sind.⁷⁸

⁷⁸ Carlo Panara, Local Government in Europe, London, Routledge, 2010.

Im Zusammenhang mit der **vollständigen Entflechtung** in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung, Infrastrukturverwaltung und wirtschaftliche Entwicklung ist zu erörtern, **ob angemessene Steuermittel** und Subventionen **bereitgestellt werden**.⁷⁹

Nachdem die **politische Entflechtung** zunächst auf positive Resonanz stieß (weil sie bestehenden Identitäten und geschichtlichen Entwicklungen Rechnung trug und den Forderungen nach Selbstverwaltung entgegenkam), wurde gegenüber der **administrative Entflechtung** zunehmend der Vorwurf erhoben, dass sie zu teuer und bei der Einstellung von Personal und der Verwaltung intransparent sei und nicht hinreichend durch gesamtstaatliche Transferleistungen unterstützt werde.

Die treibende Kraft für die **fiskalische Dezentralisierung** ist ein wachsendes Investitionspotenzial für lokale Gemeinschaften und Regionen, wodurch öffentliche Investitionen für die Allgemeinheit wichtiger werden. Lokalen und regionalen Behörden wurde das Recht gewährt, in geringfügigem Umfang **Steuern** zu erheben und mit privaten Unternehmen Vereinbarungen über die Kofinanzierung von Projekten zu schließen und hierfür auf dem Markt **Darlehen** aufzunehmen. Für Kritiker hat die **übermäßige fiskalische Dezentralisierung** dazu geführt, dass Regionen und Gemeinden sich bei den Preisen **gegenseitig unterbieten**, die Immobilienmärkte **verzerrt werden**, die Ausgabe zu hoch sind und verschiedene private Akteure (Bauunternehmen, nichtstaatliche Organisationen und lokale KMU) sich öffentliche Gelder aneignen.

Die Stabilität der rechtlichen Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebende Vorhersehbarkeit könnten dadurch gefährdet werden, dass den lokalen Behörden zu viele **regulatorische** aber auch **rechtsetzende** Befugnisse übertragen wurden. Dies könnte eine Zerstückelung der nationalen und europäischen Märkte zum Ergebnis haben, wodurch sich die Größenvorteile dieser Märkte und die Anreize für Investitionen **verringern** würden. In Frankreich beispielsweise hat die Region Poitou-Charente einseitig beschlossen, die Verwendung gentechnisch veränderter Organismen zu untersagen, obgleich dies auf europäischer und nationaler Ebene zulässig ist. Aufgrund des Vorsorgeprinzips werden aber höchstwahrscheinlich die regionalen und lokalen Behörden in vielen Fällen mehr Befugnisse erhalten.

Auch die Weltbank hat sich ebenfalls mit dem Thema **Korruption** als Begleiterscheinung der Dezentralisierung befasst: „Durch die Dezentralisierung wird in manchen Fällen die Koordinierung der nationalen Politik komplexer, wodurch es möglich wird, dass bestimmte Funktionen von lokalen Eliten usurpiert werden.“⁸⁰

Die zunehmende Unzufriedenheit mit sowohl der übermäßigen Zentralisierung als auch der übermäßigen Dezentralisierung wird wohl zu einer umsichtigen **Prüfung** der Frage führen, was den eigentlich **dezentralisiert, privatisiert und an Unterauftragnehmer vergeben** werden muss oder

⁷⁹ Robin Boadway, Anwar Shah, *Fiscal Federalism*, Oxford, Oxford University Press, 2009.

⁸⁰ *What is Decentralisation*, World Bank Briefing Papers, 2010; Siehe auch Susan Rose-Ackermann, *Corruption and Government*, Cambridge: C.U.P., 1999 and Susan Rose-Ackermann, *A Handbook of Economic Corruption*, 2005; Eva Frischmann, *Decentralization and Corruption: A Cross-Country Analysis*, Grin Verlag, 2010.

was im Gegensatz dazu **wieder auf nationaler Ebene oder auf europäischer Ebene** anzusiedeln ist. Diese **Debatte** sollte nicht nur von Experten geführt werden, sondern auch die Öffentlichkeit einbeziehen und auf demokratischer Grundlage entschieden werden. Wenn allerdings nach dem Subsidiaritätsprinzip vorgegangen werden soll, sind mehr Informationen, Fachkenntnisse und Bewertungskapazitäten **erforderlich**, damit nicht auf Ideologien, die Ergebnisse des politischen Feilschens zwischen Lobbygruppen oder Ideen zurückgegriffen werden muss, die sich bei den Eliten gerade in Mode befinden.⁸¹

3. DAS ENTSTEHEN DES LOKALISMUS

Die neue Ideologie des Lokalismus⁸², die im **libertären** basisdemokratisch orientierten Denken und in bestimmten Ausrichtungen der **Ökologiebewegung** ihre Wurzeln hat, sollte ebenfalls aufmerksam verfolgt werden. Der Lokalismus kritisiert die administrative und politische Dezentralisierung als ein Projekt der Eliten, das nicht in der Lage ist, den tatsächlichen **lokalen** Bedürfnissen zu entsprechen, die auf Arbeiten und Konsumieren am Wohnort ausgerichtet sind. Für die Vertreter des Lokalismus hat die Dezentralisierung lediglich eine neue Gruppe von lokalen **Technokraten** geschaffen, die darauf aus sind, die lokalen Interessen zugunsten externer Direktinvestitionen und der Beteiligung an den großen Märkten zurückzustellen.

Der Lokalismus setzt sich für das Ende der nationalen, europäischen und globalen Märkte ein. An deren Stelle sollen kleine **lokale** Marktwirtschaften treten, in denen geringere Verbringungs- und Transaktionskosten entstehen. Diese neue Wirtschaftsform werde die lokale Produktion fördern, die sich wieder in die Bereiche Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen **diversifizieren** wird. Die Rückkehr zur lokalen **Marktwirtschaft** könne mit gutem Willen, Aufklärung der Öffentlichkeit und Regulierung erreicht werden. Lokale Produzenten werden lokale öffentliche Unterstützung erhalten, damit lokale Produktionskapazitäten entstehen können.

Die Rückkehr zum lokalen Markt müsse von Formen der direkten und permanenten Demokratie begleitet werden.⁸³ Das Internet könnte für die regelmäßige Beratung lokaler Gemeinschaften bei zentralen Fragen eingesetzt werden. Inwieweit der Lokalismus zu einer treibenden Kraft werden kann, ist nach wie vor nur schwer einzuschätzen. Dennoch stellt er eine ernsthafte **Herausforderung** für das Konzept des Regierens auf mehreren Ebenen in seiner heutigen Form und für die Idee eines großen gemeinsamen Marktes dar.⁸⁴

⁸¹ Mahmoud Ezzamel, *Accounting Politics, Devolution and democratic accountability*, London, Routledge, 2008.

Siehe auch Jan Erk, *The Paradox of Federalism*, London, Routledge, 2006.

⁸² Tim O'Riordan, *Globalism, Localism and Identity*, London, Earthscan, 2001.

⁸³ Peter Diamond, *Public matters. The Renewal of the public realm*, London Politics, 2007.

⁸⁴ Public Policy Research Institute, *Capable communities. Public sector reform, the next chapter*, London, Public Research Institute, 2010.

4. KÜNFTIGE EFFEKTIVITÄT UND RECHENSCHAFTSPFLICHT DER SUPRANATIONALEN UND MULTILATERALEN ENTSCHEIDUNGSEBENEN

Wie wichtig das Ziel eines effektiven Multilateralismus ist, wurde in letzter Zeit bei zahlreichen Ereignissen auf globaler Ebene deutlich.⁸⁵ Bis heute ist es **nicht gelungen**, umfassende Übereinkommen in den Bereichen Welthandel, Lebensmittelerzeugung, Rechte des geistigen Eigentum, Patente, Korruptionsbekämpfung (Singapur-Paket der WTO), Dienstleistungen, internationale Währungen und Eindämmung des Klimawandels zu schließen. In den Bereichen, in denen multilaterale Verpflichtungen eingegangen wurden, wie im Rahmen der Millenniums-Ziele, waren die bereitgestellten finanziellen Mittel so **unangemessen** und so **inkonsistent** mit den gegebenen Zusagen, dass Zweifel erlaubt sind, ob irgendein Ziel jemals verwirklicht wird.⁸⁶

Bei fast allen multilateralen Übereinkommen und Beschlüssen, die von den VN, der G20, den internationalen Finanzinstituten und anderen Foren geschlossen bzw. getroffen wurden, kann deren Umsetzung nicht vorhergesehen werden. Die meisten Beschlüsse, die auf dem Gipfeltreffen getroffen wurden, sind lediglich als politische Leitlinien und Orientierungen zu betrachten, und nicht als verbindliche Rechtsakte. Die rechtliche Tragweite dieser Beschlüsse ist **unterschiedlich**: Eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ist nicht das gleiche wie ein „Beschluss“ der G20. Mit einiger Skepsis wurden in diesem Zusammenhang Vorschläge aufgenommen, neue globale Institutionen einzurichten, Verhandlungen über neue Abkommen aufzunehmen und neue VN-Konferenzen zu veranstalten.

Um den multilateralen Übereinkommen wieder eine gewisse Glaubwürdigkeit zu verschaffen, plädieren Institutionisten dafür, neue **Umsetzungsagenturen**, wie z. B. eine VN-Organisation für weltweiten Umweltschutz, einzurichten. Eine Alternative dazu wären neue **institutionelle** Verbindungen, wobei der IMF nach einer Reform seiner Beschlussfassung die wichtigste Agentur für die wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüsse der G20 werden könnte.

Andere setzen sich für eine erweiterte Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Vorbereitung von multilateralen Treffen ein. Nichtstaatliche Organisationen könnten in der Umsetzungsphase direkt einbezogen werden und bei Staaten und nationalen politischen Eliten auf eine Durchführung der getroffenen Beschlüsse drängen.

Radikalere Kräfte vertreten die Auffassung, dass zunächst ein **Paradigmenwechsel** zugunsten **künftiger** Generationen, von Erzeugern und der ärmsten Menschen erfolgen muss. Für sie sind die Probleme beim Multilateralismus nicht nur mit der Struktur und den rechtlichen Kapazitäten,

⁸⁵ Robert Kissack, *Pursuing effective multilateralism*, New York, Palgrave, 2010.

⁸⁶ Fraser Cameron, *An Introduction to European Foreign Policy*, London, Taylor and Francis, 2007.

sondern auch mit den Inhalten verbunden. Aufgrund der ungenügenden Inhalte wird der Multilateralismus von den Menschen nicht als eine Ressource oder ein Mittel zur Verteidigung betrachtet, sodass sie ihn nicht aktiv unterstützen.

Die Kritik gegenüber dem ineffektiven **globalen** Multilateralismus bezieht sich auch auf den **regionalen** Multilateralismus in Asien, Lateinamerika, Afrika, den Staaten der Arabischen Liga, den Maghreb-Staaten und der EU. Die meisten multilateralen Institutionen werden zu leichten Zielscheiben eines neuen **Populismus**, der sich anti-global, anti-international und anti-elitär gibt.

Dem Multilateralismus wird **vorgeworfen**

- zu **legalistisch**,
- von den Menschen und der jeweiligen Lage **entrückt** und **entfernt**,
- **teuer**,
- **undurchsichtig** und **unklar** – kaum vermittelbar – sowie
- bei der Umsetzung **langsam** zu sein.

Diese Kritik wird von Regierungen, die an multilateralen Foren teilnehmen, vorgebracht und verschärft, damit sie in der **inländischen** öffentlichen Meinung punkten können oder weil sie mit den Ergebnissen der Entscheidungsfindung auf multilateraler Ebene unzufrieden sind und daher ihre Legitimität **schmälern** und ihre Auswirkungen **begrenzen** möchten. Die Union und ihre Institutionen bilden hier keine Ausnahme. Sie werden denjenigen Kritikern spezifische Antworten geben müssen, die die Aufmerksamkeit dadurch auf sich ziehen möchten, dass sie anderen die Schuld für eigene Fehler **in die Schuhe schieben**.

KASTEN 1: AUF SUPRANATIONALE UND SUBNATIONALE EBENE ÜBERTRAGENE ZUSTÄNDIGKEITEN

| | |
|---|---|
| weltweit | währungs- und finanzpolitische Regulierung internationaler Handel Außenhilfe Gesundheit Klima- und Umweltfragen Sicherheit |
| Europäische Union | geld-, währungs- und finanzpolitische Regulierung gemeinsamer Binnenmarkt Landwirtschaft und Fischerei Polizei, Inneres und Justiz Forschung Entwicklung und Sicherheit in der Raum- und Luftfahrt Regionalpolitik Bildung Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik |
| supranationale Ebene | ↑ |
| nationale Ebene | |
| subnationale Ebene | ↓ |
| Länder mit ein oder zwei Ebenen der Dezentralisierung (Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich) | wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Vorausplanung, Raumplanung und Sanierung von Industrieflächen Umwelt und Wasserversorgung allgemeine und berufliche Bildung Kultur Verkehr, Eisenbahn und Straßen Landwirtschaft, Wiederbelebung ländlicher Gebiete, Fischerei und Waldbewirtschaftung Gesundheit, Sozialhilfe und soziale Dienste Fremdenverkehr und Freizeit lokale Institutionen (lokale Parlamente, Behörden, Schulen und Verwaltungen) |
| die am stärksten föderalistisch organisierten Staaten (Deutschland, Spanien und Belgien) | alle vorgenannten Zuständigkeiten, plus Polizei Wohnungsbau Jugendpolitik lokaler Handel wissenschaftliche Institutionen und Förderung der Weiterbildung von Forschern Schutz der lokalen Sprachen, des kulturellen Erbes und der besonderen kulturellen Identität Fernsehen (außer der gesamtstaatlichen Sendeanstalten) Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden interne mit diesen Zuständigkeiten verbundene Verträge |

VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

– KAPITEL 3

POLITIK IN EINEM UMFELD MIT ZAHLREICHEN AKTEUREN

Für die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) ist Politikgestaltung in einem Umfeld mit zahlreichen Akteuren nichts Neues, da es bei der politischen Arbeit in Brüssel und Straßburg in erster Linie um die **Bildung von Koalitionen** geht, wobei mit Blick auf die unterschiedlichen Akteure auf Folgendes abgezielt wird:

- Herausstellung **gemeinsamer Interessen**;
- Verstärkung des Potenzials, das durch ihren Zusammenschluss zur **Festlegung der Agenda** entsteht;
- Nutzung entstehender Synergieeffekte, um ein **Ergebnis sicherzustellen**, das dem gemeinsamen Ziel am nächsten kommt.

Die Bildung von Koalitionen ist der **Ausgangspunkt** von Politik in jedem Umfeld - sei es in der Familie, in einem Unternehmen, in jeder Art von menschlicher Gruppierung, in der Entscheidungen mit einer gewissen **Unsicherheit** getroffen werden müssen und in der die Interessen nicht zwangsläufig nahe beieinander liegen.⁸⁷ Sie ist der wichtigste **Prozess** für die Entstehung lokaler Initiativen, NRO, Bewegungen, politischer Parteien, länderübergreifender politischer Kräfte und Fraktionen in Institutionen wie dem EP.

Im europäischen Kontext ist die Bildung von Koalitionen zwischen Vertretern nationaler Interessen, MdEP und EU-Beamten seit langem die wichtigste Verfahrensweise, um zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen. Die Bündelung gesellschaftlicher und privater Interessen durch NRO, Lobbys, Anwaltskanzleien und die öffentlichen Medien **fördert** und **beschleunigt** die Bildung von Koalitionen zu bestimmten Projekten oder Grundsätzen.

Aufgrund der **spezifischen** Rolle der Kommission und des Sekretariats des Rates bei **Gesetzesinitiativen** und der **Umsetzung** müssen auch zwischen europäischen Beamten Koalitionen gebildet werden. Durch die jüngsten Änderungen der Verträge wird die Notwendigkeit einer so komplexen Koalitionsbildung auf EU-Ebene nicht aufgehoben werden. Durch zunehmenden **Druck** durch NRO, eine engere Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern und die lauter werdende Forderung nach Rechenschaftspflicht könnte sie in Zukunft **transparenter** und **komplexer** werden.

⁸⁷ Graham Allison, Philip Zelikow, *The Essence of Decision*, New York, Longman, 1999

Dennoch könnten starke Entwicklungen bezüglich der gesellschaftlichen Anforderungen an die Politik den künftigen politischen Hintergrund verändern. Dies hätte für das EP und die Rolle der MdEP nachhaltige **Folgen**.

1. GENERATIONENWECHSEL UND UNZUFRIEDENHEIT MIT DER POLITIK

Die politische Sozialisierung und die institutionelle Treue gegenüber etablierten, anerkannten politischen Kräften mit einer starken Ideologie und Unterstützerstruktur sind **schwieriger** geworden und haben nachgelassen. Politikwissenschaftler sehen in der Abwendung von der Politik und im Erstarken radikaler populistischer Strömungen **Zeichen** der Ablehnung des etablierten politischen Angebots, das auf der **parteipolitischen** Trennung zwischen Links und Rechts beruht, bei der politische Parteien von Berufspolitikern und für Berufspolitiker organisiert werden.⁸⁸

Kürzlich durchgeführte Untersuchungen machen deutlich, dass der **Generationenwechsel** in liberalen Demokratien eine der treibenden Kräfte für politischen Wandel ist.⁸⁹ Daraus könnte in der Zukunft eine zusätzliche **Schwierigkeit** entstehen. Jüngsten Studien zufolge besteht in der jungen Generation ein mangelndes Interesse an der herkömmlichen politischen Teilhabe, auch wenn der **Wunsch**, NRO zu unterstützen und sich an diesen zu beteiligen, um „die Welt zu verändern“, nach wie vor vorhanden ist. Für etablierte Parteien kann es vor diesem Hintergrund schwieriger werden, sich von innen heraus zu **erneuern** und neue Kandidaten zu bestimmen, die den politischen **Erwartungen** der jungen Generation entsprechen.⁹⁰

Dies könnte zu einer zusätzlichen **Instabilität** der politischen Landschaft führen, z. B. in der Form, dass mehr Parteien und gänzlich neue politische **Kräfte** kurz vor Wahlen gebildet werden, teilweise um **Persönlichkeiten** herum, die nicht der politischen Klasse angehören und die deren etablierte Codes infrage stellen. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem derzeitigen politischen System (in Kombination mit einer verstärkten Anwendung des Verhältniswahlrechts) stellt die „geschlossene Gesellschaft“ der Politik infrage – zum Vorteil politischer **Unternehmer**, wenn es ihnen gelingt, die notwendigen Mittel zu beschaffen. Es ist zu erwarten, dass die Bildung von Koalitionen auf nationaler Ebene in dieser neuen Situation notwendiger und zugleich unvorhersehbarer und schwieriger wird.

Die Möglichkeit zur Arbitrage und das **Gewicht** kleinerer Gruppen werden voraussichtlich zunehmen. Diese neue Situation in den Nationalstaaten wird sich im EP vermutlich in Form einer steigenden Zahl der vertretenen nationalen **Parteien** widerspiegeln. Die Bildung von Koalitionen

⁸⁸ Russell Dalton, *Democratic Challenges, Democratic changes: the Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*, Oxford, OUP, 2004; M Franklin, *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in established Democracies since 1945*, Cambridge, CUP, 2004

⁸⁹ Marc Hooghe, „Political socialization and the Future of Politics“, *Acta Politica* 39, S. 331-341

⁹⁰ Russell Dalton, *Parties without Partisans*, Oxford, O.U.P, 2002

mit dem Ziel, **Fraktionen** im Parlament zu schaffen und Einigkeit zwischen einigen dieser Fraktionen bei gemeinsamen Anliegen und Schlüsseloptionen zu erzielen, könnte schwieriger und komplexer werden. Andererseits könnten **transnationale** Parteien oder Gruppierungen zur **Sozialisierung** neuer nationaler Parteien in einer gemeinsamen politischen Kultur beitragen und dadurch die Bildung von Koalitionen vereinfachen.

Die Gefahr einer **zerstückelten** politischen Landschaft ist nicht das einzige Problem. Darüber hinaus scheint sich die neue Generation von Wählern nicht nur von den etablierten Parteien zu distanzieren, sondern auch vom demokratischen **Leben** im Allgemeinen und den bestehenden politischen Institutionen. „Setzen sich die gegenwärtig zu beobachtenden Differenzen in späteren Phasen des Lebens fort, bedeutet dies auch, dass die politischen Systeme eine Möglichkeit finden müssen, sich an kritischere und distanziertere Bürger anzupassen.“⁹¹

Angesichts der Unzufriedenheit der neuen Generation mit den traditionellen Formaten sowie neuer Formen der Sozialisierung in der Demokratie werden sich unsere demokratischen Systeme voraussichtlich weiterhin **wandeln** und auf Folgendes einstellen müssen:

- weniger **Parteimitglieder**;
- stärkere **Schwankungen** der Wähler;
- größerer Rückgriff auf elektronische Massenmedien (und soziale **Netzwerke**), um politische **Informationen** zu erhalten und zu interpretieren;
- (voraussichtlich) weiter **sinkende Wahlbeteiligung** und **abnehmendes Vertrauen** in die Institutionen.

Informellere und flexiblere Formen der politischen **Zugehörigkeit** und des politischen Handelns könnten weiter zunehmen, auch wenn ihre Wirkung auf die Institutionen und auf die Politik weniger klar ist. Diese neuen Formen des politischen Handelns sind die Antwort auf den Wunsch der Einzelnen, angesichts der schwindenden Bedeutung herkömmlicher, organisierter Gemeinschaftseinrichtungen – von der Kirche bis zum Fußballverein – soziale **Bindungen** und **Netzwerke** wiederherzustellen.⁹²

In der Zukunft könnte „politisches Handeln“ durch Folgendes **beeinflusst** werden:

- Zunehmende Schwierigkeit, Parteien und Institutionen zu **finanzieren**, da die Bürger ein besseres „Kosten-/Leistungsverhältnis“ verlangen.
- Das Ende der technokratischen **Legitimität**. Die Nachfrage nach klareren (rationalen) Optionen könnte zunehmen: eine Art **Vertragsverhältnis** zwischen den politischen Kräften

⁹¹ Marc Hooghe, „Political socialization and the Future of Politics“, Acta Politica 39, S. 331

⁹² Robert Putnam, *Democracies in Flux. The Evolution of Social Capital in Contemporary Society*, Oxford, O.U.P., 2002

und den Wählern. Kernprinzipien, die leichter zu vermitteln sind, könnten den Wählern bei der Identifizierung politischer **Wahlmöglichkeiten** und **Plattformen** eher helfen als die Festlegung auf eine Parteimitgliedschaft.

- **Personengebundene** Politik, bei der „der Einzelne den Unterschied macht“ - eine Verschiebung des **Schwerpunkts** auf Mittelbeschaffung, Kommunikation und Koalitionsbildung. Das traditionelle Gleichgewicht zwischen dem Einzelnen und der Partei könnte sich verändern, da die Parteien immer weniger in der Lage sein werden, Kandidaten zu bestimmen, zu unterstützen und zu finanzieren. Dadurch könnte sich beispielsweise die Philosophie der **Listenwahl** ändern: Einzelpersonen werden der Parteiliste mehr Wert verleihen (und Mittel verschaffen) als die Parteiliste den Einzelpersonen.⁹³
- Die (verbleibende) Rolle politischer „Marken“, die im Wesentlichen stabilen **Meinungs-Clustern** entsprechen (linksextrem, links, Wechselwähler, rechts, rechtsextrem). Die politischen Parteien könnten weniger traditionell vorgehen als ihre Vorgänger des 20. Jahrhunderts - die regelmäßige Kongresse, Plattformen und starke Nominierungsausschüsse organisierten. Die Parteien könnten zu Organisationen mit bestimmten **Labels** werden, die es den Wählern ermöglichen, die **Grundprinzipien** und **Werte** von Einzelpersonen zu verstehen, die von der Partei locker unterstützt werden. Die Entwicklung der Politik in den USA ebnet den Weg für diesen Wandel, ebenso wie das traditionelle Modell der „broad church“ in Großbritannien, doch dies kann auch auf unterschiedliche Wahlsysteme zurückgehen, die die Cluster-Bildung begünstigen.

2. INDIVIDUELLES POLITISCHES UNTERNEHMERTUM

Die MdEP müssen bei der Bildung von Koalitionen auf lokaler Ebene effizienter werden und zugleich ihre Anerkennung auf der regionalen, nationalen und der europäischen Bühne steigern. Dadurch könnte ihre Aufmerksamkeit von der rein innerstaatlichen nationalen Parteipolitik weg gelenkt werden. Institutionelle **Veränderungen**, wie zum Beispiel „transnationale Listen“ prominenter europäischer Persönlichkeiten, die von den „transnationalen Parteien“ vorgeschlagen werden, könnten diese Tendenz noch **verstärken**. Um die Mittelbeschaffung **wirksamer** zu gestalten, werden sich die Initiatoren von Koalitionen und prominente Persönlichkeiten, MdEP und Kandidaten in ihrem jeweiligen Wahlkreis sowie in der Debatte auf nationaler und europäischer Ebene möglicherweise stärker einbringen⁹⁴ müssen.

⁹³ B. Cain, R. Dalton, S. Scarrow, *Democracy Transformed? Expanding political opportunities in Advanced Industrial Democracies*, Oxford, O.U.P., 2003

⁹⁴ Siehe zum Vergleich die Debatte verschiedener Think Tanks über die künftige Rolle der Parlamentsabgeordneten in Großbritannien in Tim Finch (Hrsg.), *A Future for Politics*, London, 2009

NÄHE ZU DEN WÄHLERN UND LOKALE PRÄSENZ

Die MdEP müssen den Wählern zeigen, dass die Abstimmungen im Europäischen Parlament von Bedeutung sind und auf **lokaler** Ebene tatsächlich Veränderungen bewirken, was mindestens so wichtig ist wie die **Gesetzgebung**, die von den Politikern auf **nationaler** Ebene verabschiedet wird. Die Menschen fragen immer mehr danach, wie EU-Gelder auf lokaler Ebene eingesetzt werden, und die MdEP werden möglicherweise ihr Profil in den Medien und der Öffentlichkeit ausbauen müssen, um dieser Forderung nach Rechenschaftspflicht nachzukommen.

Weiterhin könnte sich die Rolle der MdEP dahingehend wandeln, dass sie die europäischen Rechtsvorschriften **erklären** und **entmystifizieren** müssen: Was ist neu und welche Veränderungen ergeben sich dadurch für das Leben der Menschen? Worin bestehen der Mehrwert und Nutzen für die Bürger? Eine deutlichere Übernahme von **Mitverantwortung** durch die MdEP und ihre Fraktionen für Änderungen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie Maßnahmen der EU wird insofern an Bedeutung gewinnen, als sich die MdEP um mehr Öffentlichkeitswirksamkeit bemühen. Dadurch werden die Wähler die Möglichkeit erhalten, an der Wahlurne auf der Grundlage der **Erfolgsbilanz** der vorangegangenen Mandatsperiode klarere Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus sollten die MdEP die lokale Koalitionsbildung in ihren Bereichen **verstehen**, damit sie relevante Themen auf der europäischen Ebene einbringen können und umgekehrt.

Mit der zunehmenden Bekanntgabe von Veranstaltungen, Projekten und Themen der Basis im **Internet** und in sozialen Netzwerken wird es voraussichtlich vermehrt zur Koalitionsbildung auf lokaler Ebene kommen. Die Fähigkeit zur Reaktion auf neu entstehende Koalitionen – sei es durch Beitritt, Unterstützung oder Distanzierung – könnte zu einem Schlüsselement politischer Tätigkeit auf allen Ebenen werden. Die MdEP sollten **geschult** und es sollten Ihnen entsprechende Instrumente an die Hand gegeben werden, damit sie die Koalitionsbildung verfolgen können.

ANBIETER VON ANALYSEN

Die Bürger werden mit Informationen zu immer mehr Themen **überladen**, sei es Kultur, Gesellschaft oder Wirtschaft. Daraus folgt, dass MdEP als Personen der Öffentlichkeit, anstatt die Menschen ihres Wahlkreises mit politischen und rechtlichen Informationen zu versorgen, künftig voraussichtlich zu einer großen Bandbreite von Themen **befragt** werden – und dass von ihnen erwartet wird, aus dem Stegreif zu interpretieren, Anleitung zu geben und zu reagieren.

Die allgemeine **Erwartung** der Öffentlichkeit, dass ein MdEP weiß, was EU-Rechtsvorschriften beinhalten, und sachdienlichen Rat geben kann, wird steigen. Für die MdEP könnte es nützlich sein, auf die Sachkenntnis anderer Fachleute – wie zum Beispiel Juristen, Professoren und Berater – zurückzugreifen, während sie zugleich mit diesen konkurrieren, da sie alle ein gemeinsames Interesse an den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der EU haben (70 % aller Rechtsvorschriften in der EU).

ANBIETER VON GLOBALEN ZUGANGSMÖGLICHKEITEN UND INFORMATIONEN

Globale Herausforderungen können unmittelbare **Auswirkungen** auf Menschen in der ganzen Welt haben. Lokale Unternehmen und Gemeinschaften sind gegen den Wandel nicht **immun**. Die Menschen sind über das Internet und die Medien miteinander **verbunden** und können mit Kunden, Lieferanten, Freunden oder gleichgesinnten Aktivisten in der ganzen Welt zusammen reagieren. Das **Internet** liefert Insider-Informationen, die früher entweder nicht zugänglich oder teuer gewesen wären.

Selbst die digitale Kluft zwischen Nord und Süd kann den Informationsfluss nicht aufhalten. Die politischen Parteien und Führungspersonen müssen sich an diese neue Situation **anpassen**. Sie können von den Wählern zu Ereignissen überall in der Welt befragt werden oder dazu, welches Recht jeweils Anwendung findet und wie die EU sie schützen kann. Ein besonderer **Schwerpunkt** liegt darauf, was die EU unternimmt, um Problemen im Zusammenhang mit Demokratie, Menschenrechten und der Umwelt zu begegnen. Wer darauf keine **angemessenen** Antworten hat, könnte bald seine Legitimität einbüßen.

MITTELBSCHAFFUNG

Die Mittelbeschaffung ist bereits ein zentrales Thema, das in der Zukunft noch an Bedeutung gewinnen könnte, da weniger **Mittel** für die Zuteilung an demokratische Strukturen auf lokaler und nationaler Ebene zur Verfügung stehen werden. Das US-amerikanische Finanzierungssystem zeigt einen möglichen Weg: dort sind extrem kostspielige politische Kampagnen bei geringer finanzieller Beteiligung der Parteien üblich, weshalb die **Notwendigkeit** besteht, dass die einzelnen Kandidaten wirksame Strategien zur Mittelbeschaffung entwickeln. Der Aufbau erfolgreicher Kontakte zu **Geldgebern** und die Stärkung von Netzwerken **politisch aktiver Bürger** könnten an Bedeutung gewinnen.

Diese Entwicklung der Mittelbeschaffung könnte für politische Institutionen mehrere **Folgen** haben:

- Druck von **Insidern** (den bereits Gewählten) auf die politischen **Institutionen**, neben direkter und indirekter Finanzierung auch mehr Unterstützung und Hintergrundarbeit zu leisten;
- **Forderungen** von Bürgern, NRO, Unternehmern und Außenstehenden nach **Transparenz**, Verhaltenskodizes und einem System der gegenseitigen Kontrolle bei der Wahlkampffinanzierung;
- Wettbewerber in Gestalt neuer Parteien und Aktivistengruppen, die die traditionellen Eliten **herausfordern** und das System **offen** halten, indem sie das Verhältniswahlrecht, Petitionen und die Finanzierung von NRO nutzen, um die politische Arena zu betreten;

- ein steigendes Niveau der **Mittelbeschaffung** auf EU-Ebene, da **europaweit angesiedelte** Geldgeber (die kein klares unmittelbares Interesse an bestimmten regionalen Räumen haben) größere Mengen an Mitteln einbringen könnten. Das Erstarren gesamteuropäischer politischer Kräfte könnte zu einer zusätzlichen Finanzquelle für beteiligte politische Parteien oder Einzelpersonen werden.

3. LOBBY-ARBEIT UND KOALITIONSBILDUNG AUF EUROPÄISCHER EBENE

Die Bildung politischer Koalitionen und Siege im herkömmlichen Sinne reichen nicht aus, um im europäischen Kontext zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen.⁹⁵ Selbst eine politische Kraft mit einer deutlichen Mehrheit im EP kann nicht sicher sein, den Verpflichtungen im Sinne ihres Parteiprogramms in vollem Umfang gerecht zu werden. Selbst eine siegreiche Kraft, die über eine große Mehrheit im EP verfügt, müsste weiterhin folgende Akteure **überzeugen**:

- die politischen Entscheidungsträger in den Institutionen;
- die Kommission;
- die Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat.

Darüber hinaus müsste sie zahlreiche **bestehende** Abkommen berücksichtigen – ebenso wie **Initiativen**, die bereits genehmigt, beschlossen und finanziert wurden.⁹⁶

Als eine Folge der interinstitutionellen Dimension der Entscheidungsfindung in Brüssel verringert sich das Gewicht der politischen Parteien bzw. der politischen Fraktionen im EP im Vergleich zu ihrem Gewicht auf nationaler Ebene.⁹⁷ Die Koalitionsbildung hier ist weniger stabil, weniger ideologisch und stärker projektbezogen. In der europäischen „Adhokratie“ werden Entscheidungen auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen siegreichen Ad-hoc-Koalitionen im Rat, der Kommission und dem Parlament getroffen. Dies ist ein dauerhaftes Merkmal der Politikgestaltung auf europäischer Ebene, das sich durch die Klärung der Zuständigkeiten im Vertrag von Lissabon nicht grundlegend ändert. Selbst wenn Beeinflussung und Rückmeldungen stattfinden, sind Koalitionen innerhalb des Rates und des Parlaments nie ganz gleichzusetzen mit Koalitionen zwischen Mitgliedstaaten im Rat. In jedem Organ bleibt die Koalitionsgeometrie je nach Themen und Fraktionspolitik sehr variabel.⁹⁸ Infolgedessen sind die Ergebnisse der Politikgestaltung auf EU-Ebene viel weniger vorhersehbar als auf nationaler Ebene.

Einige sehen in dieser Komplexität und in der schwachen Rolle der gesamteuropäischen politischen Kräfte einen Faktor für das mangelnde Interesse an den Europawahlen.⁹⁹ Andere vertreten die

⁹⁵ Simon Hix, *The Political System of the European Union*, London, Palgrave, 2005

⁹⁶ Helen Wallace, William Wallace, *Policy-making in the European Union*, Oxford, Oxford University Press, 2000.

⁹⁷ Simon Hix, *Political Parties of the European Union*, London, Palgrave, 1997.

⁹⁸ Neil Nugent, *The Government and Politics of the European Union*, Duke University Press 2006.

⁹⁹ Simon Hix, *What's wrong with the European Union*, Oxford, Polity, 2008.

Ansicht, dass die größere Unabhängigkeit der MdEP im Vergleich zu der strengen Disziplin in vielen nationalen Parlamenten eher einen Demokratie-Überschuss im Arbeitsablauf des Europäischen Parlaments schafft:¹⁰⁰ die Diskussionen und Optionen sind offener; es kommt häufiger zu einem auf Inhalten beruhenden Konsens als zu einer auf Ideologie beruhenden frontalen Opposition; der Exekutive wird weniger automatisch grünes Licht erteilt. Eine vergleichbare **Komplexität** herrscht auch in Washington und in vielen großen und hoch entwickelten föderalen Demokratien.¹⁰¹

Daher müssen im europäischen Kontext **komplexere Koalitionen** zwischen den Eliten aus Politik und Verwaltung, verschiedenen Fraktionen und den Vertretern der einzelnen Nationalstaaten entstehen. Kräfte, die „von außen“ auf das Entscheidungsfindungssystem wirken, könnten bei der Bildung heterogener Koalitionen die Funktion eines **Katalysators** haben. Zu diesen Kräften gehören private Unternehmen, Anwaltskanzleien, NRO, Gewerkschaften und Lobbys aus dem Ausland – einschließlich Vertretern von Mitgliedstaaten. Sie alle werden versuchen, **Informationslücken zu schließen** und Kontakte zu nutzen, um zu einem Konsens zu gelangen, die Tagesordnung zu bestimmen, eine Entscheidung zu erzielen und die gewünschte Art der Umsetzung zu erreichen.

Gemeinsam bauen diese verschiedenen und heterogenen Akteure in Brüssel „politische Netzwerke“ auf, wie von Politikwissenschaftlern gut beschrieben wurde. Diese unterscheiden sich nicht grundlegend von den politischen Netzwerken in Washington: Sie helfen bei der Vorbereitung von Entscheidungen zusammen mit der Kommission und den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments und sie helfen im Gesetzgebungsverfahren, abgeneigte Fraktionen oder Mitgliedstaaten zu überzeugen. Sie unterstützen die Kompromissfindung, wenn die Entscheidungen zur Umsetzung in das Ausschussverfahren gegeben werden. Die Tätigkeit politischer Netzwerke geht jedoch über Brüssel hinaus. Sie schlagen eine Brücke zwischen Institutionen und interessierten Bürgern, Unternehmen und NRO in den Mitgliedstaaten: „(Politische Netzwerke ...) sorgen für die Koordinierung der autorisierten Institutionen untereinander und mit den am besten zu identifizierenden Adressaten ihrer Politik.“¹⁰² Politische Netzwerke übernehmen teilweise die Rolle, die früher die politischen Parteien mit ihren spezifischen Politikfeldern (Außenpolitik, Landwirtschaft, Industrie, Wirtschaft) innehatten und die sie auf nationaler Ebene nach wie vor innehaben.

Der Beitrag politischer Netzwerke zur Demokratie in Washington und Brüssel wird sich voraussichtlich nicht ändern. Die Mitwirkung privater Interessen muss jedoch von der Öffentlichkeit noch ausreichend verstanden und von den Institutionen kontrolliert werden: „Zwar ist die Union nicht in eine Verwaltung privater Interessen zerfallen, doch die Netzwerke, in denen ein so großer Teil der EU-Entscheidungen getroffen wird, umfassen einen impliziten Handel

¹⁰⁰ Annie Kreppel, „Coalition Formation in the EP“, in *Comparative Political Studies*, Band 33, Dez. 1999.

¹⁰¹ Neil Nugent, *The Government and Politics of the European Union*, Duke University Press 2006.

¹⁰² Christopher Lord, „New Governance and post-parliamentarism“, University of Leeds, POLIS Working Paper. n°5, 2004; Die zugrunde liegende Debatte liegt 15 Jahre zurück. Siehe: R. Rhodes, „The New Governance: Governing without Government“, in *Political Studies*, Band 44, Nr. 4, S. 652-68.

zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, bei dem Letztere ihre Kooperation bei der Umsetzung politischer Maßnahmen im Gegenzug für einen europaweit gültigen Regelungsrahmen und ein gewisses Maß an öffentlicher Legitimierung auf dieser Ebene anbieten.¹⁰³

Die Bildung von Koalitionen mag in Bewegung sein, da Bürgerorganisationen zunehmend beanspruchen, Teil politischer Netzwerke zu sein, und da Unternehmen von außerhalb der EU verstärkt ein Mitspracherecht fordern. Diese komplexere Koalitionsbildung könnte in der **Zukunft** alle komplexen und reifen Demokratien auszeichnen.

Das Europäische Parlament¹⁰⁴, das durch den Vertrag von Lissabon neue Befugnisse erhalten hat, hat gute Voraussetzungen, um mehr und mehr zum öffentlichen **Forum** für eine komplexe Koalitionsbildung im Zusammenhang mit EU-Regelungsrahmen zu werden.

Das Europäische Parlament mit seinen gewählten Mitgliedern, nationalen und gesamteuropäischen politischen Kräften, zahlreichen Kontakten zu Regierungen und Parlamenten im Ausland, strukturierten Beziehungen zu Wirtschaftsverbänden, NRO, Gewerkschaften, Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten und regionalen Gebietskörperschaften könnte der Ort werden, an dem die Koalitionsbildung öffentlich wird.

Die Koalitionsbildung muss in Zukunft offener, öffentlicher und kontroverser werden. Dieser Schritt zu einer breiteren und offeneren Koalitionsbildung wird durch die frühe Hinzuziehung parlamentarischer Ausschüsse in die ex ante geleistete **Arbeit** der Europäischen Kommission und die ex post im Rahmen des Ausschussverfahrens stattfindende Arbeit sicherlich erleichtert werden. Diese Änderungen könnten für die Rolle des EP in künftigen politischen Netzwerken ebenso wichtig sein wie die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens auf eine weit größere Zahl politischer Bereiche.

Damit ein solcher Prozess effizient verläuft und demokratische Unterstützung erhält, ist Folgendes von Bedeutung:

- die im Europäischen Parlament vertretenen **politischen** Kräfte müssen ein tatsächliches Gewicht bei der Planung der **Agenda** erhalten - gemeinsam mit den Regierungschefs des Europäischen Rates und den Mitgliedern der Kommission und des Rates. Diese Rolle könnte durch interinstitutionelle **Vereinbarungen** und **Rahmenabkommen** sowie durch eine verstärkte Nutzung des Verfahrens der Gesetzesinitiative gesichert werden;
- Den **Berichterstattem** des Europäischen Parlaments muss eine Schlüsselrolle bei der Koalitionsbildung zukommen und sie müssen bereits ab der frühestmöglichen Phase mit dem jeweils zuständigen Mitglied der Kommission zusammenarbeiten;

¹⁰³ Ebenda, S. 5; Die zugrunde liegende Debatte liegt 15 Jahre zurück. Siehe: R. Rhodes, „The New Governance: Governing without Government“, in *Political Studies*, Band 44, Nr. 4, S. 652-68.

¹⁰⁴ Eine Pionierarbeit in Annie Kreppel, „*Coalition Formation in the EP*“, in *Comparative Political Studies*, Dezember 1999, Band 32.

- die Rolle der Lobbyisten muss den politischen Initiativen **nachgeordnet** bleiben, um einen zu starken Einfluss auf die Regulierung zu verhindern.

4. REFORM DER PARLAMENTARISCHEN INSTITUTIONEN ANGESICHTS DER ZUNEHMENDEN ABLEHNUNG DER PARLAMENTE

Die Reform der Institutionen ist ein großer, wenn nicht wesentlicher Bestandteil der Politikgestaltung auf nationaler sowie auf europäischer Ebene. Politiker **widmen** konstitutionellen und organisatorischen **Reformen** einen großen Teil ihrer Zeit und ihrer Planung. Ihre Leistung wird teilweise nach dem Erfolg dieser Reformen beurteilt, und dies wird in Zukunft sicher noch verstärkt der Fall sein, da der **öffentliche Druck** wächst, für weniger Geld **mehr Ergebnisse** vorzuweisen.

Im Fall von Parlamenten scheint die **Kluft** zwischen den Erwartungen der Öffentlichkeit an die Reform und der politischen Sicht auf diese Reform durch kürzlich durchgeführte Fallstudien für das britische Unterhaus (House of Commons) empirisch belegt zu sein. Während die politische Elite die Kommunikationsinstrumente und die **Kontaktaufnahme verbessern** möchte, fordert die Öffentlichkeit eher ein proaktives **Engagement** der Politiker in ihren **Wahlkreisen** einerseits und mehr **direkte Beteiligung** von Bürgern an der Arbeit des Parlaments andererseits. Sie wollen die Tätigkeit des Parlaments selbst erleben, um zu verstehen, wie sie selbst durch Schreiben an den Abgeordneten ihres Wahlkreises, durch **Petitionen**, Konsultationen oder **Anhörungen** zu den Debatten im Plenum **beitragen** können. Die politische Elite setzt zur Behebung der fehlenden Verbindung auf eine implizite Kommunikationstheorie im Sinne von Jakobson (die Politiker sind der Sender, die Bürger sind **Ziel** und **Empfänger** der Botschaft, die Kanäle zu ihnen und die Instrumente müssen verbessert werden), während die Bürger implizit auf stärker anthropologisch ausgerichtete Modelle der **direkten Erfahrung**, Teilnahme und Mitarbeit zurückgreifen.

Erwartungen von Parlamentariern, Staatsbediensteten und Wählern in Großbritannien in Bezug auf Schlüsselthemen für die Reform des Parlaments:¹⁰⁵

| Themen | Britische Unterhausabgeordnete und Mitglieder des Oberhauses | Beamte des Parlaments | Erstwähler |
|---|--|-----------------------|------------|
| Verstärkter Einsatz neuer Technologien und besserer Zugang zu Informationen | *** | ** | * |
| Modernisierung der verfahren | *** | ** | - |
| Proaktives Engagement der Abgeordneten in den Gemeinschaften | * | ** | *** |
| Bildung der Öffentlichkeit / Kontaktaufnahme | * | ** | *** |
| Vielfalt der Vertreter | - | - | *** |
| Transparenz und Rechenschaftspflicht | - | - | *** |

Dieses Modell der direkten Erfahrung und Beteiligung findet sich auch in den Versuchen von Bürgern, den Begriff „**politischer Journalismus**“ neu zu definieren: Die **Bürger fordern** immer stärker die Möglichkeit, die Parlamente **direkt zu befragen** und in ihren **Blogs** und in ihrem **sozialen Netzwerk** selbst darüber **berichten** zu können, was dort abläuft, so als wären sie Journalisten. Es fällt ihnen immer schwerer zu akzeptieren, dass der **Zugang** zu Politikern und Gesetzgebern akkreditierten Berufsjournalisten **vorbehalten** ist. Wird ein solcher offener und direkter Zugang verweigert, entsteht der **Verdacht des Elitedenkens** und der Klängelei.

Interessant zu sehen ist, dass eine dritte Gruppe von Nutzern – die **technokratische Elite** im Parlament – eine eigene Sicht auf die notwendige Reform hat: Sie wollen die **Verfahren** verbessern, das herkömmliche Entscheidungsfindungsverfahren **abkürzen** und den Informationsfluss **beschleunigen**. Ihre Vorstellung des Wandels betrifft eher **verwaltungstechnische und mechanistische Aspekte**.

¹⁰⁵ Beccy Allen, Andy Williamson, Parliament 2020: Visioning the Future Parliament, London, Hansard Society, 2010. Siehe sehr ähnliche Ergebnisse in Parliament 2020, Ottawa; Nanos Research, 2010.

Durch die **unterschiedlichen Prioritäten** der wichtigsten Nutzergruppen, was die Reform der parlamentarischen Institutionen betrifft, lässt sich teilweise erklären, warum diese Reformen in der Regel **langsam und schwierig** sind und warum sie der **zunehmenden Ablehnung der Parlamente in** der öffentlichen Meinung in vielen westlichen Ländern bislang nicht genug entgegenzusetzen konnten.

VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

– KAPITEL 4

LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts haben mehrere internationale **Krisen** – bzw. nationale Krisen mit weltweiten Folgen¹⁰⁶ – sowohl die **Sicherheit** von Staaten und ihren Bürgern als auch das **Gleichgewicht der Märkte**, insbesondere der Finanzmärkte, **beeinträchtigt**.

Die Bürger in den westlichen Demokratien wurden plötzlich der **greifbaren Auswirkungen** der **Globalisierung** und der Tatsache, dass ihre jeweiligen Länder in starker Abhängigkeit zu anderen Ländern stehen, gewahr. Da ihr **Vertrauen** in die Institutionen einen erheblichen **Schaden** genommen hat¹⁰⁷, neigen sie dazu, von ihren **Nationalstaaten** zu erwarten, **Lösungen** zu finden, die das verlorene Vertrauen wiederherstellen.¹⁰⁸ Sie wünschen sich persönliche Sicherheit, wirtschaftlichen Wohlstand, rechtlichen Schutz und Maßnahmen zur Vorbeugung von Krisen. Das überrascht kaum, zumal der Mensch ein dringendes, starkes und **grundlegendes Bedürfnis**¹⁰⁹ **nach Sicherheit** hat und das Verlangen nach Befriedigung dieses Bedürfnisses alle anderen Bedürfnisse in den Hintergrund drängt. Wenn der Mensch mit Naturkatastrophen und ihren Auswirkungen auf den Zugang zu Ressourcen (Energie, Nahrungsmittel, Wasser) oder mit Kriegen und sozialen Konflikten (Afghanistan, Côte d'Ivoire, Naher Osten usw.) konfrontiert ist, wünscht er sich mehr Sicherheit. Die **Stärkung** von Rechtsrahmen trägt dazu bei, dass er sich sicherer fühlt.

Diese Instrumente gliedern sich in zwei Kategorien:

- Rechtsnormen, Verträge, Rechtsregeln, Normen und Gesetze, die darauf abzielen, das Vertrauen seitens der Öffentlichkeit zu stärken (Rechtsrahmen);
- Konformitätskontrollen, Prüfprotokolle, Schiedsverfahren, die für die Wirksamkeit derartiger Bestimmungen sorgen sollen (Gerichte, Polizei).

Der **Rechtsrahmen** selbst orientiert sich an den Folgen der globalen Veränderungen: sich **überschneidende** Benchmarks, häufige Gesetzesänderungen, die Gefahr von sich überschneidenden Zuständigkeiten verschiedener Gerichte, **sich widersprechende Gesetze**, veraltete Gesetze, **wirkungslose** internationale **Abkommen**¹¹⁰, usw., in einer Welt, in der sich die Machtverhältnisse und Grenzen kontinuierlich verschieben.

¹⁰⁶ 11. September 2001, Insolvenz von ENRON und Lehman Brothers, Subprime-Krise, Staatsschuldenkrise im Euro-Raum sowie in jüngerer Zeit die nukleare Katastrophe in Japan, die Revolutionen in der arabischen Welt usw.

¹⁰⁷ Felix Roth, *The effect of financial crisis on systemic trust*, Intereconomics, CEPS, Brüssel, August 2009: Die Bürger wünschen sich ein stärkeres Eingreifen durch den Staat auf nationaler und regionaler Ebene und eine weniger starke Integration ihrer Marktwirtschaften in ein globalisiertes Gefüge.

¹⁰⁸ In manchen Fällen Gefahr laufend, dass nationalistische Tendenzen aufkommen, wie etwa bei den Wahlen in Finnland oder der Zurückweisung tunesischer Immigranten in Südeuropa zu beobachten war.

¹⁰⁹ Abraham Maslow, *The Hierarchy of Needs* (Die Maslowsche Bedürfnispyramide); Das Bedürfnis nach Sicherheit kommt direkt nach den physiologischen Bedürfnissen (Schlaf, Nahrung, Fortpflanzung) und vor den sozialen Bedürfnissen.

¹¹⁰ Beispielsweise die Verringerung von Treibhausgasen.

Außerdem wird der Rechtsrahmen **immer globalisierter und vielschichtiger**, während die zunehmende Verbreitung von **Wikis** und **sozialen Netzwerken** den Bürgern den Eindruck vermittelt, sie könnten nun direkt auf die Gesetzgeber **Einfluss nehmen** bzw. den **Inhalt von Gesetzen bestimmen**.

1. DIE FRAGE DER RECHTSGRUNDLAGE IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts galt der **Nationalstaat** als **normativer** rechtlicher **Referenzrahmen**. Die Gesetze der einzelnen Länder boten den Bürgern einen Rechtsrahmen für ein geregeltes und **verhältnismäßig friedliches** gesellschaftliches Leben. Früher gab es zwei **primäre Rechtsquellen: Kultur und Religion**.

Die Situation hat sich jedoch geändert. In einer multipolaren Welt mit zahlreichen Akteuren, ist der **Rechtsrahmen** sehr viel **komplexer** geworden. Als Grundlage für Rechtsnormen und Gesetze dienen verschiedene Quellen, die von den Bürgern oft nur vage verstanden werden und von deren **Zulässigkeit** und **Geltungsbereich** sie nur eine recht ungenaue Vorstellung haben.

Es ist richtig, dass in einer Welt, in der Austausch zum Alltag gehört, **Interkulturalität** ein immer **größeres Potential** beherbergt. Es wird jedoch im gleichen Maße immer **schwieriger, universell anwendbare** Gesetze¹¹¹ zu erlassen. Die **ethnozentrische** Illusion, Gesetze, die auf der eigenen Kultur basieren, stellen eine bessere Grundlage dar als Gesetze anderer Kulturen, existiert in mehr oder weniger **latenter Form** nach wie vor. So war etwa die Scharia bis zum 18. Jahrhundert das primäre Rechtssystem in der islamischen Welt. Heute hat sie in geostrategischen Einheiten wie Saudi-Arabien oder dem Iran noch immer Rechtsgültigkeit. In anderen großen nichtdemokratischen Ländern werden Gesetze von deren politischer Führung ohne Konsultationsverfahren erlassen.

In Nationalstaaten stellen sich aufgrund der unterschiedlich große Mobilität im Zusammenhang mit **Einwanderung** Fragen in Bezug auf die **Kapazitäten** für die **Integration von Minderheiten** (mit der Verpflichtung, den dominanten kulturellen Bezugsrahmen zu akzeptieren) und in Bezug auf das **Maß an Akzeptanz** seitens der Mehrheit gegenüber der **kulturellen Vielfalt**, die auf Druck dieser Minderheiten entsteht (was mitunter sogar gesetzlich verankert werden könnte).

2. DIE FRAGE NACH DEM RECHTSMODELL

Gewohnheitsrecht, das zu den relativ **allgemeinen** Rahmengesetzen zu zählen ist, lässt einen beachtlichen Spielraum für die **rechtliche Auslegung** und führt daher zu einem gewissen Maß an

¹¹¹ Beispielsweise im Bereich der Frauenrechte (Polygamie, Beschneidung von Frauen, Zwangsehen usw.)

Prozesssucht in der Zivilgesellschaft. Es ist flexibel und kann rasch geändert werden, führt jedoch zu Ad-hoc-Lösungen, die keine räumliche und dauerhafte Stabilität bieten. In heterogenen Strukturen wie den Commonwealth-Staaten oder den USA hat es sich im Laufe der Geschichte als sinnvoll erwiesen.

Kontinentaleuropäisches Recht ist **umfassender** und außerdem **strenger**. Sein Grundprinzip ist die rechtliche Stabilität. Präzedenzrecht kommt nur zur Anwendung, um geringfügige Änderungen an einem stark kodifizierten Rechtssystem zu ermöglichen. Dadurch wird ein gewisses Maß an Entscheidungsstabilität und die **Gleichbehandlung** miteinander vergleichbarer Situationen gewährleistet – ein entscheidender Faktor für die **wahrgenommene Gerechtigkeit**. Dieses Rechtsmodell **entwickelt sich jedoch nur langsam**, was in der sich kontinuierlich ändernden Welt von heute von Nachteil ist.

Welches Modell wäre für das Jahr 2025 am ehesten geeignet? In welche Richtung werden sich das internationale Recht und insbesondere das europäische Recht in den nächsten Jahrzehnten bewegen? Wird sich bedingt durch den **Einfluss** der weltweit dominierenden Handelsprache **Englisch** das **Gewohnheitsrecht** durchsetzen?

3. MANGELNDE TRANSPARENZ DES EU-RECHTS

In größeren Strukturen wie der Europäischen Union verlangt die Verlagerung des **Schwerpunkts** der **Rechtsetzung** den Bürgern **eine zusätzliche Fähigkeit** ab – sie müssen in der Lage sein, sich in den verschiedenen Schichten des Rechts, dem sie unterliegen, zurechtzufinden.¹¹²

Aktuellen Schätzungen zufolge sind **75 %** der nationalen Gesetze in der Europäischen Union **auf die EU zurückzuführen**. 85 % der EU-Rechtsvorschriften wurden im Rahmen von Komitologieverfahren erlassen, die folglich bei der Gesetzgebung eine entscheidende Rolle spielen. Ungeachtet dessen haben die meisten EU-Bürger nur geringe Kenntnisse über die Rechtsetzungsverfahren in den europäischen Institutionen. Die Kommission besitzt das Initiativrecht und das Recht, Legislativvorschläge auszuarbeiten, das Parlament und der Rat prüfen Rechtsvorschriften und stimmen darüber ab. Das ist jedoch eine sehr vereinfachte Darstellung der Situation. Experten zufolge erhält die Kommission als **technokratische Exekutive** durch die Komitologieverfahren die **größten Befugnisse**.¹¹³ Die 50 Richtlinien, die jedes Jahr im Mitentscheidungsverfahren erlassen werden, ziehen 2.500 Durchführungsmaßnahmen nach sich. Obwohl die Komitologieverfahren – die das Ergreifen von Maßnahmen zur Umsetzung von

¹¹² Kürzlich wurden die Leser der britischen Zeitung „The Daily Telegraph“ darüber aufgeklärt, dass es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte war, der das Vereinigte Königreich aufforderte, das Wahlrecht auf Häftlinge auszuweiten, und nicht der Europäische Gerichtshof, der seinerseits jedoch für die Bestimmungen zu Stammzellenforschungen verantwortlich zeichnet (sowie für die Vergabe von Patenten für die mit der Stammzellenforschung verwandten Gentherapien).

¹¹³ Daniel Guéguen, *Comitology – Hijacking European Power?*, Europolitics, Februar 2010, neue Ausgabe

EU-Rechtsvorschriften beinhalten – mehrmals (auch kürzlich wieder¹¹⁴) reformiert worden sind, stellen sie **mehr als** nur ein praktisches **Verwaltungsinstrument** dar: Sie sind der **tatsächliche Ausgangspunkt** der politischen Maßnahmen der EU und **unterliegen** paradoxerweise **nicht der Kontrolle** der beiden EU-Institutionen, die für politische Entscheidungen verantwortlich sein sollten – dem Parlament und dem Rat.

Daher sind die Komitologieverfahren als solche nicht in Frage zu stellen, da sie unerlässlich für das ordnungsgemäße Funktionieren der EU sind. Fraglich ist vielmehr, dass sie nicht unter Aufsicht der demokratischen Organe der EU-Institutionen stehen, was hauptsächlich auf die **Mitgliedschaft** und **Führung** der Ausschüsse zurückzuführen ist (keine MdEP in den Ausschüssen, Kommissionsmitglieder von Beamten vertreten).

In unseren Demokratien ist die **Zulässigkeit politischer Abstimmungen** einer der Faktoren, der einem Gesetz seinen **verbindlichen Charakter** verleiht. Die Bürger müssen in der Lage sein, zu erkennen, dass die Legislative – welche die unterschiedlichen auf dem Spiel stehenden Interessen vertreten sollte und außerdem demokratisch gewählt und regelmäßig überprüft werden sollte – über große **Glaubwürdigkeit** und einen ausgeprägten **repräsentativen Charakter** verfügt.

Abschließend sollte festgehalten werden, dass das **EU-Recht**, auch wenn es in den letzten Jahrzehnten beachtliche Fortschritte gemacht hat, **noch jung** und unvollständig ist: Die **Hierarchie** von Rechtsnormen ist **komplex**.¹¹⁵ Obgleich der Europäische Gerichtshof über eine eigene Justiz verfügt, **hängt** er, was deren **Durchsetzung** anbelangt, noch immer **stark von der einzelstaatlichen** Justiz und Polizei **ab**, was einen homogenen Ablauf erschwert. Darüber hinaus wird das EU-Recht in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlich und **unzureichend harmonisiert** umgesetzt.

Ein wichtiger **Faktor** für eine verbesserte Rechtsetzung in Europa ist zweifelsohne eine verstärkte **Zusammenarbeit** zwischen den **nationalen Parlamenten** und dem EP, wie dies im Vertrag von Lissabon vorgesehen ist.¹¹⁶ Auf den ersten Blick erscheint dies angemessen, führt jedoch vermutlich zu neuen **Behinderungen**, da die Achtung der Grundsätze der **Subsidiarität** und der **Verhältnismäßigkeit** von Staat zu Staat stark **abweichen** kann.

Einige Analysten führen an, dass die **Probleme** eher auf die **Durchführungsmaßnahmen** im Rahmen der Komitologieverfahren als auf die 50 jährlichen allgemein gefassten Richtlinien zurückzuführen sind. Es scheint **kaum durchführbar** zu sein, die **unzähligen Rechtsvorschriften** in den **27** nationalen Parlamenten umzusetzen.

¹¹⁴ März 2011

¹¹⁵ Verträge, Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen, Empfehlungen, interinstitutionelle Vereinbarungen, Verhaltenskodizes usw.

¹¹⁶ Subsidiaritätsprinzip und Frühwarnsystem.

Einige Mitgliedstaaten könnten die **Entscheidungsgewalt** des Europäischen Gerichtshofs **in letzter Instanz** daher als einzigen Weg sehen, dafür zu sorgen, dass Entwürfe für Rechtsvorschriften, die die **legislativen Befugnisse** von Rat und EP **schwächen** könnten, eingehend überprüft werden.

Der **Mehrwert** des Vertrags von Lissabon in Bezug auf eine stärkere Zusammenarbeit liegt mehr im **Verfahren** selbst und in seiner Dynamik als im Endergebnis, da er Raum für einen **Dialog in frühem Stadium** bietet. Er kann jedoch zum einen von sich aus die Gefahr, dass in bestimmten politischen Situationen eine Blockade eintritt bzw. dass Entscheidungsfindungsprozesse **noch komplexer** werden, nicht abwenden.¹¹⁷

Zum anderen **reicht** in einer multipolaren, vernetzten Welt mit unzähligen Akteuren eine Zusammenarbeit **innerhalb** der europäischen **Grenzen nicht aus**. In manchen Angelegenheiten wurde bereits in den Zuständigkeitsbereich der EU eingegriffen. **Entscheidungen** werden vermehrt **in einem größeren Kontext** getroffen, z. B. von den **G8/G20**, der WHO oder dem IWF, die immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Union dürfen diese **transkontinentalen Koalitionen** nicht die Führungsrolle auf internationaler Ebene überlassen, ohne für ein **Mindestmaß an demokratischer Legitimation** zu sorgen. Diese Legitimität könnte in Form von regelmäßig einberufenen **interparlamentarischen Versammlungen** herbeigeführt werden. Die Versammlungen hätten zunächst die Aufgabe, die transnationalen Koalitionen mit verhandelten **repräsentativen Wünschen** und Empfehlungen zu **versorgen**. Außerdem könnte ihnen eine **Kontrollfunktion** zukommen. Ohne einen Kontrollmechanismus bestünde die Gefahr, dass die Bürger Entscheidungen auf dieser Ebene mit der Begründung ablehnen, dass diese von einer Art externen, nicht demokratisch gewählten Regierung getroffen worden seien.

Wie in den vorangegangenen Kapiteln bereits erwähnt wurde, befinden sich derartige transkontinentale Koalitionen erst in der Entstehungsphase. Es ist abschbar, dass diese **Foren** ohne irgendeine Form der **politischen Validierung** keinerlei Chance hätten, **dauerhaft zu bestehen**. **Legislativer Dialog** ist eine der **tragfähigsten** Maßnahmen. Er **könnte sich** jedoch **als unzureichend erweisen**.

4. VON DER E-DEMOKRATIE BIS HIN ZU WIKIS: DIREKTE DEMOKRATIE ALS IMPULSGEBER FÜR DIE RECHTSETZUNG?

Besteht in Gesellschaften, die dauerhafte und **direkte Interaktion** als eine Art **neue demokratische Sicherheit**¹¹⁸ fördern, nicht die **Gefahr**, dass die direkte Demokratie¹¹⁹ mit allen damit verbundenen **Risiken** die Oberhand über politisches und legislatives Know-how gewinnt?

¹¹⁷ Gefahr von Blockaden in bestimmten innenpolitischen Situationen.

¹¹⁸ Meinungsumfragen, Diskussionsforen, Fernsehdebatten, Chat-Foren, Reality-Shows, Bürgerjournalismus usw.

¹¹⁹ Streng genommen handelt es sich bei direkter Demokratie um ein politisches System ohne Vertretungsorgan, in der die Macht unmittelbar vom Volk ausgeübt wird („a political system where the people exert sovereignty itself without the intermediary of a representative body“ (Larousse Dictionary)). Dieses System wird gemeinhin als nicht realisierbar angesehen. Für gewöhnlich wird der Begriff „direkte Demokratie“ auch dann verwendet, wenn er nur zum Teil zutrifft.

Beispiele: sinkende Wahlbeteiligung bei traditionellen Wahlen, **belanglose Themen**¹²⁰, **Schwarzweißmalerei**, eigennützige finanzielle Interessen, die bestimmten Sektoren zu Eigen sind, Tendenz zu Stimmenfang bzw. **Populismus** und **verfassungsrechtlichen Widersprüchen**.¹²¹

Was spricht dafür, Wählen zu gehen, wenn in Form von öffentlichen Diskussionen oder **Referenden** jederzeit **direkter Druck** ausgeübt werden kann?

Kann von Bürgern erwartet werden, sich zu **allen Themen** sinnvoll zu äußern **oder** sollte ihre Meinung nur bei bestimmten **wichtigen Angelegenheiten** eingeholt werden?¹²² **Wer** sollte die **Fragen formulieren**? Zu **welchem Zweck**? Unter **welchen Bedingungen**? Wer sollte darüber entscheiden, ob ein Thema ausreichend relevant ist? Wie lässt sich gewährleisten, dass in problematischen Situationen die gewählte Methode nicht einfach durch eine andere ersetzt wird¹²³ (legislatives Verfahren kontra direkte Demokratie)?

Welche Form der Vertretung ist wünschenswert? Sollten beispielsweise für Referenden Quoren eingeführt werden, oder sollte der Urnengang überall gesetzlich vorgeschrieben werden?

Besteht nicht die Gefahr, dass die **Politik** und die **Rechtsetzungstätigkeit** in bedenklichem Maß **durcheinandergeraten**?

Kein Demokrat kann die **positiven** Auswirkungen der **Beteiligung der Bürger** am öffentlichen Leben leugnen. Die am meisten verbreiteten Formen sind die freie Meinungsäußerung in den Medien, das Engagement in Wahlkämpfen, Petitionen und andere Arten der Einflussnahme auf die Politik und der Beteiligung an Wahlen. Aber sollte die Beteiligung noch weiter reichen?

Auf welche Weise könnten die Bürger direkt **an der Ausarbeitung von Gesetzen beteiligt** werden (**Wiki-Prinzip**¹²⁴)? Es gibt einige interessante Beispiele für entsprechende Websites, wie „Law Wiki“ und „Law Student“, die von Juristen und Jurastudenten als Quellen für besonders aufschlussreiche Fallstudien, Diskussionspapiere und Gerichtsentscheidungen genutzt werden. Diese Websites werden hauptsächlich zur Weiterbildung und als Experten-System verwendet. Die Website „IT Law Wiki“ befasst sich mit Computerrecht, einem neuen und noch weitgehend unerforschten Bereich, der von einer Gemeinschaft von Entwicklern und Nutzern neuer Telekommunikation- und Informationssysteme entdeckt und weiterentwickelt werden könnte.

¹²⁰ Beispielsweise das fehlerhafte neuseeländische Referendum aus dem Jahr 2009, bei dem über das Recht, Kinder zu ohrfeigen, abgestimmt wurde.

¹²¹ Die Schweiz hat beispielsweise per Referendum ein verfassungswidriges Gesetz zur Abschiebung von Bürgern ausländischer Abstammung nach Begehen einer Straftat erlassen.

¹²² Einige Experten auf dem Gebiet des Verfassungsrechts vertreten die Auffassung, dass Referenden nur im Rahmen von grundlegenden Themen wie z. B. die territoriale Unversehrtheit durchgeführt werden sollten.

¹²³ Wie im Falle der gescheiterten Referenden zum Vertrag von Lissabon, die kurz darauf von den Parlamenten umgangen wurden. Viele Beteiligte behaupten inzwischen, dass der Vertrag kein „angemessenes“ Thema für ein Referendum sei.

¹²⁴ Bei einem Wiki handelt es sich um eine freie, gemeinschaftliche Website, auf der alle Informationen von ihren Nutzern beigesteuert werden.

Bei „**Wikocracy**“ handelt es sich um ein radikaleres Projekt, da es die Bearbeitung von Gesetzen beinhaltet (bisher nur virtuell). Hier können die Nutzer unter anderem die Verfassung der USA online bearbeiten und umschreiben. Das Motto der Website, „If you don't like the law, rewrite it!“ (Wenn dir das Gesetz nicht gefällt, schreib es um!), ist allerdings ziemlich provokant.

Während **e-Demokratie** den Bürgern Zugang zu Inhalten und zu politischen, rechtlichen und administrativen Bestimmungen verschafft, ist **Wiki-Recht** eine extreme Form der Demokratie.

E-Demokratie bedeutet die Anpassung von Objekten und die Änderung von Verfahren, um sie mit Telekommunikationstechnologien kompatibel zu machen: Online-Informationen für die Bürger, Steuererklärungen, Angaben zum Personenstand usw.

Wiki-Recht bedeutet eine sehr radikale **gemeinsame Verwaltung**. Die Bürger erhalten hier Werkzeuge, um sich von ihren **gewohnten Vermittlungsinstanzen** zu **emanzipieren** (Politiker, Institutionen, Verwaltungen). Dieser Gedanke ist in Zeiten einer Vertrauenskrise attraktiv, erfordert jedoch ein **hohes Durchschnittsniveau** an Informationen und **Wissen**. Er steht auch mit dem Konzept der **Wissensgesellschaft** in Zusammenhang, das durch das Internet Auftrieb erhält, wo die Bürger einen größeren Einfluss und mehr Verantwortung haben (**Sensibilisierung der Bürger**).

Unabhängig davon, wie man über die **Wiki-Bürgerschaft** denkt, muss man einsehen, dass nichts mehr so läuft, wie dies im vergangenen Jahrhundert noch der Fall war, da inzwischen riesige Mengen an Informationen über alle erdenklichen Themen frei verfügbar sind. Da darüber hinaus der Vertrag von Lissabon den Weg für **Bürgerinitiativen** freigemacht hat, kann der **mögliche Ausgang solcher Initiativen** nicht mehr ignoriert werden.

Bisher beobachteten Politikwissenschaftler jedoch einen eher verhaltenen Gebrauch der Wiki-Bürgerschaft. Mit ihrer Hilfe lassen sich **Bedürfnisse** und **Wünsche zum Ausdruck bringen**, bevor der Gesetzgeber eine Entscheidung trifft. Daher bildet sie die **Grundlage** für eine spätere **Folgenabschätzung**. So wurde beispielsweise im Jahr 2009 in den USA ein Experiment durchgeführt, bei dem im Rahmen von 20.000 Projekten die Effizienz des Einsatzes von Strukturfonds gemessen wurde. Zu diesem Zweck wurden Bewohner in der Umgebung dieser Projekte gebeten, ihre Beobachtungen so strukturiert wie möglich auf einer dafür vorgesehenen Website festzuhalten.¹²⁵ Zunächst konnten sich die Bürger bei jedem der Projekte dazu äußern, ob sie es für erforderlich hielten oder nicht. Danach konnte auf der Wiki-Seite des jeweiligen Projekts ortsbezogenes Wissen zu diesem zusammengetragen werden. Außerdem stand es den Bürgern offen, sich zu den einzelnen Projekten in einem eigens dafür eingerichteten Forum frei zu äußern. Die Website wurde im ersten Monat zwei Millionen Mal aufgerufen. Es erwies sich als sehr einfach,

¹²⁵ Erklärung von Jerry Brito im Juli 2010 gegenüber dem Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments: „Transparenz bei den Strukturfonds - Empfänger und Begünstigte“ Jerry Brito ist Wissenschaftler am Mercatus Center der Georges Mason University, Virginia, USA.

eine Rangliste der Projekte zu erstellen und für die Folgeabschätzungen in kürzester Zeit größere Mengen an nützlichen Informationen zu sammeln als bei herkömmlichen Ex-post-Studien.

Zukünftig könnten **Wikis** dementsprechend als **Werkzeug** zur **Beobachtung** und somit zur Bewertung von **Politikern** dienen. Allerdings **müssen** zunächst spezifische Arbeitsmethoden **entwickelt** (und reglementiert) und ein Weg **gefunden** werden, um Wikis zum zentralen Element der herkömmlichen legislativen und politischen Verfahren zu machen. Von den EU-Institutionen sollte dies allen voran für den Rechnungshof und den Haushaltskontrollausschuss des Parlaments von Interesse sein.

Soziale Netzwerke (Blogs, Twitter, Facebook) werden ebenfalls als direktes **Medium** für den **demokratischen Dialog** eingesetzt. Es stellt sich jedoch die Frage, was von ihnen in 15 Jahren noch übrig sein wird. Nachdem sich der anfängliche Hype gelegt hat, haben viele **Politiker**, darunter auch MdEP, das **Bloggen wieder eingestellt**.¹²⁶ Sie erkennen darin keinen echten Mehrwert und sind zu der Ansicht gelangt, dass es zu viel Zeit in Anspruch nimmt.¹²⁷ Sie wollen nicht daran gebunden sein. **Twitter** sehen sie oft als Möglichkeit, über ihre Tätigkeiten zu **berichten** und die **Aufmerksamkeit von Journalisten zu gewinnen**, aber **nicht** als Mittel zur **echten Interaktion** mit ihren Lesern. Ganz im Gegenteil. Da sie „in Echtzeit“ **negative Rückmeldungen** erhalten können, die sich rasend schnell verbreiten, neigen sie dazu, diesem Medium zu **misstrauen**. **Sprachliche Hindernisse** begrenzen die Interaktion derzeit ohnehin, wobei diese dank maschineller Übersetzung vermutlich in nicht allzu ferner Zukunft wegfallen werden. Daher müssen die Bürger ihre Bemühungen intensivieren, wenn sie erreichen wollen, dass ihre Abgeordneten ihr Nutzungsverhalten in Bezug auf Facebook und Twitter ändern. Denn diese betrachten das Internet derzeit eher konservativ als Medium, um **Werbung zu machen** und um sich zu profilieren, nicht jedoch als Bewertungsinstrument. Da jedoch Millionen von Smartphones zu den Augen und Ohren der Welt geworden sind, insbesondere im Rahmen von Demonstrationen gegen Regimes, gestaltet sich eine besonnene und **wohlüberlegte Rechtsetzung** zunehmend **schwieriger**.

5. DIE INTERNETREVOLUTION UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE RECHTSSYSTEME

Das **Internet verändert** zweifelsohne die **Rechtspraxis**, die Bereitstellung rechtlicher Dienste und die Rechtspflege. Es ermöglicht eine Verbesserung der Verwaltung und **Bereitstellung von Wissen**, den Einsatz von **Experten-Systemen**, macht die **Suche nach Rechtsprechung** einfacher und leichter zugänglich, erleichtert die **Bildung von Interessengruppen für Sammelklagen** und bietet ein Forum um auf den **Gesetzgebungsbedarf** hinzuweisen.

¹²⁶ Eine im Januar 2011 von dem Brüsseler Unternehmen für Lobbyarbeit Fleishman-Hillard durchgeführte Studie mit 120 MdEP hat ergeben, dass die Zahl der bloggenden MdEP in den letzten drei Jahren um 10 % zurückgegangen ist (29 % im Vergleich zu 40 % im Jahr 2009).

¹²⁷ Wird es demnächst „Posting-Center“ vergleichbar mit Callcentern geben?

Digitaltechnik fördert die **Mehrsprachigkeit** im juristischen Bereich der Europäischen Union deutlich. Die **Rechtsterminologie** jeder Sprache basiert auf Konzepten und **unterscheidet sich in ihrer Beschaffenheit** von der Sprache als solche. Oft kann ein einziges Wort ein komplettes **konzeptuelles System** abdecken. Damit Juristen einander verstehen können, müssen sie nicht nur über Sprachkenntnisse¹²⁸ verfügen, sondern auch das Bezugssystem des jeweils anderen kennen. Die **rechtliche Harmonisierung** der EU basiert auf der Fähigkeit, **Rechtsbegriffe** in allen EU-Sprachen zu **vereinheitlichen** – eine **Herausforderung**, der sich bei jeder **Erweiterungsrunde** aufs Neue gestellt werden muss. Die Vereinheitlichung wird durch den schnellen Zugang und den Austausch, den das Internet ermöglicht, erheblich erleichtert. Die europäische Rechtsterminologie (in allen offiziellen Sprachen) ins Internet zu stellen, hilft dabei, für die **Kohärenz des Unionsrechts** zu sorgen.

Richard Susskind, ein britischer Professor der Rechtswissenschaften, hat die durch das Internet bedingten **Veränderungen** der **Rechtsberatung** in einer Reihe von Referenzarbeiten beschrieben.¹²⁹ Eines seiner Konzepte heißt „The Grid“. Er erklärt darin, dass die derzeitige Form der Rechtsberatungsdienste im Wandel begriffen ist und der Schwerpunkt in Zukunft auf der Erteilung von Rechtsauskünften liegen wird. Dadurch wird sich auch die **Beziehung** zwischen **Anwälten** und ihren **Klienten** grundlegend **verändern**.

Da Anwälte (im weitgefassten Sinne) ihre Arbeit zukünftig bei einem geringeren Kostenaufwand schneller und umfassender ausführen können, wird ihr hohes Ansehen in den Augen ihrer Klienten sinken und sie werden für ihre Dienste keine hohen Honorare mehr verlangen können. Sie werden von Denkern zu Dienern degradiert.¹³⁰ Der **Berufszweig** wird **alltäglich**. Der Zugang zu rechtlichen Diensten wird leichter.

Was die **e-Justiz** angeht, so schießen praktisch überall Internetportale empor, die es unter anderem ermöglichen, **Gerichtsverfahren online einzuleiten**.¹³¹ Teilnehmer an **Gerichtsverfahren** können Informationen zu Fällen auf **elektronischem** Wege weltweit austauschen. Die gesamte **Rechtspflege** ist davon **betroffen, nicht jedoch** wichtigsten **Rechtgrundsätze**. In Bezug auf **Informationssicherheit** und Vertraulichkeit besteht ein **hohes Risiko**. Alle Interessenträger sind involviert: Anwälte, Richter, Registrierbeamte, Bewährungshelfer, Sozialarbeiter usw.

Elektronische Behördendienste und **e-Justiz** verbreiten sich im Eiltempo und deren Nutzer erhalten immer häufiger direkten Zugang zu öffentlichen Diensten (Steuern, Personenstandsregister usw.). **Online-Wahlen** sind jedoch ein **sensibles Thema** und werfen Fragen in Bezug auf **Vertrauen, Sicherheit** und **Anonymität** auf. Die Versuchung ist groß, sie als

¹²⁸ Ein deutscher Übersetzer versteht nicht zwangsläufig die Begriffe, die ein schweizerdeutscher Verfasser von Rechtstexten verwendet.

¹²⁹ Richard Susskind, *The future of Law*, 1996; *The end of lawyers? Rethinking the nature of legal services*, 2008, Oxford University Press.

¹³⁰ Siehe Kapitel über neue Arbeitsstrukturen.

¹³¹ Beispielsweise das „Integrated Justice Information System“ (IJIS) in Québec.

Mittel im **Kampf gegen geringe Wahlbeteiligung** einzusetzen, aber die politische Meinungsäußerung, die bei Wahlen zum Ausdruck gebracht wird, muss anonym bleiben, und dies wird von den derzeitigen Systemen nicht im vollen Umfang gewährleistet, da sie **anfällig** für Computerkriminalität und -spionage sind.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass dieses Kapitel zwar nur einen Überblick über die aktuelle Situation in der **Europäischen Union** gibt, dabei jedoch verdeutlichen soll, dass diese, unter anderem in Bezug auf ihre **Rechtsetzungstätigkeit**, an einem **Scheideweg** steht.

Die EU muss **festlegen**, welches **Rechtsmodell** sie für die **Zukunft** anstrebt. Dabei muss sie dafür Sorge tragen, dass das gewählte Modell mit ihrem **externen** (Vermeidung zu großer kultureller Unterschiede) und **internen** (die Unionsbürger sollen sich mit dem „Gesellschaftsvertrag“ identifizieren können) **Auftrag vereinbar** ist.

Die EU sollte sich darum bemühen, **ihre Legitimierung als Gesetzgeber** auf **supranationaler Ebene** zu erhöhen, indem sie ihre **Institutionen** und ihre **Arbeitsstrukturen** (Komitologieverfahren) sowie die **Hierarchie von Rechtsnormen festigt** und **vereinfacht** und so für die Unionsbürger **verständlicher** macht.

Zu Beginn einer anhaltenden Phase deutlicher Haushaltseinschnitte sollte die EU die **Kostenvorteile**, die sich aus einer **Vereinheitlichung** der **Rechtsrahmen** der Mitgliedstaaten ergeben – individuelle Rechtsrahmen beizubehalten wäre insbesondere aufgrund der damit verbundenen fortwährenden Bemühungen, diese miteinander in Einklang zu bringen und an das Subsidiaritätsprinzip anzupassen, zu kostenintensiv – besser erklären.

VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

– KAPITEL 5

DAS ALTERN DER EUROPÄISCHEN BEVÖLKERUNG UND DIE DAMIT VERBUNDENEN PROBLEME

Auch wenn die Weltbevölkerung weiter wächst, hat Europa eine eigene demografische Perspektive, die in einem **deutlichen Rückgang** des Bevölkerungswachstums und einem **starken Altern** der Bevölkerung besteht. Diese Abwärtsentwicklung hat **zahlreiche** sozioökonomische **Auswirkungen**: relative **Knappheit** an qualifizierten **Arbeitskräften** im Inland, Probleme der **Übernahme von Unternehmen durch Nachfolger**, Änderungen des **Spar- und Konsumverhaltens**, wachsende Sorge um die Bewältigung der **Abhängigkeit** von Personen, **Mehrausgaben der öffentlichen Hand** für **Gesundheit** und Herausforderungen auf der Ebene der **Finanzierung** staatlicher **Politik**.

Sehr wahrscheinlich wird Europa genötigt sein, darauf mit der Wahrnehmung **aller verfügbaren Optionen** zu reagieren, und dazu gehören die **Verlängerung des Arbeitslebens**, sodass die Arbeitskräfte früher in den Beruf einsteigen und später ausscheiden, die verstärkte **Einbeziehung von Frauen** in die Arbeitswelt und eine **selektive Zuwanderung**. Zugleich wird es erforderlich, weitere **Maßnahmen** in Betracht zu ziehen, um jegliche auf Arbeitskräfte bezogene **Verschwendung einzudämmen**. Solche Maßnahmen bestehen in der Harmonisierung von Qualifikationen und der **Nutzung von Wissen**.

Diese Probleme gilt es unter sich rasch wandelnden geopolitischen und technologischen Verhältnissen zu bewältigen, und zwar durch Anpassungen der Verteilung der **Steuerlast**, quantitative und qualitative Veränderungen in der Beschäftigung und eine **Debatte** über **gesellschaftliche Werte** und Normen. Die demografischen Daten schaffen also eine Belastung recht eigener Art für die politische Agenda der Europäischen Union, was die künftige **Wettbewerbsfähigkeit** angeht. Wenn man allerdings die gestiegene **Lebenserwartung** nur unter dem Aspekt der größeren gesellschaftlichen Bedürfnisse und der steigenden Versorgungsaufwendungen betrachtet, erfasst man nur einen Teil des Ganzen. Die längere Lebenserwartung bereitet auch den Boden für **neue Dynamik** in der **Schaffung von Dienstleistungen** und Berufsfeldern.

1. WELTWIRTSCHAFTSWACHSTUM, STAGNATION IN EUROPA UND ALTERNDE BEVÖLKERUNG

➤ *Bevölkerungsdruck auf die gesamte Erde*

Für die nächsten Jahre wird eine Zunahme der **Weltbevölkerung** um rund 20 % vorausgesehen, sodass sie auf **8 Milliarden** Menschen steigt, was hauptsächlich durch die Zunahme in Asien und Afrika bedingt ist. Nach Aussagen von UN-Fachleuten für Demografie könnte die Bevölkerung bis 2050 10,5 Milliarden erreichen oder sich bei rund 9 Milliarden stabilisieren. Der tatsächlich erreichte Wert hängt davon ab, ob sich das **Verhältnis** von einem **Kind je Frau** nach oben ändert. Generell geht die Zahl der Kinder pro Frau **zurück**, wenn das **Bildungsniveau der weiblichen Bevölkerung** steigt.

Was den Demografen Probleme bereitet, ist die **Fähigkeit** der Erde, einen **Bevölkerungsdruck** in dieser Höhe zu **verkräften**. Wird es möglich sein, die Bevölkerung zu **ernähren**? Werden genügend natürliche **Ressourcen** und **Energievorräte** vorhanden sein? Jedenfalls hat die Demografie als Wissenschaft seit ihrem Bestehen **apokalyptische** Voraussagen¹³² gemacht, die sich in der Realität als **unbegründet** erwiesen.

Kasten 1: Beispiele für Bevölkerungsprognosen

1677 schätzte ein Tuchhändler in Delft auf der Grundlage einer Spermaprobe die Zahl der Menschen, die auf der Erde leben könnten, auf 13 Milliarden. Er kam darauf durch Hochrechnung der Bevölkerung der Niederlande, eines Landes, das seinerzeit als recht dicht bevölkert galt, auf die gesamte bewohnte Landfläche der Erde. Im Gegensatz dazu führte Thomas Malthus 1789 in seiner Bevölkerungstheorie aus, dass die Bevölkerung unaufhörlich so lange wächst, bis sie durch Hungersnot oder Krieg wieder in ein Gleichgewicht kommt. In den zwei Jahrhunderten, die auf diese bemerkenswerte Feststellung folgten, wuchs die Bevölkerung aber stetig weiter. Malthus hatte nicht das Aufkommen neuer Pflanzen im Westen, wie der Kartoffel, vorausgesehen, auch nicht die Schaffung von Kläranlagen, die Trinkwasser von den Abwässern der Haushalte abscheiden, und schon gar nicht das Penicillin.

National Geographic

Hungersnöte bzw. andererseits die Entdeckung zusätzlicher **Proteinquellen**, unvorhergesehene **Seuchen**, die nicht unverzüglich ausgeremert werden¹³³, **Naturkatastrophen** und ein durch Umweltbelastung bedingter **Rückgang der Fruchtbarkeit** oder eine durch die Sozial- oder Bildungsverhältnisse bedingte **Abnahme der Bereitschaft, Kinder zu haben** – all diese Faktoren wirken sich als **Anpassungsvariable** aus.

Die Gesamtbevölkerung der Welt weist, gleichgültig bei welchem Szenario, eine Wachstumskurve auf.

¹³² Robert Kunzig, leitender Redakteur bei National Geographic (vgl. Kasten 1).

¹³³ Beispielsweise AIDS in den 80er Jahren, H1N1 usw.

➤ **Stagnation und Alterung der Bevölkerung in Europa**

Europa wird 2025 einen Anteil von nicht mehr als **6,5 %** an der **Weltbevölkerung** haben (Netto-Bevölkerungsrückgang¹³⁴). Die Bevölkerungsentwicklung ist durch eine **deutliche Alterung** gekennzeichnet: In der Alterspyramide wird das Durchschnittsalter im Zeitraum 1999–2050 von 26,4 auf 37,8 Jahre steigen.¹³⁵

Schlüsselfaktoren dieser Entwicklung sind die **längere Lebenserwartung**¹³⁶ und ein **Rückgang der Fruchtbarkeitsrate**¹³⁷ und der absoluten Fruchtbarkeit. Die **Zuwanderung** wirkt sich jedoch weiterhin als **Anpassungsvariable** aus. Betrachtet man nur den Aspekt der Alterung, dann ist Europa nur mit einem Land vergleichbar: Japan.

Der **Anteil** der Europäer, die **älter als 65 Jahre** sind, wird **2020 20 %**¹³⁸ und 2050 30 % betragen. In dieser alternden Bevölkerung wird zudem der Anteil der **Über-80-Jährigen** und **Über-100-Jährigen beträchtlich** zunehmen¹³⁹ (Schätzungen zufolge werden diese Werte 2050 5,5 Mal so hoch liegen wie 2000¹⁴⁰). Eine deutliche **Mehrheit** dieser Über-80-Jährigen werden **Frauen** sein, wegen ihrer höheren Lebenserwartung.

Kasten 2: Schätzungen über das Altern der Bevölkerung in Europa

Nach Eurostat-Schätzungen von 2010 dürfte die Bevölkerung Europas 2020 um die 514 Mio. (EU der 27) liegen, wobei jede fünfte Person älter als 65 Jahre ist. Besonders aussagekräftig ist die Schätzung, dass 28.5 % dieser „Senioren“ über 80 Jahre alt sein werden.

Sieht man vom EU-Durchschnitt ab, gibt es wesentliche Unterschiede von Land zu Land. Deutschland und Schweden verzeichnen die stärkste Alterung, bezogen auf das Durchschnittsalter der Bevölkerung.

| | 2009 | 2020 | 2030 |
|-----------------|-------------|-------------|-------------|
| EU-27 insgesamt | 499 703 311 | 513 837 632 | 519 942 079 |
| 65+ insgesamt | | 103 052 228 | 122 465 113 |
| 80+ insgesamt | | 29 281 116 | 36 022 271 |
| % 65+ | | 20.06% | 23.55% |
| % 80+ von 65+ | | 28.41% | 29.41% |

Quelle: Eurostat

¹³⁴ Weltbevölkerung: Theoretisch bedarf es in Industrieländern einer Erneuerungsrate von 2,1 Kindern pro Frau.

¹³⁵ Von Staat zu Staat gibt es riesige Unterschiede 2010 betrug das Durchschnittsalter in Italien bereits 43,1 Jahre.

¹³⁶ Wie es auf der Website euobserver.com heißt, nimmt die Lebenserwartung jährlich im Schnitt um zwei bis drei Monate zu.

¹³⁷ Die von Eurostat prognostizierte durchschnittliche Fruchtbarkeitsrate in den 27 Mitgliedstaaten beträgt 1,56.

¹³⁸ Vgl. Kasten 2 (Quelle: Eurostat).

¹³⁹ In Industriestaaten steigt die Lebenserwartung voraussichtlich mit jedem Jahr um durchschnittlich zwei bis drei Monate.

¹⁴⁰ DESA (Vereinte Nationen), Abteilung Bevölkerung.

2. RISIKOFAKTOREN BEI STERBEFALLÜBERSCHUSS

Es besteht die erhebliche Gefahr, dass die höhere Lebenserwartung mit **zahlreichen gesundheitspolitischen Problemen** und der **Verschlechterung der Umweltqualität** für die europäische Bevölkerung begleitet sein wird. Diese Probleme werden die Staaten zunehmend belasten, denn sie wirken in doppelter Hinsicht belastend auf die öffentlichen Ausgaben: Kosten der Gesundheitsversorgung und Ausdünnung der Erwerbspersonen. Einige Beispiele:

➤ *Adipositas und verschärfende Faktoren wie Diabetes und Bluthochdruck*

Bestimmte **Faktoren für den Sterbefallüberschuss** sind bereits bekannt. **Adipositas** (BMI=Körpermasseindex über 30) ist ein bekanntes Beispiel; dieser Wert hat sich in 30 Jahren bereits verdoppelt¹⁴¹, und betroffen sind 500 Millionen Personen weltweit, wobei die Zahl rasch zunimmt. Ein Drittel der Weltbevölkerung ist fettleibig oder übergewichtig (BMI 25–30).¹⁴²

Bei Adipositas sind weitere verschärfende Faktoren aufgetreten, hauptsächlich überhöhter **Cholesterinspiegel** und **hoher Blutdruck**. Adipositas ist nicht mehr auf reiche westliche Staaten beschränkt, sondern tritt auch in Lateinamerika im Nahen Osten, im südlichen und westlichen Afrika und in Ozeanien auf. Betroffen sind **mehr Frauen** als Männer. Adipositas bewirkt eine überhöhte Sterblichkeit infolge von **Herz-Kreislauf-Erkrankungen**, erhöhten **Krebsraten** und vor allem **Diabetes**. Auf Adipositas allein dürften schon heute weltweit 3 Millionen Sterbefälle pro Jahr entfallen. Auch die **nachteiligen Folgen** für die **Fruchtbarkeit** sind offenkundig.

Blutdruck und Cholesterinspiegel lassen sich teilweise medikamentös steuern, aber die britische medizinische Fachzeitschrift *The Lancet* meldet besondere Sorgen wegen Diabetes an.

Ursachen sind überhöhte **Salzaufnahme** und die verbreitete Verwendung von **Palmöl** in Lebensmitteln, die in immer größerem Umfang industriell hergestellt werden, und hinzu kommt eine **Abnahme** der regelmäßigen **körperlichen Betätigung**.

➤ *Luftbelastung*

Luftbelastung ist ein weiterer Faktor für den Sterbefallüberschuss, und hierauf werden die Gesundheitspolitiker von der Wissenschaft hingewiesen. Die Luftbelastung wird anhand der **Menge an Partikeln** (in Mikrogramm pro Kubikmeter Luft) gemessen. Sie ist wesentliche Ursache für **Asthma bei Kindern**, aber auch für **Bläschenbronchitis, chronische Bronchitis** und **Herz-Kreislauf-Erkrankungen** bei Personen **über 65 und kostet** die Staaten **Milliarden Euro**¹⁴³ durch Krankenhausaufenthalte, Arbeitszeitausfälle usw.

¹⁴¹ www.lancet.com, The Lancet, 4.2.2011, Studien unter Leitung von Prof. Ezzati vom Imperial College London und Dr. Danaei von der Harvard School of Public Health, Boston.

¹⁴² *Le Monde Magazine*, 26.2.2011.

¹⁴³ Nach Aussagen der Aphekom-Studie, www.aphekom.org, jährlich 31,5 Mrd. EUR. Vgl. Kasten 3.

Kasten 3: Luftbelastung

Von dem europäischen Forschungsprogramm Aphekom sind soeben die ersten Ergebnisse veröffentlicht worden: 25 europäische Städte in 12 Staaten wurden drei Jahre lang untersucht. Es bestehen erhebliche regionale Unterschiede von Bukarest (38,2 µg, Verringerung der Lebenserwartung um 22,1 Monate) bis Stockholm (9,4 µg, keine Verringerung der Lebenserwartung). Stockholm liegt als einzige der untersuchten Städte unter der WHO-Norm von 10 µg. Würde diese Norm überall eingehalten, würden jährlich bis zu 19 000 Menschenleben gerettet. Hier geht es um Emissionen des Straßenverkehrs in den Städten, besonders aus Dieselmotoren, und der privaten oder öffentlichen Gebäudebeheizung.

Auf Betreiben der neueren EU-Mitgliedstaaten wurde der bis 2015 einzuhaltende Grenzwert auf 25 µg festgesetzt. Das ist das Doppelte des von der WHO vorgesehenen Wertes.

APHEKOM www.aphekom.org

Voraussichtlich wird es in der Öffentlichkeit nachdrückliche **Forderungen** nach Rechtsvorschriften geben, die **hochwertige Agrarproduktion** begünstigen, nach einem Übergang zu bestimmten Verarbeitungsmethoden in der Agrar- und Nahrungsmittelwirtschaft, nach Bemühungen um die **Verringerung der Partikelmengen** und einer rechtlichen Regelung der Luftqualität und der Umweltbelastung allgemein sowie speziell nach Erhaltung der **Wasserqualität**.

3. VERRINGERUNG DER ZAHL DER HEIMISCHEN ARBEITSKRÄFTE UND ZUWANDERUNG

Die **demografischen Gegebenheiten** wirken sich **quantitativ** wie auch **qualitativ** auf den **Arbeitsmarkt** aus, etwa in Form von Qualifikationsengpässen und Druck auf den Stellenmarkt. Der **Rückgang** der Zahl der **heimischen Arbeitskräfte** wird sich durch anspruchsvolle Maßnahmen zur **Fortbildung** und **Kompetenzerhaltung**, wie diejenigen in den Bereichen **Wissensgesellschaft** und **lebenslanges Lernen, nicht** vollständig **korrigieren** lassen. Letzten Endes werden sich die **Auswirkungen** des Rückgangs der Arbeitskräftezahl im **Steueraufkommen** (und in dem hinnehmbaren Besteuerungsniveau) bemerkbar machen, das mit den **beständig steigenden Kosten** der Beibehaltung **gesundheitspolitischer Maßnahmen** und der Bereitstellung von **Pflege für ältere Menschen**, um nur einige Kosten zu nennen, zusammenhängt.

Für die Bürger der Europäischen Union ist die unmittelbare Folge der demografischen Prognosen die, dass **dringend alle verfügbaren Arbeitskräftereservoirs genutzt** werden müssen. Zunächst geht es um **endogene** Reservoirs: Dazu gehören der **frühere Eintritt junger Menschen** in den Arbeitsmarkt, die Erhöhung der Zahl der beschäftigten **Frauen** und die Verlängerung des Arbeitslebens bei den **Älteren**. Allerdings werden diese Maßnahmen, die sich qualitativ auf die Struktur der Arbeitnehmerschaft auswirken, **nicht ausreichen**. **Zuwanderung** als exogenes Reservoir wird sich auch als **notwendig** erweisen.

Kasten 4: Ausgewählte Zahlen über Zuwanderung

Zuwanderung ist keine neue Erscheinung. Der Anteil von Migranten an der Weltbevölkerung ist seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht gestiegen: 1960: 2,5 % – 1990: 2,9 % – 2010: 3,1 %.

Statistisches Material der Vereinten Nationen ergibt, dass 10 Staaten der Welt die Hälfte aller Migranten aufgenommen haben. Ein Fünftel dieser Migranten lebt in den USA.

Zu den genannten „Top Ten“ gehören auch vier europäische Staaten: Vereinigtes Königreich, Frankreich, Deutschland und Spanien.

Saudi Arabien und Kanada liegen auch unter den „Top Ten“.

Diese Daten sind jedoch mit Vorsicht zu behandeln. China ist nämlich nicht in diese Statistiken einbezogen, und illegale Zuwanderer wurden nicht berücksichtigt.

‘Global governance at a critical Juncture’, Annex E, EUISS (weltweites staatliches Handeln am Scheideweg), Anlage E, EUISS

➤ *Bessere Vorbereitung für junge Menschen*

Insgesamt gesehen zählt das **Bildungsniveau junger Menschen** in Europa zur **Weltspitze**. Staatenübergreifende Analysen der grundlegenden Qualifikationen ergeben jedoch ein anderes Bild; es ist jedoch sogar ein gewisser **Rückgang** der Durchschnittswerte bestimmter Staaten mit einer traditionell hohen Lese- und Schreibkompetenz festzustellen. Die Mitgliedstaaten der EU werden demnach sehr wahrscheinlich **neue Schwerpunkte auf Investitionen** in die Bildung junger Menschen setzen müssen, und diese werden knapper und wertvoller. Die Europäische Union muss zudem Überlegungen darüber anstellen, wie sie die **Mobilität** ihrer Arbeitskräfte **steigert**. Im Fall der jüngeren Bürger geht es hier um die Vollendung des Prozesses der **Harmonisierung der Bildungsqualifikationen**, bekannt als **Bologna-Prozess**, der vor 10 Jahren begann und bis heute unvollständig ist. Die staatenübergreifende Mobilität von Studenten wird nämlich durch **rechtliche Hindernisse** eingeschränkt, die auf der **mangelnden** gegenseitigen **Anerkennung** von Qualifikationen bzw. Studienleistungen beruhen. Eine indirekte Folge davon, dass der Bologna-Prozess nicht vollzogen ist, besteht in **Hemmnissen** für die **Mehrsprachigkeit**.¹⁴⁴

➤ *Frauen können nur bis 2018 als Überbrückungshilfe fungieren*

Eine deutlich stärkere Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt ist eine historische Tendenz, die auf dem Bildungs- und Emanzipationsniveau beruht. Dennoch **bleibt** die **Beschäftigungsquote** bei Frauen **niedriger** als bei Männern, besonders was die in **Vollzeitäquivalenten** gemessene Beschäftigung angeht. Allgemein bringen Frauen in der Bildung höhere Leistungen als Männer, und an **Hochschulbildung** haben **Frauen** einen um **23 % höheren Anteil** als Männer. Sie tun sich jedoch schwer, diesen Vorsprung in Beschäftigungschancen umzumünzen.

¹⁴⁴ In Deutschland wurde vor kurzem geschätzt, dass 300 000 Zuwanderer auf deutschem Hoheitsgebiet durch nicht ausreichende Qualifikationen oder berufliche Fertigkeiten an der Arbeitsaufnahme gehindert werden, und es wurden konstruktivere Rechtsvorschriften erlassen.

Die Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben entwickelt sich **aufwärts** in Staaten, die Optionen für **Vorschulkinderbetreuung** geschaffen haben bzw. in denen die Kinder mehr Zeit in der Schule verbringen bzw. in denen die Bildungseinrichtungen in größerem Umfang Mahlzeiten bereitstellen. **Erheblich beeinträchtigt** werden diese positiven Maßnahmen allerdings durch den ungeheuren Anstieg der Zahl der **Scheidungen** (40 %) und den sich daraus ergebenden Kinderbetreuungsproblemen sowie in noch größerem Maß durch die Zahl der außerehelichen Geburten (30 %). Die Praxis der **gemeinsamen Bewältigung von Aufgaben im Haushalt** und in der **Kindererziehung** ist noch nicht so stark verbreitet, dass Frauen uneingeschränkt an der Arbeitswelt teilhaben können: Für **2025** wird ein Durchschnittswert von **65 % geschätzt**.

Dass Frauen mehr Möglichkeiten bekommen, ganztätig zu arbeiten, wird den Rückgang der Arbeitskräftezahl **teilweise kompensieren**, aber diese Option wird **nur bis 2018** bestehen.

An dieser Stelle ist zu beachten, dass die Ersteller von Prognosen **nicht von einer vollständigen Nutzung** des weiblichen Arbeitskräftepotenzials **ausgehen können**. Als Folge davon werden **erworbene Qualifikationen brachliegen**, wenn nicht neue Modelle der Arbeitswelt neue Problemlösungen bieten können, durch die Frauen Berufs- und Familienleben unter einen Hut bringen können, und wenn nicht ein neues Muster für die gemeinsame Übernahme von Haus- und Erziehungsaufgaben sich durchsetzt.

➤ ***Verlängerung des Arbeitslebens der Älteren und Anhebung des Ruhestandsalters***

Wegen der höheren **Lebenserwartung** und des **demografischen Profils** können die **Altersversorgungssysteme** in der EU **nicht mehr** eine ausreichende Altersversorgung für alle gegenwärtigen und künftigen Ruheständler **gewährleisten**. Daraus ergibt sich die einfache Lösung: Man muss länger arbeiten. Um wie viel soll aber das gesetzliche Ruhestandsalter gehoben werden? Von manchen Seiten wird empfohlen, es der Lebenserwartung **anzupassen**. Das basiert aber auf der **Annahme**, dass die Bevölkerung **gesund** ist und dass die **geistigen, sensorischen und beruflichen Fähigkeiten intakt** bleiben.

Immer wenn ein anderes Ruhestandsalter empfohlen wird, kommen **stark ablehnende Reaktionen**. Man muss bedenken, dass in den letzten 30 Jahren der Begriff des Arbeitslebens scheinbar nur für die Altersgruppe 25–45 der Erwerbsbevölkerung gegolten hat. Deshalb melden sich andere zu Wort, die Maßnahmen fordern, um die Bürger mit **Beschäftigungsgarantie bis zum gesetzlichen Ruhestandsalter** – wo immer das dann liegen soll – zu schützen. Darüber hinaus wird Schutz vor solchen **Diskriminierungen** gefordert, denen Frauen im Arbeitsleben ausgesetzt sein können, wenn sie sich für Kinder entscheiden, sowie der Schutz von jungen Menschen, die in den Arbeitsmarkt eintreten, und ebenso der Schutz beschäftigter älterer Menschen vor Diskriminierung.

Gleichgültig, welcher Zeitpunkt für das Ruhestandsalter gewählt wird, wird der Prozess der **Reform** der Systeme, die die Altersversorgung finanzieren, viel Zeit erfordern und möglicherweise **nicht bis 2020 vollzogen** sein. Mehrere europäische Staaten haben partielle Maßnahmen getroffen, die nur bis 2018 gelten, in der Erwartung, dass sich bis dahin günstigere wirtschaftliche Aussichten ergeben.

Bei den zu beschließenden Maßnahmen sollte ein Schwerpunkt auf der **Solidarität zwischen den Generationen** liegen, ebenso auf **lebenslangem Lernen** und auf der Anpassung der **Arbeitszeit-** und **Arbeitsplatzmodelle** an die **uneinheitlichen Merkmale der Erwerbsbevölkerung**. Bei diesen Maßnahmen gilt es die besonderen Probleme des Alterns und der **möglichen Veränderung** bestimmter **körperlicher, sensorischer und geistiger Fähigkeiten** mit in Betracht zu ziehen.

➤ ***Abnahme der Zahl der heimischen Arbeitskräfte, Zuwanderung und die Möglichkeiten, die Europäische Union für Arbeitskräfte interessant zu machen***

In der Zeit von 2012 bis 2017 wird der **Anteil der Erwerbsbevölkerung**, der Arbeitsplätze hat, dadurch steigen, dass die **Arbeitslosigkeit** auf ein Niveau **sinkt**, das sich nicht weiter drücken lässt, und durch Mobilisierung von **Arbeitskräfte reserven**. Dadurch wird die anfängliche Abnahme der Erwerbsbevölkerung verschleiert. **Ab 2018** wird keine Ausgleichsmöglichkeit mehr bestehen, und dann wird die genannte **Abnahme offenkundig**. Die Europäische Kommission hat in einer Studie¹⁴⁵ aufgezeigt, dass davon **sowohl hoch Qualifizierte** als auch im gleichen Umfang **gering Qualifizierte betroffen** sind. Unter **normalen Wachstumsgegebenheiten** kommt so etwas fast **überhaupt nicht** vor. Ohne Zuwanderung wird sich die Abnahme der Arbeitskräftezahl zwangsläufig ab 2012 bemerkbar machen. Ist **Zuwanderung** gegeben, dann wird der **Umschwung** um das Jahr **2035** kommen.¹⁴⁶ Folglich werden die Vorteile, die Europa aus der Zuwanderung zieht, zugleich im selben Umfang¹⁴⁷ in anderen Weltregionen angestrebt, zu denen auch Russland, Japan und Australien gehören.

Die Heranziehung der Zuwanderung nach Kriterien der **Qualität** und nicht nur der Quantität erscheint als notwendiger Handlungsansatz. Hier werden das **australische** und das **kanadische Muster** häufig als Beispiele für gezielte Zuwanderung genannt. Die **EU-Politik** in Angelegenheiten der Zuwanderung muss eine **kohärente** Politik sein. Das bedeutet nicht, dass die Bedürfnisse überall gleich seien.¹⁴⁸ Folglich kann es Sinn haben, die **Zuständigkeit** für die Lenkung bestimmter Elemente der Zuwanderungspolitik näher an die **kommunale Ebene zu bringen** und beispielsweise den Migranten die Gründung eigener Unternehmen zu erlauben. Die **Garantie echter Chancen** zur erfolgreichen langfristigen Integration in das kulturelle und wirtschaftliche Leben des Aufnahmelandes ist unbedingte **Voraussetzung für gelungene Zuwanderung**.

¹⁴⁵ The implication of demographic trends for employment and jobs, Alphametrics.

¹⁴⁶ „Demographic change and work in Europe“, Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2010, S. 7.

¹⁴⁷ Mapping the global future, National Intelligence Council 2020 project.

¹⁴⁸ Project Europe 2030. Herausforderungen und Chancen Bericht der Reflexionsgruppe zur Zukunft der EU 2030 an den Europäischen Rat, Mai 2010, S. 24-36.

Innereuropäische Wanderungen sind eine Erscheinung, die durchaus **Bedeutung** hat. Schätzungen zufolge leben nach der Erweiterung von 2004 **2,3 % der Bevölkerung** der Europäischen Union nicht in ihrem Herkunftsstaat.¹⁴⁹ Die **wirtschaftlichen Auswirkungen** auf die Herkunftsländer sind erheblich: Überweisungen, Investition des verdienten Geldes im Land, Staatsangehörige, die zurückkehren und neue Wirtschaftstätigkeiten aufbauen. In der Europäischen Union hat es immer wieder dieses Phänomen der „**kommunizierenden Röhren**“ bei den **neuen Mitgliedstaaten** gegeben, die im Allgemeinen wirtschaftlich weniger stark entwickelt sind, wobei Mittel der **Strukturfonds** und **neue** wirtschaftliche und handelsmäßige **Chancen** geboten werden, bis ein bestimmtes Maß an **Angleichung erreicht** ist. Bei einer **Fortsetzung** der **EU-Erweiterungspolitik**, etwa zur Erweiterung um Balkanstaaten, besteht **mittelfristig die Gefahr**, dass **qualifizierte EU-Arbeitskräfte** Anreize finden, nach **außerhalb Europas zu emigrieren**, wenn dort bessere Verdienstmöglichkeiten oder berufliche Chancen geboten werden. Deshalb stellt sich die Frage, ob die EU in den nächsten 20 Jahren die Kosten der Erweiterung bewältigen kann oder ob sie auch 2025 noch Bevölkerungsverlagerung und interne Wanderungsströme ermöglichen muss.

Die **Eindämmung der inoffiziellen Zuwanderung** ist ein **separates Thema** und für das im Vorstehenden behandelte Gebiet nicht unbedingt relevant, auch wenn sie in der Öffentlichkeit häufig mehr Aufmerksamkeit erfährt. In diesem Bereich ist von der Anwendung von Rechtsvorschriften zur Überwachung der Beschäftigung illegaler Migranten (beispielsweise in der Landwirtschaft und auf dem Bausektor häufig) und von Aufenthaltsgenehmigungen die Rede. **Gleiches** gilt für die Neudefinition des **Asylrechts** und speziell die Maßnahmen bzw. die Hilfe zugunsten von Bevölkerungsgruppen, die Opfer von Naturkatastrophen oder von politischem oder von politischem oder wirtschaftlichem Zusammenbruch sind. Europa muss **bereit** sein, nicht nur **hinzunehmen**, dass der Zustrom illegaler Migranten **nicht vollständig zu unterbinden** ist, sondern auch, dass diese Migranten in die Produktivwirtschaft eingegliedert werden sollten. Europa muss sich auch mit dem Thema einer tragfähigen Grundlage für europäische **Integration** auseinandersetzen, weil diese dazu beiträgt, sozioökonomische **Spannungen zu mildern**, die häufig die Gestalt von **Spannungen zwischen ethnischen oder religiösen Gruppen** annehmen.

Manche sind der Meinung, die europäischen Staaten sollten für **Hochschulstudien attraktiv** gemacht werden. Zwar fehlt es nicht an den Mitteln, dieser Herausforderung zu begegnen¹⁵⁰, doch hat Europa hier **derzeit einen großen Rückstand** gegenüber den Vereinigten Staaten. Es ist erwiesen, dass **ausländische Studenten** ihr **ganzes Leben lang besondere Beziehungen** zu den Ländern unterhalten, in denen sie gelebt haben.

Um dies noch weiter auszuführen: Die europäischen Bildungssysteme sollten auch **jenseits der Grenzen fortentwickelt** werden, z. B. in Form von „**virtuellem Campus**“, Fernstudium und

¹⁴⁹ Weltweite Ordnungspolitik at a critical juncture, National Intelligence Service and EUISS, September 2010, Anlage E, S. 62. Vgl. Kasten 4.

¹⁵⁰ Niedrigere Studiengebühren sind ein nennenswertes Beispiel.

Partnerschaften mit Hochschulen und Schulen des jeweils anderen Landes. Auf diesem Gebiet ist Schweden führend.

➤ ***Solidarität zwischen den Generationen***

Die **relative Alterung** ist **fast überall** in der Welt ein Problem, und hier wird die Solidarität zwischen den Generationen zum Thema.

Auch in aufstrebenden Staaten hat die Alterung der Bevölkerung zunehmend gravierende Auswirkungen, wenn auch in anderem Maßstab. Gerade im Fall China ist die Entstehung einer Art Unterhaltsverpflichtung seitens der Kinder gegenüber der älteren Generation festzustellen, und zwar obwohl das **Zusammenwohnen** der Generationen infolge der **wirtschaftlich motivierten Abwanderung** der arbeitenden Bevölkerung in die Ballungsgebiete stark **rückläufig** ist. Die **Selbstmordrate** bei **älteren Menschen**, die in einer Stadt ohne Unterstützung durch Angehörige wohnen, ist in 20 Jahren von 13 auf 33 Fälle pro 100 000 Einwohner gestiegen. Zum einen ist die **Kultur der Achtung vor den Eltern** stark im **Schwinden** begriffen, zum anderen nimmt man an, dass **30 % der erwachsenen Kinder**, an denen der Wirtschaftsaufschwung vorbeigegangen ist, heute mindestens teilweise **auf Kosten ihrer alternden Eltern** leben.¹⁵¹

Vor diesen Problemen hat Europa bereits gestanden. Gegenwärtig verfügen **80 % der erheblich pflegebedürftigen** Personen über eine **Altersversorgung**, die **ausreicht**, um die Kosten der Aufnahme in Pflegeeinrichtungen im ländlichen Raum oder in Städten zu decken. Die Zahl der Pflegeplätze für alleinstehende ältere Menschen muss zunehmen. Als Alternative für Personen mit geringerer Abhängigkeit wird es die Schaffung von Arbeitsplätzen in Heimpflegediensten möglich machen, hohe Betreuungskosten zu vermeiden. Ein **längeres Leben in Gesundheit** wird zur wichtigen Herausforderung, wobei die Betonung auf dem liegen muss, was es zu **vermeiden** gilt (Alkohol, Tabak und Drogen); hinzu kommen **Anreize** und **Bemühungen** zur Eindämmung **bewegungsarmer Lebensweisen** und zur Förderung **gesunder Ernährung**.

4. SOZIOÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN DES ALTERNS DER BEVÖLKERUNG

Die mit dem Altern der Bevölkerung zusammenhängenden Probleme lassen **neue Bedürfnisse** entstehen, die wiederum **öffentliche Mehrausgaben** von rund **5 %** bewirken. Es wäre unangemessen, die längere Lebenserwartung nur unter den Aspekten Wohlstand und Ausgaben zu betrachten – im Zuge des medizinischen und technischen Fortschritts werden auch **neue Nischen** für Erzeugnisse, Arbeitsplätze und Dienstleistungen entstehen, die mehr Menschen zugute kommen werden.

¹⁵¹ Chinesische Forschungseinrichtung zum Altern der Bevölkerung, staatliche chinesische Denkfabrik.

➤ *Neuaustarierung von Konsum und Spartätigkeit*

Die erste Auswirkung des Alterns ist eine spürbare **Änderung** des **Verbraucherverhaltens**. Nach einem **Maximum** unmittelbar nach Eintritt in den Ruhestand (Vermögen auf dem Höchststand) **sinkt** die gewöhnliche Konsumtätigkeit relativ rasch. Ein deutlicher Rückgang tritt beim Kauf von **Immobilien**¹⁵² und beim Ersatz von **Autos** ein. Andererseits steigen die Ausgaben für Einrichtungsgegenstände, Dienstleistungen und Mietverträge. Die Spartätigkeit setzt sich auf sehr hohem Niveau fort, der Bedarf an **geliehenem Geld** geht dagegen **zurück**.¹⁵³

➤ *Örtliche Wirtschaft und neue Güter und Dienstleistungen*

Ende des 20. Jahrhunderts musste die Geschäftswelt darum kämpfen, ihren Zugang zu Kapital zu maximieren und die Effekte staatlicher Regulierung und Besteuerung zu minimieren. Im 21. Jahrhundert dagegen wird die Geschäftswelt angesichts der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur **Mittel und Wege zur Milderung** der zunehmenden **Arbeitskräfteknappheit** finden müssen, die für sie stärkere Folgen hat als für andere Sektoren. Eine Aufwertung der **Arbeitsentgelte**, um Arbeitnehmern Anreize zu bieten, lässt sich nicht systematisch an Produktivitätszuwächse knüpfen, wenn nur geringfügige Kostendegression zu erwarten ist. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Tendenz, dass die **Kosten örtlicher Dienstleistungen** für die Verbraucher noch **steigen** und zugleich die **Preisspannen** und damit die **Gewinne** des jeweiligen Wirtschaftszweigs **sinken**. Ein möglicher indirekter Effekt besteht in der **Abzweigung von Kapital** hin zu einträglicherer Wirtschaftstätigkeit.

Positiv zu verzeichnen ist ein **Angebot** an Waren und Dienstleistungen, das **zu konzipieren** und der betreffenden Kundschaft anzubieten ist, und zwar im Einzelnen all die **Haushaltsdienstleistungen** von der Zubereitung von **Mahlzeiten** bis zu Körperhygiene, **Haushaltshygiene**, Zugang zum **elektronischen Geschäftsverkehr** usw.

➤ *Zunehmende Abwanderung in die Städte*

1975 gab es weltweit nur 3 Städte über 10 Millionen Einwohner. 2010 sind es 21, von denen fast alle in sich entwickelnden Staaten liegen, wo **neue städtische Räume** den Bevölkerungszuwachs absorbieren.¹⁵⁴

Das Pendeln zum Arbeitsplatz wird zunehmend als erhebliche **Zeitverschwendung**, Quelle von **Stress** und Ursache von **Effizienzeinbußen** betrachtet. Der Mehraufwand an Zeit für den Weg vom Wohnort zum Arbeitsplatz ist **Folge** der Verstädterung und der **hohen Lebenshaltungskosten** in den Gebieten, in denen es Arbeit gibt. Gleichzeitig treten, obwohl **Landflucht und Verstädterung weitergehen**, allmählich **gegenläufige Erscheinungen** in

¹⁵² Geldinstitute gewähren selten Darlehen für nicht mehr Berufstätige, die nicht bereits Vermögen haben.

¹⁵³ 'The aging population and its effect on small businesses', Isabel M. Isidro, www.powerhomebiz.com

¹⁵⁴ National Geographic.

Europa auf. Dazu gehört beispielsweise der durch **Entindustrialisierung** bedingte Rückgang der Bevölkerung sehr großer Städte und ebenso die **Unzugänglichkeit** großstädtischen Lebens als Folge der hohen Immobilienkosten. Hinzu kommt eine Tendenz, „**zur Sonne**“ und „**zum Meer**“ zu streben.¹⁵⁵ Dieses Phänomen ist bislang noch nicht im Einzelnen untersucht worden. Zudem ist es, **sieht** man von **wenigen Metropolen** wie London oder durchaus auch Paris **ab**, kaum abzusehen, dass die europäische Landschaft sich künftig weiterhin durch das Sprießen **mittelgroßer Städte kennzeichnen** wird. Bei den Problemen, vor denen die **beiden Stadttypen** stehen werden, gibt es **wenig Gemeinsamkeiten**. In dem einen Fall, dem der Metropolen, handelt es sich um **Zentren** der Wettbewerbsfähigkeit **von weltweitem Rang** und gewöhnlich **aktive Finanzplätze**, die auch eine Art Eigendynamik auf der weltwirtschaftlichen Bühne entwickeln. Hier haben multinationale Firmen und Führungsorgane von weltweitem Rang **ihre Hauptsitze**. Es sind **Knotenpunkte von globaler Bedeutung**, in denen die Akteure dieser Kontinente überspannenden Wirtschaftstätigkeit zu Hause sind. Im anderen Fall, dem der **mittelgroßen Städte**, gibt es eine gewöhnliche Bevölkerung mit **gewöhnlichen Problemen: Unterkunft** zu vertretbaren Preisen, die Möglichkeit, **Kinder** in ausreichender **Sicherheit** und mit nicht zu langen Wegen großzuziehen, **wohnnah**e Ausübung der Berufstätigkeit usw.

➤ *Altersversorgungsmodelle als neue Wirtschaftstätigkeit*

Für die Zukunft schält sich eine Kombination aus einem auf **Verteilung** beruhenden **und** einem auf **Akkumulation** beruhenden System heraus. Währenddessen muss die Verwaltung **ergänzender privater Rentenfonds** einer **Regulierung auf EU-Ebene** unterliegen. Es geht **nicht** an, dass sie von **gewöhnlichen Finanzinstitutionen** übernommen wird. Es besteht eine **Verpflichtung, Ergebnisse zu erzielen**, um für die Rentner ein erträgliches Einkommen sicherzustellen. Gelingt man aber **über** ein sinnvolles Zeitmaß (**40–45 Jahre**) **hinaus**, lässt sich **nicht mit Sicherheit** sagen, dass ein solches System in der Lage sein wird, die in Aussicht gestellten Beträge bereitzustellen und dabei mit der Änderung der Lebensweisen Schritt zu halten.¹⁵⁶

Voraussichtlich werden die Höhe der **öffentlichen Pensionen** und die Methoden zur ihrer Berechnung (Steigerungsrate und Berechnungsgrundlage) unter dem **Druck** der Medien nicht fortbestehen können. Gewisse Zweige der Medien verweisen auf die Kluft zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor¹⁵⁷, und machen geltend, dass die öffentlichen Pensionen aus Steuern, also über den Staatshaushalt, finanziert werden und dass die Lohn- und Gehaltsempfänger im **privaten Sektor** nicht **doppelt belastet** werden dürfen: über die **Besteuerung** und durch den **erheblichen Beitrag** der Arbeitnehmer zu den eigenen Altersversorgungssystemen.

¹⁵⁵ In bestimmten Sprachen bekannt als „Heliotropismus“ und „Thalassotropismus“.

¹⁵⁶ New York Times, 26.2.2011.

¹⁵⁷ New York Times, 27.2.2011.

Im Interesse von mehr sozialer Gerechtigkeit wird gefordert, dass die Methode zur **Berechnung** der öffentlichen Pensionen (Berücksichtigung von Steigerungsrate und Höhe des Gehalts) an die Verhältnisse im privaten Sektor angepasst wird. Hier fragt sich, ob die **moralische Vereinbarung** zwischen den Beamten und ihren Arbeitsgebern derart **einschneidend geändert** werden kann, ohne dass die Gefahr einer wütenden Ablehnung des öffentlichen Dienstes in einer europäischen Realität entsteht, in der der **Druck auf die Arbeitsmärkte** zwangsläufig wächst.

Lebensversicherungspolicen, die bei Tod des Inhabers **nicht ausgezahlt** werden, könnten Gegenstand einer EU-Regulierung werden und genutzt werden, um z. B. Rentensysteme der **Solidarität zwischen den Generationen** zu speisen, statt im Kapital privater Versicherer zu bleiben.

Die Europäische Union wird letzten Endes die Einführung eines **gemeinsamen Systems** in Betracht ziehen müssen, das dazu dient, die **Leistungsansprüche**, die die im europäischen Raum mobilen Arbeitnehmer erworben haben, **zu erfassen** und **rückzuverfolgen**.

All dies kann den Weg für **EU-Regelungen** zur Harmonisierung der Methoden zur Berechnung von Versorgungsansprüchen und zur Harmonisierung der zugrundeliegenden Systeme ebnen, wobei die Ansprüche auf EU-Ebene zu konsolidieren sind.

5. NEUE MUSTER IN DER ARBEITSWELT: UNVORSTELLBARE HERAUSFORDERUNGEN

➤ *Quantitative und qualitative Wandlung der Struktur der regelmäßig bezahlten Beschäftigung*

In den meisten Studien ist die starke, alles durchdringende Tendenz gegeben, die **Schrumpfung des Marktes für regelmäßig bezahlte Arbeit**¹⁵⁸ in Europa zu beschreiben. Andererseits machen sich die Folgen der **Globalisierung** und der Entstehung **neuer Zentren der Weltwirtschaft** weiterhin bemerkbar durch den unaufhörlichen Strom der Güterherstellung (Industriegüter, aber auch tertiäre Güter und Güter für FuE), andererseits hat der Anstieg der Beschäftigung in Europa damit nicht Schritt gehalten und kann den Bevölkerungszuwachs nicht absorbieren.

Etliche **Arbeitsplätze**, z. B. in Mautstationen, Telefondiensten, Reisebüros und Börsensälen, sind **reduziert** worden oder **einfach verschwunden** und durch neue Technologie ersetzt worden. Wenn man aus der **Geschichte** zu lernen hat, dass die **Mechanisierung** durchweg **neue Arbeitsplätze** aus der Asche der alten Arbeitsplätze hat **entstehen** lassen, dann befinden sich heute neue Beschäftigungsformen **noch immer in der Entwicklungsphase**.

¹⁵⁸ The End of Work, Jeremy Rifkin, 2004, Office of Jeremy Rifkin, The Foundation on Economic Trends, Bethesda, USA.

Die heutige **Arbeitswelt** ist besonders durch den Einsatz der modernen **Informations- und Kommunikationstechnologie umgestaltet** worden¹⁵⁹, aber **auch** durch die Globalisierung und **Neuverteilung der Rollen in Entwicklung und Produktion**. Die Beschäftigung folgt weiter der Tendenz zur Dienstleistungswirtschaft. Organisationen ändern sich, und die Trennlinien zwischen Anwesenheit am Arbeitsplatz und Abwesenheit werden immer undeutlicher. Die **Nutzung von Rechnern** bringt ein ständiges Gefühl der **Dringlichkeit** und eine **zunehmende** Menge an nicht auf die Berufstätigkeit bezogenen **Informationen** mit sich.

Die durch **die post-industrielle Revolution** eingeführte **Unterscheidung** zwischen **Angestellten** und **Arbeitern** ist **nicht mehr gültig**. Es entsteht eine **neue** Art der **Arbeitsteilung**:¹⁶⁰ Es gibt die **kreativ tätige Person**, die die Produktion zu **steuern** hat und die Produkte **kreiert** und Rechneranwendungen und Dienstleistungssysteme **konzipiert**, und die **dienstleistende Person** (Dienstleister), die für **Verteilung** zuständig ist und der kreativ tätigen Person oder anderen Dienstleistern zuarbeitet. Zu den Berufen dieser Kategorie gehören Rechtsberater, Friseure, Lebensmittelhändler und die Handwerker der Bauwirtschaft. Auch der technologische Fortschritt, beispielsweise die online-Hilfe zur Selbstdiagnose bei bestimmten Gesundheitsproblemen, wird einen Teil dieser **Arbeitsplätze überflüssig** machen.

In den westlichen Gesellschaften hat sich der **Status der Arbeit** verändert. Seit den 80er Jahren sind mit dem Begriff der Arbeit nicht mehr soziale Probleme verknüpft.¹⁶¹ An die Stelle der Arbeit sind **Arbeitslosigkeit** und **Ausgrenzung** getreten. Wenn die Gefahr der Arbeitslosigkeit erheblich wird, richten Gewerkschaften und politische Organisationen ihre **Aufmerksamkeit** auf die vorhandenen Arbeitsplätze und **weniger** auf die **Arbeitsbedingungen**. Diese Entwicklung hat die **Unzufriedenheit** am Arbeitsplatz verstärkt und die durchaus subjektiv bedingte aber potenzielle explosive **Kombination** aus dem Zwang zur **Optimierung der Leistung** und dem durch **Leistungsbewertung** bedingten **Stress** entstehen lassen. Probleme wie **Belästigung** und **psychische Übergriffe** am Arbeitsplatz breiten sich stärker aus. **Jeder fünfte** Europäer klagt über **Gesundheitsprobleme** infolge von beruflichem **Stress**. Als eine der möglichen Ursachen wird genannt, dass an die **Stelle** von **fachlichem Wissen** offenbar **Management-Kompetenzen getreten** sind.¹⁶² Ein Manager ist dann nicht mehr Techniker, sondern nimmt Verwaltungsfunktionen wahr und hat nicht mehr das einschlägige Fachwissen. Die **Erholung** vom Syndrom der beruflichen Erschöpfung („burnout“¹⁶³, siehe Kasten 5) ist ein **langwieriger, schwieriger** Prozess, der der Gesellschaft **Kosten** aufbürdet. Zwei amerikanische Psychologen¹⁶⁴

¹⁵⁹ Über vier Stunden täglich am Computer; 75 % müssen die Arbeit unterbrechen, um sich um eingehende E-Mails zu kümmern; jede dritte Zuschrift hat nichts mit der Arbeit zu tun; die Konzentrationsspanne ist auf durchschnittlich 10 Minuten gesunken.

¹⁶⁰ Andy Kessler 'Eat people and other unapologetic rules for game-changing entrepreneurs', Wall Street Journal, 17.2.2011.

¹⁶¹ 'Souffrances sociales' (Leiden der Gesellschaft), Emmanuel Renault, La Découverte, 2008.

¹⁶² Christophe Dejours, Dozent des CNAM, Herausgeber von „Travailler“, Psychoanalytiker und Psychiater.

¹⁶³ *L'épuisement professionnel: la brûlure interne*, Herbert J. Freudenberger, ed. Gaëtan Morin, 1987. Ursprünglich auf Englisch herausgegeben mit dem Titel „Burnout: the high cost of high achievement“.

¹⁶⁴ 'Burn-out', Christina Maslach (Berkeley University, USA) und Michael P. Leiter (Acadia University, Canada), Les Arènes, 2011.

behaupten, das Phänomen breite sich in zahlreichen Staaten wie eine regelrechte **Pandemie** aus, **wegen** der tiefgreifenden **Veränderungen** im **Wesen der Arbeit** und in der **Arbeitswelt**.

Kasten 5: Burnout

Der Begriff wurde von dem amerikanischen Psychoanalytiker Herbert J. Freudenberger 1974 herausgearbeitet. „Burnout“ bedeutet extreme psychische Erschöpfung, durch die ein Mensch monatelang unfähig ist, seine Aufgaben wahrzunehmen, und die mit Selbstmord enden kann. Diese Erscheinung ist in Arbeitsumgebungen mit bestimmten Merkmalen verwurzelt: sehr lange Arbeitstage, unerreichbare Ziele, keinerlei Überwachung und Steuerung der Tätigkeiten, unzulängliche Ressourcen, fehlende Arbeitsmittel und Fortbildung, fehlende Unterstützung durch leitende Personen, fehlende Würdigung der geleisteten Arbeit und Mangel an sozialer Unterstützung und Zusammenhalt in der Gruppe. Betroffen sind besonders Personen mit Führungsaufgaben, die ihrer Arbeit einen erhöhten symbolischen Wert beimessen und sich selbst nicht erlauben, die eigenen Grenzen zu akzeptieren und die eigenen Ziele fortlaufend zu hinterfragen.

L'épuisement professionnel: la brûlure interne, Herbert J. Freudenberger, ed. Gaëtan Morin, 1987. Ursprünglich auf Englisch herausgegeben mit dem Titel „Burnout: the high cost of high achievement“.

➤ **Wichtige Aspekte der Schaffung neuer Beschäftigungsstrukturen**

Manche sind der Auffassung, angesichts der raschen auf Raum und Zeit bezogenen Entwicklungen der Arbeitswelt seien **nicht die Arbeitsplätze schutzbedürftig** (es gelingt stellenweise der Politik nicht, die Ansiedlung ausländischer Unternehmen zu fördern), **sondern** vielmehr die **Menschen** am Arbeitsplatz. Das gilt besonders dann, wenn Menschen ihre Arbeit verlieren. Menschen sind der einzige **konstante Faktor** im Produktionssystem, und dadurch werden Bemühungen um **Neuqualifizierung, Unterstützung des Beschäftigungswechsels** usw. notwendig. Der Begriff der „**Flexicurity**“¹⁶⁵ bezieht sich auf die Erleichterung des Arbeitsplatzwechsels während des ganzen Arbeitslebens.

Hinzu kommt, dass **regelmäßig bezahlte Beschäftigung** durch das zu zahlende **Arbeitsentgelt kostspielig** wird und in **juristischer** Hinsicht dem Arbeitgeber **Beschränkungen** auferlegt. Alternative Rollen wie die des **selbständigen Unternehmers** sind im Entstehen. Schulen und Investoren bemühen sich gemeinsam um die Schaffung von vorbereitenden Einrichtungen, in denen fachliche Unterstützung und spezialisierte Materialien zur Verfügung stehen. Kleine und mittlere Unternehmen (**KMU**) schaffen traditionell Wohlstand und Arbeitsplätze, wobei Kleinunternehmer als „**Gestalter der Zukunft**“ auftreten.¹⁶⁶ Das macht sich gegenwärtig besonders im Bereich der **elektronischen Dienstleistungen** wie auch z. B. bei der Entwicklung von Simulations-Software-Schnittstellen bemerkbar.

Vielen, die ein **Gleichgewicht** zwischen **beruflichen und privaten Aufgaben** fordern, geht es um ein neues Verständnis von Zeit. Es entwickelt sich eine Praxis der Abschaffung festgelegter

¹⁶⁵ Project Europe 2030. Herausforderungen und Chancen Bericht der Reflexionsgruppe zur Zukunft der EU 2030 an den Europäischen Rat, Mai 2010, S. 15.

Arbeitszeiten, siehe z. B. Rowe.¹⁶⁷ Daraus ergibt sich eine ausschließliche **Konzentration auf die Ergebnisse** anstelle der Mittel, mit denen sie erreicht werden; im Einzelfall geht es nicht mehr darum, physisch im Büro anwesend zu sein.

Dass man „**unterwegs arbeitet**“, wird durch **Mittel** wie **tragbare Rechner, Wi-Fi-Verbindungen** und **verteilte Anwendungen** erleichtert. Diese Tendenz wird mit dem „**Cloud Computing**“ noch **zunehmen**; damit wird die Speicherung von Daten auf unternehmenseigenen Servern überflüssig. Die **Trennlinien** zwischen Arbeits- und Privatleben **verschwimmen**, und früher geltende Modelle **hierarchischer Beziehungen** müssen **neu konzipiert** werden. Andererseits kehrt sich das Gesamtbild nach jahrzehntelanger Arbeitszeitverkürzung heute offenbar um. Wer **2025 erwerbstätig** ist, wird **längere Arbeitszeiten** haben, nicht nur wegen der Verlängerung des Arbeitslebens, sondern auch durch **berufliche Mobilität, Flexibilität** und **Telearbeit**.

➤ ***Ausbildung globaler Führungskräfte für internationale Unternehmen und Prototyp des Arbeitnehmers der Zukunft***

Hochschulen befinden sich in einem weltweiten **Wettbewerb** darum, als **Brutstätten** der **Führungskräfte der Zukunft** zu dienen. Die **Hitliste** der in den Augen der **einstellenden Instanzen besten Abschlüsse** liest sich mehr oder weniger so: amerikanische, britische und deutsche Abschlüsse, danach in gewissem Abstand japanische, französische und kanadische. Allerdings dürften **China** und **Indien**, die bisher einen gewissen Rückstand aufweisen und das anglo-amerikanische Modell übernommen haben, die genannte **zweite Gruppe** bald **überholen**. Auf einem **Markt der Berufe**, der auch einem Prozess der **Globalisierung** ausgesetzt ist, suchen die einstellenden Instanzen nach **Hochschulabsolventen**, die **sofort** einsetzbar, **praktisch veranlagt** und fähig sind, sich **zügig** in das Unternehmen zu **integrieren**. **Weniger Interesse** besteht an **Analyse- und Verarbeitungsfertigkeiten** bzw. **Entscheidungsfähigkeit** und dem **Mehrwert**, den ein **Individuum** einbringen kann.¹⁶⁸ Entgegen der gängigen Meinung sind Arbeitserfahrungen in einem anderen Land und sprachliche **Fähigkeiten außer in Englisch keine nachgefragten** Merkmale. Australische Einstellungsinstanzen praktizieren die extremste Form dieses Modells, das sich stark an den Erfahrungen mit **amerikanischen Hochschulen orientiert**.

Als Reaktion auf diese Nachfrage werden sich **Bildungsinhalte stärker** um **Präsentationen mit bereicherter Realität** (Enhanced Reality) und **virtueller Realität gruppieren**. Es wird **weniger Unterricht** und **mehr Simulationen** geben¹⁶⁹, und zwar dank didaktischer Software und EDV-Anwendungen, die es ermöglichen, Übungen so oft wie nötig zu wiederholen. Im Wissensvermittlungsprozess wird dann **mehr interagiert**. Die **Rolle der Lehrkraft** wird sich **fortentwickeln** zur Rolle der Person, die Hilfe beim Verständnis der Unterschiede zwischen

¹⁶⁶ Michel Godet, ‘*Bonnes nouvelles des conspirateurs du futur*’ (Gute Nachrichten für die Gestalter der Zukunft), Odile Jacob.

¹⁶⁷ <http://gorowe.com>

¹⁶⁸ Ergebnis zweier exklusiver Erhebungen in 20 Staaten – *Le Monde Campus*, 9.11.2010.

¹⁶⁹ In den USA entwickeltes Konzept der Spiele mit erstem Hintergrund („serious games“) zu didaktischen Zwecken, z.B. Erste-Hilfe-Ausbildung.

der virtuellen und der realen Welt leistet. **Bedeutende Hochschulen** werden **Partnerschaften** mit **großen Unternehmen** zu dem Zweck aufbauen, die Entwicklung von **Anwendungen** zu **finanzieren**, deren Konfigurierung sehr kostspielig ist, und auf **diesem Sektor** werden immer **Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen**.

Die **Arbeitnehmer der Zukunft** müssen in hohem Maß **autonom** und zur **Selbstorganisation** fähig sein. Diese **grundlegenden Kompetenzen** werden entscheidende Bedeutung bekommen. In Europa **scheiden** allerdings **viele junge Menschen** aus dem Bildungssystem **aus, ohne** eine **Qualifikation** oder **auch nur grundlegende Kompetenzen** erworben zu haben.¹⁷⁰ In einer Welt, in der junge Menschen als **Ressource** so **wertvoll** sind wie Trinkwasser, wird es darauf ankommen, **Reinvestitionen in ihre Bildung** zu tätigen, ein effizienteres und stärker integriertes Bildungssystem zu konzipieren und die Rolle der Lehrkräfte neu zu bewerten.¹⁷¹ Wenn keine Reaktion von **staatlicher Seite** kommt, wird die Gesellschaft **nicht** von einer **digitalen Kluft** bedroht, **sondern eher** von einer **Kluft des Wissens**, bei der diejenigen das Nachsehen haben, die ein bestimmtes Grundniveau an **Logik und Argumentation nicht beherrschen**. Sie werden nicht fähig sein, **Informationsquellen** wie **soziale Netze** und **Suchmaschinen sinnvoll** zu **nutzen**.

In einer europäischen Wirklichkeit, in der das **Wachstum** besonders von der **Innovation** im **Dienstleistungsbereich abhängt**, wird man sich weiterhin um **Spitzenleistungen bemühen** müssen, z. B. in **hochspezialisierter medizinischer Forschung** und bei **anspruchsvollen EDV-Anwendungen**, wobei es immer auch um die Frage geht, wie man **Rentabilität** erreicht.¹⁷²

Spitzenleistung, oder auch „Exzellenz“, setzt eine **kritische Masse** voraus. Deshalb muss Mobilität innerhalb Europas und der **Erwerb europaweit geltender Qualifikationen** gefördert werden.

Zudem muss eine **zweite Stufe** des Programms **Erasmus** geschaffen werden, durch die europäische Studenten Fortbildung betreiben und ihre **Kompetenzen in neuen Entwicklungsschwerpunkten**, beispielsweise **Südkorea** im Bereich der Informationstechnologie, verbessern können, wobei es auch ausreichende **sprachliche** und **kulturelle Kenntnisse** zu **erwerben** gilt, die **künftigen Austausch** erleichtern.

¹⁷⁰ Ein System des zweiten Bildungswegs ist sogar entwickelt worden.

¹⁷¹ Cedefop, Skills supply and demand in Europe: mittelfristige Prognose bis 2020, Amt für Veröffentlichungen, Luxemburg 2010.

¹⁷² Beispielsweise kann die Methode des künstlichen Ersatzes von Lungengewebe zwecks Therapie von Lungenkrebs, sobald sie perfektioniert ist, in lateinamerikanischen und asiatischen Staaten, in denen das Rauchen stark verbreitet ist, sehr wichtig werden.

VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

– KAPITEL 6

DIE TECHNOLOGIE ALS BESCHLEUNIGER DES WANDELS LÄSST RÄUMLICHE UND ZEITLICHE GRENZEN SCHWINDEN

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Technologie mit rasanter Geschwindigkeit fortentwickelt, so dass es zweifellos möglich ist, von einem exponentiellen Wachstum zu sprechen. Wird die Innovationsentwicklung im Jahr 2025 weiterhin so dynamisch sein¹⁷³ oder leben wir in einem Zeitabschnitt, der uns in zwanzig Jahren eine neue stabile Welt bescheren wird, die leichter zu begreifen und beherrschen sein wird? Werden sich die **Innovationen** sich auf viele oder nur wenige **Bereiche** auswirken, falls sie **weiterhin so schnell** vorangetrieben werden? Wie werden die technologischen Entwicklungen die Art und Weise **verändern**, wie wir arbeiten, konsumieren und unsere sozialen Beziehungen gestalten?

Ohne entsprechende langfristige und umfassende Studien in verschiedenen Bereichen ist es schwierig, wenn nicht gar **unmöglich**, einen Überblick über die **spezifischen Geräte** und ihre **spezifischen Nutzungsmethoden** und die **spezifischen Anwendungen**, die bis 2025 voraussichtlich entwickelt werden, zu geben. Sicherlich **werden alle Bereiche davon betroffen sein**: Lebensmittel, Wohnen, Verkehr, Energie, Gesundheit, Bekleidung, Bildung, Kunst, Freizeit, Information, Politik usw.

Es gibt bereits **drei Forschungsfelder**, bei denen sich die Erkenntnisfortschritte auf alle Bereiche auswirken: **Biotechnologie**¹⁷⁴, **Nanotechnologie**¹⁷⁵ und Datenverarbeitung. Die Datenverarbeitung **treibt** alle anderen Bereiche **aktiv** voran. Daher sollte auf die **technologische Konvergenz** eingegangen werden, d. h. auf die Frage, wie wissenschaftliche Erkenntnisse für spezifische Lösungen nutzbar gemacht werden können.¹⁷⁶

Im Mittelpunkt sollten die Informationstechnologien stehen, weil sie in Zukunft erhebliche Auswirkungen haben werden.¹⁷⁷

¹⁷³ Aufgrund des Verlaufs der Geschichte der Wissenschaft und Technologie in den letzten Jahrhunderten sind die meisten Wissenschaftler davon überzeugt, dass die Entwicklung des Fortschritts einer exponentiellen Kurve gleicht, die niemals abfallen wird.

¹⁷⁴ Insbesondere alle Erkenntnisfortschritte in den Bereichen Genome, Bionik, Werkstoffzusammensetzung und Klonen und ihre Umsetzung in der Medizin, Landwirtschaft, Abfallverarbeitung usw.

¹⁷⁵ Insbesondere die gesamten Forschungsergebnisse in den Bereichen molekulare Maschinen, Membrane und Supraleiter und ihre Anwendung in den Bereichen Abwasserreinigung, Geweberegeneration, Recycling von Batterien, Arzneimittelüberwachung, selbstreinigenden Kleidungsstücke usw.

¹⁷⁶ So z. B. bei Krebsbehandlungen das Einsetzen von Molekülen mit Nano-Transportern in den Kern erkrankter Zellen unter computergestützter Überwachung.

¹⁷⁷ Beispielsweise werden Mikroprozessoren in der Lage sein, die DNS-Sequenzen der Genome von Lebewesen in kürzester Zeit zu analysieren.

Wenn von der Welt der Informationsverarbeitung¹⁷⁸ die Rede ist, wird auf ein Universum verwiesen, in dem es um **ultraschnelle Datenübertragung, beträchtliche Kapazitäten für die Übermittlung, Verarbeitung und Speicherung von Daten** und Systeme von **Netzen, Anwendungen, Diensten und Instrumenten** geht, die im Allgemeinen über das **Internet** miteinander **verbunden sind**.

Innerhalb dieses Universums sind auf alle Fälle bestimmte **zentrale Entwicklungen** oder Trends erkennbar: **Miniaturisierung und Mobilität, Entmaterialisierung** und ständiger Zugang, höhere **Übertragungsgeschwindigkeiten** zur Förderung der **Ubiquität**, Globalisierung und technologischen Normierung und **Konvergenz**, umfassende Änderungen bei den **Mensch/Maschine-Schnittstellen**, der Fernlokalisierung, den **Fernaktivierung** und dem **Internet der Dinge**, kollektive Einspeisung von Daten **in Datenbanken** sowie **Befähigung** des Einzelnen.

Diese Trends sind mit **Herausforderungen**, aber auch **Risiken** verbunden, und zwar sowohl für die Gesellschaft als Ganzes als auch für die Bürger und die Organisationen, in denen sie tätig sind. In diesen Zusammenhang stehen u. a. die Themen **Ethik, Neutralität** und Gefahr der **sozialen Fragmentierung, Sicherheit, technologische Entscheidungen**, technologische **Abhängigkeit**, neue Formen der **sozialen Interaktion**, neue Formen der **sozialen Kontrolle** und **Datenlawine**.

1. DIE WICHTIGSTEN ENTWICKLUNGSTRENDS IN DER DIGITALEN WELT

➤ *Miniaturisierung zugunsten der Mobilität*

Seit Beginn des digitalen Zeitalters haben sich Hardware-Forscher durchgehend darauf konzentriert, **Störungen zu beseitigen** und **das Gewicht der Hardware zu verringern** und gleichzeitig die **Verarbeitungsleistung** und die **Speicherkapazität** zu erhöhen. Auf die bei der Miniaturisierung erzielten Erfolge muss an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Zurzeit steht bei der Forschung die Frage im Vordergrund, wie die **Peripheriegeräte für die Datenerfassung und -anzeige minimisiert oder entbehrlich gemacht** werden können.¹⁷⁹

Die Miniaturisierung geht mit dem Bedarf nach erhöhter Mobilität einher. Die enormen Fortschritte bei der Mobilität sind wiederum auf den **Rückgang der leitungsgebundenen Verbindungen** zurückzuführen. Bis 2025 werden die verschiedenen Geräte nicht mehr miteinander verkabelt sein und sich **selbst** (mit Strom) **aufladen** können, wobei sie die Energie über **Sensoren** beziehen werden.¹⁸⁰

¹⁷⁸ oder der digitalen Welt.

¹⁷⁹ Zum Beispiel durch Trackpads, flexible Tastaturen, digitale Stifte usw.

¹⁸⁰ Beispielsweise über elektronische Induktionsschleifen, die in den Fundamenten und Böden und an den Wänden von Gebäuden angebracht sind.

➤ *Dematerialisierung zugunsten des ständigen Zugangs*

Bereits seit dreißig Jahren besteht der Trend, die **Materialaufstockung** möglichst zu **verringern** oder sogar zu **beseitigen**. So werden z. B. keine Floppy-Discs mehr verwendet. Es müssen keine CDs oder DVDs mehr gekauft werden. Durch das **Herunterladen** wird der Musikvertrieb gerade grundlegend verändert, und der Filmsektor durch die VOD-Dienste.¹⁸¹ Dieser Trend wird anhalten.¹⁸² Er ist ein **weiterer Schritt** hin zu höherer **Mobilität**.

Sogar die externen und internen Festplatten und die USB Flash-Laufwerke sind überflüssig geworden, weil seit einigen Jahren persönliche Daten an spezifischen externen Orten gespeichert werden können.¹⁸³

Dieser Trend erhält mit dem **Cloud Computing** eine neue Wendung, bei dem Unternehmen externen Plattformen angeboten werden, auf denen sie ihre Daten, Anwendungen und ihre Software speichern können. Auf diese Weise ist von überall der Zugang zu den Datensammlungen des Unternehmens möglich, ohne dass man auf seine internen Plattformen angewiesen ist. In diesem Trend **spiegelt sich die Globalisierung der Wirtschaft wider**: Die Anzahl von Filialen, Verkaufsstellen und Vertretern auf weltweiten Geschäftsreisen ist unerheblich geworden. **Alles ist überall zugänglich**. Daher wandeln Unternehmen ihre Anwendungsstruktur in eine Struktur mit Anwendungen um, die im Web ausgelegt werden.

➤ *Höhere Verbindungsgeschwindigkeiten fördern die Ubiquität und Globalisierung*

Bei höheren Internetgeschwindigkeiten sind mindestens **vier Aspekte** zu beachten:

– **Akkumulation von Informationen:**

Bestimmten Einschätzungen zufolge verdoppeln sich die im Internet verfügbaren Informationen jedes Jahr. Je mehr Daten es zu immer mehr Themen gibt, desto unausweichlicher wird zweifelsohne die Nutzung des Internets.

– **Informationsverarbeitung**

Die Informationsverarbeitung wird seit jeher durch die Verkleinerung und Konzentrierung von Transistoren auf Mikroprozessoren verbessert, wobei sich nach dem moorschen Gesetz bekanntlich die Komplexität alle 18 Monate verdoppelt. Die Größe der Transistoren wird **um 2020** ungefähr der von **Atomen** entsprechen, wobei bei dieser Größe ihre elektronische Leistungsfähigkeit aufgrund von Quanteneffekten nicht mehr zu steigern ist. Im Übrigen werden im Zusammenhang mit der Informationsverarbeitung auch **Spezialchips** entwickelt, die speziell für einen bestimmten Prozess ausgelegt sind und damit die **Geschwindigkeit und Effizienz** erhöhen können.

¹⁸¹ Video On Demand.

¹⁸² Beispielsweise bei Tageszeitungen und Büchern.

– **Verbreitung von Informationen:**

Die Verbreitung hängt von der Geschwindigkeit¹⁸⁴ ab, in der die Informationen in den „Leitungen“ zirkulieren und die nach Einschätzung von Physikern auch **unendlich** sein könnte, sodass das Internet 2030 möglicherweise **eine Billion Mal schneller** sein wird als zu Beginn dieses Jahrhunderts (2^{30}). Es zeichnet sich bereits ab, dass die Übertragung über **optische Fasern** alle anderen Formen der Übertragung, auch über Satelliten, in Bezug auf Kapazität und Geschwindigkeit übertreffen wird.

– **Parallele Strukturen für Software und ihren Betrieb**

IT-Fachleute haben recht bald damit begonnen, sogenannte parallele Strukturen zu nutzen. Anstatt immer mehr Transistoren in einem Mikroprozessor zu integrieren, lassen sie ihre Programme auf mehreren Mikroprozessoren parallel laufen, wodurch eine erstaunliche Erhöhung der Programmleistungen erreicht wird.

– **Quanten Computing:**

Ein Quantenprozessor nutzt die **entsprechenden Quanteneigenschaften**, und zwar die Überlagerung und Verknüpfung von Quantenstadien. Die Berechnungen werden in kombinierter Form durchgeführt. Bei dieser Art von Computern werden Basiselemente verwendet, deren Herstellung sehr komplex ist: die Quantenbits (qubit). Wissenschaftler interessieren sich für diese Art der Datenverarbeitung, um **Probleme im Bereich des „extremen Computing“ zu lösen**, so z. B. **kryptoanalytische** Probleme. Diese Computer sind nicht für das Internet und ein breites Publikum vorgesehen, weil sie für sehr viele Input- und Outputtransaktionen nicht konfiguriert sind. Allerdings sind sie für Verschlüsselungstechniken äußerst nützlich.

Was soll mit diesen Kapazitäten geschehen? Erstens sollen sie eingesetzt werden, um in großem Umfang **3D-Bildern** in Anwendungen für den Entwurf von **virtueller Realität** oder **augmentierter Realität** zu integrieren.¹⁸⁵ Zurzeit wird die breite Nutzung von 3D-Bildern neben den hohen Produktionskosten vor allem dadurch verhindert, dass sich diese Bilder nur allmählich verbreiten und ihre Bildschirmdarstellung langsam ist. Zweites sollen mit ihnen **Massenverbindungen** (mit mehreren Millionen Nutzern gleichzeitig) eingerichtet werden. Drittens sollen sie der Förderung von **Spracherkennungssystemen** dienen.

Die frühere Unterscheidung zwischen der Datenverarbeitung in Echtzeit, für die die parallelen Strukturen vor allem vorgesehen waren, und der Verwaltung von Informationssystemen ist entfallen. Heutzutage geschieht alles in „Echtzeit“.

¹⁸³ Beispielsweise bieten viele Internetanbieter ihren Kunden mehr Gigabytes zur Speicherung ihrer digitalen Fotos an.

¹⁸⁴ Sie wird mittlerweile in Terabits ausgedrückt.

¹⁸⁵ Dies ist bei Videospiele und Simulatoren sehr wichtig, die sich ständig weiterentwickeln und eine zentrale Rolle bei Lernprozessen spielen werden.

Die Entwicklung der Telekommunikationstechnologien entspricht dem **Stand der Globalisierung** insbesondere in der Geschäftswelt: Jeder erhält alles von jedem. Alle Ressourcen dienen diesem Zweck, so auch eine Vielzahl an Satelliten, optischen Fasern und Antennen. Dies gibt dem grenzüberschreitenden und transkontinentalen Austausch großen Auftrieb.

Außerdem wird die **Trennung** zwischen **virtueller und realer Welt** verschwinden. Bei den intellektuellen, sinnesgebundenen und emotionellen Reaktionen wird es keine Rolle mehr spielen, ob diese durch reale oder virtuelle Situationen hervorgerufen wurden, weil die 3D-Welt immer stärker der Realität entsprechen wird. Durch **sehr hohe Auflösungen, Reliefvisualisierungen** und **Sofortdarstellungen** wird das Virtuelle fast real erscheinen.¹⁸⁶ Es wird selbstverständlich sein, die physische Präsenz zu ersetzen.

➤ *Normierung und Konvergenz*

Aufgrund der bei der **Interoperabilität** erzielten Fortschritte werden alle Medien für die Verarbeitung und Verbreitung von Informationen schrittweise über die gleichen Protokolle für die Übertragung von Bild und Ton als Grundlage verfügen (mit Ausnahme von analogen Protokollen und Digitalisierungs- und Internetprotokollen), obgleich es noch ein weiter Weg bis zur **vollständigen Standardisierung** ist.

In absehbarer Zeit wird alles – Fernsehen, Hörfunk, Festnetzanschlüsse, mobile Telefone und Internet – auf der Grundlage der gleichen Standards ausgelegt werden und daher über die gleichen Verbindungen **in gleicher Weise zugänglich** sein. Dies ist das Ziel der **Konvergenz der Dienste**. Bei der Konvergenz geht es um ein echtes **Ring** um die **technologische Vorherrschaft** mit erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen.

➤ *Weitreichende Änderungen bei den Mensch-Maschine-Schnittstellen*

Die herkömmliche **Tastatur gehört der Vergangenheit an**. Die **Berührungsaktivierung** wurde bereits von Entwicklungen im Bereich der **Spracherkennung überholt**, die wiederum von Formen der **Fernaktivierung überholt** wird. **Flachbildschirme** sind auch schon veraltet. Webseiten können über einfache **flexible Folien** angezeigt werden, die ausgerollt und glattliegend sind.

Die Verbreitung und Weiterentwicklung von mobilen Geräten (Smartphones, Tablet-PCs) hat die Nutzer schrittweise emanzipiert. Es fand ein Wandel von der klassischen Konfiguration der individuellen Computernutzung (eine zentrale Einheit, ein Bildschirm und verkabelte Peripheriegeräte wie Tastatur, Maus und Drucker) zu Wifi-/Touchscreen-Konfigurationen statt.

¹⁸⁶ In den kühnsten Szenarien wird jeder Mensch einen Avatar (virtuelle Figur) haben. Bestimmte Cyborg-Prototypen sind in beunruhigender Weise überzeugend.

Aufgrund des **leichten Zugangs** zu den Befehlsfunktionen muss der **Nutzer nicht mehr** bestimmte Techniken beherrschen, wie z. B. das Eingeben von Befehlen über die Tastatur¹⁸⁷ und das Tippen von Begriffen in Suchmaschinen. Dadurch wird der **Anstieg** der Anzahl **potenzieller Nutzer** ermöglicht.¹⁸⁸

Spracherkennungsschnittstellen (Sprachbefehle) werden sich höchstwahrscheinlich im nächsten Jahrzehnten verbreiten, genauso wie die **Erfassung von Bewegungen** (wie sie auf Spielkonsolen wiedergegeben werden). Die Ergebnisse der Forschung im Bereich der **Fernaktivierung** stehen bereits kurz vor ihrer Anwendung, wobei in diesem Fall ein System die Identität und das Profil einer Person **erkennt**, die ein bestimmtes Gerät nutzen möchte (z. B. Verbindung mit dem Computer, um E-Mails zu lesen, Auskünfte für Bahnreisen einzuholen oder das Elektroauto zu starten). Der Nutzer trägt dabei ein Wiedererkennungsmerkmal (z. B. seine Brille oder ein „intelligentes“ Kleidungsstück), und in den Räumlichkeiten befinden sich Sensoren/Scanner. In ihrer am weitesten entwickelten Version handelt es sich bei diesen Sensoren um Bio-Sensoren, die biomorphologische Merkmale identifizieren können (wie z. B. Handabdrücke oder Pupillen).

Schließlich gehören Internet-Suchmaschinen inzwischen anscheinend auch zu den Mensch-Maschine-Schnittstellen, die erheblichen Änderungen unterworfen sind. Die Entwicklung von **künstlicher Intelligenz** für die Auslegung sogenannter **semantischer Suchmaschinen** ist in naher Zukunft eine große Herausforderung für die Datenverarbeitung.

➤ *Fernlokalisierung, Fernaktivierung und das Internet der Dinge*

Zu Beginn dieses Jahrhunderts haben sich die Menschen mit einem Computer (Desktop oder Laptop) in das Internet eingeloggt. Zehn Jahre später kann dies mit anderen Geräten durchgeführt werden (3G- und 3G+-Mobiltelefone und GPS in Fahrzeugen). In Zukunft kann jede **animierte oder nicht animierte Einheit** über eine **IP-Adresse** verfügen, die Tätigkeiten im Internet ermöglicht.¹⁸⁹ Daher spricht man vom **Internet der Dinge**, für das auch der Begriff des cyber-physikalischen Raums verwendet wird. Durch einen Chip, der sich in einem Objekt eingebaut ist, kann bereits über die Funkfrequenzkennzeichnung¹⁹⁰ ein Objekt anhand eines Funkfrequenzdetektors erkannt werden.

Das Internet der Dinge öffnet die Türen zu einer **verborgenen Welt**, von der wir relative wenig wissen.¹⁹¹ **Chips**, die überall in allen Dingen eingebaut sind, hochspezialisierte **Sensoren**, unsichtbare **Kameras**, die die Umwelt rastern, **künstliche Bilder** von solcher Qualität, das sie mit der Realität verwechselt werden können.

¹⁸⁷ Copy A:/, Del C:/*.*.doc. ist seit langem in Vergessenheit geraten. Es ist erheblich einfacher, einen File in den Papierkorb zu verschieben.

¹⁸⁸ Ein gutes Beispiel sind die beschränkten Öffnungszeiten der Schalter für den Verkauf von Zug- und Flugfahrkarten in Bahnhöfen und Flughäfen.

¹⁸⁹ Es lassen sich Beispiele anführen, die aus einem Science Fiction Roman stammen könnten: Ein Fahrzeug kann einer Werkstatt direkt mitteilen, dass eine Reparatur erforderlich ist, und ein Kühlschrank kann das Lebensmittelgeschäft in der Nachbarschaft darauf hinweisen, dass die Frischmilch zur Neige geht.

¹⁹⁰ RFID oder Funkfrequenzkennzeichnung.

➤ *Das gemeinsame Eingeben von Daten in Datenbanken sozialer Netze*

Wikipedia, die erste interaktive Online-Enzyklopädie, bei deren Gründung die gemeinsame Veröffentlichung durch die Nutzer der Ausgangspunkt war, **steht für** den Grundsatz des **gemeinsamen Aufbaus** einer Datenbank.

Das Internet bezieht sich nicht nur auf Interaktion, sondern auch auf **Zusammenarbeit und Koproduktion**¹⁹², d. h. auf Interaktion, die mit der Absicht verbunden ist, materielle oder soziale Wirkungen oder Ergebnisse zu erzielen.

Dies ist ein vollständiger Bruch mit den **herkömmlichen Erkenntniskonzepten**, mit denen wir aufgewachsen sind und die uns in der westlichen Welt vermittelt wurden. Das Wissen ist nicht mehr ein Privileg der Eliten, sondern entsteht durch die **Zusammenarbeit aller Menschen**. Dadurch wird das **Vertrauen** in die **Glaubwürdigkeit** der Quellen dieses **Wissens in Frage gestellt**. Demnach müssen Informationen Anerkennung finden, wenn sie als Wissen gelten sollen. Sie müssen verifiziert und anerkannt sein.¹⁹³

Ein weiterer bis zu einem gewissen Grad beunruhigender Aspekt, der die Akzeptanz der Informationen aus dem Internet beeinträchtigt, ist die **Art und Weise**, in der die **Informationen** dem Internetnutzer **zur Verfügung gestellt werden**. So werden in Suchmaschinen Informationen durch eine **Auflistung von Websites** geordnet, bei der im oberen Abschnitt die Ergebnisse mit den am häufigsten eingegebenen **Suchbegriffen** stehen. Bei geringfügiger Änderung des Suchbegriffs wird eine Liste der Websites angezeigt, die sich nun erheblich unterscheidet. Außerdem **überprüfen** die Internetnutzer nicht die gesamte Liste. **Bestenfalls** schauen sie sich die **Hälfte der Treffer auf der ersten Seite** an.

Daher ist die Qualität der Treffer größtenteils von der Frage abhängig, ob es einen Überfluss an Informationen gibt, welche **Suchalgorithmen** die Maschine verwendet und über welche **kognitiven Fähigkeiten der Nutzer** verfügt, um seine Anfrage so zu formulieren, dass sie seinen Zwecken am besten dient.

Damit das Internet zu einem **Wissensspeicher** wird, müssen **intelligere Suchmaschinen** zum Einsatz kommen. Dies ist das Betätigungsfeld für die künstliche Intelligenz.

➤ *Befähigung des Einzelnen*

Die Erweiterung **des eigenen Wissens** wird aufgrund der entsprechenden digitalen Systeme sehr einfach werden. Daher liegt es am Einzelnen, ob er in jedem Altersabschnitt und unter allen

¹⁹¹ Der nicht sichtbare Teil des Eisbergs besteht aus einer großen Menge sogenannter intelligenter Dinge.

¹⁹² The digital world in 2025, European Internet Foundation, September 2009.

¹⁹³ Die jüngeren Generationen sind allerdings hinsichtlich der Inhalte im Internet weniger misstrauisch. In diesem Zusammenhang gibt es zweifellos einen Generationeneffekt.

Umständen das Beste daraus macht. Für viele Wissenschaftler ist die Bereitstellung von Technologien, mit denen die **Fähigkeit** des Einzelnen zur Interaktion mit anderen Personen erleichtert, **erweitert** und **ausgebaut** wird, **eine Revolution**, die mindestens so **einschneidend** ist wie die Erfindung des Buchdrucks.

Die nach 1990 geborenen Menschen nutzen das Internet intuitiv. Für sie ist das Internet eine Dienstleistungsplattform und ein Portal, das neue experimentelle Bereiche öffnet, obgleich es sich dabei um eine virtuelle Welt handelt. Sie **erweitern in natürlicher Weise** ihre **kognitiven Fähigkeiten**. Es ist kaum mehr nötig, Dinge zu lernen oder sich Sachen zu merken, weil **jegliches Wissen ohne weiteres verfügbar** ist. Für diese Internetgeneration sind **soziale Netzwerke** ein Ort der Sozialisierung und mit einer Geisteshaltung gleichzusetzen: Hier äußern sie sich und diskutieren ihre Gedanken und Probleme in einer natürlichen Weise, als ob reale Menschen anwesend wären. Wenn diese **Internet-Generation** in die **Arbeitswelt** treten wird, wird sie ihre **Netzwerk-Kultur** als natürliches Mittel für Geschäftstätigkeiten und zur Lösung von Problemen **mitbringen**. Sie trägt auch zur Entwicklung einer **Gegenkultur im Wirtschaftsbereich** bei, die auf Kreativität, Innovation und Flexibilität beruht und bei der organisierte reguläre Arbeitsformen nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Wird dadurch auch die **Bildung weniger zielgerichtet** sein? Die **Menschen** werden wahrscheinlich mit **Belastungen** konfrontiert sein, die sie **stärker beschränken** werden. Sie werden sich in ihrem gesamten Leben um zusätzliche **Qualifikationen bemühen müssen**.

Soziale Netzwerke haben auch bewirkt, dass sich immer mehr Menschen für **Politik** interessieren, wie die erfolgreiche Wahlkampagne von Barack Obama und der Arabische Frühling zeigen.

2. DIE HERAUSFORDERUNGEN UND RISIKEN DER DIGITALISIERUNG

➤ *Ethik, Neutralität und die Gefahr der sozialen Fragmentisierung*

Die Technologie an sich ist weder gut noch schlecht, sie ist neutral. Dennoch wurden komplexe und ausgiebige Debatten über die Frage geführt, ob (und wie) die Internet-Neutralität sichergestellt werden muss.

Das Internet diente **ursprünglich** der Zusammenarbeit zwischen **Wissenschaftlern** und der **Verbreitung** wissenschaftlicher Ergebnisse. Seitdem ist es allerdings zu einem **multi-dimensionalen Gebilde** und zu einem kommerziellen, politischen und ideologischen **Kampfplatz** geworden. Bedeutet dies jedoch, dass der **Zugang** zu Dienstleistungen und Inhalten **beschränkt** werden sollte? Sollte das Internet dem **freien** Spiel überlassen werden, was mit der Gefahr verbunden ist, dass ein **Internet der zwei Geschwindigkeiten** entsteht, wobei es im ersten Fall qualitativ besser, aber teurer und im zweiten Fall qualitativ schlechter und langsamer, aber gebührenfrei sein wird? Sind die Regierungen verpflichtet, allen Bürgern dieselbe **Zugangsqualität sicherzustellen**? Wie kann man sich vor **Kartellen** zwischen Telekommunikationsunternehmen und Internetbetreibern **schützen**?

Tim Berners-Lee, einer der Gründerväter des Web¹⁹⁴, hat darauf hingewiesen, dass der bei seiner Entstehung geltende Grundsatz der **Universalität** des Internets nicht garantiert werden kann, **so sehr** dies auch **wünschenswert** ist. Umfassende Bemühungen sind für den Schutz des Internets erforderlich. Ansonsten wird es durch kreuz und quer verlaufende **Bruchlinien** beschädigt, und diese **Fragmentierung** wird sich auch auf die Gesellschaft auswirken.

Sollte man so weit gehen und den freien Zugang zum Internet in die **Menschenrechtscharta** aufnehmen? Einige erwägen diesen Schritt, damit **Vorkehrungen** gegen die missbräuchliche **Nutzung** der im Internet angebotenen Möglichkeiten getroffen werden, wie z. B. die **Zugangsfilterung**, die **Vernachlässigung der Pflege der Zugänglichkeit** bei Websites, die den Dienstbetreibern keine Gewinne erbringen, und die **missbräuchliche Nutzung von Verbindungsmetadaten**. Für diese Personen ist das Web ein **Instrument der Demokratie**, muss es als solches wie eine bedrohte Art oder die Wasserqualität geschützt werden und besteht keine Garantie, dass die Regierungen die objektivsten Schützer sind.

Wie bei allen Wissenschaften, geht die Erforschung des Internets der diesbezüglichen Gesetzgebung voraus, wobei in diesem Zusammenhang viele glauben, dass ein vorsichtiges Vorgehen ratsam ist.¹⁹⁵

Ein gutes Beispiel ist die **Entwicklung von Netzen**. **Optische Fasern** sind bei Weitem die beste Lösung für die ultraschnelle Übertragung von erheblichen Datenmengen und für simultane multiple Zugänge. Allerdings ist die Verlegung dieser Fasern sehr **teuer** und scheint nur für die größten urbanen Zentren mit **hoher Bevölkerungsdichte** interessant zu sein. Daher werden nur diese Zentren über die besten hochtechnologische Dienste verfügen, die eine äußerst realistische 3D-Bildgebung umfassen (Simulatoren, virtuelle Konferenzen, Unterstützung bei Operationen), während die anderen Regionen mit satellitengestützten Diensten abgedeckt werden. Wird es also **Regionen mit zwei Geschwindigkeiten** geben? Wie können **Anbieter** profitabler Dienste dazu gebracht werden, einen finanziellen **Beitrag** zu den Kosten der Einrichtung von Netzinfrastrukturen zu leisten? Gibt es eine Perspektive für **neue Gebühren** für die **Informationsautobahnen**?

Der Begriff „**digitale Kluft**“ beschreibt verschiedene Arten der Realität:

- Zunächst das **technische Fachwissen**: Es besteht ein enormer Unterschied zwischen Personen, die einen Computer benutzen können, und denjenigen, die dazu nicht in der Lage sind. Diese Kluft schließt sich zusehends, weil immer mehr benutzerfreundliche Schnittstellen entwickelt wurden (z. B. Drop-down-Menüleisten, die Fenster im Windows-Programm, die Icons bei Apple usw.).

¹⁹⁴ Der Hauptautor des HTTP (HyperText Transfer Protocol) im Jahr 1990.

¹⁹⁵ Auf dem hochrangig besetzten Symposium über die digitale Zukunft in Paris vom Mai 2011 hat der Gründer von Facebook, Mark Zuckerberg, erklärt, dass das Internet reguliert werden muss, aber nicht mehr und nicht weniger als andere Bereiche.

- Dann die **geografische Verbreitung**: Es besteht ein enormer Unterschied zwischen Regionen, die über Internet-Verbindungen verfügen, und solchen, in denen es keine Netze gibt.
- Schließlich die **Kosten für die Ausrüstung** (Computer und Verbindungen): Es besteht ein enormer finanzieller Graben, zwischen Personen, die sich die Geräte und Verbindungen leisten können, und denjenigen, die dies nicht können.

Die **digitalen Kluft** verläuft stets entlang der gleichen **Grenzl意思**: zwischen Industriestaaten, Schwellenländern und Entwicklungsländern, zwischen Armen und Reichen, zwischen Städten und ländlichen Regionen sowie zwischen jungen und älteren Menschen.

Diese **Trennungslinien verwischen** immer mehr (wenngleich verschieden schnell), weil das Internet selbst zum **Mittelpunkt der wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten** wird. Das bedeutet beispielsweise, dass es heute wahrscheinlicher ist, dass ein mit dem Internet über einen Satelliten verbundener Computer in einer Jurte in der mongolischen Steppe steht, als dass dies vor gerade einmal fünfzehn Jahren in einer Wohnung in Westeuropa der Fall gewesen sein könnte, als der Besitz von Computern relativ selten war.

Es ist unbedingt erforderlich, die mit der digitalen Kluft verbundenen Gefahren **im Auge zu behalten**. Im Übrigen besteht auch die große Gefahr, dass eine andere Art von Kluft entstehen wird, und zwar eine **kognitive Kluft** zwischen Personen, die ihre Suchanfragen **logisch formulieren** oder intelligente **Suchergebnisse interpretieren** können, und denjenigen, die dazu nicht in der Lage sind.

Einige sind der Auffassung, dass es auch eine **sprachliche Kluft** gibt, weil im Internet Englisch dominiert. Allerdings wird diese Gefahr bis 2025 wahrscheinlich verschwunden sein, weil im **Internet Übersetzungsmaschinen** zur Verfügung stehen werden. Nur unter dieser Voraussetzung wird sich das Internet zu einer wirklich universellen Gemeinschaft entwickeln können.

➤ **Sicherheit**

Die **Cyber-Sicherheit** umfasst eine **Reihe von Aspekten**: Vertrauensbruch, Überwachung, Spionage, elektronischer Betrug, Identitätsdiebstahl, Sabotage, Datendiebstahl, Veruntreuung und Cyber-Terrorismus.

Sie betrifft vor allem **Regierungen, Institutionen und Organisationen**. Diese müssen vor **Cyber-Angriffen** geschützt werden, deren Absichten mehr oder weniger offensiv sind: Diebstahl wettbewerbsbezogener Daten, diplomatische Spionage und anarchistische Cyber-Kriminalität.

Die Cyber-Kriminalität betrifft auch Einzelpersonen: Entwendung persönlicher Daten und Identitätsdiebstahl.

Diese Form der Kriminalität reicht von harmlosen bis zu schweren Verstößen: Beispielsweise kann mit der **Rückverfolgung** von **Cookies** ein guter Überblick über die Interessen, Gewohnheiten und Präferenzen einer Person gewonnen werden. Diese Kenntnisse können insbesondere für **kommerzielle Zwecke** genutzt werden. Nur können die Dinge auch darüber hinausgehen: Was geschieht eigentlich, wenn die Gesundheitsversicherungskarte einer Person heimlich von einem potenziellen Arbeitgeber oder einer potenziellen Versicherung **gehackt** wird?

Die **Sicherheit im Bereich Cloud Computing** ist offenkundig kein **Problem**, von dem die **Betreiber** betroffen sind. Organisationen (Unternehmen, Institutionen) begeben sich in die „Wolke“, wenn sie die Kosten für die Verwaltung ihrer Daten erheblich senken möchten. Sie sind offensichtlich der Überzeugung, dass dadurch ihre Daten **zugänglicher** und **sicherer** werden. Im Allgemeinen wird ihnen nicht mitgeteilt, ob ihr Dienstanbieter Unteraufträge für einige oder alle vertraglich vereinbarten Dienstleistungen an andere Unternehmen vergeben hat. Diese Organisationen **vertrauen** darauf, dass die **Anbieter** von Dienstleistungen im Bereich Cloud Computing eine erheblich **höhere Sicherheit garantieren**. Man darf sich aber nicht zu sicher sein, wenn man den Aussagen der Anbieter folgt, die nicht besonders darauf aus sind, die Verantwortung für die Sicherheit der Daten ihrer Kunden zu übernehmen.

Bei einer **Umfrage** unter 103 US-amerikanischen und 24 europäischen Dienst Anbietern, die vom Institut Ponemon durchgeführt wurde, hat sich gezeigt, dass die **Anbieter** den **Faktor Sicherheit nicht** als einen ihrer geschäftlichen Vorteile **betrachten**. Noch schlimmer ist jedoch, dass sie die Sicherheit nicht als eine ihrer **wichtigsten** geschäftlichen **Verpflichtungen** ansehen, die sie eher an ihre Kunden zurückverweisen. Bei der Umfrage stellte sich auch heraus, dass **höchstens 10 %** der Betriebskosten der Anbieter auf die Absicherung der Daten **entfallen**. Nach Einschätzung der Anbieter entscheiden sich die Kunden für das Cloud Computing, um erstens die Kosten für ihre Datenzentren zu verringern und zweitens den Betrieb ihrer Anwendungen zu erleichtern. Die **Sicherheit** wird erst an **dritter Stelle** genannt.

Kasten 1: Die Gefahr der Anonymität beim Cloud Computing

Mai 2011: Mehreren Hackern ist es gelungen in das Netzwerk der Sony Playstation einzudringen, indem sie gestohlene Kreditkarten verwendeten und anonym Speicherplatz bei Elastic Computing Cloud („EC2“) von Amazon mieteten, von wo sie ihren Angriff starteten. Auf diese Weise erhielten sie Zugang zu vielen Millionen Benutzerpasswörtern* und auch zu persönlichen Angaben und Bankkartendaten. Dieses Ereignis zeigt, dass Daten äußerst stark gefährdet sind.

In einigen Fällen können die Dienstanbieter selbst für die Gefährdung von Daten verantwortlich gemacht werden. So wurde der Verdacht geäußert, dass bei Dropbox, einem Dienst für Datenspeicherung, entgegen den Versprechungen gegenüber ihren Kunden nicht die besten Verschlüsselungstechniken angewandt werden. Einem Wissenschaftler ist es offenbar gelungen, Dokumente von Nutzern einzusehen, bei denen man davon ausging, dass sie nicht von den Mitarbeitern des Unternehmens gelesen werden können.

* Wahrscheinlich wurden mehr als 75 Millionen Kundenkonten gehackt.

Die **Europäische Union** widmet zurzeit große **Aufmerksamkeit** der **Verwendung persönlicher Daten** durch IT-Firmen, insbesondere Mobilfunkunternehmen¹⁹⁶, und sieht sich als **Regulierungsinstanz**, die für die Harmonisierung der Vorschriften der verschiedenen Mitgliedstaaten verantwortlich ist. Dabei geht es um den Schutz der Erhebung, Kennzeichnung und Verwendung von Daten und die Aufbewahrungszeiträume.¹⁹⁷ Die **Vorgänge** im Zusammenhang mit den Ortungsdaten in **iPhones** und ihren GPS-Anwendungen¹⁹⁸ zeigen, wie sehr die angebotenen **Dienstleistungen nachgefragt** werden und wie gleichzeitig **erschreckend** ihre **Auswirkungen** sind. Es gibt überhaupt keine Garantie dafür, dass in Zukunft ein **vorsichtiges Vorgehen überwiegen wird** und die Anbieter dem privaten Leben der Kunden Vorrang vor kollektiven wirtschaftlichen Interessen einräumen werden, solange die Menschen **bereit sind, dafür zu bezahlen**, dass sie nicht mit Werbung bombardiert werden und anderen verdeckten Marketingstrategien ausgesetzt sind.¹⁹⁹

Ist es ausreichend, dass die Dienstanbieter nur die **Vorabgenehmigung des Kunden** einholen, bevor sie die Ortungsdaten nutzen? Für Nutzer des Internets und von Online-Anwendungen **wächst** die Anzahl der Websites, bei denen man eine **Genehmigungsbescheinigung bestätigen** muss. Wer nimmt sich jedoch **die Zeit**, um während eines elektronischen Buchungs- oder Kaufvorgangs die Geschäftsbedingungen **genau durchzulesen**?

Damit ist die Frage aufgeworfen, ob die **Sicherheit einen** wirklichen **Unterschied**²⁰⁰ **bei den Entscheidungen für bestimmte Schlüsseltechnologien ausmachen wird** und ob dies auch bei den mit diesen Entscheidungen **verbundenen Kosten** der Fall sein wird. Nach einer Schätzung entfallen mindestens 2/3 der Kosten auf die Identifizierung und Verifizierung bei den Zugangskontrollen. Zurzeit wenden Unternehmen bereits erhebliche Beträge für Firewalls, Anti-Virus-Programme und die Verwaltung und Kontrolle der Zugangsrechte auf. Die **Ausgaben** für die Sicherheit beim **Cloud Computing schießen in die Höhe**. Bei ihren Entscheidungen werden daher die Organisationen zwischen der **Notwendigkeit** von **Zugänglichkeit** und den dadurch verursachten **Kosten abwägen** müssen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass es bald **Alternativen geben** wird, um die **negativen Auswirkungen** der flächendeckenden Digitalisierung²⁰¹ und die Gefahr zu verhindern, dass die Spuren, die beim Surfen im Internet und beim Austausch **persönlicher Daten** hinterlassen werden, **missbräuchlich genutzt** werden können. Es bleibt aber die Frage, ob diese Alternativen für das **breite Publikum zugänglich** sein werden.

¹⁹⁶ Die Impulse werden von den Kommissionsmitgliedern Viviane Reding and Neelie Kroes gesetzt.

¹⁹⁷ Google speichert unsere Suchanfragen, Gmail liest unsere E-Mails, Facebook verwendet unsere „persönlichen Interessen“, bei allen Buchungs- oder Zahlungssystemen, die RFID-Chips (Funkfrequenzkennzeichnung) verwenden, können Ortungen vorgenommen werden, usw.

¹⁹⁸ Wie z. B. Foursquare, die iPhone-Anwendung, mit der man die Anwesenheit von „Freunden“ in naher Entfernung ermitteln kann.

¹⁹⁹ Kimon Zorbas, Direktor des Interactive Advertising Bureau, glaubt dagegen, dass man in der Lage sein muss, Personen zu lokalisieren, um ihnen bessere Dienstleistungen zur Verfügung stellen zu können.

²⁰⁰ In einem vor kurzem erschienenen Artikel, in dem mit Worten gespielt wird, heißt es: “Internet-Vorhersage: bewölkt mit hoher Wahrscheinlichkeit, gehackt zu werden.”

²⁰¹ Beispielsweise beruht Diaspora, ein alternatives soziales Netzwerk zu Facebook, auf einem „Peer-toPeer“-Austausch, ohne einen zentrale Server zu nutzen.

➤ **Technologiebezogene Entscheidungen, Abhängigkeit von Technologie und Berechnungsmodelle**

Die **High-Tech-Gesellschaft** ist eine **gefährdete** Gesellschaft, die von einer intelligenten **Anwendung** digitaler **Instrumente** aller Art **abhängig ist**. Die großen Fortschritte bei der „flächendeckenden Digitalisierung“ müssen einhergehen mit

- Überlegungen zu den **Strategien**, mit denen die **Bereitstellung** digitaler Technologien **sichergestellt** wird, weil Asien²⁰² im Bereich der Innovationen bereits an den Vereinigten Staaten vorbeigezogen ist, und
- Überlegungen zur Frage, wie eine **Datensicherung** im **Betriebsmodus mit reduzierter Leistung** gewährleistet werden kann. Was ist im Fall eines Absturzes, einer Blockade des Systems²⁰³ oder einer sofortigen Zugangssperre des Computers aufgrund eines Cyber-Angriffs zu unternehmen²⁰⁴?

Entwicklungen im Bereich des **Risikomanagements** werden in den nächsten Jahrzehnten von **grundlegender Bedeutung** sein.

Die **Technologie im Bereich der Angebote** ist nicht vielfältig, sondern **konvergent** (Internet, Hochgeschwindigkeitsverbindungen, Cloud Computing, Schnittstellen mit Berührungs- und Drückfunktionen usw.). Daher werden **diejenigen**, die diese Technologie **herstellen**, diejenigen **kontrollieren**, die sie kaufen bzw. **nutzen**. Die **Aufrechterhaltung** der weltweiten **Wettbewerbsfähigkeit** ist eine große Herausforderung.

Wie bereits erwähnt, haben die nach 1990 geborenen Menschen die digitale Welt vollständig in ihre Lebensführung integriert. In **westlichen Gesellschaften** sind im **Unterschied zu den Schwellenländern 70 %** die im Jahr 2025 beschäftigten **Arbeitnehmer** bereits geboren.²⁰⁵ Dies ist eine große **Herausforderung** für das **Bildungssystem**, wenn die Schwellenländer nicht an uns vorbeiziehen sollen, die eine größere Bevölkerung haben und in denen mehr junge Menschen leben. Diese Bildung muss in Form des **lebenslangen Lernens** erfolgen.

Als das Internet in den 1980er Jahren entstand, wurde es als **Fenster** in ein grenzenloses **frei zugängliches Universum** beschrieben. **Danach entwickelte** es sich tatsächlich in diese Richtung unter dem Einfluss von **Zuganganbietern**, die selbst Verbindungen zur **Telekommunikation** hatten, doch recht bald verabschiedete es sich von der Welt der Kabel und Leitungen, und **stattdessen** rückten Dienstleistungen und Inhalte in den Vordergrund, die von **einigen wenigen Großunternehmen** kontrolliert werden (z. B. Microsoft, Google, Facebook, Amazon, Apple). Die **globale Steuerung** des Internets wird sich in den nächsten

²⁰² Süd-Korea, Japan, Singapur, China usw.

²⁰³ Vor einigen Wochen wurde die Cloud-Computing-Plattform von Amazon durch eine Nachfrageüberlastung zum Erliegen gebracht, als das neue Album von Lady Gaga durch ein Netzwerk ins Internet gestellt wurde, das der Belastung nicht standhalten konnte.

²⁰⁴ Einem Hacker ist es auch gelungen, die Daten von 500 000 Kunden von Hyundai Capital zu entwenden, ein Unternehmen, das auf Darlehen für die Finanzierung von Fahrzeugen und Immobilien spezialisiert ist.

²⁰⁵ The digital world in 2025, European Internet Foundation, September 2009, S. 6.

Jahren **höchstwahrscheinlich nicht ändern**.²⁰⁶ Am ehesten werden **neue asiatische Unternehmen** die vier großen marktbeherrschenden IT-Unternehmen verdrängen, sofern es nicht zu Änderungen in ihrer Eigentümerstruktur kommt.²⁰⁷

Eine Sache, die sich innerhalb dieses Governance-Systems höchstwahrscheinlich ändern wird, sind die Gebührenstrukturen. Die Nutzer werden nicht mehr für den Netzzugang bezahlen müssen und keinen gebührenfreien Zugang zu Inhalten erhalten. Der Netzzugang wird zwar **kostenlos** sein, doch wird man für **Inhalte** und **Dienstleistungen Gebühren entrichten** müssen. Dies wird **erhebliche Auswirkungen** auf die Volkswirtschaften der **Schwellenländer** haben, in denen das Internet am stärksten und schnellsten wachsen wird. Bei Betrachtung der demografischen Entwicklung in Ländern wie Indien, Pakistan, Nigeria, China, Brasilien und der Türkei lässt sich leicht vorstellen, in welchen Ländern **Unternehmen ihre Schwerpunkte** beim Angebot von Dienstleistungen setzen werden. Diese Überlegungen sind keinesfalls Randbemerkungen. Angesichts dieser Fortschritte wird es für **Europa** in der Tat **schwieriger werden**, seine **spezifischen Bedürfnisse** (die z. B. mit einer alternden Gesellschaft verbunden sind) und seine **ethischen Anliegen** zur Geltung zu bringen.

Schließlich werden im Rahmen der Trends bei der Internetnutzung Gebührenmodelle entstehen, die es heute noch nicht gibt. Wird für Internetnutzer im Jahr 2025 nur der **bestmögliche Geschäftsabschluss** wichtig sein, auch wenn ihre **Verbraucherrechte nicht geschützt sind**?

Kasten 2: Besteht die Gefahr einer neuen Internetblase?

Experten betonen, dass wir uns wieder in Richtung einer Internetblase bewegen. Bislang ging man davon aus, dass das Platzen der Internetblase Ende der 1990er Jahre die enormen Spekulationen im Zusammenhang mit Start-up-Unternehmen beendet hat. Damals war der Kapitalwert dieser Unternehmen umso attraktiver, je mehr immaterielle Produkte sie angeboten haben*.

Vor zehn Jahren hat die Öffentlichkeit zweifellos nicht verstanden, dass das scheinbar nutzlose Entstehen von Facebook und die angeblich offenkundig überflüssigen Daten von Google eine Revolution und einen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit im Bereich der Datenverarbeitung darstellen. Nun ist wie in jeder neuen Technologieepoche die Entwicklung mit exponentieller Geschwindigkeit vorangeschritten. In nur zehn Jahren ist die Anzahl der Menschen mit Internet, die Übertragungsgeschwindigkeit und die Anzahl der online angebotenen Dienstleistungen in solch einem Ausmaß angestiegen, dass Experten davon überzeugt sind, dass es sich dabei nicht mehr um eine virtuelle, sondern um eine reale Wirtschaftbranche handelt. Außerdem wird dieser Wirtschaftszweig nicht mehr nur von US-amerikanischen Unternehmen geprägt, sondern er ist universell geworden.

*Beispielsweise die ersten sozialen Netzwerke und die ersten Suchmaschinen.

²⁰⁶ Nach erheblichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung von Büchern und dem Copyright, hat Google vor kurzem in Paris eine repräsentative Filiale eröffnet und mitgeteilt, dass es der französischen und europäischen Kultur nahesteht und seine zentrale Rolle besser auf lokaler Ebene spielen kann (siehe www.nytimes.com/2011/05/16/technology).

²⁰⁷ So hat der chinesische Konzern Lenovo aus Zhongguancun die PC-Sparte von IBM aufgekauft und ist nun der weltweit drittgrößte Anbieter von PCs, während IBM sich zu einem Anbieter von Business-Lösungen im Bereich des Cloud Computing gewandelt hat. Am Rande sei hier noch angemerkt, dass das Europäische Parlament damit begonnen hat, seine Computer-Bildschirme mit Produkten von Lenovo zu ersetzen.

➤ *Neue Formen der sozialen Kontrolle*

Soziale Kontrolle kann **zwei Formen** annehmen:

- Erstens, **explizite kollektive Kontrolle** (durch eine kleine Gruppe über eine große Gruppe), die über einen Einzelnen oder eine Gruppe bei interaktiven Sendungen ausgeübt wird: Beispielsweise können sich Zuschauer an einer Talk-Show beteiligen, indem sie Tweeter-Nachrichten versenden, Behauptungen in Frage stellen, Angaben korrigieren, neue Fakten vorlegen und Kommentare zu Fakten aus einer anderen Sichtweise abgeben. Die herkömmliche Trennung zwischen Personen, die über einen hinreichenden Bekanntheitsgrad verfügen, um in der Öffentlichkeit sprechen zu dürfen, und denjenigen, die schweigen und sich damit begnügen müssen, von anderen vertreten zu werden, wird bis 2025 verschwinden.
- **Implizite kollektive Kontrolle** (einer über digitale Medien vermittelten sozialen Praxis) über den Einzelnen in seiner privaten Sphäre. Der Individualismus hat sich in westlichen Demokratien zunehmend verbreitet. An der Schwelle zum post-industriellen Zeitalter bestand Bedarf nach mobilen, ungebundenen und ungehinderten Individuen, um den wirtschaftlichen Bedürfnissen zu genügen. Der Mensch ist kein Eigenbrödler, sodass neue Formen der Zugehörigkeit und damit der sozialen Kontrolle entstanden.²⁰⁸ Würde eine virtuelle soziale Kontrolle mit digitalen Mittel eher toleriert werden oder passt sie einfach besser zur Entscheidungsfindung des Einzelnen (mehr optional, bewusstere Entscheidungen usw.)?

Die **diffuse Überwachungsgesellschaft** ist ein **paradoxes** Phänomen: Sie gibt den Menschen **Mittel** an die Hand, mit denen sie sich von materiellen Beschränkungen **befreien** und ihre Mobilität erhöhen können und zwingt sie **im Gegenzug** dazu, ihre **Bewegungsfreiheit** und **Anonymität aufzugeben**.

Wird die neue soziale Kontrolle **dennoch dazu führen**, dass ein gewisses Maß an **Regeln** zu gelten hat, in welcher Form auch immer sie stattfinden mag?

Werden in einer Welt, in der jeder direkt oder indirekt mit jedem verbunden ist, die **gleichen Impulse** die **gleichen Reaktionen** hervorrufen?

Wird die Allgegenwärtigkeit des Internet, die virtuelle Kontakte mit Menschen an allen Ecken der Welt ermöglicht, dazu führen, dass es zum Ort wird, an dem sich junge Menschen **Kultur aneignen**, oder wird sie stattdessen die **kulturelle Unterschiede** vergrößern?

²⁰⁸ So gibt es tatsächlich digitale Trainer für alle Aspekte des privaten Lebens: Gewichtsabnahme, Programme zum Trainieren von Geist und Körper, Überwachung von Gesundheit oder Schlaf.

➤ *Datenlawinen*

Das Internet speichert und generiert **unglaubliche Mengen** an Daten, die allesamt vorhanden und für Nutzer potentiell verfügbar sind. Jeder, der mit einer Suchmaschine im Internet Suchanfragen durchführt, kennt die **verwirrende Überfülle** an verfügbaren Daten. Diese **Besonderheit** ist die **eigentliche Ursache** für den **Erfolg des Internets**.

Allerdings sind **Daten** an sich **nicht mit Informationen** und **noch weniger mit Wissen gleichzusetzen**. Daher **müssen** sie **sinnvoll geordnet** werden. Bestimmten Studien zufolge sind nur 10 bis 25 % der Daten strukturiert. Diese Spanne ist wohl in Wahrheit noch niedriger, weil die Datenmenge ständig zunimmt.

Die Bereitstellung effizienterer und **„intelligenterer“ Suchmaschinen** und ihre Perfektionierung stellt eine wirkliche **Herausforderung** dar. Dadurch könnten diese Maschinen dazu beitragen, dass Internetnutzer Daten so abrufen können, dass sie strukturierte und damit gehaltvolle Informationen bekommen.

Schließlich wird bei der Entwicklung digitaler Technologien in den nächsten beiden Jahrzehnte sicherlich die **Weiterentwicklung** des Internets im Mittelpunkt stehen. Es gibt **keine Aussicht** auf eine Alternative oder ein **konkurrierendes System**.

Das Internet wird seine **Freiheiten** und seine **Offenheit beibehalten** und jedem **Versuch widerstehen**, die Kontrolle oder die **globale Steuerung zu stärken**. Es werden **nicht alle** oben aufgeführten **Formen der digitalen Kluft verschwinden**. Das **Internet** wird sich in den **Schwellenländern** auf breiter Front **durchsetzen**, was **weitreichende Auswirkungen** auf die **Inhalte** der Informationen und die bereitgestellten **Dienstleistungen** haben wird. Es wird zu großen **Sicherheitsproblemen** kommen, auf die die Industriestaaten mit immer ausgefeilteren Schutzsystemen reagieren werden. Die Sicherheitsrisiken werden sich aufgrund der **Zusammenschaltungen** und der **Globalisierung** erhöhen, was zu **Dominoeffekten** führen wird. Die Entwicklung digitaler Technologien wird mit einem **gründlichen Überdenken** des westlichen Konzepts des privaten Lebens einhergehen, weil die Welt bislang noch kein Modell gefunden hat, das dieser Art von wirtschaftlicher Entwicklung oder von soziologischen und politischen Umständen entspricht. Die Denker und Wissenschaftler stellen sich derzeit mit Sorgen folgende Fragen: Befinden wir uns an einem **historischen Wendepunkt**, was die Dinge angeht, die die Entwicklung der westlichen Zivilisation für Jahrhunderte geprägt haben, insbesondere das **Konzept der Nation**? Wird die **Europäische Union** mithilfe ihres **(standardisierten) Binnenmarkts** für **Telekommunikation** und ihrer **gemeinsamen Rechtsvorschriften** zum **digitalen Bereich** zu **neuen Ufern aufbrechen**?

SCHLUSSFOLGERUNG

In dieser Studie waren wir immer wieder mit der **zunehmenden Komplexität** konfrontiert, die das **Arbeitsumfeld** des **EP** in den kommenden Jahrzehnten **prägen** wird.

Die **Multipolarität** der globalisierten Welt, das **Regieren auf mehreren Ebenen**, die **vielen Akteure**, die bei der Gesetzgebung und in der Politik **interagieren**, all dies schafft direkt und indirekt einen **neuen Kontext** für das EP.

Ein verändertes **demografisches Gleichgewicht** bei den Humanressourcen und Arbeitsmethoden bietet zum Teil die Chance, den neuen Erwartungen besser gerecht zu werden. Doch dies stellt uns auch vor neue Herausforderungen.

Unter anderem beschleunigt insbesondere die **technologische Entwicklung** mit neuen Geräten und Anwendungen den erwarteten Wandel und ist mit einer ganzen Reihe unerwarteter Nebenwirkungen verbunden.

Für viele führt die neue Komplexität in weltpolitischen Fragen, Technologie und Regierungsführung zu **zunehmender Unsicherheit**, weshalb ein **effizienteres Krisenmanagement** erforderlich ist. In diesem Kontext sollten Institutionen, wenn sie weiterhin eine maßgebliche Rolle spielen wollen, ihre Kapazitäten ausbauen, auf unvorhergesehene und unvorhersehbare Probleme zu reagieren. Um **Krisen** zu bewältigen, sollte der **neue Schwerpunkt** auf effizienter **Zusammenarbeit bei der Durchführung** liegen und nicht auf **langwierigen Rechtsverfahren**.

In diesem Zusammenhang könnten die europäischen Organe als **zu schwerfällig** und **zu stark an Rechtstexte und Verfahren** gebunden erscheinen. Sie sollten in der Lage sein, **rasch** auf die jeweilige Situation zu **reagieren**, um ihre **Glaubwürdigkeit wiederzuerlangen**, und sie sollten sich an die Hektik einer von wiederholten Krisen gekennzeichneten globalisierten Welt anpassen.

Die Organe, die ihr Reaktionsvermögen verbessern wollen, wie etwa das **EP**, sollten die **Ex-ante-Kooperation** mit anderen europäischen Organen **stärken** und den **Legislativprozess verkürzen**. Kompromisse und **Konsens** zwischen den **Fractionen** sollten **zur Regel werden**, um rascher Ergebnisse zu erzielen. Die **neuen Technologien** sollten eingesetzt werden, um die Informationsströme zu beschleunigen und die **Entscheidungsfindung zu verkürzen**.

Die Befürworter einer größeren Reaktionsfähigkeit könnten ein **viel größeres Risiko** übersehen, das sich aus der verstärkten Komplexität ergibt, nämlich das Risiko der **Fragmentierung**.

- Fragmentierung der **Wirtschafts- und Finanzverwaltung** in einer ganzen Reihe nicht koordinierter Foren, in denen die EU-Mitgliedstaaten nicht gleichbehandelt werden;

- Fragmentierung der **Regulierung** zwischen der globalen, der kontinentalen, der nationalen und der regionalen Ebene mit einer größeren Rolle nicht gewählter Gremien;
- Fragmentierung der **Rechtsvorschriften**. Klare Vorschriften und Gesetze werden immer mehr durch private Übereinkünfte, Schlichtung und Rechtsprechung ersetzt;
- Fragmentierung der **politischen Kräfte und Familien** mit einer Trennung zwischen der kontinentalen, der nationalen und der regionalen Ebene. Eine weitere Fragmentierung der etablierten politischen Familien unter dem Druck eines neuen Populismus und durch den Aufstieg politischer Unternehmer ist nicht auszuschließen.

Fragmentierung kann zu einem **Verlust an Kohärenz**, systematischen **Überschneidungen** und **andauernden Konflikten** sowie zu einer **Lähmung der Institutionen** und dann zu **Demokratiefrustration** führen, da es immer weniger verständlich wird, wer Regelungen verändert und für Erfolge und Misserfolge verantwortlich zu machen ist.

Um einen aktiven Beitrag zur **Vermeidung des Risikos** politischer und ordnungspolitischer **Fragmentierung** zu leisten, muss sich das EP **auf die Komplexität vorbereiten**. Dies sollte eine Reihe von Überlegungen sowohl hinsichtlich der **politischen Prioritäten** als auch der **Verwaltungsstrukturen** und der **Anpassung der Prozesse** einschließen.

Die Durchführung eines solchen Programms sollte **auf der Grundlage einiger wesentlicher Voraussetzungen** erfolgen:

- **Konzentration** auf die **Erarbeitung** gemeinsamer, solider, verständlicher und anerkannter **Vorschriften** für den Binnenmarkt;
- **Billigung** der Rolle einer **ordnungspolitischen Schaltzentrale**, die das EP selbst für die 500 Millionen Bürger des Binnenmarkts spielen sollte; das EP sollte als jener Platz gesehen werden, an dem die EU-Vorschriften auf transparente und demokratische Weise vorbereitet, geprüft und bewertet werden;
- **Verteidigung** des **Subsidiaritätsprinzips** und Ablehnung eines legislativen Tätigwerdens, wenn kein deutlicher europäischer Mehrwert erkennbar ist; eine solche Bewertung sollte vom Parlament selbst vorgenommen werden und aus einer demokratischen Debatte hervorgehen;
- **Berücksichtigung** des regelmäßigen **Beitrags** der **nationalen Parlamente** und der rechtlichen Vertreter der **Regionen** sowie von den **Sozialpartnern**; die Konsultation mit **Akteuren des Privatsektors** ist zur Ausarbeitung effizienter Vorschriften und Regelungen von wesentlicher Bedeutung. Sie muss offen, öffentlich und für neue Teilnehmer zugänglich sein;
- **Aneignung der Kapazitäten** zur Bewertung des europäischen **Mehrwerts**, der **Auswirkungen** auf Wirtschaft und Gesellschaft, der **Vereinbarkeit** mit den

Rechtsvorschriften in ähnlichen Bereichen unserer wichtigsten (demokratischen) Handelspartner. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Weiterverfolgung durch Rat und Kommission sowie durch die besonderen Ausschüsse für delegierte Rechtsakte gewidmet werden. Eine Ex-post-Bewertung sollte zur Regel werden;

- **Etablierung als Ort**, an dem **gesamteuropäische Politikoptionen** für die Union entstehen und verglichen werden. Es sollte auch der Ort sein, an dem gesamteuropäische politische Kräfte Unterstützung und eine Tribüne finden;
- **Übungsfeld** für neue Formen der **Politik** und des **Rechts**, unter intensiver Nutzung der Technologien durch die Mitglieder, unter anderem um die Bürgerbeteiligung an der legislativen Debatte zu fördern;
- **Berücksichtigung der Tatsache**, dass **Gesetzgebung** und die Festlegung erstzunehmender ordnungspolitischer Grundsätze **Zeit braucht**.

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT 2025

VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

TEIL 2

FRAGEN

1. MULTIPOLARER KONTEXT

1.1 WIE SOLLTE SICH DIE EU ÄNDERN, DAMIT SIE BIS ZUM JAHRE 2025 ZU EINEM GLEICHBERECHTIGTEN PARTNER DER USA, CHINAS UND INDIENS WIRD?

- Welches wirtschaftliche, soziale und territoriale Modell will die EU gemeinsam verwirklichen?
- Mit Hilfe welcher politischer Strategien können die Ressourcen der EU am besten mit ihren ehrgeizigen Zielen und Wertvorstellungen auf dem Gebiet der Außenpolitik in Einklang gebracht werden, um die EU auf internationaler Bühne zu stärken, während gleichzeitig dieselbe Funktionsfähigkeit und interne Kontinuität gewährleistet werden, damit sie ihren Partnern auf gleicher Augenhöhe gegenüberstehen können?
- Sind die von der EU in internationalen Verhandlungen vertretenen Positionen mit den Zielvorgaben der Verträge vereinbar?
- Welche Konsequenzen könnten sich ergeben, wenn das EP nicht seine Zustimmung erteilt, wie sie im Vertrag von Lissabon für den Abschluss von internationalen Vereinbarungen vorgesehen ist?
- Wie kann das EP Strukturen für die wirtschaftspolitische Steuerung aufbauen und die Legitimität mit 27 oder mehr Mitgliedstaaten erhöhen, während gleichzeitig der Euro-Raum gestärkt wird?
- Wie kann die EU die legislativen und haushaltspolitischen Instrumente einsetzen, um die Strategie Europa 2020 zu verwirklichen?

1.2 WIE KÖNNEN WIR UNSERE BILATERALEN BEZIEHUNGEN ZU WICHTIGEN INTERNATIONALEN AKTEUREN WIE DEN VEREINIGTEN STAATEN, CHINA, INDIEN, BRASILIEN UND INDONESIA WEITERENTWICKELN?

- Welches sind die prägenden Merkmale der internationalen bilateralen Beziehungen Europas, und mit Hilfe welcher organisatorischer Formen könnte die Funktionsfähigkeit weiterentwickelt und gestärkt werden?
- Wie kann die EU die kulturelle Dimension ihrer externen Maßnahmen entwickeln?
- Wie kann die EU das internationale Währungssystem weiterentwickeln und makroökonomische Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft angehen?
- Könnte die Struktur des Verbindungsbüros des EP in Washington DC ein Beispiel für andere externe Außenbüros und Informationsbüros sein?
- Welches könnten die Rückwirkungen für die Gebäude und Einrichtungen sein, wenn die Außen- und Informationsbüros neue Aufgaben in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Überwachung übernehmen?
- Ist die im Rahmen des EP gegenwärtig bestehende Struktur von ständigen Delegationen und Versammlungen mit ständigen Sekretariaten in der Lage, dem raschen Wandel der Weltwirtschaft Rechnung zu tragen?
- Wie könnten Fraktionen, transnationale Parteien und ihre Stiftungen eine stärkere internationale Wirkung entfalten?
- Sollte das EP formell die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung EU-USA sowie eine Verstärkung der Beziehungen zu Brasilien und Indonesien vorschlagen?

1.3 WIE SOLLTEN WIR DIE BEZIEHUNGEN ZU UNSEREN ÖSTLICHEN UND SÜDLICHEN NACHBARN WEITERENTWICKELN?

- Gibt es Möglichkeiten, wie die parlamentarischen Beziehungen mit benachbarten Nationen zusätzlich zu der Möglichkeit einer EU-Mitgliedschaft gestärkt werden könnten?
- Welche Alternativen gibt es für die Nachbarstaaten zu einer Vollmitgliedschaft in der EU?
- Reicht das gegenwärtige System der ständigen interparlamentarischen Delegationen aus?
- Wie sollten die Politiken der EU wie z. B. die Kohäsions- und Verkehrspolitik zu den Beziehungen zu den Nachbarländern beitragen?
- Wie kann das EP den interkulturellen Dialog fördern und vertiefen?
- Welche informellen Kontakte können entwickelt werden, über die europäische Werte vermittelt werden könnten?

1.4 WELCHE SICHERHEITSPOLITISCHEN, VERTEIDIGUNGSPOLITISCHEN UND NACHRICHTENDIENSTLICHEN AUFGABEN KÖNNTE DIE EU ÜBERNEHMEN?

- Wie hoch sind die Kosten des Nicht-Europa auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung?
- Wie werden sich die Bedrohungen durch den Terrorismus und das internationale organisierte Verbrechen weiter entwickeln, und wie werden sie sich auf die EU auswirken?
- Ist unsere Nachbarschaftspolitik auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist, zugeschnitten?
- Sollte eine supranationale globale Behörde eingerichtet werden, um globale Regeln/Sicherheitsmaßnahmen für die IKT zu konzipieren?
- Würde ein eigenständiger Ausschuss des EP, der sich mit Fragen der Sicherheit und der Verteidigung befasst, einen Zusatznutzen erbringen?
- Sollte die EU Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OECD werden, und unter welchen Bedingungen?
- Welche Rolle kann das EP als Vermittler in Krisen oder in Verhandlungen übernehmen?

1.5 WIE KANN DAS EP MAßNAHMEN ZUR FÖRDERUNG VON ENTWICKLUNG UND DEMOKRATIE ENTWICKELN?

- Ist die Entwicklungspolitik der EU geeignet, den gegenwärtigen und bevorstehenden Herausforderungen in den Entwicklungsländern zu begegnen, oder sollte sie einer Überprüfung unterzogen werden?
- Könnte Europa seine auf „Soft Power“ basierende Stärke in der Entwicklungspolitik zum Einsatz bringen und dabei sowohl den Handel als auch die Entwicklungshilfe abdecken?
- Sollte die Union die Beziehungen zu den Begünstigten der EU-Hilfe, die sich mehr und mehr zu Gebern entwickeln (China, Indien und Brasilien) im Kontext der globalen Entwicklungsagenda neu bestimmen?
- Welche Auswirkungen könnten sich auf die Bestimmung, den Inhalt und die Umsetzung der Grundrechte innerhalb der EU ergeben?
- Wie könnte das EP Maßnahmen zur Förderung der Demokratie und zum Aufbau von Kapazitäten entwickeln?
- Wie sollte das EP einen Dialog mit regionalen Organisationen wie der Arabischen Liga und dem Golf-Kooperationsrat aufnehmen?

1.6 KÖNNEN DIE AUßENPOLITISCHEN RESSOURCEN UND HANDELSKOMPETENZEN DER EU DIE KÜNFTIGEN HERAUSFORDERUNGEN BEWÄLTIGEN?

- Wie kann die EU eine positive ordnungspolitische Wirkung in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Handel entwickeln, da selbst inländische Schocks globale Ausmaße haben?
- Wie wird sich das Wachstum in den bilateralen Abkommen auf das multilaterale Ziel auswirken, und gibt es ausreichende demokratische Legitimität?
- Wie sollte das EP die „Soft Power“ der EU einsetzen, um auf schnelle und unerwartete internationale politische Prioritäten zu reagieren?
- Welche Auswirkungen hat das Überhandnehmen von ständigen politischen Strukturen, die sich mit der Außenpolitik befassen, auf das EP?
- Wie sollte die EU die strategischen wirtschaftlichen Anforderungen mit den grundlegenden europäischen Werten in Einklang bringen?

2. REGIEREN AUF MEHREREN EBENEN

2.1 WIE KÖNNEN WIR DABEI HELFEN, EINE FUNKTIONIERENDE DEMOKRATISCHE DIMENSION FÜR DIE G8/G20 ZU ENTWICKELN?

- Wie können die auf internationalen Gipfeln erzielten Beschlüsse besser vorbereitet und in einen Rechtsrahmen eingebunden werden?
- Können bestehende Strukturen wie die OECD die Grundlage dafür bilden und auf ihren seit langem bestehenden institutionellen Beziehungen zu Parlamentariern über die Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der NATO aufbauen?
- Wie kann das EP eine demokratische Rechenschaftspflicht einschließlich der Kontrolle entwickeln und Initiativen und Beschlüsse der G8/G20 mitgestalten, und wollen wir ein G3-Format, das von der EU, China und den Vereinigten Staaten geschaffen wird?
- Wie fügen sich die G8/G20 in die internationale Governance-Architektur ein, und welche Beziehungen bestehen zu anderen internationalen Organisationen wie dem IWF, der Weltbank und der OECD?
- Sollte das EP die Parlamentarier der G8/G20 in ihrer Arbeit einbinden und um ihre Beiträge und Kommentare nachsuchen?

2.2 WIE SOLLTEN WIR UNSERE BEZIEHUNGEN ZU ANDEREN REGIONALEN ORGANISATIONEN WIE DER ASEAN UND DER AFRIKANISCHEN UNION ENTWICKELN?

- Wie können die politische Rolle der EU und ihr Einfluss in internationalen Institutionen und Foren gestärkt werden, damit die finanzielle Unterstützung, die die EU weltweit gewährt, zum Ausdruck kommt?
- Muss das EP seine bestehende Struktur von Versammlungen und Strukturen als Reaktion auf neue regionale Verlagerungen und neu entstehende Organisationen neu organisieren?
- Gibt es Wege und Möglichkeiten, wie man regionalen Organisationen wie der ASEAN und der Afrikanischen Union dabei helfen könnte, eine stärkere parlamentarische Dimension zu entwickeln?
- Wie könnten Fraktionen, transnationale Parteien und ihre Stiftungen diese Beziehungen weiter fördern?
- Sollten ständige Delegationen mit strategisch wichtigen Ländern in Afrika außerhalb des Rahmens des Panafrikanischen Parlaments und der Gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU errichtet werden, oder sollte das EP Beziehungen zu afrikanischen Subregionen oder Organisationen wie der ECOWAS knüpfen?

2.3 WIE KÖNNTEN WIR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN EFFEKTIVER ORGANISIEREN?

- Wie könnte das Parlament effektiver auf die mit Gründen versehenen Stellungnahme und Beiträge der nationalen Parlamente reagieren?
- Sollte das EP ein Netz nationaler parlamentarischer Verbindungsstellen errichten, um auf die Einrichtung von Büros der 26 nationalen Parlamente in Brüssel zu reagieren? Welcher Modus operandi könnte zu besseren Arbeitsbeziehungen zwischen dem EP und diesen Vertretungen der nationalen Parlamente führen?
- Können die MdEP stärker in die Ausschussarbeit und die von den nationalen Parlamenten ausgeübte legislative Kontrolle eingebunden werden?
- Könnte eine enger strukturierte Zusammenarbeit zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten zu einer besseren Kommunikation und legislativen Synergien führen? Welches Verfahren könnte das EP entwickeln, um seine Beziehungen zu den nationalen Parlamenten regelmäßig zu bewerten?

- Wie sollte das EP auf Fragen der Subsidiarität antworten, die von nationalen Parlamenten aufgeworfen werden, und gibt es neue Wege, wie das EP und die nationalen Parlamente die Synergien in den Bereichen Haushalt, Forschung, Sachverstand und Gesetzgebungstätigkeit fördern könnte?
- Wie sollte das EP bewährte Praktiken in der politischen Beschlussfassung mit den nationalen Parlamenten austauschen, um Zugänglichkeit, Offenheit, Mitwirkung, Rechenschaftspflicht, Effektivität und Kohärenz zu verbessern?

2.4 WELCHE MECHANISMEN SOLLTE DAS EP IN DEN MITGLIEDSTAATEN NUTZEN ODER SCHAFFEN, WENN DIE NATIONALEN, REGIONALEN UND LOKALEN AKTEURE FÜR UNS WICHTIGER WERDEN?

- Wie könnte das EP Basisorganisationen der Zivilgesellschaft in die Konzeption und Erläuterung von politischen Initiativen und Rechtsakten der EU (z. B. in den Bereichen Migration und Integration) einbinden?
- Wie kann das EP seine Erfahrungen mit der Organisation gemeinsamer parlamentarischer Sitzungen mit den nationalen Parlamenten und von Foren mit den Bürgern nutzen, um gemeinsam mit den nationalen Parlamenten konsultative Mechanismen der Zivilgesellschaft zu Fragen der EU-Politik zu entwickeln?
- Welche Erfahrungen können aus den verschiedenen Ansätzen unserer EP- Informations- und Verbindungsbüros gelernt werden, um bewährte Praktiken zu fördern?
- Wie verändert sich das Gleichgewicht zwischen der Kommunikation und der Schaffung von politischen Netzwerken, und welche Auswirkung wird dies auf die Rolle der Informationsbüros des EP haben?
- Kann das EP seine Beziehungen zu den nationalen, regionalen und lokalen Akteuren bei der Überwachung der Umsetzung und Durchführung der Rechtsvorschriften der EU besser nutzen?
- Was sollte das EP unternehmen, um den Zusatznutzen und die Vorteile der EU-Politiken auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu vermitteln?

2.5 AUF WELCHE WEISE KANN DAS EP DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ÜBRIGEN ORGANEN DER EU VERBESSERN?

- Wie könnte das EP seinen Einfluss gegenüber dem Rat, der Europäischen Kommission, dem Ausschuss der Regionen, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Auswärtigen Dienst verbessern?
- Welche Rolle können der interinstitutionelle Austausch von Personal und Abordnungen von Bediensteten bei der Verbesserung bei der Zusammenarbeit spielen?
- Ist eine neue institutionelle Regelung für die künftige wirtschaftspolitische Steuerung und finanzielle Koordinierung in der EU erforderlich?
- Wie könnte sich die haushalts- und wirtschaftspolitische Rolle des EP mit dem künftigen mehrjährigen finanziellen Rahmen verändern?
- Welches Potenzial besteht im Hinblick auf die gemeinsame Nutzung von Ressourcen – wie z. B. Gebäuden – und die Koordinierung der Ankauf- oder Mietstrategien, um einen Gegenwert für die eingesetzten Mittel zu erhalten?

3. POLITIKGESTALTUNG MIT EINER VIELFALT VON AKTEUREN

3.1 WIE SOLLTEN WIR MIT DEN NEUEN INTERNETGESTÜTZTEN MEDIEN UND DEN SOZIALEN NETZWERKEN UMGEHEN?

- Könnte die Europäische Bürgerinitiative vom EP gefördert werden, um die Mitwirkung der Bürger am Legislativprozess der EU zu verstärken?
- Kann die Webseite des EP eine einheitliche Anlaufstelle für Wähler, Mitglieder und Bedienstete sein, die die richtigen Links zu den europäischen Rechtsvorschriften und entsprechende Hintergrundinformationen suchen?
- Wie kann das EP Internet-Journalisten und Bloggern dabei helfen, den Legislativprozess der EU besser zu verstehen, damit Mythen durch Fakten ersetzt werden? Wie kann es Internet-gestützte Medien einsetzen, um seine Kommunikation zu laufenden Legislativverfahren stärker zu straffen?
- Wie will das EP den Einsatz des Internet zur Verbreitung falscher Informationen und ungenauer Tatsachen aufhalten?
- Könnten soziale Netzwerke und neue internetgestützte Instrumente dem EP dabei helfen, die Bürger zu erziehen, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu organisieren und bestimmte Aktivitäten durchzuführen?
- Kann das EP die sozialen Medien nutzen, um Trends in der öffentlichen Meinung darzustellen und die Bürger stärker in den demokratischen Prozess der EU einzubinden?
- Werden die Digitalisierung und die globale Informationsgesellschaft den Zugang zu Informationen und Wissen sowie die freie Meinungsäußerung berühren?
- Wird der Zugang zu Originaldokumenten die Bedeutung der Kommunikation mit den Bürgern seitens der MdEPs oder der Organe verstärken oder verringern?
- Welche Auswirkung werden neue technologische Entwicklungen auf den Datenschutz und das Recht auf die persönliche Privatsphäre haben?

3.2 WIE VERMEIDET MAN, DASS DER POLITISCHE „MITTELSMANN“ MARGINALISIERT WIRD?

- Wie kann das EP gewährleisten, dass die Zunahme von Exekutiventscheidungen und Initiativen, die von der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren organisiert werden, nicht den Handlungsspielraum der Parlamentarier verringern?
- Welche Auswirkungen könnten künftige Änderungen auf die Struktur und Zivilvorgaben der Fraktionen, transnationalen Parteien und anderen Stiftungen haben?
- Kann das EP sein Netz nationaler und regionaler Büros dazu nutzen, die MdEPs dabei zu unterstützen, stärker in Kampagnen und andere Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit eingebunden zu werden?
- Welche neuen Muster der Kommunikation könnten sich aus der Praxis der direkten Demokratie ergeben, und wie kann das EP weitere demokratische Legitimität gewinnen?

3.3 WIE KÖNNEN WIR DIE BILDUNG VON KOALITIONEN AUF TRANSNATIONALER EBENE STIMULIEREN?

- Wie kann das EP angesichts der Erweiterung der EU und der finanziellen Sachzwänge die Kapazitäten der Fraktionen sowie der transnationalen Parteien und ihrer Stiftungen weiter stärken?
- Wie könnte das EP die Zusammenarbeit zwischen MdEPs und nationalen Politikern verbessern und erleichtern (beispielsweise durch Identifizierung gemeinsamer legislativer Interessen)?

- Wie sollte das EP mit anderen Akteuren wie Lobbyisten, der Zivilgesellschaft und den Medien zusammenarbeiten, um einen transnationalen Ansatz in der Politikgestaltung zu fördern?
- Auf welche Weise könnte eine neue räumliche Organisation des Arbeitsprozesses eine stärker integrative und reaktive Zusammenarbeit zwischen sämtlichen Akteuren unterstützen?

3.4 WERDEN EINE TRANSNATIONALE POLITIKGESTALTUNG AUF DER EBENE DER EU UND DER TECHNISCHE WANDEL NEUE RECHTLICHE ZIELSETZUNGEN ERFORDERN?

- Welche Auswirkung werden die Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen, den nationalen Parlamenten und regionalen Versammlungen auf die rechtliche Kapazität des EP haben?
- Wie sollte das EP seine Strukturen und seine Arbeitsprozesse anpassen, um dem Recht auf legislative Initiative und der Notwendigkeit einer Prüfung von Änderungsanträgen uneingeschränkt Rechnung zu tragen?
- Verfügt das EP über ausreichende rechtliche Ressourcen, um auf die Zunahme des Rückgriffs auf das Internet, die neuen Medien, soziale Netzwerke und das Erfordernis der Transparenz zu reagieren?
- Wie kann das EP die europäische Rechtsprechung besser nutzen, um politische Prioritäten und legislative Zielvorgaben zu verwirklichen?
- Welcher zusätzliche rechtliche Sachverstand könnte für das EP erforderlich sein, um internationale Vereinbarungen zu unterstützen und Forderungen nach Folgenabschätzungen nachzukommen?

4. DIE TECHNOLOGIE ALS BESCHLEUNIGER DES WANDELS

4.1 WELCHE AUSWIRKUNGEN WIRD DER TECHNOLOGISCHE WANDEL AUF DIE KÜNFTIGE ORGANISATION DER ÜBERSETZUNG HABEN?

- Könnten neue Programme für die Spracherkennung und das Diktieren in weitem Umfang eingesetzt werden?
- Könnte die computergestützte Übersetzung und Übersetzungsmaschinen von den internationalen Institutionen verstärkt als Möglichkeit genutzt werden, eine kosteneffizientere Mehrsprachigkeit zu gewährleisten?
- Welches sind die Vorzüge einer stärkeren Automatisierung für die Übersetzung?
- Welchen künftigen Bedarf an Bediensteten erwarten wir, und wird sich das Tätigkeitsprofil aufgrund sich wandelnder Aufgaben ändern müssen?

4.2 WELCHES SIND DIE AUSWIRKUNGEN DES TECHNOLOGISCHEN WANDELS AUF DIE KÜNFTIGE ORGANISATION DES DOLMETSCHDIENSTES?

- Welche technologischen Entwicklungen werden im Bereich des Dolmetschens erwartet?
- Könnte die Verfügbarkeit neuer Technologien den MdEPs gestatten, die europäische Politik einer größeren Zahl von Bürgern überall in der EU leichter verständlich zu machen, indem die Sprachen der Menschen eingesetzt werden?
- Wie kann das Dolmetschen in einer Union von potenziell 35 Mitgliedstaaten (einschließlich einiger regionaler Sprachen) kosteneffektiv bleiben?
- Sollten die Organe der EU in Erwägung ziehen, für einige internationale Veranstaltungen mit Schlüsselcharakter nichteuropäische Sprachen einzusetzen?
- Können sich die Institutionen der EU darauf einigen, für bestimmte Sitzungen in beträchtlich weniger Sprachen zu arbeiten?

4.3 WIE SOLLTE DAS EP DIE MITGLIEDER DARAUF VORBEREITEN, ALS „EXPERTEN FÜR KOMMUNIKATION“ TÄTIG ZU WERDEN?

- Welche Art von mobilen IKT-Geräten werden die MdEPs in Zukunft für die Kommunikation nutzen?
- Sollte das EP eine zusätzliche IKT-Schulung für die Mitglieder entwickeln?
- Könnten maßgeschneiderte Suchmaschinen und zielorientierte Datenbanken zur Beobachtung der Medien und zur Politikforschung gefördert werden?
- Wie kann das Internet den Mitgliedern gestatten, Unterstützungsnetze zu entwickeln und auf neue Forderungen von Wählern zu reagieren?
- Sind die Verfahren und der legislative Inhalt des EP hinreichend zugänglich und verständlich, damit die MdEPs die Verfahren leicht erläutern können?

4.4 WIE KÖNNEN WIR SICHERSTELLEN, DASS DIE KOMMUNIKATION ÜBER DEN ERLASS VON RECHTSVORSCHRIFTEN DIE EU-BÜRGER EINBEZIEHT?

- Wie kann das EP seine Fähigkeit verbessern, die Legislativprozesse der EU von der Konzeption bis zum Abschluss zu erläutern?
- Kann das EP diejenigen, die Rechtsvorschriften der EU konzipieren und produzieren, stärker in den Prozess der Erläuterung und der Kommunikation des legislativen Outputs auf europäischer Ebene beteiligen?
- Könnten maßgeschneiderte Suchmaschinen und zielorientierte Datenbanken vom EP zwecks Beobachtung der Medien während des gesamten Legislativprozesses gefördert werden?
- Können neue IKT-Entwicklungen das EP in die Lage versetzen, spezifische Gruppen von Wählern zu erreichen und „Fazilitatoren“ mit gezielten Informationen zu versorgen?
- Wie sollte die Dokumentenverwaltung weiterentwickelt werden, um die Aufbewahrung sowohl von legislativen als auch von nichtlegislativen Dokumenten und Informationen zu gewährleisten?
- Welche potenziellen Synergien bestehen für das EP im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen, nationalen Parlamenten und regionalen Versammlungen im Hinblick auf die Weitergabe von Kampagnenbotschaften, die sich auf gemeinsame transnationale politische Zielvorgaben stützen?

4.5 WELCHE ART VON GEBÄUDEN UND EINRICHTUNGEN BRAUCHT DAS EP IN DER ZUKUNFT ANGESICHTS DES WEITEREN TECHNOLOGISCHEN WANDELS?

- Welche Auswirkungen werden sich für die Restauration und andere Dienste ergeben (einschließlich Sicherheit, Mobilität und Gesundheitswesen)?
- Wie werden sich die Gebäude von jetzt bis 2025 ändern, und wie kann man aus einer Neugestaltung der Arbeitsorganisation Nutzen ziehen?
- Ist es denkbar für das EP, die Zahl seiner Arbeitsorte zu verringern und seine Einrichtungen auf ein primäres Gebiet der physischen und virtuellen Aktivität zu konzentrieren?
- Welche Anforderungen werden sich im Hinblick auf das Material, die Infrastruktur, die Sicherheit und die technische Ausgestaltung für neue Gebäude ergeben, insbesondere dann, wenn das „Hot Desking“ als Option in Erwägung gezogen wird?
- Wie können neue Technologien den Arbeitsort und die Arbeitsbedingungen des EP verbessern und Kosteneinsparungen herbeiführen, insbesondere auf dem Gebiet der Energieeffizienz?
- Wie wird sich der institutionelle und technologische Wandel auf die Aktivitäten der MdEP und die ihrer privaten Büros auswirken?
- Wie könnte „Cloud Computing“ die Art und Weise berühren, wie Informationen an die MdEP verbreitet werden?
- Werden die IKT-Entwicklungen es ermöglichen, dass Debatten, die Beschlussfassung und Abstimmungen im virtuellen statt im physischen Raum stattfinden?
- Könnten neue Technologien die Zeit verkürzen, die innerhalb des EP für den Beschlussfassungsprozess erforderlich ist, und die Zahl von virtuellen Sitzungen erhöhen?
- Sollten interinstitutionelle Datenbanken und gemeinsame Online-Plattformen geschaffen werden, um die Umsetzung von Rechtsvorschriften zu verfolgen und die Ergebnisse der Politiken zu bewerten?
- Könnte die Verwendung von elektronischen Signaturen sowohl aus rechtlichen als auch marketingspezifischen Gründen stärker ermutigt werden?
- Wie wird das Parlament Dokumente archivieren müssen, und werden papierlose Systeme an die Stelle von papiergestützten Systemen treten?
- Wie werden sich die Verfahren der öffentlichen Ausschreibungen und die Finanzvorschriften ändern?
- Welches sind die künftigen Trends bei den Praktiken in den Bereichen Planung, Finanzgebaren und Rechnungsführung sowie Finanzberichterstattung?
- Wie kann das Parlament die finanziellen Kompetenzen von MdEPs und Bediensteten des EP weiterentwickeln, um den Austausch von Wissen in Finanzfragen zu fördern?

4.6 WIE WIRD SICH DER INSTITUTIONELLE UND TECHNOLOGISCHE WANDEL AUF DIE ARBEITSPLATZPROFILE IM EP AUSWIRKEN?

- Auf welche Weise werden sich die Arbeitsanforderungen im EP ändern?
- Wie können wir eine Kultur der Vernetzung – mit ständig sich wandelnden Konstellationen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Dienststellen des Parlaments entwickeln?
- Sollte das EP themenspezifische Teams einsetzen, die über die Aufteilung in Direktionen hinaus tätig werden und in denen verschiedene hausinterne Fertigkeiten zusammengetragen werden, um frische Synergien zu schaffen und eine Konzentration auf Projektteams herbeizuführen?
- Wie kann das EP dabei helfen, längere Arbeitszeiten und neue Anforderungen an das Personal mit ihrem Privatleben in Einklang zu bringen?
- Wie sollte sich das EP an die Entwicklungen im Bereich Telearbeit und Job-Sharing anpassen und die entsprechenden Herausforderungen bewältigen?
- Über welche Qualifikationen, über welche Ausbildung und über welche beruflichen/technischen Fertigkeiten sollten die Bediensteten verfügen?
- Können Fortbildungsmaßnahmen des EP dabei helfen, dass die Bediensteten das größtmögliche Engagement zeigen, und ihnen die notwendigen Fertigkeiten vermitteln, um sich dem komplexen Wandel zu stellen?

LITERATURVERZEICHNIS

Zur Vertiefung

Beyond Austerity: a path to economic growth and renewal in Europe, London, McKinsey Global Institute, 2010

Beyond the crisis, Brussels, Bruegel, 2011

P. Dixon, *The Six Faces of Global Change*. London, Profile Books, 1998

Europe 2020, A European Strategy for smart, sustainable and inclusive growth, Brussels, European Commission, 2008

G. Friedman, *The Next 100 Years. A Forecast of the 21st Century*, London, Anchor, 2009

The Future of Europe, Brussels, Eurobarometer, 2006

The Future of the European Union - Futurist Topics - Future Trends, Brussels, Globalchange, 2010

Four Futures of Europe, The Hague, Centraal Plan Bureau, 2003

Global Trends 2025: A Transformed World, Washington (D.C.), National Intelligence Council, 2008

N. Gniesotto, G. Grevi (dir), *The New Global Puzzle*, Paris, EUISS, 2006

P. Kahn, *The Second World, - How emerging Powers are redefining global competition*, London, Penguin Books, 2009

Project 2030, Challenges and Opportunities, Brussels, EU Reflection Group, 2008

G. Majone, *Europe as a Would-be-World-Power: The EU at Fifty*. Cambridge, Cambridge University Press, 2009

Mapping the Global Future, Washington (D.C.), National Intelligence Council, 2005

J. McCormick, *The European Superpower*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2007

J. Nye, *The Future of Power*, Cambridge (Mass.), Harvard University Press, 2011

The Spectre of a multi-polar Europe, London, European Council on Foreign Relations, 2010

J. Stiglitz, *Freefall*, New York, W. W. Norton, 2010

S. Weber, **B. W. Jentleson**, *The End of Arrogance*, Cambridge (Mass.), Harvard University Press, 2010

Vision for a Competitive Europe 2025, Brussels, European Round Table of Industrialists, 2010

Vision 2050: The new agenda for business, Geneva, World Business Council for Sustainable Development, 2010

The World in 2025, Brussels, EPP Group, 2007

The World in 2025, Brussels, European Commission, 2009

The World in 2050, London, PricewaterhouseCoopers, 2006

Die EU als „Soft Power“

- S. Anderson, *Crafting EU security policy. In pursuit of a European identity*, Boulder, Lynne Rienner, 2009
- C. Bretherton, J. Vogler, *The European Union as a Global Actor*. London, Routledge, 2006
- P. Bickerton, J. Christopher, *European Union Foreign Policy: From Effectiveness to Functionality*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2011
- F. Bindi (Ed.), *The Foreign Policy of the European Union. Assessing Europe's role in the world*, Washington (D.C.), Brookings institution press, 2009
- Fraser Cameron, *An Introduction to European foreign policy*, London, Taylor and Francis, 2007
- G. De Baere: *Constitutional Principles of EU External Relations*. Oxford, Oxford University Press, 2008
- F. Brantner, R. Gowan, *A Global Force for Human Rights, An Audit of European Power at the UN*, London, European Council on Foreign Relations, 2009
- The EU's strategic interests in Asia*, Brussels, European Institute of Asia Studies, 2005
- A. Gamble, D. Lane, (Eds.), *The European Union and World Politics*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2009
- N. Gniesotto, *L'Europe a-t-elle un avenir stratégique?*, Paris, Armand Colin Editions, 2011
- Ch. Grant, T. Valasek, *Preparing for the multi-polar world: European foreign and security policy in 2020*, London, Center for European Reform, 2007
- D. Hamilton, J. Quinlan, *Globalization and Europe*, Washington (D.C.), Center for Transatlantic Relations, 2011
- Ch. Hill, M. Smith, M. (Eds.), *International Relations and the European Union*, Oxford, Oxford University Press, 2005
- Ch. Hill, *International relations and the European Union*, Oxford, Oxford University Press, 2011
- K. E. Joergensen, (Ed.), *The European Union and International Organizations*, London, Routledge, 2009
- S. Keukeleire, J. MacNaughtan, *The Foreign Policy of the European Union.*, Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2008
- B. Kohler-Koch, F. Larat (Eds.), *European Multilevel Governance. Contrasting images in national research*, Cheltenham, Edward Elgar, 2009
- J. Orbie, (Ed.), *Europe's Global Role: External Policies of the European Union*, Aldershot, Ashgate, 2008
- F; Wunderlich and J. Bailey (Eds.), *The European Union and Global Governance. A Handbook*, Routledge, 2011

Nachbarschaftspolitik

- R. Dannreuther, *European Union Foreign and Security Policy. Towards a neighbourhood strategy*, London, Routledge, 2004
- S. Lavenex, *EU external governance. Projecting EU rules beyond membership*, Oxford, Routledge, 2010
- J. Zielonka, *Europe Unbound: Enlarging and Reshaping the Boundaries of the European Union*, London, Routledge, 2002

Regieren auf mehreren Ebenen und die damit verbundenen Herausforderungen

Shrinking Regions: a Paradigm Shift in Demography and Territorial Development, Brussels, EP Studies, 2008

Global Governance 2025, Paris, EUISS, 2010

Das Parlament in seinem Umfeld

Beyond the European Parliament, London, Centre for European Reform, 2010

World e-Parliament Report, New-York, United Nations, 2009

The Future of Congress, Washington (D.C.), US Congress, 2010

What democracy for Europe, Oslo, CES, 2010

ANLAGE 1: VERFÜGBARE QUELLEN

| | |
|--|------------------------------------|
| The Digital World in 2025 - Indicators for European Action | European Internet Foundation |
| Global Trends 2025: A Transformed World | National Intelligence Council |
| The World in 2025: How the European Union will need to respond | EPP-ED Group EU-Parliament |
| Nuchtere toekomstbeelden van een nieuwe generatie. Nederland in 2025 | Wiardi Beckman Stichting |
| België in 2030, een mogelijk toekomstscenario | Julien Borremans |
| The future of the Dutch economy in 2040 (summary) | Centraal Plan Bureau |
| PROJECT EUROPE 2030 - Challenges and Opportunities | EU Reflection group |
| EP Archives on-line (note) | DG PRES Library |
| IPEX database | IPEX |
| IPEX Interparliamentary EU Information Exchange (brochure) | IPEX |
| Study MEP 2025: guiding questions | Ehlers |
| Study MEP 2025: note Ehlers 17/9/2010 | Ehlers |
| Study MEP 2025: note Ehlers 21/10/2010 | Ehlers |
| Study MEP 2025: annexe 1 | Bertelsmann Stiftung |
| EMAS website | European Commission |
| Mapping the Global Future | National Intelligence Council |
| EUROPE 2020, A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth | European Commission |
| The Future of Europe - Eurobarometer | European Commission |
| Beyond austerity: A path to economic growth and renewal in Europe | McKinsey Global Institute |
| 2009 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008-2060) | European Commission |
| The Future of the European Union - Futurist Topics - Future Trends | Globalchange.com |
| The Future of Europe - Joseph S. Nye | Globalchange.com |
| Four futures of Europe - part 1 | Centraal Plan Bureau |
| Four futures of Europe - part 2 | Centraal Plan Bureau |
| Four futures of Europe - part 3 | Centraal Plan Bureau |
| The Evolving Internet - Driving forces, uncertainties and four scenarios to 2025 | CISCO - Globla Business Network |
| PS- Introduction The Future of Congress | US Congress |
| PS- Senate Senate Deliberation and the Future of Congressional Power | University of Maryland |
| PS- House What Might Bring Regular Order Back to the House? | The Catholic University of America |
| PS- Technology Blackberries, Tweets, and YouTube: Technology and the Future of Communicating with Congress | US Congress |
| PS- Demography Demographic Change and the Future of Congress | University of Minnesota |
| World e-Parliament 2007 ICT in Parliaments | Global Centre ICT Parliament |
| World e-Parliament report 2007 | United Nations |
| World e-Parliament report 2008 | United Nations |
| World e-Parliament report 2009 | United Nations |
| World e-Parliament report 2010 (Report not yet finalised - Home page + access to the chapters only) | United Nations |
| Le Monde en 2025 - La montée en puissance de l'Asie et la transition socio-écologique | European Commission |
| The World in 2025 - Rising Asia and socio-ecological transition | European Commission |

| | |
|--|---|
| The World in 2025 - Contributions from an expert group | European Commission |
| Statistics in focus - Regional population ageing of the EU at different speeds up to 2025 | Eurostat |
| Financement ESPAS - Système interinstitutionnel de prévision des évolutions a long terme de l'UE | European Commission |
| World e-Parliament 2010 Note de Laforest à Wieland | DG ITEC |
| ESPAS Note Mme Anne Vitrey | European Parliament |
| European Commission EUROPE 2020 - Database | European Commission |
| Towards a Future Internet | European Commission |
| First interim report WPPR on "The Plenary and the calendar of activities" | European Parliament |
| Second interim report WPPR on "Legislative activities and Interinstitutional relations" | European Parliament |
| Third interim report WPPR on "committees and delegations" | European Parliament |
| Final Report WPPR 2007-2009 | European Parliament |
| Informal guidelines ESPAS project | European Commission |
| D-50484 Renewal of web presence of the EP | European Parliament |
| Beyond the European Parliament: Rethinking the EU's democratic legitimacy | Centre for European Reform |
| The world in 2050 | PricewaterhouseCoopers |
| Beyond the crisis: prospects for emerging Europe | Bruegel |
| The New Global Puzzle - What World for the EU in 2025 | Institute for Security Studies |
| Global Governance 2025: At a critical juncture | Institute for Security Studies |
| Global Governance 2025: At a critical juncture version USA | National Intelligence Council |
| The Lisbon Treaty and National Constitutions | Centre for European Studies |
| What democracy for Europe | Centre for European Studies |
| Position du groupe ADLE sur le budget de l'UE après 2013 | groupe ADLE |
| The future of the Global Muslim Population | The Pew Forum on religion & public life |
| The Global Go-To Think Tanks 2010 | University of Pennsylvania |
| Europe 2020 Flagship Initiative Innovation Union - COM(2010)546 | European Commission |
| ERT's Vision for a competitive Europe in 2025 | European Round Table of Industrialists |
| ERT's suggestions for FP 8 | European Round Table of Industrialists |
| ERT's Energy and Climate Change | European Round Table of Industrialists |
| ERT's Employability & Flexibility | European Round Table of Industrialists |
| Can the EU Rebuild Failing States? A Review of Europe's Civilian Capacities | European Council on foreign relations |
| The spectre of a Multipolar Europe | European Council on foreign relations |
| E-Democracy in Europe - Prospects of Internet-based political participation Interim Report - Phase I "usage restreint" (le document n'étant pas définitif!) | European Parliament |
| E-Democracy in Europe - Prospects of Internet-based political participation Interim Report - Phase II "usage restreint" (le document n'étant pas définitif!) | European Parliament |
| Technological Options for Capturing and Reporting Parliamentary Proceedings | European Parliament |

| | |
|--|--|
| Information and Communication Technologies in Parliament | European Parliament |
| The Vision Scenario for the European Union - 2011 Update for the EU-27 | OKO Institute E.v. |
| Investing in Europe's future - 5th Cohesion report (foreword, summary, conclusions, maps) | European Commission |
| The future of Food and Farming: Challenges and choices for global sustainability (summary) | Government Office for Science |
| Risk Management, The Way Forward | European Parliament |
| Risk Management in the Secretariat of the European Parliament | European Parliament |
| How We'll Work in 2025 | Mansueto Ventures LLC |
| Annual Growth Survey - COM(2011)11 | European Commission |
| Energy Outlook 2030 | British Petroleum |
| Future Financing of the European Union (2005) | House of Lords |
| Part-time work in Europe | European Foundation |
| Demographic change and work in Europe | European Foundation |
| European Report on Development 2010 - Social Protection for inclusive Development | European University Institute |
| Envisioning Digital Europe 2030: Scenarios for ICT in Future Governance and Policy Modelling | European Commission JRC-IPTS |
| Cyber Security: The Road Ahead | DCAF |
| Democratic Governance Challenges of Cyber Security | DCAF |
| Europe 2020: Competitive or Complacent - Executive summary | American Chamber of Commerce to EU |
| The 9 billion-people question - a special report on feeding the world | The Economist |
| Vision 2050: The new Agenda for business - in brief | World Business Council for S.D. |
| An Action Plan for Europe2020 - Strategic Advice for the Post-Crisis World | The Lisbon Council |
| Knowledge, networks and nations - Global scientific collaboration in the 21st century | The Royal Society |
| More Gain Than Pain - Consolidating the public finances | Politeia |
| An assessment of the balancing of EU development objectives with other policies and priorities | European Parliament |
| Europe for growth: For a radical change in financing the EU | The Centre for European Policy Studies |
| Think Global - Act European - 2011 | Notre Europe |
| Think Global - Act European - 2010 | Notre Europe |
| The power of European integration | Policy network |

ANLAGE 2: PRESSEARTIKEL

| Subject | Source | Received |
|---|--|-------------------|
| <i>Charlemagne: Living with bad neighbours</i> | The Economist | 05/03/2011 |
| <i>CED (Essay: Russia's Reset and Central Europe)</i> | CEPA | 06/03/2011 |
| <i>Arab Spring reveals EU weakness</i> | EurActiv | 06/03/2011 |
| <i>U.S. Decline in Global Arena: Is America No Longer No. 1?</i> | TIME | 06/03/2011 |
| <i>China wants to deepen economic partnership with EU</i> | Euobserver | 07/03/2011 |
| <i>PA professionals see EU transparency 'declining'</i> | EurActiv | 07/03/2011 |
| <i>Signs of overheating in emerging markets</i> | IMF | 08/03/2011 |
| <i>U.N.: World Vulnerable to Food Crises</i> | The Wall Street Journal | 08/03/2011 |
| <i>Downturn Shakes Faith in Institutions</i> | The Wall Street Journal | 09/03/2011 |
| <i>Goldman Says Saudi Arabia Is Misleading the World About Oil Production</i> | The Wall Street Journal | 09/03/2011 |
| <i>Hispanics Surge in California</i> | The Wall Street Journal | 09/03/2011 |
| <i>U.S., EU Near Air-Safety Pact</i> | The Wall Street Journal | 09/03/2011 |
| <i>EU must fundamentally redesign its Mediterranean policy</i> | EurActiv | 10/03/2011 |
| <i>European Parliament report strains already fragile Turkey-EU ties</i> | Hurriyet Daily News and Economic Review | 10/03/2011 |
| <i>Americans see U.S. on wrong track</i> | Reuters | 10/03/2011 |
| <i>Million-strong strike planned over pensions</i> | The Guardian | 10/03/2011 |
| <i>Decline of honey bees now a global phenomenon, says United Nations</i> | The Independent | 10/03/2011 |
| <i>Storm looms as public sector pension reforms unveiled</i> | The Independent | 10/03/2011 |
| <i>European Pact Seen Losing Muscle</i> | The Wall Street Journal | 10/03/2011 |
| <i>Europe's Economic Divide Widens</i> | The Wall Street Journal | 10/03/2011 |
| <i>Corruption in India: A rotten state</i> | The Economist | 11/03/2011 |
| <i>Exodus of Skilled Labor Saps Germany</i> | The Wall Street Journal | 11/03/2011 |
| <i>U.K. Pension Report Urges Major Reform</i> | The Wall Street Journal | 11/03/2011 |
| <i>Bank of England Governor Mervyn King calls for 'grand bargain' on global imbalances</i> | Bank of England | 12/03/2011 |
| <i>In 2021 we'll be amazed how much the world has changed</i> | Niall Ferguson | 12/03/2011 |
| <i>The Digital Pileup</i> | NYTimes | 13/03/2011 |
| <i>The Happiness Economics of Life</i> | NYTimes | 13/03/2011 |
| <i>Regional inequality: The gap between many rich and poor regions widened because of the recession</i> | <i>The Economist</i> | <i>13/03/2011</i> |
| <i>Europe 2020 strategy: Regions challenge central governments</i> | Grahnlaw | 14/03/2011 |
| <i>When Unrest Stirs, Bloggers Are Already in Place</i> | NYTimes | 14/03/2011 |
| <i>Europeans are liberal, anxious and don't trust politicians, poll reveals</i> | The Guardian | 14/03/2011 |
| <i>EU-level political parties need legal status, says Constitutional Committee</i> | European Parliament | 15/03/2011 |
| <i>Parliaments central to economic governance success</i> | European Parliament | 15/03/2011 |
| <i>Libertarian Compassionomics? - Art Carden - The Economic Imagination</i> | Forbes | 15/03/2011 |
| <i>Can Japan find "New Deal" after triple whammy?</i> | Reuters | 15/03/2011 |
| <i>I Can't Eat an iPad'</i> | The Wall Street Journal | 15/03/2011 |
| <i>Poland to use 1989 revolution as lesson for Arab countries</i> | Euobserver | 16/03/2011 |
| <i>EU budget transparency: Advocating better rules and practices</i> | Space for transparency | 16/03/2011 |
| <i>No Easy Fixes in Illinois Pension Mess</i> | The Wall Street Journal | 16/03/2011 |
| <i>Fed up with the EU and Cyprus, Turkey eyes Karabakh</i> | Todays Zaman | 16/03/2011 |
| <i>EU proposes rules on international marriages</i> | AP | 17/03/2011 |
| <i>US life expectancy surpasses 78, a new record</i> | AP | 17/03/2011 |
| <i>Daily Number: Brazil Sees a Powerful Future</i> | Pew Research Center | 17/03/2011 |
| <i>Technological changes may lead to "reading divide"</i> | Reuters | 17/03/2011 |
| <i>Berners-Lee to protect 'open internet'</i> | The Telegraph | 17/03/2011 |
| <i>World energy crunch as nuclear and oil both go wrong</i> | The Telegraph | 17/03/2011 |
| <i>MEPs urge 'thorough overhaul' of EU neighbourhood policy</i> | Theparliament.com | 17/03/2011 |
| <i>Britain must adopt 'grey workforce' to combat pension costs</i> | Daily Telegraph | 18/03/2011 |

| | | |
|--|--|------------|
| <i>European life expectancy increasing</i> | London Evening Standard | 18/03/2011 |
| <i>Con Coughlin: Impotent America</i> | The Wall Street Journal | 18/03/2011 |
| <i>OECD: Pension Reforms Insufficient</i> | The Wall Street Journal | 18/03/2011 |
| <i>European life expectancy rising despite obesity</i> | Reuters | 19/03/2011 |
| <i>The American Spectator, Turkey Shifts Eastward</i> | Telegraph | 19/03/2011 |
| <i>Record Trade Deficit for Euro Zone</i> | The Wall Street Journal | 19/03/2011 |
| <i>Urban Magnets</i> | The Wall Street Journal | 19/03/2011 |
| <i>States look to shrinking legislatures to save money</i> | Reuters | 20/03/2011 |
| <i>The West and the Rest, By Niall Ferguson</i> | The Independent | 20/03/2011 |
| <i>U.S., Brazil Push Trade Agendas</i> | The Wall Street Journal | 20/03/2011 |
| <i>Experts strive to make citizens' initiative work</i> | EurActiv | 21/03/2011 |
| <i>Corruption in India: The season that never ends</i> | The Economist | 21/03/2011 |
| <i>Lawmakers want Europe to drive 'cultural diplomacy'</i> | EurActiv | 22/03/2011 |
| <i>Trichet: ECB Is Relying On Influence Of European Parliament</i> | Eurasia Review | 22/03/2011 |
| <i>Robert Fisk: Right across the Arab world, freedom is now a prospect</i> | The Independent | 22/03/2011 |
| <i>The workplace and industrial democracy</i> | New Social Democracy Observatory essay | 23/03/2011 |
| <i>Amartya Sen on Growth and Well-Being</i> | NYTimes | 23/03/2011 |
| <i>Hopeful Message About the World's Poorest</i> | NYTimes | 23/03/2011 |
| <i>How Much Technology Is Too Much?</i> | NYTimes | 23/03/2011 |
| <i>Adrian Hamilton: The end of the world as we know it</i> | The Independent | 23/03/2011 |
| <i>Public Pension Funds Caught in a Squeeze</i> | The Wall Street Journal | 23/03/2011 |
| <i>Pour Juppé, l'UE doit être capable d'utiliser des moyens militaires</i> | EurActiv | 25/03/2011 |
| <i>Latinos Fuel U.S. Growth in Decade</i> | The Wall Street Journal | 25/03/2011 |
| <i>Brown urges G-20 to seal 'global growth pact'</i> | AP | 27/03/2011 |
| <i>It's 2026, and the Debt Is Due</i> | NYTimes | 27/03/2011 |
| <i>The Future of Manufacturing is Local</i> | NYTimes | 28/03/2011 |
| <i>Hacktivists vs. the European Parliament: the political system is a question of wills</i> | OWNLeu | 28/03/2011 |
| <i>China marching ahead in science</i> | London Evening Standard | 29/03/2011 |
| <i>Russia: New Census Shows Population Decline</i> | NYTimes | 29/03/2011 |
| <i>Tools for Thinking</i> | NYTimes | 29/03/2011 |
| <i>Turkey and its region: Does Erdoğan have a plan?</i> | The Economist | 29/03/2011 |
| <i>Developing economies' lead over rivals poses risks</i> | AP | 30/03/2011 |
| <i>Klaus warns euro pact will lead to full political union</i> | Euobserver | 30/03/2011 |
| <i>Beyond economic governance: the EU needs new growth model</i> | European Parliament | 30/03/2011 |
| <i>Paris doit respecter le Parlement européen</i> | Le Monde | 31/03/2011 |
| <i>The Legislative Impact of the European Parliament Under the Revised Co-Decision Procedure</i> | | 31/03/2011 |
| <i>Commission's nano policy lost in definition</i> | EurActiv | 01/04/2011 |
| <i>Charlemagne: The handicapped union</i> | The Economist | 01/04/2011 |
| <i>Europe's foreign policy: Must try harder</i> | The Economist | 01/04/2011 |
| <i>All Facebook, STUDY: Millennials Prefer Facebook Politicking</i> | All Facebook | 02/04/2011 |
| <i>Obama links economic growth to energy independence</i> | AP | 02/04/2011 |
| <i>Member states to clash with EU parliament on passenger data</i> | Euobserver | 04/04/2011 |
| <i>Press Releases - The EU's Official Journal is going fully digital</i> | Europa | 04/04/2011 |
| <i>Polls reveals baby boomers' retirement fears</i> | AP | 05/04/2011 |
| <i>Demographic challenge facing EU</i> | Eurostat | 05/04/2011 |
| <i>A response to Denis MacShane's CER essay: national parliaments are not the route to EU legitimacy</i> | Jon Worth | 05/04/2011 |
| <i>Bill Gates: Millennium Development goals still 10 years away</i> | Euobserver | 06/04/2011 |
| <i>EU in race to digitise economy</i> | Euobserver | 06/04/2011 |
| <i>Germany's Future Rising in East as Exports to China Eclipse U.S.</i> | Bloomberg | 08/04/2011 |

| | | |
|--|---------------------------|------------|
| <i>Which MEP best represents your political views?</i> | Stephen Spillane | 09/04/2011 |
| <i>The European Parliament- the importance of having the right people in the right places</i> | University of Leicester | 10/04/2011 |
| <i>Spain: Catalans ponder independence in Barcelona</i> | AP | 11/04/2011 |
| <i>As worry list grows, G20 gets wonky</i> | Reuters | 11/04/2011 |
| <i>World Bank urges new thinking to tackle conflicts and violence</i> | Reuters | 11/04/2011 |
| <i>Daily Number: Global Muslim Population 2030</i> | Pew Research Center | 12/04/2011 |
| <i>A special report on pensions: A storm in the windy city</i> | The Economist | 12/04/2011 |
| <i>Five myths about the future of journalism</i> | The Washington Post | 12/04/2011 |
| <i>EU wants to open single market to Mediterranean countries</i> | EurActiv | 13/04/2011 |
| <i>G20 to work on imbalances plan amid crowded agenda</i> | Reuters | 13/04/2011 |
| <i>Charles Wolf, Jr.: The Facts About American 'Decline'</i> | The Wall Street Journal | 13/04/2011 |
| <i>China Seeks Heft for 'BRICS'</i> | The Wall Street Journal | 13/04/2011 |
| <i>Over 65s filling a third of new positions because they're too poor to retire</i> | Mail Online | 14/04/2011 |
| <i>China to become world's biggest energy consumer</i> | China business news | 15/04/2011 |
| <i>BRICS Cannot Hurt EU</i> | The Wall Street Journal | 15/04/2011 |
| <i>G-20's Efforts on Growth Stall</i> | The Wall Street Journal | 15/04/2011 |
| <i>Tom Gallagher: A Separate Scotland?</i> | The Wall Street Journal | 15/04/2011 |
| <i>Grave risk world trade talks to fail: WTO's Lamy</i> | Reuters | 17/04/2011 |
| <i>The Chinese Own Us, and Other Fallacies -</i> | The Wall Street Journal | 17/04/2011 |
| <i>Happiness is U-shaped ... which explains why the middle-aged are grumpy</i> | Telegraph | 18/04/2011 |
| <i>Emerging Economies Reject IMF Plan</i> | The Wall Street Journal | 18/04/2011 |
| <i>Foreign Direct Investment in China Surges 33% as Zhou Sees Excess Reserves</i> | Bloomberg | 19/04/2011 |
| <i>The End of the West</i> | The Enlightened Economist | 19/04/2011 |
| <i>European Parliament bid to boost Europe-wide parties</i> | BBC News | 20/04/2011 |
| <i>Public Retirees Surge as States Cut Benefits to Shrink Deficits</i> | Bloomberg | 20/04/2011 |
| <i>Federalists want next EU chief chosen from elected MEPs</i> | EurActiv | 20/04/2011 |
| <i>The Committee for the Future</i> | Parliament of Finland | 20/04/2011 |
| <i>Spinelli Debate : "European Stories"</i> | Spinelli Group | 20/04/2011 |
| <i>Indian Exports at Record High</i> | The Wall Street Journal | 20/04/2011 |
| <i>Cities build airport cities -- "aerotropolises"-- for growth</i> | USATODAY | 20/04/2011 |
| <i>OECD sounds warning on lost generation</i> | The Independent | 21/04/2011 |
| <i>Welsh powers sufficient, says Ed Miliband</i> | The Independent | 21/04/2011 |
| <i>Among older and more numerous in 2060 according to INSEE</i> | Economics Newspaper | 22/04/2011 |
| <i>Charlemagne: The trade war within</i> | The Economist | 22/04/2011 |
| <i>GORDON BROWN: Global 'Mini-Lateralism' Will Get Us Nowhere</i> | Huffington Post | 24/04/2011 |
| <i>Richer, More Equal Countries Are More Trusting, Study Finds</i> | Huffington Post | 24/04/2011 |
| <i>How the Arab Spring remade Obama</i> | The New Yorker | 25/04/2011 |
| <i>States face growing pension gaps</i> | Reuters | 26/04/2011 |
| <i>Tech, demand and unemployment: A portrait of structural change</i> | The Economist | 26/04/2011 |
| <i>Rise of Populist Parties Pushes Europe to the Right</i> | Sigmund, Carl and Alfred | 27/04/2011 |
| <i>China census shows population aging rapidly</i> | AP | 28/04/2011 |
| <i>South Korea and EU Trade Deal Live Stock Trading News Equities, Forex, Gold, Silver and Oil Trading</i> | Live Trading News | 28/04/2011 |
| <i>WTO to Discuss Doha Alternative</i> | The Wall Street Journal | 28/04/2011 |
| <i>New Class of Consumers Grows in Africa</i> | The Wall Street Journal | 02/05/2011 |
| <i>Europe's political parties: The shrinking big tents</i> | The Economist | 03/05/2011 |
| <i>ADB Says 3 Billion People in Asia May Reach Europe-Level Incomes by 2050</i> | Bloomberg | 04/05/2011 |
| <i>EU wins new powers at UN, transforming global body</i> | Euobserver | 04/05/2011 |
| <i>Innovation 'crucial' for EU's global economic position</i> | Euobserver | 04/05/2011 |
| <i>World population to pass 7 billion on October 31: U.N.</i> | Reuters | 04/05/2011 |
| <i>Jenkins: Civilization Vindicated</i> | The Wall Street Journal | 04/05/2011 |
| <i>Concern over rise of nationalist parties in Europe</i> | Theparliament.com | 04/05/2011 |
| <i>SAP Says Amazon Crash May Hamper Industry's Cloud Ambitions</i> | Bloomberg | 06/05/2011 |

| | | |
|--|-------------------------|------------|
| <i>EU economic growth hampered by careless research spending</i> | Euobserver | 06/05/2011 |
| <i>UK champions own diplomacy over EU 'action service'</i> | Euobserver | 06/05/2011 |
| <i>Van Rompuy: Europeans too depressed to be innovative</i> | Euobserver | 06/05/2011 |
| <i>The Art of Innovation</i> | The Wall Street Journal | 06/05/2011 |
| <i>Gulf states plan to complete customs union by 2015</i> | Reuters | 07/05/2011 |
| <i>Asean Promises Integration</i> | The Wall Street Journal | 07/05/2011 |
| <i>Building a Thinking Room</i> | The Wall Street Journal | 07/05/2011 |
| <i>EU Hopes to Sign Trade Pact With Singapore in 2011</i> | The Wall Street Journal | 07/05/2011 |
| <i>What Gives Social Norms Their Power</i> | The Wall Street Journal | 07/05/2011 |
| <i>Indonesia Seeks Larger Role in ASEAN</i> | The Wall Street Journal | 08/05/2011 |
| <i>The Unwisdom of Elites</i> | NYTimes | 09/05/2011 |
| <i>Internet boom 2.0 is here, starts to look bubbly</i> | Reuters | 09/05/2011 |
| <i>Global Shift: Mapping the Changing Contours of the World Economy: Peter Dicken ...another possible for reference for time and space</i> | SAGE book | 09/05/2011 |
| <i>Zbigniew Brzezinski's analysis of time and space.....</i> | Viking Press | 09/05/2011 |
| <i>EU has reached its 'lowest point in history'</i> | EurActiv | 10/05/2011 |
| <i>E.U. Official Urges More Unity</i> | NYTimes | 10/05/2011 |
| <i>Facebook 'shaping the way news is read'</i> | The Independent | 10/05/2011 |
| <i>Tea on the terrace at the Commons? MPs do their bit for struggling economy</i> | The Independent | 10/05/2011 |
| <i>Merkel backs EU-Japan free trade accord</i> | AP | 11/05/2011 |
| <i>Barrier: A revolution in integration only response to growing nationalism</i> | Euobserver | 11/05/2011 |
| <i>Plan to regulate EU policy lobbyists approved</i> | The Irish Times | 12/05/2011 |
| <i>Top EU institutions to use joint lobbyist register</i> | Euobserver | 13/05/2011 |
| <i>The New Global City</i> | The Wall Street Journal | 13/05/2011 |
| <i>Pro-independence surge in Scotland</i> | Euobserver | 14/05/2011 |
| <i>Digital diplomacy' to open access to Europe's culture, says MEP </i> | EurActiv | 14/05/2011 |
| <i>I.R.S. Moves to Tax Gifts to Groups Active in Politics</i> | NYTimes | 15/05/2011 |
| <i>World population: The world in 2100</i> | The Economist | 15/05/2011 |
| <i>Henry Kissinger on the China Challenge</i> | The Wall Street Journal | 15/05/2011 |
| <i>Press freedom – the new accession criterion?' by Katinka Barysch</i> | CER | 16/05/2011 |
| <i>Europarties towards 2014</i> | New Europe | 16/05/2011 |
| <i>Quantifying history: Two thousand years in one chart</i> | The Economist | 09/07/2011 |
| <i>Robert Herbold: China vs. America---Which Is the Developing Country?</i> | The Wall Street Journal | 09/07/2011 |
| <i>Europe has to become a change-maker in global politics</i> | E!Sharp | 11/07/2011 |
| <i>U.S. Status as World's Superpower Challenged by Rise of China</i> | Pew Research Center | 14/07/2011 |
| <i>Don't let the doom merchants obscure the true European picture Steven Hill</i> | The Guardian | 18/07/2011 |
| <i>Steve Richards: Everything has changed, but most politicians don't realise it</i> | The Independent | 19/07/2011 |
| <i>The eurozone is not a nation state Gayn Davies Insight into macroeconomics and the financial markets from the Financial Times</i> | FT.com | 20/07/2011 |
| <i>Reforming the European Parliament</i> | Public Service Europe | 20/07/2011 |
| <i>What a population of 7 billion people means for the planet Environment</i> | The Guardian | 20/07/2011 |
| <i>True challenge of a European demos</i> | openDemocracy | 21/07/2011 |
| <i>WTO's Lamy Criticizes Small Free-Trade Deals</i> | The Wall Street Journal | 21/07/2011 |
| <i>Democratic deficit at EU Council.....</i> | Europolitics | 22/07/2011 |
| <i>U.S.-India Strategic Relations: Taking the Long View</i> | Foreign Policy Blog | 22/07/2011 |
| <i>Parltrack: Tracking the European Parliament / Guest Blogs</i> | ePSIplus | 24/07/2011 |
| <i>Tech leaders ponder future of mobile</i> | The Independent | 24/07/2011 |
| <i>Africa Hungers for Good Governance</i> | The Wall Street Journal | 27/07/2011 |
| <i>"Revitalising the European Dream: A Corporate View"</i> | INSEAD | 01/08/2011 |
| <i>Putin supports merger of Russia and Belarus</i> | AP | 02/08/2011 |
| <i>Brazil, India and South Africa Must Do More to Be Powers</i> | Bloomberg | 02/08/2011 |
| <i>How will networks impact community and democracy in the digital age?</i> | Knight Foundation | 02/08/2011 |
| <i>Independent Wales could have been 40% richer, says Plaid Cymru report</i> | The Guardian | 02/08/2011 |
| <i>Brazil Hits China With Tariffs as Potholes Erode New Silk Road</i> | Bloomberg | 03/08/2011 |
| <i>What is the point of e-petitions?</i> | BBC News | 04/08/2011 |

| | | |
|--|------------------------------|------------|
| <i>In praise of... petition</i> | The Guardian | 04/08/2011 |
| <i>Indian consumers: The other Asian giant</i> | The Economist | 05/08/2011 |
| <i>EU faces crisis of legitimacy, warns former Europe minister</i> | The Independent | 06/08/2011 |
| <i>Better selection and election systems would give us better MEPs</i> | LabourList.org | 07/08/2011 |
| <i>The Real Story of Globalization</i> | The Wall Street Journal | 07/08/2011 |
| <i>Andy Williamson: The internet can make politicians listen to public voice</i> | Yorkshire post | 09/08/2011 |
| <i>How Turkey wants to reshape NATO</i> | Europe's World | 10/08/2011 |
| <i>The Innovator's Toolbox</i> | Innovation Excellence | 10/08/2011 |
| <i>Schumpeter: Think different</i> | The Economist | 10/08/2011 |
| <i>The psychology of voting: Flaggging up bias</i> | The Economist | 10/08/2011 |
| <i>The year we realised our democratically elected leaders can no longer protect us Jonathan Freedland</i> | The Guardian | 10/08/2011 |
| <i>UK riots: In this crisis, our cities need local leaders with real power Simon Jenkins</i> | The Guardian | 10/08/2011 |
| <i>China worried about EU, urges action on debt</i> | Reuters | 12/08/2011 |
| <i>The EU: more powerful, less popular?</i> | The Multilateralist | 12/08/2011 |
| <i>The EU's Political Integration Dilemma -</i> | Council of Foreign Relations | 16/08/2011 |
| <i>Get Ready for the Democratization of Destruction - By Andrew Krepinovich</i> | Foreign Policy | 16/08/2011 |
| <i>The Americas, Not the Middle East, Will Be the World Capital of Energy - By Amy Myers Jaffe</i> | Foreign Policy | 16/08/2011 |
| <i>The Shape of the Global Economy Will Fundamentally Change - By Mohamed El-Erian</i> | Foreign Policy | 16/08/2011 |
| <i>The World Will Be More Crowded -- With Old People - By Phillip Longman</i> | Foreign Policy | 16/08/2011 |
| <i>Is Capitalism Doomed? - Nouriel Roubini</i> | Project Syndicate | 17/08/2011 |
| <i>E.U. Elites Keep Power From the People</i> | NYTimes | 22/08/2011 |
| <i>Analysis: UK social media controls point to wider info war</i> | Reuters | 22/08/2011 |
| <i>The Need for Real Debate: How to Get Europeans to Care about Europe</i> | Spiegel Online | 22/08/2011 |
| <i>Politique étrangère, sécurité et défense : une Union européenne en voie d'ashtonisation</i> | Le Monde | 23/08/2011 |
| <i>Europeans Retreat on Defense Spending</i> | The Wall Street Journal | 24/08/2011 |
| <i>Can UK political parties be saved from extinction?</i> | BBC News | 25/08/2011 |
| <i>Our Finite World</i> | Ourfiniteworld.com | 30/08/2011 |
| <i>Any Hope of Reconnecting Citizens with the EU in the Post-Lisbon Era?</i> | The EUDO Café | 31/08/2011 |
| <i>EU parliaments consider open source XML tools for legal documents</i> | The H Open Source | 31/08/2011 |
| <i>France: Libya war marks new chapter in EU-US relations</i> | Euobserver | 02/09/2011 |
| <i>Crisis Convergence - By George Magnus</i> | Foreign Policy | 02/09/2011 |
| <i>Is There a Map to the Future? - By Robert Hutchings</i> | Foreign Policy | 02/09/2011 |
| <i>Russia and China's energy dispute and the struggle for Eurasian dominance</i> | On Line Opinion | 02/09/2011 |
| <i>Ignoring peak oil and scarcity - political myopia?</i> | Public Service Europe | 02/09/2011 |
| <i>China's Demographic Time Bomb: 100 Million Elderly</i> | TIME | 02/09/2011 |
| <i>Andrew Duff, Federal Union Now</i> | Federal Union | 05/09/2011 |
| <i>Experts: Europe needs more perfect union</i> | AP | 05/09/2011 |
| <i>Scottish Tory leadership favourite 'to split party'</i> | BBC News | 05/09/2011 |
| <i>Welsh Tories talked of name change, says Nick Bourne</i> | BBC News | 05/09/2011 |
| <i>Indian Services Grow at Slowest Pace in Two Years After Record Rate Rises</i> | Bloomberg | 05/09/2011 |
| <i>Sarkozy's Pro-NATO Policy Is Much More Than Symbolism: View</i> | Bloomberg | 05/09/2011 |
| <i>EU report to assess anti-corruption enforcement measures</i> | Out-Law.com | 05/09/2011 |
| <i>British politicians outline visions for Europe</i> | Public Service Europe | 05/09/2011 |
| <i>Former German leader calls for United States of Europe</i> | Reuters | 05/09/2011 |
| <i>Interview with Gerhard Schröder: 'Europe Needs to Wake Up'</i> | Spiegel Online | 05/09/2011 |
| <i>A new party in Scotland is worth a try</i> | Telegraph | 05/09/2011 |
| <i>Scottish Tories should form new party, says leadership candidate</i> | The Guardian | 05/09/2011 |
| <i>Peter Brabeck-Letmathe: Can the World Still Feed Itself?</i> | The Wall Street Journal | 05/09/2011 |
| <i>U.K. Warns Scotland on Costs of a Split</i> | The Wall Street Journal | 05/09/2011 |
| <i>Electric motor made from a single molecule</i> | BBC News | 06/09/2011 |
| <i>Can Whitehall open up to open source?</i> | BBC News | 06/09/2011 |

| | | |
|--|-------------------------|------------|
| <i>Richest Americans Can Help Fix Social Security: Perry Golkin</i> | Bloomberg | 06/09/2011 |
| <i>Liberal MEP suggests 'second-class membership' for UK</i> | EurActiv | 06/09/2011 |
| <i>Euro-obligations et gouvernance : une seule solution à la crise de la dette</i> | Le Monde | 06/09/2011 |
| <i>John Lanchester · The Non-Scenic Route to the Place We're Going Anyway: The Belgian Solution</i> | London review of books | 06/09/2011 |
| <i>Economic crisis - the tipping point is near</i> | Public Service Europe | 06/09/2011 |
| <i>Analysis: Is Congress hurting the economy?</i> | Reuters | 06/09/2011 |
| <i>In the world's breadbasket, climate change feeds some worry</i> | Reuters | 06/09/2011 |
| <i>Rhein on Energy and Climate - Europe will have to federate or sink to insignificance</i> | Rheinblogactiv | 06/09/2011 |
| <i>Euro-Krise: Merkel sucht nach Europas Kern</i> | Spiegel Online | 06/09/2011 |
| <i>Interview with IMF Chief Christine Lagarde: 'There Has Been a Clear Crisis of Confidence'</i> | Spiegel Online | 06/09/2011 |
| <i>When it comes to the crunch with the euro, economics will trump law</i> | Telegraph | 06/09/2011 |
| <i>Mobile business: Endless work</i> | The Economist | 06/09/2011 |
| <i>The world economy: Running aground</i> | The Economist | 06/09/2011 |
| <i>Euro-Zone Rescue Hits Hurdle</i> | The Wall Street Journal | 06/09/2011 |
| <i>Larry J. Sabato: The 2012 Election Will Come Down to Seven States</i> | The Wall Street Journal | 06/09/2011 |
| <i>World Bank Chief: Inflation China's Top Concern</i> | The Wall Street Journal | 06/09/2011 |
| <i>What's in a name ... and what isn't? Bill Clinton</i> | The Washington Post | 06/09/2011 |
| <i>Democracy: The European crisis</i> | BBC News | 07/09/2011 |
| <i>Roubini Says Global Slowdown Brings Forward New Financial Crisis</i> | Bloomberg | 07/09/2011 |
| <i>Headline News / Markets will drive a two-speed Europe, says Barroso</i> | Euobserver | 07/09/2011 |
| <i>Institutional Affairs / Spectre of fresh EU treaty returns to haunt 'incomplete' Europe</i> | Euobserver | 07/09/2011 |
| <i>Why Eurozone should become United States of Europe, by David Cameron</i> | Mail Online | 07/09/2011 |
| <i>Battleground Poll: Obama approval rating down amid deep economic fears - Carrie Budoff Brown</i> | Politico.com | 07/09/2011 |
| <i>German court gives MPs bigger say in euro bailouts</i> | Reuters | 07/09/2011 |
| <i>Anne Jolis: The Other Climate-Change Theory</i> | The Wall Street Journal | 07/09/2011 |
| <i>Food Prices in China Continue Climb</i> | The Wall Street Journal | 07/09/2011 |
| <i>Digital Diplomacy - Game Changers</i> | TIME | 07/09/2011 |
| <i>Former EU Leaders Back Federalism - Real Time Brussels</i> | The Wall Street Journal | 07/09/2011 |
| <i>Briefing note on European Economic Governance - September 2011</i> | Bertelsmann | 08/09/2011 |
| <i>France's Lower House Clears New Greek Loans, Euro Fund Changes</i> | Bloomberg | 08/09/2011 |
| <i>Merkel calls for treaty change after positive court ruling</i> | EurActiv | 08/09/2011 |
| <i>Analysis: Baby boomer fears cast another pall over markets</i> | Reuters | 08/09/2011 |
| <i>World environment programs in budget crosshairs</i> | Reuters | 08/09/2011 |
| <i>The Global Competitiveness Report 2010-2011</i> | World Economic Forum | 08/09/2011 |
| <i>US, rich nations need to support growth, OECD says</i> | AP | 09/09/2011 |
| <i>Food-Price Gains Driven by Chinese Consumers Defy Easing Global Inflation</i> | Bloomberg | 09/09/2011 |
| <i>Denmark best in world for Technology research</i> | Dtu.dk | 09/09/2011 |
| <i>Allow Liverpool Cruise Terminal full "Turnaround" facilities - e-petitionsexample of new Westminster petitions.....</i> | E-petitions | 09/09/2011 |
| <i>Expert: 'Nothing wrong' with EU population shifts</i> | EurActiv | 09/09/2011 |
| <i>U.N. boss uses 9/11 to call for global anti-terror treaty</i> | Reuters | 09/09/2011 |
| <i>Big five' tell Baroness Ashton to bypass Britain over EU military HQ</i> | Telegraph | 09/09/2011 |
| <i>A decade on, rise of BRICs shaped by September 11</i> | Reuters | 10/09/2011 |
| <i>China's New Plan for Solar Power Supremacy</i> | ThinkProgress | 10/09/2011 |
| <i>Leadership Is About Taking The Long View</i> | Fast Company | 11/09/2011 |
| <i>G7 officials brush off calls for more unity</i> | AP | 12/09/2011 |
| <i>Supercomputer predicts revolution</i> | BBC News | 12/09/2011 |
| <i>Economic Affairs / Non-euro countries fight for a place at the decision-making table</i> | Euobserver | 12/09/2011 |
| <i>Chart Focus: When Beijing overtakes London</i> | McKinsey | 12/09/2011 |
| <i>Cost of US wars since 9/11? At least \$3.7 trillion - Afghanistan</i> | MSNBC.com | 12/09/2011 |
| <i>Market Swings Are Becoming New Standard</i> | NYTimes | 12/09/2011 |

| | | |
|--|---|------------|
| <i>Report Details Rise of Social Media</i> | NYTimes | 12/09/2011 |
| <i>Analysis: Electric car hype hiding a quiet revolution</i> | Reuters | 12/09/2011 |
| <i>Analysis: Suspicion greets China's Europe expansion</i> | Reuters | 12/09/2011 |
| <i>EU's Juncker says euro zone prepared to boost EFSF: report</i> | Reuters | 12/09/2011 |
| <i>Michael Ignatieff: 9/11 and the age of sovereign failure</i> | The Globe and Mail | 12/09/2011 |
| <i>How to Build a Greener City</i> | The Wall Street Journal | 12/09/2011 |
| <i>India Struggles to Tame Inflation, Spare Economy</i> | The Wall Street Journal | 12/09/2011 |
| <i>Ivo Daalder: NATO's Finest Hour</i> | The Wall Street Journal | 12/09/2011 |
| <i>Romania to establish EU funds absorption ministry following Bulgaria's example - FOCUS Information Agency</i> | AFP | 13/09/2011 |
| <i>France, U.S. Should Push Europe to Strengthen Military: View</i> | Bloomberg | 13/09/2011 |
| <i>Showing Facebook use.....</i> | Businessinsider | 13/09/2011 |
| <i>The power of European integration: Social democracy in search of a purpose</i> | Policy Network | 13/09/2011 |
| <i>New generations in Europe tipping into homelessness</i> | Reuters | 13/09/2011 |
| <i>Governments rap EU budget rise plan</i> | The Independent | 13/09/2011 |
| <i>How Google Translate works</i> | The Independent | 13/09/2011 |
| <i>France on edge after accident at nuclear site</i> | The Independent | 13/09/2011 |
| <i>Why the EU needs a military headquarters</i> | Public Service Europe | 14/09/2011 |
| <i>Facebook, Tumblr Drive Social Web Use: Nielsen - Messaging and Collaboration</i> | e-Week.com | 14/09/2011 |
| <i>The Icarus Zone - By David Marsh</i> | Foreign Policy | 14/09/2011 |
| <i>A strategic balance for open government data publication</i> | Government in the Lab | 14/09/2011 |
| <i>Emerging markets may lure more pension funds</i> | IMF | 14/09/2011 |
| <i>EU's Barroso: will soon present options on euro bonds</i> | NewsDaily | 14/09/2011 |
| <i>Percentage of Americans Living in Poverty Rises to Highest Level Since 1993</i> | NYTimes | 14/09/2011 |
| <i>Amid China boom, job search for many grads goes bust</i> | Reuters | 14/09/2011 |
| <i>European shares bounce back on euro bonds hopes</i> | Reuters | 14/09/2011 |
| <i>EU's Rehn: Greek default would have dramatic costs</i> | Reuters | 14/09/2011 |
| <i>President Barack Obama attacks European leaders over debt crisis</i> | Telegraph | 14/09/2011 |
| <i>America's spies taking to Twitter The Stream</i> | Al Jazeera | 15/09/2011 |
| <i>The new realpolitik facing Europe</i> | E!Sharp | 15/09/2011 |
| <i>Foreign Affairs / Survey shows US losing interest in EU</i> | Euobserver | 15/09/2011 |
| <i>Justice & Home Affairs / Commission pushes for 'europeanisation' of border controls</i> | Euobserver | 15/09/2011 |
| <i>Blog Archive » A diagram of European 'grand strategy'</i> | European Geostrategy | 15/09/2011 |
| <i>Can the euro or Chinese renminbi ever rival the dollar?</i> | Public Service Europe | 15/09/2011 |
| <i>Europeans see single currency as detrimental to economy</i> | Public Service Europe | 15/09/2011 |
| <i>Americans say Asia more important than EU: survey</i> | Reuters | 15/09/2011 |
| <i>Job creation: First, keep the jobs you have</i> | The Economist | 15/09/2011 |
| <i>Govt officials to get social media lessons</i> | The Times of India | 15/09/2011 |
| <i>Conservative Home - A YouGov poll finds positive reaction to Murdo Fraser's idea of separate Scottish Party</i> | The Tory Diary | 15/09/2011 |
| <i>Are computers the chenev journalists?</i> | The Week | 15/09/2011 |
| <i>Beyond the couch: TV goes social, goes everywhere</i> | BBC News | 16/09/2011 |
| <i>Europe's Credit Crisis Is Also an Identity Crisis: John Bruton</i> | Bloomberg | 16/09/2011 |
| <i>Economic Affairs / Latvia aiming to join eurozone in 2014</i> | Euobserver | 16/09/2011 |
| <i>As Europe Looks West, the United States Gazes across the Pacific</i> | German Marshall Fund Blog | 16/09/2011 |
| <i>The Europe Roundup: Ushabidi-Based Websites Spread to Fight Corruption</i> | techPresident | 16/09/2011 |
| <i>Charlemagne: In the Brussels bunker</i> | The Economist | 16/09/2011 |
| <i>Germany in europe new europe new weimar</i> | The European Council on Foreign Relations | 16/09/2011 |
| <i>What's in a Plan?</i> | The European Council on Foreign Relations | 16/09/2011 |
| <i>Does the Euro Have a Future? by George Soros</i> | The New York Review of Books | 16/09/2011 |
| <i>Proven as the cheapest online news model in the world today</i> | YouSay News | 16/09/2011 |

| | | |
|--|--|------------|
| <i>Spain and Luxembourg Become Latest Nations to Approve Expanded Power for EFSF</i> | Bloomberg | 18/09/2011 |
| <i>How China can help Europe get out of debt</i> | The Washington Post | 18/09/2011 |
| <i>Tory MPs demand referendum on Europe</i> | British news portal | 19/09/2011 |
| <i>Economic Affairs / Prickly EU finance chiefs cool to Geithner plan for eurozone</i> | Euobserver | 19/09/2011 |
| <i>High-tech storage raises questions - Tony Romm</i> | Politico.com | 19/09/2011 |
| <i>We're fed up with Europe, so give us a vote</i> | Telegraph | 19/09/2011 |
| <i>Neighborhood-to-the-World</i> | Carnegie Europe | 20/09/2011 |
| <i>The Importance of Hard Power by Peter Spiegel</i> | Carnegie Europe | 20/09/2011 |
| <i>A Close Look At The Pirate Party, The Real "Winners" Of The Berlin Election</i> | Businessinsider | 21/09/2011 |
| <i>Chart of the day: A Simple Demographic Chart That Says Market Valuations Are Going Down</i> | Businessinsider | 21/09/2011 |
| <i>Chart of the day: Facebook's Huge Trove Of Photos In Context</i> | Businessinsider | 21/09/2011 |
| <i>Reshaping Europe In A Multipolar World: Can The EU Rise To The Challenge?</i> | Central European Journal of International and Security Studies | 21/09/2011 |
| <i>The euro: Reaching the endgame?</i> | CER | 21/09/2011 |
| <i>Internet privacy: Cookies as a weapon</i> | Computerworld | 21/09/2011 |
| <i>Justice & Home Affairs / Brussels to beef up EU criminal policy</i> | Euobserver | 21/09/2011 |
| <i>Goodbye Eurobonds</i> | EurActiv | 21/09/2011 |
| <i>Press Releases - Commission sets out the path to resource-efficient growth</i> | Europa | 21/09/2011 |
| <i>Will Chinese shoppers save the world? beyondbrics News and views on emerging markets from the Financial Times</i> | FT.com | 21/09/2011 |
| <i>The world must insist that Europe act</i> | Harvard Kennedy School | 21/09/2011 |
| <i>AIPA-32 kicks off in Cambodia</i> | People's Daily Online | 21/09/2011 |
| <i>How to Prevent a Depression - Nouriel Roubini</i> | Project Syndicate | 21/09/2011 |
| <i>Reforming Europe's military forces in an economic crisis</i> | Public Service Europe | 21/09/2011 |
| <i>What will European health services look like in 2020?</i> | Public Service Europe | 21/09/2011 |
| <i>Analysis: As crisis bites, rising wealth gap becomes key</i> | Reuters | 21/09/2011 |
| <i>Europe to face G20 heat on euro crisis response</i> | Reuters | 21/09/2011 |
| <i>IMF calls on Europe to get "act together" on debt</i> | Reuters | 21/09/2011 |
| <i>MEPs press for parliamentary assembly in the UN</i> | Theparliament.com | 21/09/2011 |
| <i>Brics Help Shows Europe's Slide to Irrelevance</i> | The Wall Street Journal | 21/09/2011 |
| <i>What Comes After 'Europe'?</i> | The Wall Street Journal | 21/09/2011 |
| <i>U.S. Influence in Middle East Hits New Low Under Obama</i> | Bloomberg | 22/09/2011 |
| <i>Could BRIC banks ride to Europe's rescue?</i> | DealTalk | 22/09/2011 |
| <i>Foreign Affairs / Lukewarm declaration to mark EU summit in Warsaw</i> | Euobserver | 22/09/2011 |
| <i>The euro crisis as the revenge of neofunctionalism</i> | Euobserver | 22/09/2011 |
| <i>EU, China may launch investment pact talks</i> | EurActiv | 22/09/2011 |
| <i>How can we build better filters for growing flows of information?</i> | Nieman Journalism Lab | 22/09/2011 |
| <i>EU co-funded project on multilingualism and language policy, has launched its website today</i> | Poliglotti4.eu | 22/09/2011 |
| <i>Analysis: Bernanke's twist may do little for jobs</i> | Reuters | 22/09/2011 |
| <i>BA ad 'underlines power of social media'</i> | Telegraph | 22/09/2011 |
| <i>Geography: Empty America?</i> | The Economist | 22/09/2011 |
| <i>Right Response: Understanding and Countering Populist Extremism in Europe</i> | Chatham.house | 23/09/2011 |
| <i>A Post-Cavalry CSDP / Web specials / Home page</i> | E!Sharp | 23/09/2011 |
| <i>Foreign Affairs / Van Rompuy paints rosy picture of EU at first-ever UN speech</i> | Euobserver | 23/09/2011 |
| <i>Big banks devise complex commodity investments</i> | Reuters | 23/09/2011 |
| <i>Boehner urges Obama send trade deals before TAA vote</i> | Reuters | 23/09/2011 |
| <i>ECB's Knot admits to chance of Greece defaulting</i> | Reuters | 23/09/2011 |
| <i>G20 pledges to support banks, eyes bolder euro fund</i> | Reuters | 23/09/2011 |
| <i>Insight: Faith in policymakers plunges, taking markets with it</i> | Reuters | 23/09/2011 |
| <i>Thousands riot in south China over land grabs: report</i> | Reuters | 23/09/2011 |
| <i>World Bank chief warns of spreading crisis</i> | Reuters | 23/09/2011 |

| | | |
|--|---|------------|
| <i>Banyan: Where Asia left its heart</i> | The Economist | 23/09/2011 |
| <i>Foreign business in China: The coming squeeze?</i> | The Economist | 23/09/2011 |
| <i>Human Development Reports (HDR)</i> | UNDP | 23/09/2011 |
| <i>EU Jobs Undercut By Austerity - Real Time Brussels</i> | The Wall Street Journal | 23/09/2011 |
| <i>EU Transaction-Tax Plan Targets Derivatives, Excludes Auctions</i> | Bloomberg | 24/09/2011 |
| <i>EU sees Ukraine, Georgia trade progress this year</i> | Reuters | 24/09/2011 |
| <i>China plays hard ball</i> | The European Council on Foreign Relations | 24/09/2011 |
| <i>The EU and human rights at the UN: 2011 review</i> | The European Council on Foreign Relations | 24/09/2011 |
| <i>As global population nears 7 billion, UN capitalizes on new opportunities</i> | UN | 24/09/2011 |
| <i>EU May Speed Fund to Stem Debt Crisis Amid Global Pressure (2)</i> | Bloomberg | 25/09/2011 |
| <i>Geithner Says New Democracies Need 'Inclusive' Economies (1)</i> | Bloomberg | 25/09/2011 |
| <i>IMF's Resources May Not Be Enough If Global Economy Worsens, Lagarde Says</i> | Bloomberg | 25/09/2011 |
| <i>Markets Pound South America as Leaders Tout Economies' Strength</i> | Bloomberg | 25/09/2011 |
| <i>David Miliband: Charting a future for Europe</i> | Dahrendorf | 25/09/2011 |
| <i>The digital potential of the European External Action Service aka EEAS</i> | EU Digital Diplomacy | 25/09/2011 |
| <i>EC VP Kroes On Standardization and Open Data</i> | ePSIplus | 25/09/2011 |
| <i>Americans turn their backs on Europe</i> | European Dialogue | 25/09/2011 |
| <i>Facebook's New Strategy to Turn Eyeballs Into Influence</i> | NYTimes | 25/09/2011 |
| <i>Saudi Women Given Right to Vote</i> | NYTimes | 25/09/2011 |
| <i>Europe aims to beef up crisis fund, world urges action</i> | Reuters | 25/09/2011 |
| <i>The Europe Roundup: Not only in crisis: making the most of crowdsourcing platforms</i> | techPresident | 25/09/2011 |
| <i>Dancing robots: Invitation to the dance</i> | The Economist | 25/09/2011 |
| <i>The path ahead: Cottoning on</i> | The Economist | 25/09/2011 |
| <i>John W. Miller: Would Kissinger Care?</i> | The Wall Street Journal | 25/09/2011 |
| <i>Content Strategy vs. Content Skills </i> | Digital Tonto | 26/09/2011 |
| <i>Institutional Affairs / EU parliament reminds governments of new budget powers</i> | Euobserver | 26/09/2011 |
| <i>UN conference highlights importance to tackle land degradation</i> | Eurostep | 26/09/2011 |
| <i>A World Without Oil</i> | Foreign Policy Blog | 26/09/2011 |
| <i>EPP Labour Ministers gather in Paris ahead of G20 meeting</i> | Malta Today | 26/09/2011 |
| <i>Amazon's tablet serious challenge to Apple's iPad: analysts</i> | Reuters | 26/09/2011 |
| <i>German opposition wants citizen vote on EU issues</i> | Reuters | 26/09/2011 |
| <i>Global economy weekahead: From a soft patch to quicksand</i> | Reuters | 26/09/2011 |
| <i>Toyota mulls shifting Korea-bound Camry output to U.S.: Nikkei</i> | Reuters | 26/09/2011 |
| <i>RGE Conference Call: The World Does Not End Every Day</i> | Roubini.com | 26/09/2011 |
| <i>Jeremy Rifkin: The Third Industrial Revolution: Toward A New Economic Paradigm (EXCERPT)</i> | The HuffingtonPost | 26/09/2011 |
| <i>Panorama - Syria: 'Our weapon is the camera' in bloody revolution</i> | BBC News | 27/09/2011 |
| <i>Five reasons news companies should have a strong presence in social media</i> | Beta Tales | 27/09/2011 |
| <i>Better Government Doesn't Mean Smaller or Bigger: Edward Glaeser</i> | Bloomberg | 27/09/2011 |
| <i>Escaping Debt Crisis Gets Colonial for Portuguese as Economic Gap Worsens</i> | Bloomberg | 27/09/2011 |
| <i>France's Pre-Louis XIV Government System Caps Debt Cost Amid Euro Turmoil</i> | Bloomberg | 27/09/2011 |
| <i>How effective and legitimate is the European semester? Increasing role of the European parliament</i> | Bruegel | 27/09/2011 |
| <i>May Europe 3.0 Step Forward</i> | Carnegie Europe | 27/09/2011 |
| <i>Freedom in the days of the Internet</i> | CES | 27/09/2011 |
| <i>Now is not the time to give up on the UN</i> | E!Sharp | 27/09/2011 |
| <i>Economic Affairs / US: EU has 'not very much time'</i> | Euobserver | 27/09/2011 |
| <i>There is life after the Commission</i> | Euobserver | 27/09/2011 |
| <i>Ethnic tensions mar Bulgaria's presidential elections</i> | EurActiv | 27/09/2011 |
| <i>EU to twist UK's arm on FTT</i> | EurActiv | 27/09/2011 |
| <i>Hollande : "La règle d'or est morte" Economie et finance</i> | EurActiv | 27/09/2011 |
| <i>Who will eclipse the US?</i> | European Voice | 27/09/2011 |
| <i>A crisis of European integration</i> | FT.com | 27/09/2011 |

| | | |
|--|-------------------------|------------|
| <i>European Day of Languages 26 September 2011</i> | Grahnlaw | 27/09/2011 |
| <i>Warns of major G20 labour market decline in 2012 and serious jobs shortfall by 2015</i> | ILO | 27/09/2011 |
| <i>Interview with Coca Cola's CEO about the US economy in comparison to China</i> | Law.com | 27/09/2011 |
| <i>Agriculture Continues to Plow Into the Future, Now With Autonomous Robot Tractors Popular Science</i> | Popsci.com | 27/09/2011 |
| <i>Eurozone needs budget tsar - Finnish minister</i> | Reuters | 27/09/2011 |
| <i>G20 seeks ways to boost jobs in face of gloomy outlook</i> | Reuters | 27/09/2011 |
| <i>UPDATE 1-Japan may share burden of Greek bailout -finmin</i> | Reuters | 27/09/2011 |
| <i>Government should support UN parliament</i> | Scoop news | 27/09/2011 |
| <i>The Europe Roundup: Gdansk Roadmap For Digital Inclusion</i> | techPresident | 27/09/2011 |
| <i>Massive jobs shortfall' predicted for global economy</i> | The Guardian | 27/09/2011 |
| <i>Europe needs a single banking system to ward off dangers of sovereign debt</i> | The Irish Times | 27/09/2011 |
| <i>How to Solve Europe's Banking Crisis</i> | The Wall Street Journal | 27/09/2011 |
| <i>China as J.P. Morgan Might Have to Save World: William Pesek</i> | Bloomberg | 28/09/2011 |
| <i>China Warns Asia Not to Hide Behind U.S. Security Umbrella</i> | Bloomberg | 28/09/2011 |
| <i>Fed Should Pair Its New Openness With Governance Reform: View</i> | Bloomberg | 28/09/2011 |
| <i>Felon Forecaster Blogs on 8.6-Year Economic Cycles After 11 Years in Jail</i> | Bloomberg | 28/09/2011 |
| <i>Finland Will Approve Europe's Expanded Rescue Fund, Sasi Says</i> | Bloomberg | 28/09/2011 |
| <i>Rehn Says EU Has No Plan to Split Commercial, Investment Banking</i> | Bloomberg | 28/09/2011 |
| <i>Secret Campaign Money Will Lead to Political Scandal, Group Says</i> | Bloomberg | 28/09/2011 |
| <i>Of Regional Complexes and Global Powers: The Power Capacity of the EU</i> | e-IR | 28/09/2011 |
| <i>Union faces huge crisis of confidence, admits Barroso</i> | EurActiv | 28/09/2011 |
| <i>EU's Barroso to unveil financial transaction tax Wednesday</i> | Monsters and Critics | 28/09/2011 |
| <i>'Boomerang' by Michael Lewis</i> | NYTimes | 28/09/2011 |
| <i>Young Guns' head to Facebook - Mike Allen</i> | Politico.com | 28/09/2011 |
| <i>Exclusive: Serbia may win EU candidate status, no talks yet</i> | Reuters | 28/09/2011 |
| <i>Finnish parliament approves stronger EFSF</i> | Reuters | 28/09/2011 |
| <i>Geithner: Business should back development banks</i> | Reuters | 28/09/2011 |
| <i>Insight: Social media - a political tool for good or evil?</i> | Reuters | 28/09/2011 |
| <i>Will the Tobin tax make or break Europe?</i> | The Globe and Mail | 28/09/2011 |
| <i>Top EU official presses for more unity</i> | USATODAY | 28/09/2011 |
| <i>Sarkozy Faces a Dilemma Over French Budget</i> | The Wall Street Journal | 28/09/2011 |
| <i>EPO and Brazilian IP office sign Memorandum of Understanding</i> | EPO | 29/09/2011 |
| <i>Foreign Affairs / Taking the Eastern Partnership further</i> | Euobserver | 29/09/2011 |
| <i>Analysis: Equity rout may force shift in SWF strategy</i> | Reuters | 29/09/2011 |
| <i>Bernanke says Fed would act if inflation falls</i> | Reuters | 29/09/2011 |
| <i>China says hopes U.S. does not politicize yuan dispute</i> | Reuters | 29/09/2011 |
| <i>Rethinking the Boosterism About Small Business</i> | BusinessWeek | 30/09/2011 |
| <i>What China's five-year plan means for business - Economic Studies - Productivity & Performance</i> | McKinsey | 30/09/2011 |
| <i>Analysis: Stagnant U.S. jobs market bodes ill for world economy</i> | Reuters | 30/09/2011 |
| <i>Europe again steps back from brink in debt crisis</i> | Reuters | 30/09/2011 |



DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT 2025
VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT